

# ISDN

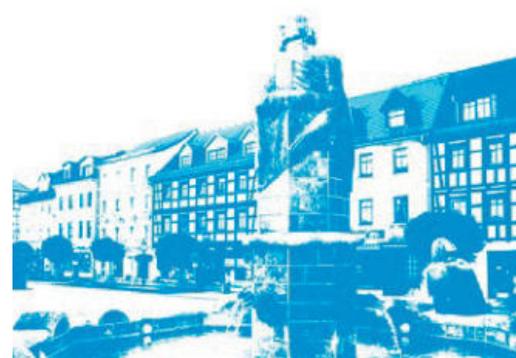
Integrierte Strategie für  
Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit  
in ländlichen Räumen



Arvid Krüger (Hrsg.)



# Thüringen Reader: Daseinsvorsorge



# Band 1



Thüringen Reader –  
Beiträge aus Forschung und Lehre  
über und mit Thüringen

# Impressum

Thüringen Reader –  
Beiträge aus Forschung und Lehre mit und über Thüringen  
Band 1: Daseinsvorsorge

Die Thüringen Reader begleiten das Forschungsprojekt  
ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit,  
welches als Teil der Förderschiene Kommunen innovativ vom  
BMBF gefördert wird.



Herausgeber: Arvid Krüger  
Universität Kassel, Fachgebiet Stadterneuerung und Planungstheorie  
Gottschalkstraße 22, 34127 Kassel

Publikationsdatum der 1. Auflage: 09.2023

DOI: 10.17170/kobra-202309088743

Konzept und Gestaltung:  
Bureau Punktgrau  
Buchgestaltung und Wissenschaftsdesign  
[www.punktgrau.de](http://www.punktgrau.de)

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek.  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Alle Rechte liegen bei den jeweiligen Autor:innen.  
Die Veröffentlichung erfolgt als Open Access.

# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort des Herausgebers	4
Gemeinsam Forschen von Kommune und Universität	5
Einleitung. Eine Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit. Ein Kleinstadtforschungsprojekt in Thüringen	7
Bildessay: Historisches Schmölln	24
ZwischenStadtLand. Kleinstadt und Land zwischen politischem Darübersprechen und kleinthüringischer Realität	29
Bildessay: Schmölln heute	52
Analyse von Planungsfällen in Schmölln und Gößnitz zur Organisation und Planung der Daseinsvorsorge	56
Bildessay: Infrastruktur	81
Co-Working-Spaces als Entwicklungschance für den ländlichen Raum Thüringens	85
Bildessay: Co-Working im ländlichen Raum	107
Immer weniger Auszubildende – Immer mehr Landflucht. Welchen Beitrag können Campusareale für Auszubildende im ländlichen Raum zur Attraktivität von Ausbildung und Kleinstädten leisten?	112
Bildessay: Öffentlicher Raum	145
Die Problematik fragmentierter Verwaltungsstrukturen. (Un-)Überwindbare Hürden für Daseinsvorsorge und Stadtentwicklung im ländlichen Raum?	150
Bildessay: Dörfer	160
Ein überregionales Kompetenzzentrum für Thüringen in Hinblick auf Klimaanpassung und Kleinstadtentwicklung?	164

# Vorwort des Herausgebers

Die „Knopf- und Mutzbratenstadt Schmölln“ ist Teil des Altenburger Landes im Osten des Freistaats Thüringen. Leipzig als nächstgelegene Metropole liegt ca. 60 km nördlich von Schmölln. Die Stadt ist mit ihren ca. 12.000 Einwohnern teilfunktionales Mittelzentrum, liegt vergleichsweise mittig in Deutschland, ist jedoch strukturschwach. Schmölln verantwortet viele Aspekte der Daseinsvorsorge als Kommune selbst; als Gemeinde besitzt sie nicht nur die Verantwortung für die Kernstadt Schmölln, sondern auch für eine Reihe dörflich-ländlicher Siedlungsstrukturen (Eingemeindungen fanden zu mehreren Zeitpunkten zwischen 1920 und 2019 statt). Der Stadtrat ist somit das zentrale demokratisch verfasste Gremium für die Aushandlungsprozesse hinsichtlich der Organisation der Daseinsvorsorge zwischen Stadt und umgebenden ländlich-dörflichen Strukturen – und er ist nicht nur für Schmölln da. Durch den langjährigen Raumordnungsvertrag ist die kleine Nachbarstadt Gößnitz mit 3.000 Einwohnern eng in der Kommunalpolitik mit Schmölln verbunden, so gibt es einen gemeinsamen Ausschuss beider Stadträte; man kann davon ausgehen, dass wichtige Entscheidungen einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik kooperativ stattfinden. Zudem verwalten beide Stadtverwaltungen mehrere Dörfer mit (die Details dazu finden sich in der Thüringer Gemeindeordnung unter dem Stichwort der Erfüllenden Gemeinde), weitere ca. 1.500 Einwohner in drei ehrenamtlich geführten Dorfgemeinden finden sich also ebenfalls kommunal administriert, wenn es um ihre Daseinsvorsorge geht.

Ein zweiter Ausgangspunkt der gemeinsamen Arbeit von Kommune(n) und Wissenschaft ist die von Schmölln gemeinsam mit Gößnitz 2019 beschlossene (inter)kommunale Nachhaltigkeitsstrategie, dem derweil auch ein (inter)kommunales Klimaschutzkonzept gefolgt ist. Dass die SDG im globalen Norden so deutlich in der kommunalen Arbeit genutzt werden, mag (noch) ungewöhnlich sein, zeigt aber, dass es keinesfalls unmöglich ist, dass Kleinstädte im ländlichen Raum ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten wollen, der kommunalpolitische Wille, Transformationsherausforderungen von Ort zu bewerkstelligen, ist da (dass der Schmöllner Bürgermeister kurz vor Projektstart im Juni 2021 im ersten Wahlgang wiedergewählt wurde, deutet daraufhin, dass die von ihm offensiv in die Gemeinde kommunizierten strategischen Ansätze von der Wahlbevölkerung mitgetragen werden).

Doch was bedeutet es, Klimaanpassung bzw. Nachhaltigkeit „auf den Boden“ einer Kleinstadtgemeinde, die Stadt und Land zugleich ist, zu bekommen? Der hier vorliegende Band stellt erste, zum Teil vorläufige Antworten aus dem Forschungsprojekt vor. Zugleich profitiert er von der Verbindung von Forschung und Lehre und stellt studentisch entstanden Beiträge vor, die im Rahmen von Seminar-, Projekt- und Abschlussarbeiten an der FH Erfurt und der Uni Kassel entstanden (an beiden Standorten lehrt der Herausgeber dieses Bandes). Zugleich leistet der Sammelband damit auch einen Beitrag, die lokale Schmöllner Situation in den Kontext des eigenen Bundeslands zu stellen.

Sven Schrade,  
Bürgermeister der Stadt Schmölln

ISDN – eine integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen? Was ist das? Warum machen wir mit? Braucht es ein weiteres Konzept, eine zusätzliche Strategie? Haben wir nicht schon genug mit dem Alltagsgeschäft zu tun? Das könnten Fragen sein, die sich kleine Kommunen mit stets überschaubarer Personalausstattung stellen, wenn es darum geht, sich an wissenschaftlichen Projekten zu beteiligen.

Und dennoch könnte dieses Forschungsprojekt zu keinem günstigeren Zeitpunkt gekommen sein. Die vorherrschenden Themen im ländlichen Raum – und Schmölln scheint mit seiner Kernstadt, den 44 Ortsteilen und 95 Quadratkilometern an Fläche ein geeignetes Beispiel ländlicher Struktur zu sein – sind Daseinsvorsorge, demografischer Wandel, Nachhaltigkeit und Klimawandel. Diese Politikfelder sind sonst eher stark geprägt durch übergeordnete Instanzen. Die Kommune ist hier jedoch der zentrale Akteur der Umsetzung von Maßnahmen. Doch die Kommune gibt es nicht.

Die Kommune „Großstadt“ funktioniert anders als die Kommune „Kleinstadt“, die im Falle der Stadt Schmölln zudem dörflich geprägt ist. Denk- und Handlungslogiken sind unterschiedlich. Verwaltungsabläufe einer kleinen Stadt sind weniger komplex und weniger ausdifferenziert, wenngleich die Aufgaben in weiten Teilen nicht weniger umfassend sind. Personal ist stets knapp und die Verwaltung einer Kleinstadt befindet sich in steter Konkurrenz mit umliegenden größeren Kommunen um die besten Köpfe. Auf Grund spürbar begrenzter Personal- und Zeitressourcen fällt es bisweilen schon schwer, sich über neue Förderprogramme zu informieren oder Förderanträge zu stellen, die zur Umsetzung von für die Kommune wichtigen Maßnahmen führen könnten. Als Kleinstadt in einem ländlich geprägten Raum liegt zudem meist der Fokus auf Einsparung und Effizienzsteigerung bedingt durch den vom demografischen Wandel verursachten Einwohnerrückgang. Einrichtungen der Daseinsvorsorge für einen lebenswerten ländlichen Raum aufrecht zu erhalten und gleichzeitig Strategien und Maßnahmen zur Klimaanpassung und Nachhaltigkeit zu entwickeln bzw. umzusetzen, bringt kleine Kommunen an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit.

Diese Problemlagen zu analysieren und mit der Erstellung einer integrierten Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen einen methodischen Lösungsansatz zu entwickeln, die beiden genannten Politikfelder mit der Stadt- und Dorferneuerung zu verknüpfen, ist der eigentliche Mehrwert. Am Ende des Forschungsprojektes möchte Schmölln gemeinsam mit seiner Nachbarstadt Gößnitz – beide bilden als Städtever-

bund ein Mittelzentrum – als Musterbeispiel dafür dienen, wie Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit besser miteinander verknüpft werden können und in effizientes in die Kommunalordnung integriertes Handeln münden.

Sicher ist, drei Jahre wissenschaftliches Arbeiten im Verbund mit der Universität Kassel werden am Ende anstrengend und herausfordernd gewesen sein. Nicht immer ist und war uns kommunalen Praktiker:innen klar, welchem Zweck die eine oder andere wissenschaftliche Fragestellung diene. Und nicht immer ist und war den Forschenden und Studierenden klar, wie kommunale Entscheidungsprozesse funktionieren. Während der Zusammenarbeit musste das gegenseitige Verständnis der Akteur:innen aus Kommune und Wissenschaft wachsen, die Erwartungshaltungen immer wieder justiert werden. Zum Gelingen dieses Forschungsprojektes in und mit der Kommune bedarf es jedoch des kritischen und konstruktiven Zusammenwirkens. Nach zwei Jahren Projektlaufzeit lässt sich sagen, dass diese „Bedingung“ erfüllt ist und alle am Forschungsvorhaben Beteiligten zur erfolgreichen Erstellung der Integrierten Strategie zur Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen beigetragen haben werden – davon bin ich überzeugt.

# Einleitung. Eine Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit. Ein Kleinstadtforschungsprojekt in Thüringen

Arvid Krüger

Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit auf der lokalen Ebene zu steuern, bedeutet, einen spezifischen Blickwinkel „von unten“ einzunehmen. Ohne entsprechende globale und regionale (hier: Bundesland) Entscheidungen bzw. der Schaffung von klimaangepassten und zur Wahrung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse orientierten Rahmenbedingungen wird es auch der „progressivsten“ Kommune weder gelingen, den Klimawandel vor Ort zu stoppen noch die demographische Lage „zu drehen.“ Aber auch unter den besten globalen bzw. regionalen Rahmenbedingungen muss eine Kommune in der Lage sein, ihren Teil der Transformationsherausforderungen „auf den Boden“ ihres Stadt-Land-Gebiets zu bekommen (um eine Begrifflichkeit der Thüringer IBA (o.J.) aufzunehmen, welche die Raum- und Siedlungsstruktur hervorragend prägnant und präzise beschreibt – jede Stadt ist auch Dörfer, jedes Dorf ist in bezug zu einer Stadt zu sehen, jede Stadt ist auch ländlich, (fast) jede kommunale Siedlungseinheit<sup>1</sup> ist auch urban.<sup>2</sup>

Unter Transformationsherausforderungen einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik (vgl. Wirth 2020, Finkenberg/Veil 2020, Schneidewind et al. 2020) fallen insbesondere die Verkehrs- und die Energiewende, letztgenannte sowohl Fragestellungen der Energieerzeugung und -versorgung als auch den Gebäudesektor hinsichtlich der energetischen Erneuerung umfassend. Weder das laufende Forschungsprojekt noch die aktuelle Lehre sind frei von den sich seit 2022 verändernden globalen Rahmenbedingungen, auch wenn die aus studentischen Arbeiten generierten Beiträge vor Februar 2022 entstanden. Band 1 fokussiert auf die Daseinsvorsorge, die in Bezug auf Transformationsherausforderungen erstaunlich deutlich mit der Verkehrswende verbunden ist – denn die Einrichtungen der Daseinsvorsorge wollen erreicht werden. Gerade hier zeigt sich eine gleichzeitige Erfordernis von demographischen Anpassungen und der Implementation der Sustainable Development Goals (SDGs). Die Herausforderungen der Sicherung und Weiterentwicklung der Daseinsvorsorge wurden in dem Forschungsprojekt von Beginn an mit den Anforderungen an eine nachhaltige Siedlungsentwicklung kontextualisiert, wofür die 2019 erstellte kommunale Nachhaltigkeitsstrategie Schmöllns eine sehr gute Grundlage bietet.

1 Gemeinden mit hauptamtlichem Bürgermeisteramt und Verwaltung, Verwaltungsgemeinschaft.

2 Es gibt eine Reihe von Gemeinden über 5.000 EW, die tatsächlich keinen städtischen Kern besitzen, sie liegen dann aber immer(!) in Nachbarschaft zu einer Mittelstadt (z. B. Nobitz bei Altenburg, z. B. Grammetal zwischen Weimar und Erfurt), besitzen also in ihrem de facto suburbanen Charakter einen siedlungsterritorialen urbanen Bezug als suburbane Vororte mit städtischen Charaktereigenschaften, z. B. (vor-)städtische Gewerbestandorte.

Sie nimmt die Nachhaltigkeitsziele (SDG) in den Blick, schafft es aber nicht in hinreichendem Maße, sie am Ende zu verräumen und zu einer lokalen Agenda der Klimaanpassung zu transformieren. Hier braucht es die Methoden und Werkzeuge der Stadtentwicklung als instrumenteller Link hin zu einer Verräumlichung und letzten Endes zu einer Vergleichzeitigung von Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit – als integriert gedachte kommunale Stadtentwicklungspolitik.

Der Einleitungsbeitrag dieses Bandes möchte zunächst Schmölln (samt Gößnitz und Dörfer) hinsichtlich ihrer räumlichen Herausforderungen kontextualisieren und in die Kleinstadtforschung einbetten; im zweiten Teil des Einleitungsbeitrags werden dann die Ziele des Anlass für diesen Band darstellenden Forschungsprojekts vorgestellt, im dritten Teil dann die Beiträge in diesem Band.

## Raumbezogene Nachhaltigkeit und Resilienz

Nachdem der Begriff der nachhaltigen (räumlichen) Entwicklung in den 1990er-Jahren populär und in diesem Zusammenhang bis zu einem gewissen Grad auch inflationär gebraucht wurde, ist er seitens der Vereinten Nationen in Form von Zielen der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDG) besser für die Übertragbarkeit auf nationale und lokale Politikfelder operationalisiert worden. Dadurch gelingt es auch, das globale Ziel des Klimaschutzes bzw., wo bereits notwendig, der Klimaanpassung von einer abstrakten Herausforderung in machbare Politiken zu wandeln. Ein relevantes Denkmodell hierfür bieten die vier raumbezogenen Resilienz Kriterien von Kegler (2015m vgl. auch 2014):

*Redundanz* im Sinne eines Backups für Versorgungseinrichtungen berücksichtigt ein erweitertes Verständnis von Daseinsvorsorge, das über die quantitative Bereitstellung von Mindestausstattungen infrastruktureller Einrichtungen und Dienstleistungen in einer bestimmten räumlichen Konstellation (z. B. zentrale Orte und ihre betreffenden Einrichtungen) hinausgeht. Einzelne Infrastrukturen sind dann Teil eines resilienten Systems, wenn sie in einem netzwerklichen Zusammenhang stehen. Das können sektorübergreifende Zusammenhänge sein, also ganz praktisch z. B. die Verbindung von Bildung und Jugendhilfe, von Planungen der Schul- mit ÖPNV-Netzen. Das können regionale Zusammenhänge sein wie z. B. die Dezentralisierung einer Infrastruktur durch Filialbildung oder digitale Angebote. Es können aber auch multifunktionale Orte sein, an denen Versorgungsleistungen so gebündelt werden, dass sie diesem multifunktionalen Ort eine eigenständige neue Form der Zentralität ermöglichen.

Hintergrund und Ziel dieser Verknüpfungen ist eine höhere *Widerstandsfähigkeit* gegenüber demographischen Veränderungen, wobei explizit nicht nur Bevölkerungsschrumpfung, sondern auch Mehrbedarfe gemeint sind, wie sie ad hoc nach 2015 durch Zuwanderung, aber auch stetig durch Alterung entstanden sind. Einzelstehende Infrastrukturorte und -dienstleistungen sind hier wenig widerstandsfähig; sowohl Mehr- als auch Minderbedarfe würden in dieser Logik oft kaum leistbare Investitionen in den Neubau

oder die Aufrechterhaltung von Einrichtungen erfordern. Demgegenüber erzeugen bereits Mehrfachnutzungen von Orten (die dann auch bis zu einem gewissen Grad dezentral angeordnet sein können) über Synergieeffekte eine höhere Widerstandsfähigkeit.

Zudem ergibt sich so eine erhöhte *Reaktionsschnelligkeit* bei veränderten Anforderungen. Pop-Up-Infrastrukturen entstehen nicht nur im größeren Maßstab aktuell im Gesundheitswesen – auch Schmölln war Ort eines regionalen Impfzentrums – sondern sind auch Ergebnisse des Stadtumbaus Ost – hier meist unter der Überschrift Zwischennutzungen – oder nach 2015 der Erfahrungen mit Hilfsangeboten zur Bewältigung der Zuwanderung. Ziel ist es, eine stärkere Robustheit (hier ebenfalls im Sinne der Resilienzkriterien nach Kegler 2015) der Infrastruktursysteme zu erreichen, was aber eine bessere Verknüpfung der Infrastrukturplanung mit den Handlungsebenen Stadt und Region erfordert.

## Städtische Ebene: Urbanität und Stadterneuerung

Die Ebene „Stadt“ bilden im konkreten Fall die Kernstädte von Schmölln und Gößnitz. Als Kleinstädte stehen sie nicht für großstädtische Vorstellungen von „Urbanität“, doch jene strahlen bis zu einem gewissen Grad auch auf Kleinstädte aus. Auch in Schmölln ist eine kleinteilige Umzugswanderung feststellbar, und Gößnitz ist nicht erst durch seine Einbindung ins S-Bahn-Netz Leipzig-Halle ein bekannter Kreuzungspunkt im Eisenbahnnetz<sup>3</sup> und erlebt so ansatzweise, was es bedeutet, Transitort einer multilokalen Lebensweise zu sein. Ebenso hat die demographische und sozioökonomische Vielfalt (Neu 2006) in den beiden Städten in einem solchen Maße zugenommen, dass nicht mehr von nur homogenen Lebens- und Arbeitsweisen ausgegangen werden kann. Die kollektiven Erfahrungen einer Industriestadt vor 1989 und des danach einsetzenden Strukturwandels (Hannemann 2003, Kil 2004) wurden wie in Großstädten auch in den Kernstädten von Schmölln und Gößnitz von Individualisierung (v. Malottki 2020, Hahne / Al-Samarräie 2020) und Gender Shift (Bertram 2021, Steinführer 2018) als Merkmalen „urbaner“ Orte überprägt.

In Bezug auf die Kernstadt Schmölln kommt zudem ein behutsam erneuertes baukulturelles Erbe hinzu: dessen sanierte Altstadt rund um Markt-, Kirch- und Goetheplatz. Gerade dieser Ort manifestiert die historische Bedeutung von Stadt und besitzt einen urbanen Charakter. Die bisherige Stadterneuerung in Schmölln ist eingebettet in die Renaissance der Stadtentwicklungspläne (Altrock 2014). Nichtsdestoweniger gilt auch hier der allgemeine Blick der Stadterneuerungsforschung auf die Praxis:

»Werden integrierte Konzepte erarbeitet, bedeutet das nicht, dass sie jeweils den Geist einer umfassenden strategischen Stadtteilentwicklung atmen. Häufig dienen sie erst einmal der Mobilisierung von Fördermitteln,

3 Sich selbst beschreibend als Deutschlands längster Bahnsteig; selbiger wird aber durch den Ausbau der Eisenbahnstrecke Leipzig – Hof – Stuttgart/Karlsruhe durch übliche, neben- statt hintereinanderliegende Bahnsteigkanten ersetzt, so dass den modernen Anforderungen an einen SPNV-Knoten Genüge getan wird.

da die Vorlage eines solchen Konzepts verlangt wird. Dabei werden nicht selten lange unbewältigte Probleme oder Wünsche zum Gegenstand der Planung. ... Eine bloße additive Zusammenstellung von Maßnahmen mag zwar Grundlage für einen Fördermittelantrag sein, doch bleibt ungewiss, inwiefern so Quartiersaufwertung gelingen kann. Die große Komplexität der Abstimmung unterschiedlichster Ressorts legt pragmatisches Handeln oft nahe.«

(Altrock 2014)

Gerade hinsichtlich der funktionalen Weiterentwicklung der Innenstädte durch den inzwischen rapide beschleunigten Strukturwandel des Einzelhandels (Siedentop et al. 2020, Schneidewind et al. 2020) ist die Notwendigkeit, über eine additive Aneinanderreihung von Maßnahmen in der Städtebauförderung hinauszugehen, umso dringlicher geworden. Die Verfahren und Instrumente der Stadterneuerung bieten hier besonders erfolgsversprechende Ansatzpunkte. Krüger (2019) hat mit seiner Weiterentwicklung eines zentralen Instruments der Stadterneuerung, dem Quartiersmanagement, gezeigt, wie sich Stadterneuerung, kommunale Infrastrukturplanung und Gemeinwesenarbeit miteinander verweben lassen und so eine gemeinsame integrierte Stadtentwicklung ermöglichen.

Die Erfahrungen der Kleinstädte in der Stadterneuerung der vergangenen Jahre, hier sei auf die Arbeit der Transferstellen zu den Programmen Aktive Zentren und Kleine Städte und Gemeinden verwiesen (Altrock 2013, 2014), haben ebenfalls Anknüpfungspunkte an Infrastrukturplanungen und an die lokale Zivilgesellschaft aufgezeigt. Ähnlich dem Sphärenmodell des Quartiersmanagements bei Krüger (2019) muss dazu die Daseinsvorsorge mit einer ländlich verfassten Zivilgesellschaft verzahnt werden. Das ist der Ansatzpunkt, um Verfahren und Instrumente der Stadterneuerung mit den Methoden und Werkzeugen der regionalen Sicherung der Daseinsvorsorge zu verknüpfen.

## Regionale Ebene: Grenzen der Raumordnung

Gößnitz ist zwar nicht der zentralörtliche Hauptort im Altenburger Land zwischen Gera und Altenburg, aber dafür der S-Bahnhof. Während Schmölln eine solide Grundversorgung<sup>4</sup> im SPNV besitzt, stellt der Gößnitzer Bahnhof den eigentlichen Hub dar: Öfter als im Stundentakt gibt es Verbindungen nach Leipzig<sup>5</sup> und nach Ausbau der sogenannten Mitte-Deutschland-Verbindung mutmaßlich auch den Halt eines Chemnitz anbindenden Fernzugs.<sup>6</sup>

Das steht aber alles so nicht im Regionalplan Ostthüringen. Gerade auf den unteren Ebenen, d.h. der Ebene der Regionalpläne bzw. im zentralörtlichen System bei Mittel- und Grundzentren, steht kaum noch der Entwicklungs-

4 Stundentakt nach Gera, Jena, Weimar und Erfurt und in der Überlappung von SPNV und ÖPNV mindestens einen Stundentakt zur Kreisstadt Altenburg.

5 Darunter Expresszüge zum Flughafen Halle-Leipzig und nach Zwickau.

6 Im Vorgriff auf diesen Ausbau (Chemnitz – Gera – Erfurt – Kassel – Paderborn – Ruhrgebiet) finanziert der Freistaat Thüringen Fernverkehrsleistungen auf dieser Strecke zwischen Gera und Erfurt, so dass seit 2018 IC-Züge von Ostthüringen via Kassel ins Ruhrgebiet durchgebunden sind.

	Relevanz der zentralörtlichen Einstufung in den Handlungsfeldern			
	Siedlungsstruktur	Verkehr	Versorgung	Ökonomische Entwicklung
Metropolregionen	•	●	•	●
Oberzentren	●	●	•	●
Mittelzentren	●	●	●	•
Grundzentren	●	•	●	•

### Ø1 Relevanz zentralörtlicher Einstufung nach Handlungsfeldern

aspekt der Raumordnung im Vordergrund. Hier wurde bereits vor circa 20 Jahren (Blotevogel 2002) die Erkenntnis gewonnen, dass Aspekte der Raumentwicklung und Daseinsvorsorge durch Raumordnung unterschiedlich beeinflusst werden. Während in Metropolregionen und Oberzentren sich kaum die raumordnerische Frage stellt, wie eine grundsätzliche infrastrukturelle Versorgung (z. B. Schulen, Krankenhäuser) zu sichern ist, dienen mittel- und grundzentrale Ausweisungen zumeist einer z.T. lediglich symbolischen Sicherung von Infrastrukturelementen mittels Ausstattungskatalog im Textteil des regionalen Raumordnungsplans.

Die Bündelung infrastruktureller Orte und Einrichtungen an dementsprechend als zentral einzustufenden Orten basiert insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern auf einer Übernahme sektoraler Planungen und Entscheidungen, die auch oft außerhalb des Bundeslandes – Stichwort Fernverkehr – getroffen wurden. Aufgrund der demographischen Gesamtsituation in Ostdeutschland nach 1989 hatte die Raumordnung im Wesentlichen nie ein „Mehr“, sondern immer nur ein Weniger im Raum zu verteilen.

Daher finden die meisten Modellansätze der Sicherung der Daseinsvorsorge auch jenseits der zentralörtlichen Strukturen statt und erproben neue Organisationsformen und Finanzierungsansätze zumeist in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und oft außerhalb als zentralörtlich ausgewiesener Ortslagen (z. B. Schaubert 2020, Soboth und Seibert 2020, Kreinberger 2020). Beispielhaft dürfen hier der „Dorfladen“, der sowohl Einzelhandelsversorgung sichert als auch sozialer Treffpunkt ist, der „Bürgerbus“, bzw. jegliches lokale Mobilitätsangebot, das auf Sharing beruht und in der Regel die Anbindung an den Zentralort anstrebt, und als Drittes die „mobile Krankenschwester“ stehen, also die Mobilisierung und Dezentralisierung einer basalen Gesundheitsversorgung. Sie setzen – bewusst oder unbewusst – voraus, dass es auch im noch so ländlichen Raum einen städtisch geprägten Ort gibt, an dem gewisse zentralörtliche Funktionen gewährlei-

stet werden. Diesen am städtisch geprägten, zentralen Ort angesiedelten Funktionen werden mobilisiert, dezentralisiert, manchmal auch dekommodifiziert und deadministriert (von Verwaltung ins Ehrenamt verlagert), um so auf dem Dorf verfügbar gemacht zu werden.

Aus der Perspektive der Kleinstadt ergibt sich hier eine langfristig herausfordernde Ambiguität, die durch unser Forschungsprojekt gezielt adressiert wird: Denn die – z. B. in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – postulierte Lebendigkeit von dessen Innenstadt hängt nun mal auch davon ab, dass das Um-Land sich dieser Innenstadt als Ort der Daseinsvorsorge bedient. Eine gleichzeitige Zentralisierung in der „lebendigen“ Innenstadt einerseits und Dezentralisierung in den dörflichen „Gemeinschaften“ erzeugt mehrere Schwierigkeiten. Erstens kann der Eindruck entstehen, dass in der „Stadt“ die Kommunalverwaltung und im „Dorf“ das Ehrenamt für die Daseinsvorsorge zuständig sind: Für Gemeinde- und Stadträte, die für beides zuständig sind, ist dies eine möglicherweise politisch explosive Konstellation. Zweitens werden „Stadt“ und „Dorf“ in eine konkurrierende Konstellation gestellt (siehe auch Langner/Frölich-Kulik 2018:12), die zudem den eigentlichen, eingangs dargestellten Grenzen der Wirksamkeit des Zentrale-Orte-Systems in der Raumordnung fachlich nicht gerecht wird: insbesondere, wenn drittens der demographische Rahmen einer andauernden Schrumpfung der Bevölkerung sowohl „Stadt“ als auch „Dorf“ zusetzt, weil man sich gleichermaßen in der Peripherie befindet (in der man trotz S-Bahn nach Leipzig ist). Die Daseinsvorsorge kann also weder rein nach zentralörtlichen Gegebenheiten noch nur auf Basis ehrenamtlich getragener Dorfgemeinschaften gesichert werden.

## Verbindende Ansätze: Rurbanismus und „StadtLand“

Dörfer als Siedlungsbestandteile werden insbesondere von gegenwärtig zuziehenden Milieus deutlich anders bewertet als dies in früheren Jahrzehnten der Fall war; es findet eine intensivere Einbeziehbarkeit per SPNV hervorragend erschlossener Orte auf dem Land in globalisierte und großstadtaffine Raumbezüge statt. Nicht zuletzt eignen sich Transit- und Hub-Orte in solchen Netzen insbesondere dafür, neue Entwicklungen der Arbeitswelt und der Digitalisierung räumlich zu manifestieren (Schneidewind et al. 2020, Wirth 2020, Altrock/Krüger 2022). Hier sind Raumstrategien wirksam, die wiederum nur ansatzweise von der Raumordnungspraxis erfasst werden. Daher gilt es, sich die Ansätze des Rurbanismus zunutze zu machen. Die IBA Thüringen (o. J.) und weitere Akteure im räumlichen Umfeld der Planungsstudiengänge in Weimar (Bauhaus-Universität) und Erfurt (Fachhochschule) versuchen in diesem Kontext, Stadt und Land diskursiv miteinander zu verbinden. Die bessere Verlinkung von regionaler Daseinsvorsorge und kommunaler Stadtentwicklung (was auch ein Schwerpunkt in diesem Forschungsprojekt ist) kann daher auch ermöglichen, die Unsicherheiten bei der Planung von Daseinsvorsorge zu verringern.

Mit dem hier aufgegriffenen Begriffsverständnis von Rurbanismus nimmt man ländliche Perspektiven in einer urbanisierten Welt ein (Langner/Frölich-Kulik), ohne sich dabei auf die Klischees der „Landlust“ zu beschränken:

»Es wird als Idylle in medialen Repräsentationen und einschlägigen Magazinen und gleichzeitig als Anti-Idylle in literarischen und filmischen Narrativen dargestellt. Es ist arkadisches Sehnsuchtsbild verschwindender traditionell bewirtschafteter Kulturlandschaften und spiegelt ebenso die Fortschrittsidee einer industrialisierten und digitalisierten Land- und Energiewirtschaft wider. Es taucht auf in städtebaulichen und lebensweltlichen Utopien naturnaher und gemeinschaftlicher Wohn- und Lebensformen und gelebter Solidarität als Projektionsraum eines guten Lebens, aber auch als dystopischer Ort der Ausgrenzung und Kontrolle, sowie als raumplanerischer Problemfall in Diskussionen um die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensbedingungen.«

(Langner / Frölich-Kulik 2018:11)

Doch gerade in den ruralen Raumbestandteilen einer Kommune gelingt es immer wieder erfolgreich, Allianzen zwischen Kommune und Zivilgesellschaft zu bilden, um – oft mittels einfacher und pragmatischer Lösungen – die komplexe Aufgabe der Daseinsvorsorge ortsspezifisch gemeinsam zu bewältigen. Die IBA Thüringen hat für den Umgang mit rurbanen Raumsituationen eine Reihe von Leitbegriffen neben dem StadtLand-Begriff geprägt (IBA Thüringen o.J.), die Krüger (2020) bereits für den suburbanen Raum rund um Jena und Weimar aufgegriffen hat und die für die Raumsituation von Schmölln und Gößnitz über das eigentliche IBA-Thema hinaus weitergedacht werden.

Der Begriff der Rurbanität wird im aktuellen Diskurs zur Beschreibung partnerschaftlicher Beziehungen zwischen Stadt und Land – Stadt und Dorf – verwendet, um diese phänomenologisch zu beschreiben (Langner / Frölich-Kulik 2018, 14). Die Autorinnen betonen dabei, dass es ihnen nicht um eine neue Kategorie geht (ebd.: 15), die wie einst die Sievertssche Zwischenstadt einen Raum beschreiben soll, der zwischen Stadt und Land liegt. Diesem Ansatz folgen auch wir, wenn wir instrumentelle Anknüpfungspunkte zwischen kommunalen, regionalen und auch globalen Erfordernissen – städtebauliche Entwicklung, Daseinsvorsorge, Nachhaltigkeit – ermitteln und für die eine kommunale Praxis handhabbar machen, die schon qua Territorialität zugleich Stadt und Land einbeziehen muss.

## Die besondere Erfahrung: Stadtumbau Ost

Auf einen Umstand ist gesondert einzugehen, auch wenn er schon mehrfach angerissen wurde: Die Lage Schmöllns bzw. Gößnitz' in Ostdeutschland beinhaltet einen spezifischen Erfahrungsschatz in der Raumentwicklung nach 1989. Zu DDR-Zeiten als Teils des administrativen Bezirks Leipzig war die Region Teil einer ländlichen Industrieregion mit Verflechtungen in das mitteldeutsche Braunkohlerevier mit seiner chemischen und Kunststoffindustrie (als Weiterentwicklung der Knopfindustrie im Laufe des 20. Jahrhunderts) und in das westsächsische Industrievier mit seinem Maschinenbau und der Automobilindustrie. Die Transformation nach 1989 hin zu einer regional stabilen, mittelständischen Wirtschaftsstruktur war der schwierigere, aber aus heutiger Sicht erfolgreichere Weg, der in der Region gegangen wurde.

Die zweite zentrale Erfahrung aus den 1990er-Jahren war die der Abwanderung, gefolgt von massiven Leerständen. Auch hier war – und ist – die benachbarte Kreisstadt Altenburg ein herausragendes Beispiel für umfangreiche Leerstände in gründerzeitlichen Wohn- und Gewerbegebäuden. Diese Mischung aus Wohnungsüberhang und ökonomischen Bedeutungsverlust (vgl. Hannemann 2003) führte einerseits zur Etablierung des Städtebauförderprogramms Stadtumbau Ost und andererseits zu einer insbesondere in Sachsen-Anhalt und Südbrandenburg mittels Internationaler Bauausstellungen gelebten Experimentierlust (Kegler 2020) und einer Neuinterpretation der Schrumpfung als „Luxus der Leere“ (Kil 2004). Und bis heute lässt sich anhand der Bevölkerungszahlen konstatieren, dass es zwar kein Gegenrezept gegen die Schrumpfung in weiten Teilen Ostdeutschlands gibt, aber ein immer umfassender gewordenes Erfahrungswissen mit einer abnehmenden und alternden Bevölkerung und eine Fokussierung auf die endogenen Entwicklungspotenziale.

Die Zeit des experimentellen Stadtumbaus ist zwar im Laufe des letzten Jahrzehnts zu Ende gegangen, aber die Akteure sind noch da und einzelne Projekte – sowohl erfolgreiche wie vergebliche Versuche der Revitalisierung von Leerständen – sind im Gedächtnis der Menschen vor Ort verankert und werden daher einbezogen. Forschungserkenntnisse aus der Zeit des Stadtumbaus (exemplarisch: Altrock/Haller 2020) sind hier anschlussfähiger als anderswo; und das „Überstehen“ der Transformationsprozesse der Nachwendezeit erhöht zudem die Resilienz angesichts der anstehenden mindestens ebenso gravierenden Transformationsprozesses der Klimaanpassung. Doch diese Erfahrungsräume müssen vielfach erst noch erschlossen werden.

## Kommunalverwaltung und Raumentwicklung

Eine entscheidende Rahmenbedingung ist aber ebenso zu beachten, die zwar hinsichtlich der Planungsgeschichte – und damit der Narrative der Erfahrungen – mit der Bevölkerungsschrumpfung nach 1989 zusammenhängt, aber als Rahmenbedingung eigenständig aus der Forscherperspektive zu betrachten ist: die seit 1989 mehrfach veränderten administrativen Strukturen – Hannemann (2003) benennt die De-Administrierung auch als Teil der über das Thema De-Industrialisierung hinaus gehenden De-Ökonomisierung vieler ostdeutscher Städte. Dass Schmölln bis 1994 Kreisstadt war, spielt heute jenseits der Kfz-Kennzeichen kaum noch eine Rolle. Wichtiger ist die jüngste Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform Thüringens, die in der vergangenen Legislaturperiode (2014-19) vorangetrieben wurde und die das Gebiet der Gemeinde Schmölln auch merklich vergrößerte.

Gebietsreformen werden sehr selten aus einer explizit stadtplanerischen Perspektive betrachtet und in anderen Disziplinen meist aus einer Top-down-Perspektive forschend durch Gutachten begleitet (vgl. Blesse et al 2017) – zumeist mit der Fragestellung, ob die Verwaltung durch die Zusammenlegung von Gebietseinheiten effizienter wird. Diese Frage ist aus der Perspektive der Daseinsvorsorge nur so lange relevant, so lange es nicht um ein Unterschreiten einer – wiederum erst normativ zu definierenden –

Mindestversorgung geht. Jedenfalls erscheinen Effizienzgewinne durch derartige Reformen eher dadurch erzielt werden zu können, dass gleichbleibende Aufgaben durch weniger Personal zu erledigen sind, weniger durch die Frage, welchen physischen Standort die Personen in der Verwaltung einnehmen. Ein aufgelöster Landkreis, eine aufgelöste Gemeinde werden schließlich nicht zu nicht-verwalteten Territorien.

Die Reformen – nicht nur in Thüringen – haben zudem zu einer Vielfalt an Gemeindestrukturen geführt, z.B. neben der sich selbst verwaltenden und mehrere Tausend Einwohner umfassenden Gemeinde auch die Verwaltungsgemeinschaft kleiner und kleinster Gemeinden und die Möglichkeit, seine administrativen Aufgaben als Klein(st)gemeinde von einer anderen Gemeinde „erfüllen“ zu lassen (die entsprechende Nachbargemeinde heißt dann tatsächlich „erfüllende Gemeinde“). Vor diesem Hintergrund ist es gar nicht ohne weiteres möglich, interkommunales Agieren einheitlich zu definieren.<sup>7</sup>

Aus der Perspektive der Stadtforschung (vgl. hierzu auch Neu 2006 und Steinführer 2018) sind zwei an der Bauhaus-Universität Weimar entstandene Masterarbeiten bemerkenswert, wovon eine von Arvid Krüger mitbetreut wurde und in eine gemeinsame Veröffentlichung mündete (Krüger/Müller 2018). In dieser wurde der radikale Versuch vorgenommen, sich die Landkreise „wegzudenken“, also eine Aufgabenteilung zwischen (groß-)gemeindlicher Ebene und der territorial den gesamten Freistaat Thüringen umfassenden Regierungsbezirksebene vorzunehmen. Denkansatz war, dass basale Einrichtungen der Daseinsvorsorge bei einer Mindesteinwohnerzahl von ca. 6.000 EW ohnehin in jeder Gemeinde vorzuhalten sind, so dass sich raumordnerische Verteilmechanismen auf grund- und mittelzentraler Ebene weitestgehend erübrigen – und oberzentrale Standortentscheidungen wie z. B. Theater, größere Krankenhäuser oder Hochschulen sowieso auf Landesebene getroffen werden. In einer zweiten Arbeit (Sandmann 2019) wurde an der disziplinären Schnittstelle zwischen Regionalentwicklung und Stadtsoziologie erforscht, wie in entsprechend flächengroßen Gemeinden in Sachsen-Anhalt die Gebietsreform Peripherisierungsprozesse verstärkt hat oder sogar angestoßen wurden. Mittels empirischer Fallstudienarbeit wurden die Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit der Orte und der Gesamtgemeinden untersucht.

Letzten Endes sind aber alle territorialen, an Einwohnerzahlen ausgerichteten Gebietsveränderungen erst durch die damit verbundene Personalausstattung in den entsprechenden Verwaltungsstellen wirksam. Das bedeutet die zwingende Notwendigkeit der Berücksichtigung der Situation und Verfasstheit der kommunalen Haushalte bzw. die Fähigkeiten in der kommunalen Familie (Kreise und Gemeinden), Ressourcen für die einzelnen Einrichtungen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge bereitzustellen – und erst recht, sie entlang der SDG-Ziele weiterzuentwickeln. Ohne Ansätze einer gemeinschaftlichen Finanzierung und der Nutzung der in den unter-

7 Vergleichbar ist auch die Konstellation der der 8 Ilm-Kreis-Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Großbreitenbach und der ca. 1.000 EW großen Gemeinde Neustadt am Rennsteig im Kommune-Innovativ-Projekt „Komet“. Durch die Verwaltungsreform wurde die territorial nahezu identische Kleinstadt Großbreitenbach mit etwa 6.000 EW gebildet, der ehemals interkommunale Zusammenhang des KOMET-Projekts ist nun im Wesentlichen intrakommunal.

schiedlichen Verwaltungsstellen vorhandenen Wissensbestandteilen über die räumliche Entwicklung im Sinne einer nichtmonetären Ressource wird man mit der Knappheit der Ressourcen nicht umgehen können. Das Projekt in Schmölln und Gößnitz dient also auch der Eröffnung von Modernisierungschancen im öffentlich-rechtlichen System.

## Das Forschungsprojekt ISDN

Das gemeinsam von Kommune und Wissenschaft geleitete Forschungsprojekt möchte exemplarisch eine integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit (ISDN) entwickeln, in denen der Umgang mit den eben erläuterten Raumphänomenen und Rahmenbedingungen im Sinne einer kommunalen Stadtentwicklungspolitik umgegangen werden kann. Diese ISDN soll für Gemeinden mit städtischen und ländlichen Teilen und mit zentralörtlichen Funktionen die Ressourcen für den städtischen Raum und für den ländlichen Raum vor Ort bündeln und mit den Klimazielen sowie den infrastrukturellen Aspekten der Daseinsvorsorge verbinden. Dabei geht es nicht vorrangig um das Kombinieren von Mitteln oder das Vereinfachen von Förderanträgen (das später nach Projektende durch Handeln des kommunalen Partners auch), sondern um die Ausbildung und Umsetzung eines vor Ort verankerten politikfeldübergreifenden Denkens im Umgang mit den einzelnen Förderpolitiken der unterschiedlichen Ministerien des Bundes und des jeweiligen Landes (in welche die entsprechenden EU-Förderpolitiken ebenfalls einfließen). Gerade in Bezug auf die Klimaziele des Bundes, aber auch in der Verknüpfung städtischer und dörflicher Siedlungsstrukturen wird ein politikfeldübergreifendes Denken unverzichtbar sein. Die ISDN soll

- eine (inter-)kommunale Nachhaltigkeitsstrategie durch raumbezogenes Agieren effizienter implementieren, z. B. für eine (inter-)kommunale klimaneutrale Wirtschaftsentwicklung;
- das Instrument ISEK aus der Städtebauförderung methodisch weiterentwickeln und diesen Outcome für andere Gemeinden Deutschlands nutzbar machen, insbesondere in Bezug auf die Integration städtischer und dörflicher Gemeindeteile in eine gemeinsame Strategie und die interkommunalen Potenziale eines ISEK;
- die Ergebnisse der Thüringer Gemeindegebietsreform unter den Aspekten Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit betrachten und hieraus Schlüsse für weitere Reformschritte ziehen, die von anderen Bundesländern be(ob)achtet werden können.

Für die ISDN werden Methoden der städtischen, quartiersbezogenen Erneuerung in die Raumkategorie der gemeindeübergreifenden Regionalplanung übertragen und auf Aspekte der Klimaanpassung und der infrastrukturellen Daseinsvorsorge angewendet. Mit der Etablierung einer ISDN auf der Basis der Verfahren und Instrumente der Erstellung eines ISEKs wird ein in der Praxis und in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik etabliertes Werkzeug methodisch weiterentwickelt. Das Projektteam erprobt am Schmöllner Beispiel, wie sich die Herausforderungen von Klimaanpassung und Daseinsvorsorge mit einem aus der Stadtplanung stammenden Werkzeug räumlich steuern lassen.

Fünf Arbeitspakete prägten das erste Förderjahr des im Herbst 2021 gestarteten Projekts. Die Arbeitspakete repräsentieren die aus den SDG abgeleiteten Themen und werden durch eigene Akteursnetzwerke in der Projektstruktur repräsentiert, sodass von vornherein Mitarbeiter:innen der Verwaltung, kommunalpolitisch Tätige und Akteure der Zivilgesellschaft hier themenspezifisch eingebunden werden konnten. Erforscht wurden die Arbeitspakete durch Fallbringerstudien (siehe den Beitrag von Knacker et al. in diesem Band), sie dienten aber auch dazu, die SDG-Themen in eine mögliche kommunale Stadtentwicklungspolitik zu übersetzen.

**1. Stadt und Dorf als gleichberechtigte Komponenten von Heimat:** Dieses Arbeitspaket setzt dort an, wo aus kommunaler Perspektive ein Eingliederungsvertrag<sup>8</sup> endet. Mit den Verträgen wurde die Eingemeindung dörflicher Gemeindestrukturen in die Stadt Schmölln kodifiziert (zuletzt mit vier<sup>9</sup> Gemeinden am 01.01.2019). Aus ihnen ist – bis zu einem gewissen Grad – ablesbar, welche Angebote die Stadt an die „neue“ dörfliche Einwohnerschaft machen kann und welche Rolle das jeweilige Dorf in der gesamtgemeindlichen Struktur einnehmen kann. Die Komplexität dieser mehrfach bilateralen Verständigungen wird dadurch erhöht, dass der Wirkungskreis von Schmölln sich auch weiterhin über das Gemeindegebiet hinaus erstreckt, unterschiedliche Dörfer im Umland also unterschiedlichen Status besitzen. Hinzu kommt der Verbund mit Gößnitz.<sup>10</sup>

Es werden zudem Leitbilder städtischer und ländlicher Entwicklung ins Verhältnis zueinander und zum vorgefundenen Raum gesetzt. Ein Anspruch in diesem Arbeitspaket ist es, sowohl Elemente einer gemeinsamen Identität als auch einer sich gegenseitig wertschätzenden Rollenverteilung im Stadt-Land-Gefüge zu finden. Diese werden in Raumfigurationen übersetzt und als Teil städtebaulicher bzw. freiräumlicher Aufwertungen in den Gemeindegebieten sichtbar gemacht.

**2. „Stadt der kurzen Wege“ in der Fläche:** Ansatzpunkt dieses Arbeitspakets ist das bestehende Projekt „Schmölln macht mobil“<sup>11</sup>, mit dem jüngst eine Buslinie für den Schmöllner Stadtkern<sup>12</sup> sowie die Umgestaltung und Aufwertung des Bahnhofsvorplatzes von Schmölln im Sinne der Verbesserung der Umsteigebeziehung Bahn-Bus erreicht wurde. „Schmölln macht mobil“ kann diesbezüglich nur ein Anfang sein. Die Anbindung an das

8 Nach ThürGNGG (Thüringer Gemeindegliederungsgesetz).

9 Eine fünfte Gemeinde wurde ohne spezifischen Vertrag am gleichen Datum eingemeindet.

10 Eingemeindungen gab es zudem in den 1990er, 1970er, 1950er, 1920er Jahren; für Dobitschen ist Schmölln erfüllende Gemeinde. Schmölln und Gößnitz bilden einen interkommunalen Verbund; Gößnitz besitzt ebenfalls 1920er-Jahren eingemeindete dörfliche Gemeinden und ist erfüllende Gemeinde für Ponitz und Heyersdorf.

11 <https://www.mdv.de/mdv/projekte/schmoelln-macht-mobil/>.

12 Die Buslinie F verbindet vom Bahnhof ausgehend mehrere insbesondere für bereits jetzt ÖPNV-affine Bürger:innen relevante Orte, zu denen u.a. Siedlungsgebiete mit altenfreundlichem Geschosswohnungsbau, Marktplatz und Friedhof gehören; eine weitere Buslinie erschließt vom Bahnhof und aus die Schulstandorte via Marktplatz. Bus und Bahn sind miteinander vernetzt, so dass sich auch überregionale Angebotsverbesserungen dadurch erreichen ließen.

S-Bahn-Netz (in Gößnitz) sowie die Einbindung gewerblicher Arbeitsstätten und dörflicher Ortsteile – dann mutmaßlich mit flexibleren Lösungen als dem klassischen Linienbus – sind dabei der eine Teil einer Ausweitungstrategie des Mobilitätsangebots, der andere Teil sind die Erweiterung der Mobilitätsangebote im Umweltverbund (Fahrrad- und Fußverkehr), die Einbeziehung von Sharing-Angeboten (elektrobetriebene Kleinfahrzeuge u. ä.) und etwaige zeitliche Ausweitungen (z. B. ein Angebot für die abendliche Rückkehr nach einer Abendvorstellung im Altenburger Theater). Dabei steht das Denken von planbaren Mobilitätsketten (z. B. vom Theater bis zur Haustür oder wenigstens zum Dorf- oder Stadtquartiersplatz) als Serviceangebot im Mittelpunkt.

Einen städtebaulichen Aspekt erhält dieses Arbeitspaket durch die Thematisierung der Umsteigepunkte solcher Mobilitätsketten als gestaltungsrelevante öffentliche Räume, in denen sowohl Transit wie Aufenthalt attraktive Optionen des Aufenthalts darstellen. Hierzu gehört ebenfalls die Ansiedlung möglicher, mobilitätsaffiner innovativer Nutzungen, gerade mit Hinblick auf das Arbeiten, wie es im nachfolgenden Arbeitspaket thematisiert wird.

**3. Gewerbeentwicklung im Einklang mit Flächensparzielen:** Die gewerbliche Entwicklung wird in diesem Projekt aus der Perspektive der Arbeit betrachtet: Wo arbeiten die Menschen im Gemeindeverbund Schmölln/Gößnitz, wie sehen die städtebaulichen Qualitäten dieser Orte aus und wie sind sie durch Mobilität eingebunden? Dass Gewerbeflächen eher in der Nähe übergeordneter Straßen, weniger integriert in städtische Lagen liegen, dass der Autoverkehr seinen Platz dementsprechend einnimmt (Lieferverkehr, Kfz-Parkplätze), dass der Onlinehandel dem lokalen Einzelhandel zusetzt und dass die Digitalisierung eine Mobilisierung des Arbeitens – sei es im Homeoffice oder im Co-Working-Space – ermöglicht, sind Erkenntnisse, die im Rahmen dieses Arbeitspakets nicht reproduziert, sondern auf konkrete Herausforderungen lokalisiert werden.

Der Ansatz ist daher, sich aus städtebaulicher Sicht mit den Orten des Arbeitens zu beschäftigen und hier auch mögliche neue Online-Offline-Zusammenhänge zu erarbeiten. Welche Potenziale bietet „click&collect“ für den örtlichen Einzelhandel? Können dadurch Belegungseffekte auf Dorf- und städtischen Quartiersplätzen erzielt werden? Können diese Orte auch Teil eines Mobilitätsangebots zur Erreichung dieser Arbeitsstätten sein? Diese Fragestellungen werden eine eher netzwerkliche Aufgabe der Arbeit in diesem Arbeitspaket sein.

Die andere, eher bauliche Aufgabe wird es sein, ökologische Fragestellungen mit der Wirtschaftsentwicklung zu verbinden: Wie lassen sich Klimaanpassungsmaßnahmen in gewerblichen Siedlungsteilräumen implementieren? Gibt es Möglichkeiten eines Flächenrecyclings, z. B. durch die digitale Verknüpfung von flächenintensiven backoffice-Funktionen im Gewerbegebiet und publikumsaffinen frontoffice-Funktionen in den zentralen Bereichen der Gemeinde – z. B. am Markt in Schmölln oder am S-Bahnhof in Gößnitz? Wie lassen sich urbane Kreativität und handwerkliche Solidität so miteinander verbinden, dass Schmölln/Gößnitz eine entsprechend interessante Rolle in der Leipziger Peripherie einnehmen können?

**4. Interkommunale und innovative Bildungslandschaft zur Fachkräftesicherung:** An die Ausführungen zum vorherigen Arbeitspaket anknüpfend, werden hier Fragen zu Arbeit und Bildung miteinander verbunden, da Schmölln bereits progressive Ideen zur basalen Daseinsvorsorge anstrebt: nämlich eine Sprengelversorgung im Grundschulbereich (mit entsprechenden Vorbildern aus Südtirol). Auch in der inzwischen gefundenen Kompromissvariante mit Filialschulen muss man sich mit der Frage befassen, wie man eine auf dezentrale Standorte verteilte Schule in eine lokale Bildungslandschaft einbindet (also z. B. mit sozial- und jugendressortiertem Tun verbindet), wie man die berufliche Bildung an eine solche Raumstruktur anbindet und wie man diese räumlichen Bedingungen in den Ressorts Erwachsenenbildung und kulturelle Bildung nutzbar machen kann. Dabei ist aus baulicher Perspektive zu berücksichtigen, dass nicht nur schultypische Raumgrößen (Klassenräume), sondern auch größere Veranstaltungsräume (Säle, Aulen etc.) benötigt werden.

Diese Fragestellungen zu bearbeiten, erfordert Querbezüge zu den anderen Arbeitspaketen. Das Thema der beruflichen Bildung ist mit einer möglichen anderen Selbst-Positionierung in der Wirtschaftsförderung verbunden. Eine Mobilisierung von Bildungsangeboten bleibt nicht konsequenzenfrei für die Mobilität. Entsprechende geschaffene bzw. gesicherte Orte und Räume benötigen ein Stadt und Land gemeinschaftlich erfassendes Identitätsbild, das auch durch städtebauliche bzw. freiräumliche Zeichen in der Alltäglichkeit des Stadt-Land-Raumgefüges sichtbar wird. Nicht zuletzt ist Bildung ein zentraler Schlüssel zur Implementation einer nachhaltigen und klimaangepassten Entwicklung; progressive Veränderungen und die Schaffung einer für flächengroße Stadt-Land-Gemeinden passfähigen Bildungslandschaft sind ein Schritt für die Akzeptanzschaffung entsprechend ökologisch ausgerichteter Maßnahmen.

**5. Gesundheitsinfrastruktur als gemeindliche Aufgabe:** Nicht zuletzt die pandemische Situation zeigte deutlich, dass der Gesundheitssektor zentral für die Daseinsvorsorge ist. Das Klinikum Altenburger Land des Landkreises besitzt einen Klinikbereich in Schmölln, die hausärztliche Versorgung steht wie überall vor der Herausforderung, Nachfolgesitze in der Fläche zu halten – gerade in Regionen, wo Krankenkassen andere Regionsbezüge besitzen als lokale territoriale Entitäten. Auch hier geht Schmölln mit einem Einzelprojekt mit dem Bau des Gesundheitsbahnhofs Nöbdenitz und der Gesundheitsprävention im Freizeitbad Tatami (Stadtwerke Schmölln)<sup>13</sup> progressive Wege.

In diesem Arbeitspaket gilt es daher, diese Potenziale mit der zentralen Herausforderung zu verknüpfen: einer (nicht nur) durch Alterung steigenden Nachfrage nach gesundheitsnahen Dienstleistungen – einschließlich Pflege – steht ein möglicherweise geringer werdendes Angebot gegenüber. Die eigentlich „fachfremden“ Akteure Stadtwerke und Wohnungsverwaltung

13 Der Gesundheitsbahnhof Nöbdenitz verbindet die Sicherung einer landärztlichen Versorgung mit dem – heute eher großstädtisch konnotierten – Konzept des Ärztehauses (bzw. dem Konzept der Poliklinik, was in der Region bis in die 1980er-Jahre der Regelfall war) sowie von Präventionsangeboten (Bewegung, Fitness). Am Rande der Kernstadt Schmölln ist das Freizeitbad Tatami (Stadtwerke Schmölln) nicht nur ein Schwimmstandort der Daseinsvorsorge, sondern bietet auch unter dem Label Wellness Angebote, die gesundheitspräventiven Charakter besitzen.

werden hier intensiv einbezogen, da möglicherweise sie es sind, welche die räumlichen Bedingungen sowohl für ein dezentrales Anbieten von Dienstleistungen als auch für eine Attraktivierung als Arbeitsort für Anbieter von Dienstleistungen (Ärzt:innen, Pflegedienstleistende etc.) schaffen können. Dies geschieht auch mit Blick auf die Metropolregion Leipzig-Halle, denn gesundheitsaffine Angebote können sowohl ein Potenzial für Tagestourismus von dort als auch eine Quelle für die Rekrutierung von Facharbeitskräften in geeigneter Tagespendeldistanz sein.

Allen Arbeitspaketen gemeinsam ist der intensive Dialog zwischen örtlichen Gegebenheiten im Sinne eines endogenen Potenzials und aus ‚urbanen Kontexten‘ übertragbaren Innovationen im Sinne eines exogenen Potenzials, welches durch die wissenschaftliche Seite des Projekts hineingetragen ist. Ebenfalls allen Arbeitspaketen inhärent ist die stetige Rückkopplung sowohl zu den „Metathemen“ Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit als auch zu den jeweiligen sektoralen Verwaltungsressorts und dessen jeweiliger Anbindung in der kommunalen Familie (Gemeinde, Landkreis) bzw. anderen Stellen (Landesverwaltungsamt, MDV).

Die Arbeitspakete wurden durch Fallbringerstudien erforscht (siehe Beitrag von Knacker et al.) und münden in eine dezentrale Reallaborphase, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann – nur so viel: durch den Umstand, dass die Einzelveranstaltungen des Reallabors an verschiedenen Orten und verteilt über einen Zeitraum von Dezember 2022 bis Juni 2023 angesetzt sind, hat sich die Adjektivierung „dezentral“ ergeben. Dies bietet den Vorteil, dass insbesondere die Mitarbeiter:innen der Verwaltung (von Schmölln, Gößnitz und des Landkreises) den Arbeitsaufwand der Mitwirkung im Reallabor in ihren Arbeitsalltag besser integrieren können als bei einer klassischen Intervention durch ein Reallabor für einen begrenzten, aber intensiven Zeitraum.

Begleitet wird das Forschungsprojekt durch Lehrveranstaltungen an der FH Erfurt im Master Stadt- und Raumplanung (Winter 2021/22, Sommer 2022) und an der Universität Kassel im Master Stadt- und Regionalplanung (Sommer 2023), sodass themenspezifische, räumlich über Schmölln hinausgehende studentische Ansätze der Integration von Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in eine kleinstädtische Stadtentwicklungspolitik ermöglicht werden können. Diese sind auch bereits Beiträge dafür, die ISDN mindestens thüringenweit denken zu können. Zu berücksichtigen ist, dass Forschungsergebnisse des Projekts sich zwangsläufig auf die jeweilige Kommunalordnung und länderspezifische raumbezogene Förderpolitik beziehen müssen und damit „erstmal nur“ für Thüringen bedeutsam sind, aber mit begrenztem Aufwand auf den regulativen Rahmen anderer Länder übertragen werden können.

In diesem Sinne ist auch dieser Sammelband zu verstehen, der das Forschungsprojekt ISDN von vornherein einbetten möchte – in ein Nachdenken über eine integrierte Stadt-Land-Entwicklungspolitik des Freistaats Thüringen. Das Bundesland in der Mitte der Republik mit vielen peripheren Teilregionen, jenes Bundesland, das fast nur aus Städten besteht, aber in toto ländlicher Raum ist, dessen metropolitaner Kern nur als gemeinsame „Dreistadt“ Weimar - Jena - Erfurt verstanden werden kann, jenes Bundes-

land, das aus historischen Gründen Fünf-Sparten-Theater in Mittelzentren betreibt und sich als „grünes Herz“ versteht, das weniger Einwohner:innen hat als Berlin und weiter Einwohner:innen verlieren wird, aber trotzdem etablierte Schwarmstädte besitzt, – es kann für viele Raumentwicklungsfragestellungen exemplarisch stehen.

## Quellen

Altrock, Uwe (2014): Umsetzung integrierter Handlungskonzepte. Mehr als die Addition von Einzelmaßnahmen. In: stadt:pilot Heft 08, 8-9.

Altrock, Uwe (2013): Die Nationale Stadtentwicklungspolitik – Stand und Perspektiven. In: PND online, Heft I/2013.

Altrock, Uwe/Huning, Sandra/Kuder, Thomas/Nuissl, Henning (2014): Die Zukunftsfähigkeit von Städten. In: Dies. (Hrsg.): Die Anpassungsfähigkeit von Städten. Zwischen Resilienz, Krisenbewältigung und Zukunftsorientierung. Berlin, 7-23.

Altrock, Uwe/Haller, Christoph (2010): Neue Stagnations- und Schrumpfungskoalitionen im Stadtumbau. In: Michael Haus et al. (Hrsg.): Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess. Darmstadt: Schader-Stiftung, 158-179.

Altrock, Uwe/Krüger, Thomas (2022): Neue Aufgaben und Träger der städtebaulichen Transformation; in: Raumplanung 216/2-22, 8-13.

Bernt, Matthias/Fritsche, Miriam (2005): Von Programmen zu Projekten, Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements. In: Greiffenhagen, S./Neller, K. (Hrsg.): Praxis ohne Theorie, VS, Wiesbaden, 202-219.

Bertram, Henriette; 2021: Genderverhältnisse und (suburbaner) Raum – Wechselwirkungen, Wandel und Rolle der Planung, Diskussionspapiere der Neuen Suburbanität, Bd. 1; KOBRA, Universität Kassel.

Blesse, Sebastian/Rösel, Felix (2017): Was bringen kommunale Gebietsreformen? Perspektiven der Wirtschaftspolitik. 18.10.1515/pwp-2017-0050.

Blotevogel, Hans-Heinrich (Hrsg.) (2002): Fortentwicklung des Zentrale-Orte-Konzepts. Hannover: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Hahne, Ulf/A.-Samarraie, Joana (2020): Fläche als blinder Fleck. In: Raumplanung 205/1-20, 30-39.

Hannemann, Christine (2003): Schrumpfende Städte in Ostdeutschland, Ursachen und Folgen einer Stadtentwicklung ohne Wachstum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 28/2003, 16-24.

IBA Thüringen (o. J.): Hintergrund. <https://www.iba-thueringen.de/hintergrund> (2021-01-01).

Kegler, Harald et al. (Hrsg.) (2020): Industrielles Gartenreich – bauhaus-wende-perspektiven. Dessau.

Kegler, Harald (2015): Resilienz – neuer Maßstab für Gestaltung und Planung. In: Garten + Landschaft, Heft 3/2015, 18-22.

Kegler, Harald (2014): Resilienz – Strategien & Perspektiven für die widerstandsfähige Stadt. Basel: Bauwelt-Fundamente.

Kil, Wolfgang (2004): Luxus der Leere: vom schwierigen Rückzug aus der Wachstumswelt Berlin: Müller+Busmann.

Kreinberger, Magdalena (2020): Gemeinschaftsverkehre als Teil der Mobilitätsversorgung. In: Abt, Jan et al. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 38-43.

Krüger, Arvid (2020): Ungenutzte Treiber des Wachstums? Kleinstädte als Kerne einer gesteuerten suburbanen Entwicklung. In: BBSR (Hrsg.): Das neue Wachstum der Städte. Ist Schrumpfung jetzt abgesagt? Bonn: BBSR, 82-98.

Krüger, Arvid (2019): Neue Steuerungsmodelle der Stadterneuerung und daraus folgende Anforderungen an die Städtebauförderung, die Kommunen und die gemeinnützige Wohnungswirtschaft. Weimar: Bauhaus-Universität.

Krüger, Arvid / Müller, Maximilian (2018): Land ohne Landkreise. Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Thüringen. In: BBSR (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden. BBSR: Bonn, 106-115.

Langner, Sigrun / Frölich-Kulik Maria (2018): Rurbane Landschaften: Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld: transcript.

Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Heft 37/2006, 8-15.

Sandmann Leona: Die Handlungs(un)fähigkeit der Peripherie. Auswirkungen der Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt am Beispiel zweier kleinstädtischer Einheitsgemeinden; Masterarbeit an der Bauhaus-Universität Weimar; betreut von Barbara Schönig (FG Stadtplanung) und Anett Steinführer (Thünen-Institut).

Schauber, Ulla (2020): Aktives Leerstandsmanagement, Integraler Ansatz nachhaltiger Siedlungsentwicklung in schrumpfenden ländlichen Regionen. In: Abt, Jan et al. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 108-113.

Schneidewind, Uwe et al. (2020): Näher, öffentlicher agiler – Eckpfeiler einer resilienten Post-Corona-Stadt (Diskussionspapier). Wuppertal: Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Siedentop, Stefan et al. (2020): Covid-19 und die Zukunft der Städte. ILS-Impulse 1/20, Leibniz Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund.

Soboth, Andrea/Seibert, Caroline (2020): Qualifizierungsmaßnahme Ehrenamtlicher in der Dorfentwicklung, in: Abt, Jan et al. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, 144-149.

Steinführer, Anett (2018): Wenn die kleine Stadt (zu) groß wird. In: Reimann, Bettina et al. (Hrsg.): Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, 63-73.

Von Malottki, Christian/Sabelfeld, Robert/Joosten, Han (2020): Qualität und nicht nur Quantität. In: Raumplanung 206/2/3-2020, 48-55.

Wirth, Matti Timo (2020): Regionales Strategie-Entwerfen. In: Raumplanung 205/1-2020, 22-29.

#### Abbildungsnachweise

01 Tabelle Arvid Krüger nach Blotevogel 2002, 225.

# Bildessay: Historisches Schmölln

Fotos: Heimat- und Verschönerungsverein Schmölln

Ø1 Marktansicht, 1909



Ø2 Marktansicht, 1993





Ø3 Freibad Schmölln, Badeanstalt 1917

Ø4 Freibad Schmölln, Schwimmbecken, 2010





Ø5 Bahnhofsgebäude Schmölln, um 1950

Ø6 Bahnhofsgebäude Schmölln, 2012





Ø7 Einfahrt zur Maschinenausleihstation, um 1950

Ø8 Einfahrt zur Maschinenausleihstation, heute Netto-Markt





09 Wohngebiet Heimstätte vor dem Bau, 1986

10 Wohngebiet Heimstätte, sanierter Wohnblock der Wohnungsverwaltung Schmölln GmbH, 2009



# ZwischenStadtLand. Kleinstadt und Land zwischen politischem Darübersprechen und kleinthüringischer Realität

Arvid Krüger und Leonard Weiß

Ländliche Räume. Unendliche Weiten.

Von den strahlenden Zentren bereist, beforscht, besprochen und beherrscht, wirkt ‚das Dazwischen‘ aus urbaner Perspektive oft fremd und eigenartig. Diese Unterschiedlichkeit wird in wirkungsvollen Bildern beschrieben: Landlust und Landfrust finden sich in den Zeitungsregalen, auf Wahlplakaten wieder. Oft weniger plakativ, finden sich diese ebenso in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um ländliche Räume wieder (Kubsch 2005, Kuhn/Klingholz 2013, Grabski-Kieron 2016, Neu 2016, Doehler-Behzadi 2021). Es gibt die ganz klaren Vorstellungen von leeren, funktionslosen Räumen, die nur durchreist werden, um von einem Lichtpunkt zum nächsten zu gelangen, genauso wie die Betrachtung ‚des Ländlichen‘ als entschleunigter, idyllischer Gegenpol zum immer schneller werdenden Treiben in den Städten (beschreibend: Schöbel 2018, vor dieser stereotypen Darstellung warnend: Schneider 2021: 45, Neu 2016).

Es gibt Leben in diesen Weiten. Mit dem raumwissenschaftlichen Teleskop betrachtet, zeigen sich vermehrt Lebensentwürfe, die nicht die im Diskurs betonte Unterschiedlichkeit bestätigen. Aus urbanen und ruralen Komponenten entstehen rurbane Raumbilder (Langner/Frölich-Kulik 2018, Henkel 2020). In vielfältigen Stadt-Land-Raumkonstruktionen bestehen gegenseitige Abhängigkeiten, laufen Schrumpfs- und Wachstumsprozesse parallel ab und werden neue Strategien für die rurbane Lebenswirklichkeit beziehungsweise den Ausgleich sozioökonomischer Disparitäten eingefordert (Miosga 2015; Fina/Osterhage/Rönsch et al. 2019). Im Förderapparat ist die Stadt-Land-Dualität noch nicht überwunden. In den Zentren entstehen die Leitbilder, Programme und Instrumente, die Einfluss auf die ländliche Entwicklung nehmen und eine Vorstellung repräsentieren, wie ‚die Weite‘ aussieht, was sie braucht, wie sie funktioniert und wie sie sich entwickeln soll.

Kleinräumig erzeugen dagegen Gebietsreformen – vermutlich eher unwillentlich – neue, Stadt und Dorf umfassende Verantwortungsgemeinschaften (Krüger 2022). Dörfer werden nicht nur simpel in Städte eingemeindet, durch den neuen territorialen Charakter einer flächengroßen Kleinstadt wird es zum Normalfall, dass ehemalige Dorfbürgermeister:innen als Stadtratsmitglieder über den städtischen Jugendclub im ‚Plattenbaugebiet‘ oder die Gestaltung des Marktplatzes ebenso mitentscheiden wie bisher die nur für ‚das Städtische‘ zuständigen Mitglieder desselben Gremiums über die Sanierung oder den Neubau einer Kindergarten-Filiale, eines Dorfgemeinschaftshauses oder eines Feuerwehrdepots auf dem Dorf. Die (zumeist)

jährlichen kommunalen Haushaltsberatungen werden – so überhaupt genug Geld vorhanden ist – zu Debatten einer Balance des kommunalen Engagements in allen Ortsteilen.

Während von den kommunalpolitischen Akteuren vor Ort erwartet wird, Stadt und Dorf gemeinsam zu denken, scheint es so, dass der akademische und feuilletonistische Diskurs die Unterschiedlichkeit von urban und rural betont: Umschwärmte Städte als Innovations-, Wirtschafts- und Machtzentren (z. B. Simons/Weiden 2015) stehen der sich entleerenden, alternden und zurückfallenden Peripherie, (z. B. Beckmann 2018), zu der dann aber auch dessen Kleinstädte gehören (zur Kleinstadtforschung: Porsche/Steinführer/Sondermann 2019; zur Ländlichkeit von Städten Redepenning 2018; zur Begrifflichkeit der Provinzstadt: Weidner 2020), gegenüber. Auf der Suche nach einem Umgang mit ‚dem Land‘ wird es zum Produktionsraum, zum Rückzugs- und Erholungsort, zum Sinnbild für Gemeinschaft und Selbstverwirklichung (v)erklärt (Petrin 2017, 139). Medial dominiert genauso das Narrativ von abgehängten, mindestens aber abhängigen Regionen. Das Erstarken von rechtspopulistischem und -extremem Gedankengut hat ‚die ländliche Weite‘ in das Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt (Deppisch 2019; Weingarten/Steinführer 2020). Auch dabei wird vor allem der Unterschied zwischen Stadt und Land, Ost und West betont.

## Gleichwertigkeit, Gebietszuschnitte und das liebe Geld

In Studien, Kommissionen, Wahlprogrammen und Parlamenten wird vor diesem Hintergrund debattiert, ob und wie Gleichwertigkeit hergestellt und gewährleistet werden. Die Bandbreite der Argumentationen (Hahne 2005, 258-259, Volkmann 2018) reicht von der Aufgabe des Gleichwertigkeitsversprechens (z. B. bei Aring 2013, Kuhn/Klingholz 2013) bis zur klaren Definition von zu gewährleistenden Mindeststandards (MKRO 2006, Ante/Breitenfelder/Lob et al. 2007, 5; BBSR 2012, 16). Zudem werden Verantwortungsverteilungen zwischen staatlichen, privaten und zivilgesellschaftlichen Agierenden erwogen (Kubsch 2005, 137-138, Kuhn/Klingholz 2013, 70, Christmann 2020, 228-229; kritisch: Neu 2016, Reda 2019, 252). An Ideen mangelt es dabei nicht, die Umsetzungsstrategien laufen überwiegend auf Fragen des Geldes beziehungsweise die Übernahme von Ressourcenverantwortungen durch die Zivilgesellschaft hinaus.

Die kommunale Finanzausstattung ist Gegenstand langfristiger Auseinandersetzungen und Verteilungsdiskussionen. Um Entwicklungen anzustoßen und Investitionen zu tätigen, machen zweckgebundene Zuweisungen aus Förderprogrammen – insbesondere für kleinere und finanzschwächere Gemeinden – einen großen Anteil mit zunehmender Bedeutung am kommunalen Finanzierungsmix aus (KfW Bankengruppe 2021, 15-16). Grundgesetzlich wird den Gemeinden die selbstbestimmte Erfüllung der örtlichen Aufgaben garantiert und zweckgebundene Finanzhilfen von Bund und Ländern sind an besondere Bedeutsamkeit geknüpft. Mit steigender Abhängigkeit von Fördermitteln wächst der Einfluss höherer Ebenen auf die kommunale Entwicklung. Die auf EU-Ebene, in Berlin und den Landeshauptstädten erdachten Förderprogramme schauen dabei aus urbaner Perspektive auf



01 Die Verwaltungsstrukturen des Altenburger Landes

die ‚ländliche Weite‘. Ihre Ausgestaltung ist Ausdruck von Vorstellungen, wie ‚der ländliche Raum‘ aussieht, was er braucht, wie er funktioniert und wie er sich entwickeln soll.

Auch Gebietsreformen entspringen einem urban zentrierten Grundgedanken, der vor Ort immer wieder unterlaufen wird, was ein Blick auf eine x-beliebige Gemeinde-Karte eines ostdeutschen Bundeslands zeigt. Exemplarisch dafür steht das Altenburger Land (siehe Abb. 01) Kreiert werden territoriale Stadt-Umland-Konstrukte, wie man an den beiden größten Städten Altenburg und Schmölln ablesen kann. Es handelt sich im Wesentlichen um eine Übertragung großstädtischer Vorstellungen von suburbanen Stadt-Umland-Verflechtungen auf ländliche Räume. Metropolen und Regiopolen und ihre suburbanen Logiken dienen offensichtlich ebenso als Hintergrundfolie wie die Grundlogik der christallerschen Zentralen Orte, denn zumeist soll die Stadt ebenjenes Umland eingemeinden, das sie (grund-)zentral versorgt. Der städtische Marktplatz ist der geistige Ausgangspunkt solch einer neuen Fusionsgemeinde – an anderer Stelle gefördert durch die erfolgreichen Programme der Städtebauförderung, die eben jenen Marktplatz mit seinem hohen baukulturellen Wert zur städtebaulichen Chiffre erklären (aktive bzw. lebendige Zentren, städtebaulicher Denkmalschutz, kleine Städte und Gemeinden).

Demgegenüber steht die Vorstellung aus Sicht mancher Dorfpolitiker:innen, die sich zu einer starken Dorfgemeinschaft zusammenschließen. Es handelt sich tatsächlich in Teilen um suburbane Logiken auf der Maßstabebene der Kleinstadt. Nobitz – als exemplarisches Beispiel – vereint mehrere Dörfer vor den Toren der Kreisstadt (so auch das namensgebende Dorf Nobitz) mit Dörfern in der Peripherie des Landkreises. Solche Konstrukte tauchen unter dem Stichwort Kragengemeinde immer wieder auf. Erstaunlicherweise finden sich solche territorialen Konstrukte ebenso in der Nähe einzelner Mittelzentren (exemplarisch Nobitz, aber auch Röderland bei Elsterwerda) wie auch in der Nähe von Mittelzentren, die ihr Umland eingemeindet haben (exemplarisch Wittstock, Gardelegen). Es kommt also vor, dass sich Gemeinden eines tatsächlichen Umlands lieber untereinander zusammenschließen als mit dem nahegelegenen Mittelzentrum zusammenzugehen. Anderswo bilden mehrere, wenige Tausend Einwohner:innen umfassende Gemeinden und Dörfer eine Gemeinschaft in der Peripherie, auch hier ohne klares Zentrum der Gemeinde. Exemplarisch dafür sind insbesondere sachsen-anhaltinische Gemeinden zu nennen (zum Beispiel Arnstein). Durch unterschiedliche verfahrens- und verwaltungstechnische Möglichkeiten konnten andererseits auch viele Dörfer autonom bleiben und sind entweder, wie vor den Reformen, in Ämtern oder Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen oder lassen sich von größeren Nachbargemeinden erfüllen (auch das ist in der Abb. 01 erkennbar, so lassen sich einzelne Dörfer von Nobitz, Schmölln oder Gößnitz erfüllen). Das bedeutet, sie nehmen deren Administration als Dienstleistung wahr – oder andersherum betrachtet: Die Verwaltung der Kleinstadt ist für das Nachbardorf mitzuständig, obwohl es exterritoriales Gebiet ist und die kommunalpolitische Verantwortung endet weiter an der Gemeindegrenze der erfüllenden Gemeinde. Man kann sich leicht ausrechnen, dass dies insbesondere in Bezug auf Förderpolitiken nicht ohne Konsequenzen bleibt, wenn es ohne ein entsprechend über Normal liegendes Engagement einer kommunalen Verwaltung schwer ist, Fördermittel vor Ort abzuwickeln.

## Forschungskontexte und Methodik für diesen Artikel

Die Auseinandersetzung mit Förderprogrammen, ihren Entstehungshintergründen, Themen- und Maßnahmenpektren sowie ihren Verfahrenslogiken bildet eine Grundlage für den vorliegenden Text. Die Kombination aus kommunaler Abhängigkeit von Zuweisungen und den Steuerungsmöglichkeiten über die Zweckbindung der Mittel war Ausgangspunkt für eine Untersuchung ländlicher Förderlogiken in Thüringen im Rahmen einer Abschlussarbeit des Kasseler Stadtplanungsstudiengangs (Weiß 2022). Der Begriff der ‚Förderlogik‘ wird dabei als Ergebnis des Zusammenspiels aller an Förderprozessen Beteiligter verstanden: Von den Entscheidungsinstanzen, über die Genehmigungsbehörden bis zu den Mittelempfänger:innen, wobei in unterschiedlichen Rollen unterschiedliche Logiken wahrgenommen werden können. Die Konstruktion der Förderlogik beruht auf dem Verhältnis von fördermittelgebender und fördermittelempfangender Seite. Dabei werden die Rahmenbedingungen maßgeblich von der gebenden Seite beeinflusst und verändern sich kontinuierlich. Diese Änderungen sind an politische Verhältnisse geknüpft. Die Förderprozesse unterliegen ihren eigenen „Durchführungslogiken“, die

von internen Kommunikations- und Aushandlungsprozessen geprägt und nicht vollständig bekannt sind.

Die andere Grundlage ist das jüngst begonnene Forschungsprojekt namens ISDN – Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit. Es findet, gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, im Programmkontext „Kommunen Innovativ 2021-24“ statt. Kommunaler Partner von ISDN ist die thüringische Kleinstadt Schmölln mit etwa 12.000 Einwohner:innen, die zu unterschiedlichen Zeiten (zuletzt 2019) Dörfer eingemeindet hat. Die Bevölkerungszahl aller dörflichen Ortsteile beträgt zusammen etwa 3.000. Zudem ist Schmölln mit der Nachbarstadt Gößnitz (3.000 Einwohner:innen) per Raumordnungsvertrag verbunden, beide teilen sich unter anderem die Bewältigung einzelner Verwaltungsaufgaben. Gößnitz wiederum erfüllt mehrere dörfliche Gemeinden (zusammen ca. 1.500 Einwohner:innen), weitere benachbarte Dörfer sind mit Schmölln faktisch oder formal zur Erfüllung infrastruktureller Aufgaben verbunden: So teilen sich manche Ortsteile von Schmölln und die benachbarte Verwaltungsgemeinschaft Oberes Sprottental einen Schuleinzugsbezirk, Schmölln betreibt in einem Dorf der Verwaltungsgemeinschaft Rositz einen Kindergarten. Es liegt also eine – nach circa einem halben Jahr empirischer Arbeit noch wenig systematisierte – differenzierte Empirie über das verwaltungsmäßige Organisieren von Daseinsvorsorge und Umgehen mit Förderlogiken in unterschiedlichen territorialen Verwaltungskontexten vor. Zudem baut der Artikel auf zum Teil gemeinsame Vorarbeiten der Autoren (Krüger / Müller 2018, Krüger 2020, Krüger / Olesch / Weiß 2022) auf.

Der Artikel beruht auf den Diskursen, die im universitären Betrieb in der Vernetzung von Forschung und Lehre erfolgten. Empirische Materialien sind dabei nicht nur die vielen Gespräche und begonnenen zwölf Fallbringerstudien im ISDN-Projekt (mit mindestens ein bis zwei Tiefeninterviews mit Agierenden vor Ort), sondern auch zehn weitere leitfadengestützte Sachverständigengespräche, ergänzt um einzelne schriftliche Auskünfte, die im Rahmen der Masterarbeit zur Beleuchtung der Förderpraxis entstanden sind und aus verschiedenen Perspektiven auf Förderprozesse in ländlichen Kontexten blicken (Weiß 2022). Die zwölf Fallbringerstudien (nach Förster / Thissen 2018) beleuchten einzelne Sektoren der Daseinsvorsorge, zu denen in der jüngsten Vergangenheit bewusste Entscheidungen hinsichtlich der Organisation dieser kommunal-administrativ relevanten Sektoren (z.B. Radverkehr, ÖPNV, Grünflächen, Kinderbetreuung, Schule, Jugend, Gesundheit, Weiterbildung, Wohnen) getroffen wurden.

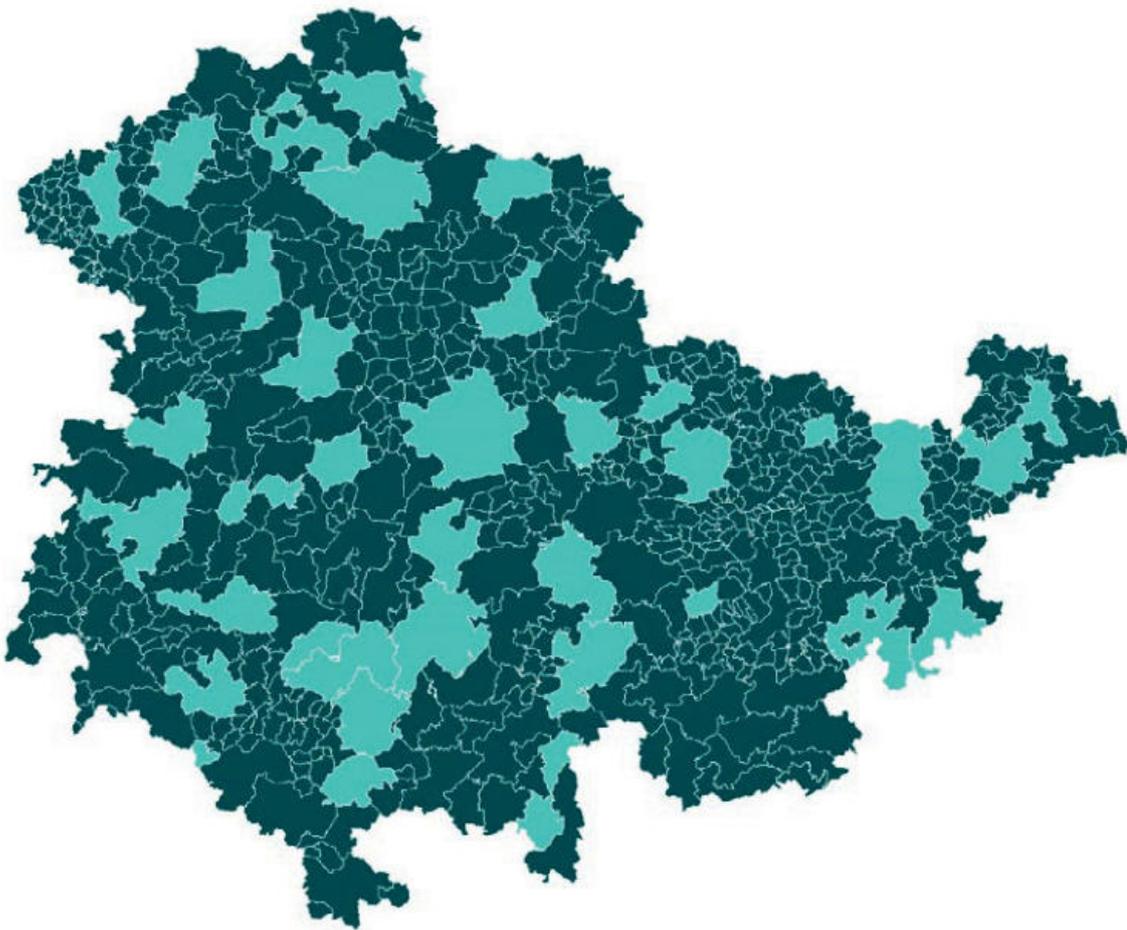
Die empirische Forschung erfolgte im Zeitraum von Oktober 2021 bis März 2022 und läuft dementsprechend noch; erste Ergebnisse wurden im Februar und März 2022 im Forschungsprojekt vorgestellt (aber noch nicht veröffentlicht). Dieser Artikel reflektiert das unterschiedlich gewonnene empirische Material, ist also eine gemeinsame Zweitauswertung von diesem. Hinzu kommen eine Literatur- und Dokumentenanalyse zum Überblick über die aktuelle Debatte ländlicher Förderbedarfe aus unterschiedlichen Blickwinkeln sowie eine Sammlung und Inhaltsanalyse von politischen, rechtlichen, statistischen und konzeptionellen Quellen zu ländlichen Fördermaßnahmen, um deren Gestalt und Wirkung nachvollziehbar zu machen (Weiß 2022, 51-74). Darauf aufbauend wurde analysiert, welche förderpolitischen

Maßnahmen sich explizit an die ländlichen Räume Thüringens richten, wie sich ländliche Förderlogiken ausdifferenzieren (Weiß 2022, 79-106) und wie diese Unterscheidung auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen wird (Weiß 2022, 106-119).

## Ländliche Förderlogiken am Beispiel des Freistaats Thüringen

In der Gebietskulisse ‚Ländlicher Raum‘ wirkt eine Vielzahl von Programmen, die sich hinsichtlich der geldgebenden Institutionen, den Bewilligungsbehörden, der Definition der Zuwendungsberechtigten, der Thematiken und Maßnahmen sowie in der Steuerung der Mittelverteilung unterscheiden und überschneiden. Die Mehrheit der Programme wird auf Landesebene verfasst und mit EU- und Bundesmitteln kofinanziert, wenn die Verwendungsvoraussetzungen der höheren Ebenen erfüllt sind (Weingarten/Fährmann/Grajewski 2015, 30). Es lässt sich nach strukturellen Förderansätzen, themenspezifischen Schwerpunktprogrammen, Modellvorhaben und Wettbewerben unterscheiden. Strukturelle Ansätze wie die Dorferneuerung und LEADER als finanzstärkste, exklusiv ländliche Programme fördern auf Basis von Entwicklungsstrategien Vorhaben aus einem breiten Maßnahmenpektrum. Die Schwerpunktprogramme lassen weniger Spielräume und fokussieren sich auf eine identifizierte Problemlage. Sie versprechen für die fördermittelgebende Seite eine zielgenaue Mittelverteilung, wenn sie mit Bedarfsnachweisen als Zuwendungsvoraussetzung verbunden sind. Als Beispiel dafür kann ein 2021 aufgelegtes Thüringer Landesprogramm zur Unterstützung von rund um die Uhr geöffneten Dorfläden angeführt werden (FR 24-h-Dorfläden). Dieses verspricht – allen in den Interviews ausgedrückten Problematiken um eine kurze Antragsfrist, den hohen bürokratischen Aufwand und die Bedingung der Rentabilität für die einmalige Anschubfinanzierung (Weiß 2022, 111-112) – mit der Voraussetzung, dass nur Vorhaben in Gemeinden oder Ortsteilen, in denen durchschnittlich kein Lebensmitteleinzelhandel mit mehr als 400 Quadratmetern Verkaufsfläche innerhalb von zwei Kilometern zu erreichen ist, förderfähig sind, räumlichen Ausgleich (FR 24-h-Dorfläden, siehe Abb. 04). Daneben sind Modellvorhaben und Wettbewerbe Randerscheinungen im Fördersystem. Sie werden als Impuls an die lokale Ebene verstanden, Innovationen hervorzubringen und Vorbildwirkung zu entfalten.

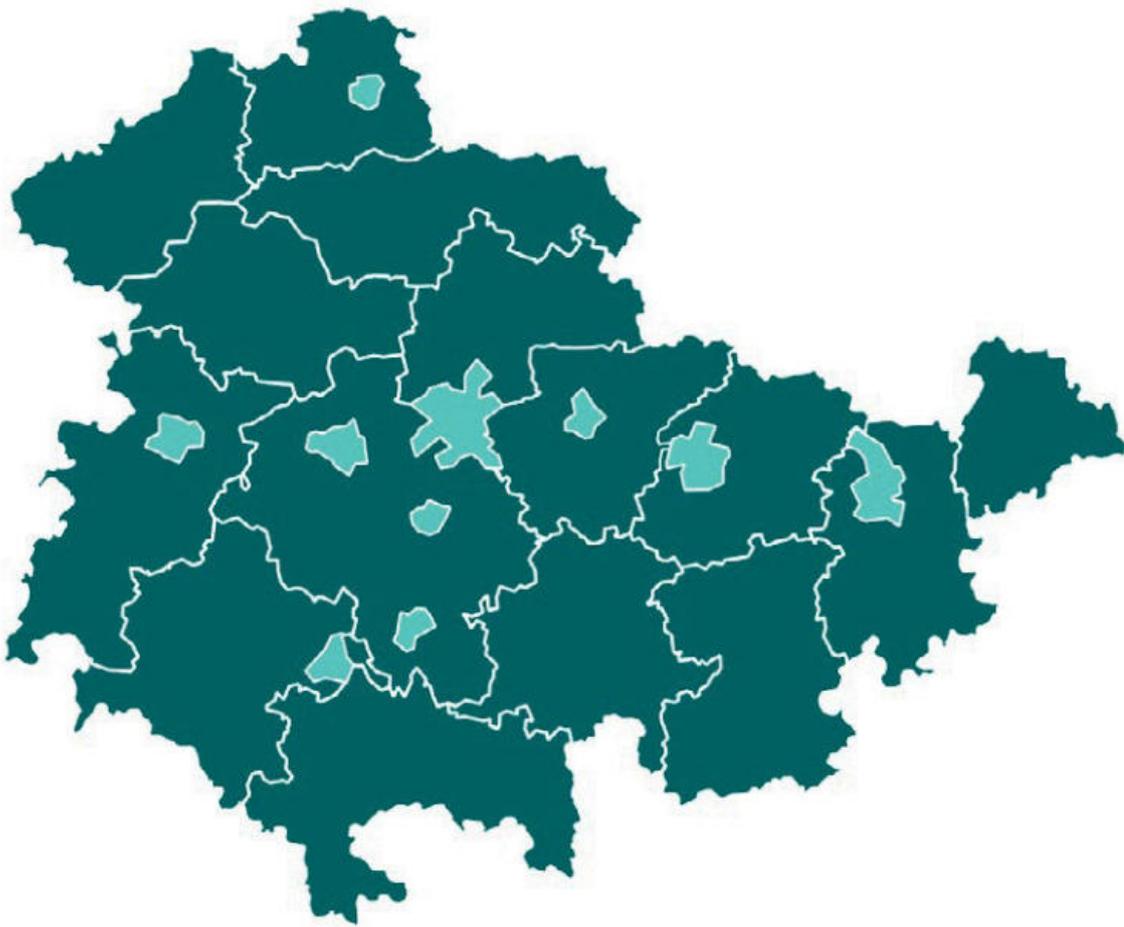
Die Bedeutung von Förderprogrammen wird von allen Agierenden im System wahrgenommen. Den ‚Goldenen Zügel‘ versteht die mittelgebende Seite als Gestaltungsinstrument, mit dem Entwicklungen angestoßen werden können. Die mittelbeziehende Ebene nimmt ein zunehmendes Abhängigkeitsverhältnis in der Mehrzahl der kommunalen Handlungsfelder wahr. Die Abhängigkeit äußert sich dadurch, dass Investitionen überhaupt nur mit Mittelzusagen möglich sind und die Haushaltsplanungen darauf ausgerichtet werden. Die Interviews zeigen: Aus kommunaler Sicht werden dabei vor allem konkret erfahrbare, bauliche Missstände als förderbedürftig bezeichnet, während aus politischer und mittelgebender Perspektive insbesondere gesamtgesellschaftliche Tendenzen als ländliche Problemlagen beschrieben werden. Hier werden in den Gesprächen Unterschiede in den Logiken, warum Fördermittel vergeben und warum sie beantragt werden, deutlich.



02 Thüringer Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohner:innen (dunkelgrüne Darstellung) als Definitionsgrundlage für die Dorferneuerungsförderkulisse. Hellgrün dargestellt sind Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner:innen, in denen Dorferneuerungsmittel nur in den ländlich geprägten Ortsteilen eingesetzt werden dürfen.

So leistet etwa die Dorferneuerung grundsätzlich mit der Möglichkeit, dass auch private Maßnahmen innerhalb des Förderschwerpunktsystems gefördert werden (FR ILE/REVIT, 20), einen wesentlichen Beitrag zu sichtbaren Veränderungen am Ortsbild und damit verbundener ‚Dableibevorsorge‘. Investive Maßnahmen werden aus lokaler Perspektive als Symbol verstanden, dass etwas passiert.

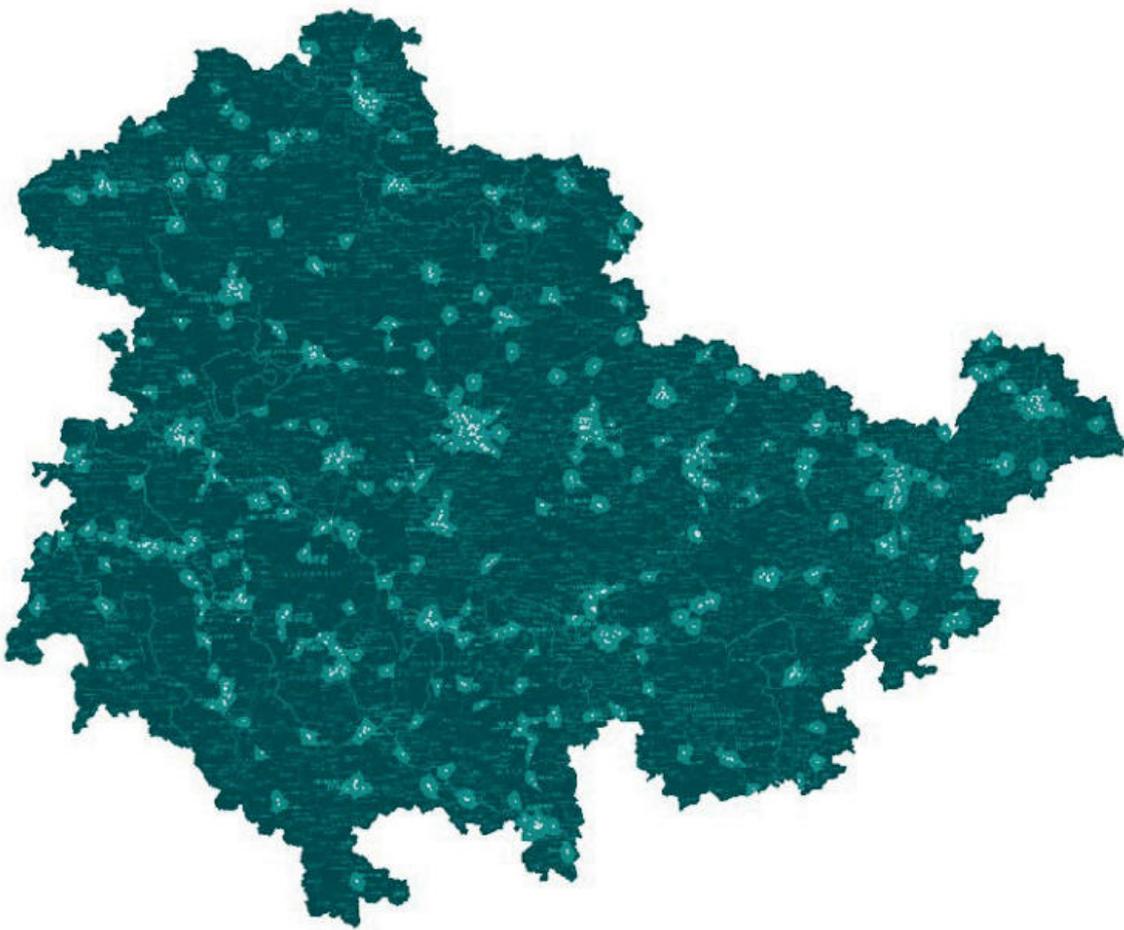
Wo ‚ländlicher Raum‘ in den Richtlinien steht, sind sehr unterschiedliche Gebiete gemeint. Das äußert sich in Instrumenten, die in ihren Richtlinien konkret auf ländliche Entwicklungsziele verweisen, dabei aber keine räumliche Abgrenzung schaffen und lediglich als symbolischer Hinweis gedeutet werden können. Das äußert sich zudem in der Suche nach statistischen Größen als Grenze, bis zu jener die Gemeinden in ländlichen Programmen bedacht werden können: Zwischen Bevölkerungszahlen von 25.000, 10.000 oder 3.000 als Kriterien für die Definition der Gebietskulisse bis zu Dichtewerte von maximal 150 gemeldeten Personen je Quadratkilometer existieren diverse Ansätze (Weiß 2022, 83-88). Die Schwelle zwischen vier- und fünfstelliger Einwohner:innenzahl setzt eine Vielzahl an Thüringer Programmen als Grenze an (siehe Abb. 03), städtebauförderberechtigt dagegen sind in Thüringen alle Orte mit zentralörtlicher Funktionszuschreibung in Landes- oder Regionalplanungen, unabhängig von ihrer Bevölkerungs-



Ø3 Die Konstruktion der Thüringer LEADER-Regionen. Dunkelgrün dargestellt sind die 15 Thüringer LEADER-Regionen in der Förderperiode 2014-2022, hellgrün die bei der Konstruktion der LEADER-Regionen ausgesparten Gemeinden und Ortsteile.

zahl, um diese als „vitalisierende Impulsgeber und infrastrukturelle Ankerpunkte“ zu entwickeln (ThStBauFR, 33). Die Unterschiedlichkeit der Gebietsdefinitionen ist Ausdruck verschiedener ‚Förderlogiken‘. Unabhängig davon, wo die Grenze angesetzt wird, entsteht eine homogene Gebietskulisse, die der Vielfalt an Herausforderungen in unterschiedlichen Landesteilen schwer gerecht werden kann.

Um den individuellen Problemlagen von Gemeinden, Gemeindeverbänden und Regionen im Rahmen von breit aufgestellten Programmen gerecht zu werden, sind Entwicklungskonzeptionen in ländlichen Programmen Fördergegenstand, -voraussetzung und Bewilligungsgrundlage. Sie sollen nicht nur eine bloße Projektliste für ein Programm sein, sondern auf Basis einer genauen Analyse eine langfristige Strategie zur gemeindlichen Weiterentwicklung aufzeigen. Der Mehrwert dieser Konzepte wird zwischen den Agierenden im Fördersystem unterschiedlich eingeschätzt. In den Interviews wird von einem zu hohen Aufwand im Vergleich zum strategischen Nutzen gesprochen und die Erstellung des Konzeptteils lediglich als „Pflichtteil“ zur Anerkennung als Förderschwerpunkt bezeichnet. Der Mehrwert wird explizit in der darauffolgenden investiven Förderphase gesehen, in sichtbaren Veränderungen am Ortsbild. Mit diesen Akzeptanzproblemen ist zweifelhaft, ob die Konzeptionen ihrer Entstehungslogik gerecht werden können (Weiß 2022, 95-97).



04 Standorte von Lebensmittelmärkten als Abgrenzungsgrundlage für die Förderfähigkeit von 24-Stunden-Dorfläden. Dunkelgrün dargestellt ist die Gebietskulisse des Thüringer Landesprogramms für 24-Stunden-Dorfläden. Hellgrün dargestellt sind die 2-Kilometer-Puffer um Lebensmittelgeschäfte mit mehr als 400m<sup>2</sup> Verkaufsfläche.

In ländlichen Programmen zeigen sich zudem Ressortlogiken bei der Programmmentstehung. So müssen die Gelder aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) bei ihrer Verwendung in einem erweiterten Sinne die Land- und Forstwirtschaft beziehungsweise den Küstenschutz betreffen (§§ 1 und 2 GAKG; Deutscher Bundestag 2016, 2). Bei der Verwendung der Mittel setzen die Bundesländer unterschiedliche Schwerpunkte. Als Gründe für die Unterschiedlichkeit der Ausrichtungen werden einerseits ungleiche Finanzausstattungen und Siedlungs- und Agrarstrukturen sowie politische Prioritätensetzungen genannt, andererseits aber auch, ob an der Erstellung der Rahmenpläne auf Landesebene die Staatskanzlei als koordinierte Stelle beteiligt war oder die alleinige Verantwortung beim Wirtschaftsressort lag (Gießen/Lukesch/Böcher et al. 2008, 110-112; Weingarten/Fährmann/Grajewski 2015, 44-45).

Wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die aus anderen Töpfen finanziert werden, sind von der ländlichen Entwicklung entkoppelt. Diese Programme wirken nicht ausschließlich in ruralen Regionen, sondern definieren ihre Gebietskulisse anhand von Strukturschwäche, sind mit Ansiedlungspolitik und dem Ausbau wirtschaftsnaher Infrastrukturen aber auch in ländlicheren

Gegenden aktiv. In Thüringen existieren als Maßnahmen aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Regionalmanagements und Regionalbudgets mit wirtschaftsförderndem Fokus (GRW-Richtlinie Thüringen, 8-10). Parallel dazu werden auch LEADER als ELER-finanziertes EU-Programm und ein Thüringer Landesprogramm in der Regionalentwicklung verortet. Es zeigen sich Programmüberschneidungen, die als verkomplizierend wahrgenommen werden und einen ganzheitlichen Ansatz vermissen lassen.

LEADER als EU-Instrument kommt mit der Entscheidungsverlagerung über die Mittelverwendung auf die regionale Ebene eine Sonderrolle zu. Das Programm wird in seiner Entstehungslogik als Versuch beschrieben, die als ‚so weit entfernt‘ empfundene EU-Politik anfassbar zu machen und damit zu legitimieren (Margarian 2014, 20-21). Darüber hinaus wird LEADER nicht nur als finanzielle Unterstützung für Investitionsvorhaben verstanden. Die Aktionsgruppen, die sich aus einer breiten Agierendenkonstellation zusammensetzen, verstehen sich selbst als regionale Vernetzungsebene (Schenk 2014, Kinsky 2018). Zudem wird die mit der Förderperiode 2014 bis 2020 entstandene Möglichkeit, auch Kleinprojekte unter 5.000 Euro fördern zu können (TLLLR 2019, 7), politisch als eine Art Regionalbudget verstanden und als Stärke hervorgehoben, womit dörfliche Gemeinschaft und Vereinsarbeit ermöglicht werden sollen. Diese Besonderheit ist Ausdruck einer Förderlogik, die der Bedeutung ehrenamtlichen Engagements in ländlichen Räumen Rechnung tragen will, unterscheidet sich aber in der Umsetzung aufgrund der Bürokratie auch bei der Vergabe von kleinen Beträgen nicht von größeren Fördersummen (Weiß 2022, 112-113).

Der Zuschnitt der 15 Thüringer LEADER-Regionen, wobei ähnlich große Städte in manchen Regionen ausgeschlossen und in anderen einbezogen sind (siehe Abb. 03 TLLLR 2019, 7), ist Zeichen für das unterschiedliche Zusammendenken von Stadt und Land. Die Konstruktionen zeigen – so wird es in den Interviews dargestellt – in einigen Landesteilen ein Konkurrenzdenken um die Mittelverteilung, während andere Regionen mit LEADER-Investitionen in städtischen Kontexten Impulse für das Umland anstoßen wollen. Der Ruf nach interkommunaler Zusammenarbeit wird in vielfältiger Weise in den Programmen sichtbar. Die in der Dorferneuerung ermöglichte Anerkennung von Dorfregionen als Förderschwerpunkt bringt gemeinsam erarbeitete Entwicklungsstrategien hervor (TMIL o.J., 2), wird aber auf fördermittelbeziehender Seite unterschiedlich wahrgenommen. Einerseits wird die Möglichkeit gesehen, die Gelder während der investiven Phase über mehrere Ortsteile zu verteilen und Ungleichbehandlungen bei der Entwicklung zu vermeiden. Andererseits wird bei Projekten, die nicht über die Dorfgrenzen hinauswirken, ein verkomplizierter Abstimmungs- und Genehmigungsprozess bemängelt. Neben der Dorferneuerung adressieren auch Städtebauförderprogramme interkommunale Strategien, insbesondere zur Aufrechterhaltung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen (ThStBauFR, 11-12). Dabei sind Investitionen außerhalb der zentralen Orte allerdings nur ausnahmsweise zulässig; der Sicherung von Ankerfunktionen wird Priorität eingeräumt. Es fehlt an effektiven Fördermöglichkeiten, die ausdrücklich das StadtLand zusammendenken. Das Thüringer Programm zur Regionalentwicklung und Gestaltung des demografischen Wandels (FR Regionalentwicklung TH) unterstützt Konzeptionen und Modellvorhaben, die in diese

Richtung zielen, wird aber als unbekannt, finanzschwach und – aufgrund von Ressortlogiken – zu bürokratisch wahrgenommen.

Besonders betont wird im politischen Diskurs die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung ländlicher Räume. In den Richtlinien finden sich Ansätze, diese Rolle zu stärken. Bereits erwähnt wurde die Förderfähigkeit privater Vorhaben im Rahmen des Förderschwerpunktsystems des Dorferneuerungsprogramms, sofern diese „nachweislich“ den Zielen des gemeindlichen Entwicklungskonzepts entsprechen (FR ILE/REVIT, 20). Diese Besonderheit wird von fördermittelempfangender Seite wertgeschätzt und Privatpersonen beim Ausloten der Fördermöglichkeiten aktiv von Gemeindegeseite unterstützt. Die Bewertung, ob ein Vorhaben nachweislich zur dörflichen Entwicklung beiträgt – wie es die Richtlinie verlangt – obliegt im Einzelfall der Bewilligungsbehörde. Eine Koordinierung privater Anträge auf gemeindlicher Ebene findet laut Interviewaussagen nicht statt. Eine Untersuchung des Bayerischen Obersten Rechnungshofs setzte sich 2011 mit dem Mehrwert privater Maßnahmen in der Bayerischen Dorferneuerung auseinander und kam zu dem Schluss, dass insbesondere fehlende Festsetzungen in den Entwicklungskonzepten darüber, was im Sinne der Entwicklungsstrategie dorfgerichte, private Maßnahmen umfasst, zu nicht zielgerichtetem Mitteleinsatz und einer Vernachlässigung der Innenentwicklung führten (ORH Bayern, 138-139). Die im Rahmen der Masterarbeit betrachteten Gemeindlichen Entwicklungskonzepte in Thüringen beziehen allesamt private Maßnahmen ein – teilweise als allgemeine Erwähnung der Förderfähigkeit, mehrheitlich auch in den Projektlisten, aber nur in Ausnahmefällen mit der Formulierung konkreter Entwicklungsziele (Weiß 2022, 98-100). Da in den Auswahlkriterien für die Förderung privater Vorhaben in der Thüringer Dorferneuerung nur vier von insgesamt 82 Punkten konkreten Bezug auf das Entwicklungskonzept nehmen (TMIL 2021a, 42-44), scheint eine tiefergehende Beschäftigung mit der Wirkung privater Vorhaben im Rahmen des Programms sinnvoll.

Auch in anderen Förderprogrammen werden breite Listen von Zuwendungsberechtigten aufgezählt: LEADER kennt eigene Töpfe für kommunale und private Vorhaben (FR ILE/REVIT, 17-18); das Thüringer Landesprogramm zu Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels zählt beispielsweise unter anderem auch Religionsgemeinschaften unter inhaltlich-fachlicher Beteiligung mindestens einer betroffenen Gebietskörperschaft zum Kreis der potentiellen Mittelempfänger:innen (FR Regionalentwicklung TH, 1997). Aus den geführten Gesprächen geht hervor, dass allein die Ausweitung der Zuwendungsberechtigten noch keine ausreichenden Spielräume für gesellschaftlich getragene, gemeinwohlorientiert Projekte bedeuten. Es fehlt an Fördermöglichkeiten, wenn von investiven Maßnahmen abgesehen wird, speziell an Unterstützung bei der Projektqualifizierung, in der Ideenausformulierung und bei konzeptionellen Vorbereitungen eines späteren Antrags. Hier braucht es in der aktuellen Förderpraxis Projektgesellschaften wie die IBA Thüringen oder aus privater Initiative akquirierte Mittel aus Modellvorhaben, damit Ideen umgesetzt werden können. Die Gründe dafür können in einer Förderlogik gesehen werden, die keine spezifisch ländliche ist. Im Rahmen von Zuwendungsvereinbarungen muss die fördermittelnehmende Seite die sachgerechte Verwendung aller Mittel nachweisen und Eigen-

leistungen sind im Rahmen von Vergabeverfahren nicht zulässig. Zudem lässt sich die Wirkung von nicht-investiv verwendeten Mitteln in späteren Evaluationsverfahren schwerer bewerten. Das Verständnis, dass Förderung aus einer Anstoßfinanzierung besteht und darauffolgend durch die Zweckbindung die geförderten Vorhaben über einen festgelegten Zeitraum vorzuhalten sind, erschwert die Umsetzung von gemeinwohlorientierten und nicht-investiven Ideen.

In den Interviews wurde deutlich, dass Modellvorhaben mit der Hoffnung verbunden sind, breite Unterstützung für problemzentrierte Strategien zu versammeln und mit hohen Erwartungen, sowohl auf mittelgebender als auch auf -empfangender Seite, einhergehen. Insbesondere wenn öffentliche Mittel hinter Pilotprojekten stehen, wird darüber hinaus die Übertragbarkeit von Ergebnissen eingefordert und die Frage laut, für welche Modellvorhaben Platz in der Regelförderung ist (Deutscher Bundestag 2021, 10). Diese Geltung kann als Symptom einer Förderlogik gesehen werden, in der kommunale Agierende die Bedeutung von Förderprogrammen betonen, weil nur durch sie, im Rahmen der jeweiligen Richtlinien, überhaupt eigentlich routinemäßige Entwicklungen angestoßen werden können, aber auch als Symptom einer Förderlandschaft, die als „Programmschunegel“ von neben- und übereinander ‚wuchernden‘ Maßnahmen und zu entwickelnden Konzeptionen beschrieben wird, letztlich als Symptom einer ländlichen Förderlogik, in der die mittelempfangende Seite im Maßnahmenspektrum und den Formalitäten Vertrauen und Selbstentwicklungsmöglichkeiten vermisst. Mit dem Fokus auf benachteiligte Regionen wird Modellvorhaben zudem auch ein Beitrag bei der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse attestiert (BMEL 2019, 5, Küpper / Brensing / Bergholz et al. 2021, 103). In der Regelförderung orientiert sich die Bewilligungspraxis überwiegend auf das beste Konzept, die gleichmäßige, räumliche Verteilung tritt in den Hintergrund. Diese Vorgabe sichert den wirkungsvollsten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel, kann aber auch Disparitäten verstärken. Im Dorfenerneuerungsprogramm wird von Sachverständigen ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der gestellten Anträge und der Strukturstärke der Thüringer Räume beobachtet. Die Feststellung eines konkreten Bedarfs, beispielsweise für die bereits erwähnten Nahversorgungseinrichtungen, stellt eine Ausnahme in der Förderpraxis dar. Obwohl es in Thüringen raumplanerisch ausdifferenzierte Raumstrukturtypen gibt, die über ‚ländlich‘ und ‚städtisch‘ hinausgehen und klare Entwicklungsanweisungen für diese Regionen existieren (TMIL 2021b, 48), ist die Raumordnungspolitik nicht mit den Fachpolitiken verknüpft und viele Förderprogramme wirken räumlich nach ‚städtisch‘ und ‚ländlich‘ differenziert.

## **Gebietsreform – Mehr oder weniger Verwaltung für die Weiten des Raums?**

Letztlich kann das Fördersystem, das haben die teilweise emotionalen Interviews gezeigt, nicht dargestellt werden, ohne die wahrgenommenen Hürden und die aktuellen Entwicklungen und Konzepte zur Förderung ländlicher Räume in Thüringen aufzuzeigen. Die bereits erwähnte Vielzahl an Programmen als Resultat einer Förderpolitik, die mit Budget- und Verantwortungsverteilungen zwischen verschie-



Ø5 Der Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz

denen Ebenen und Ressorts entsteht, wird von den Beteiligten als problematisch wahrgenommen, sowohl auf fördermittelgebender als auch auf -empfangender Seite. Die Schwierigkeiten werden auch insbesondere für Gemeinden mit kleinen und wenig spezialisierten Verwaltungen gesehen.

Deswegen ist es unerlässlich, sich mit dem alltäglichen Funktionieren einer Kommunalverwaltung zu befassen, wenn man über eine integrierte regionale Siedlungsentwicklung, über die Sicherung der Daseinsvorsorge, aber auch über mögliche Verfahren eines Konfliktmanagements im Stadt-Land-Ausgleich sprechen (oder schreiben) will. Denn nicht nur aufgrund des finanziellen kommunalen Eigenanteils sind es letztendlich die Steuerungsmechanismen einer Kommune, die eine Neu- oder Erneuerungsinvestition im ländlichen Raum ermöglichen. Hierfür sollen zwei exemplarische Beispiele aus Schmölln mit Verweis auf das laufende BMBF-Projekt ISDN beziehungsweise dessen erste empirische Erkenntnisse skizziert werden.

Im 2019 eingemeindeten Dorf Nöbdenitz entstand vor über zehn Jahren die Idee, das alte Bahnhofsgebäude für ein medizinisches Versorgungszentrum umzunutzen. Die Bahnstrecke wird im Regionalverkehr – also durch das Land – bestellt, bedient und im begonnenen Jahrzehnt infrastrukturell ausgebaut werden (entsprechend bundespolitischer Entscheidungen). Es gab verschiedene Versuche, auch im Kontext der Thüringer IBA, diesen „Gesundheitsbahnhof“ als Projekt zu etablieren, doch es brauchte erst den politischen Wechsel der Mehrheiten im Gemeinderat, um dies zu konkretisieren. Auch brauchte es die Kommunalisierung von Baugrundstück und Gebäude. Das Projekt wurde schlussendlich 2019/20 dadurch realisiert, dass das Gesamtobjekt durch die Kommune Schmölln(!) per Ersatzneubau hergerichtet wurde und an ein medizinisches Versorgungszentrum vermietet wird, das wiederum die Praxen organisieren kann. Dies wiederum geschieht mittels Untervermietung (an eine selbstständige Praxis) oder durch angestellte Ärzt:innen. Für ein solches Projekt braucht es Ausschreibungsverfahren und andere Tätigkeiten, die üblicherweise durch eine hauptamtliche Kommunalverwaltung durchgeführt werden. Nun ist formal auch eine Verwaltungsgemeinschaft (in anderen Ländern: Amtsverwaltung) dazu in

der Lage, jedoch fehlt dieser meist die Personalausstattung für eine Aufgabenwahrnehmung jenseits der Ordnungsverwaltung und Gefahrenabwehr. Der sprichwörtliche ‚Bauhof auf dem Dorf‘ ist nun mal keine Personalressource für innerhalb einer Verwaltung stattfindendes Projektmanagement, das lässt sich schon an den Gehaltsgruppen im Personalplan ablesen. Das Gemeindeentwicklungskonzept, in dem von vornherein der Gesundheitsbahnhof als Leitprojekt verankert war, wurde noch durch die Gemeinde Nöbdenitz 2016 per Auftragsvergabe an ein Planungsbüro erstellt. Die bauliche und vergaberechtliche Umsetzung des Projekts erfolgte aber ganz bewusst mit den Ressourcen der hauptamtlichen Kommunalverwaltung der Stadt Schmölln.

Ein anderer Fall ist der erste Neubau eines Kindergartens außerhalb der Städte im Altenburger Land seit der Wende – in Altkirchen, ebenfalls seit 2019 nunmehr Ortsteil von Schmölln. Ebenso wie Nöbdenitz sind hier ca. 1.000 Einwohner:innen ansässig. Die örtliche Verteilung der Kindergartenplätze im heutigen Norden der Gemeinde Schmölln war schon länger Diskussionsgegenstand, so dass sich entschieden wurde, den dörflichen Kindergartenbetrieb zu konzentrieren und mit dem Grundschulstandort und dem Freibad räumlich zu einem sozioinfrastrukturellen Kern zu clustern; die zentralörtliche Funktion liegt in der Gemeinde Schmölln, der es aber wie jeder anderen Kommune freisteht, Infrastrukturen auch in ihre Ortsteile zu allokalieren. Kommunale Investitionen in eigene Gebäude zu unternehmen, ist nach übereinstimmender Aussage mehrerer örtlicher Agierender aber nur dadurch möglich geworden, da das Objekt in Altkirchen nun auf Gemeindegebiet steht. Es ist nach eigener Einschätzung aus dem Forschungsprojekt zu erwarten, dass auch weitere, seit 2019 im Eigentum der Gemeinde Schmölln liegende und zum Teil als Kindergarten genutzte Objekte der Kommune mit Sanierungsbedarf in eine selbst verantwortete kommunale Investitionsplanung einschließlich der Akquise von Fördermitteln kommen, die von einer Verwaltungsgemeinschaft nicht in derselben Form betrieben werden kann – allein schon, weil es in einer Verwaltungsgemeinschaft keinen dazugehörigen Gemeinderat mit entsprechendem Haupt- oder Haushaltsausschuss gibt.

Beide Beispiele zeigen auf, dass es nicht nur um eine haupt- oder ehrenamtliche exekutive Autonomie einer einzelnen Person als Bürgermeister:in geht, wenn über kommunale Selbstbestimmung gesprochen wird, sondern auch um die legislative Funktion des Gemeinderats, der eben nur innerhalb der Gemeinde zum Kontrollorgan der kommunalen Exekutive werden kann. Wenn es diese nicht gibt oder diese nur ehrenamtlich stattfindet, dann hat ein Gemeinderat nicht nur nichts zu kontrollieren, er kann seine legislative „Königsdisziplin“, die Haushalts- und Investitionsplanung, nur sehr eingeschränkt ausüben. Das wird erst recht zu einem relevanten Faktor kommunaler Planungs- und Entscheidungsprozesse, wenn es darum geht, aus dem „Förderdschungel“ das Passende für eine kommunale Investition – sei es im Kontext der Daseinsvorsorge wie in den beiden Beispielen oder bei anderen Themen – herauszusuchen. Denn die Suche nach einem passenden Programm ist mit hohem Aufwand verbunden. Die Bürokratie in Antragstellung, Bewilligung, Auftragsvergabe und Abrechnung wird als hohe Belastung beschrieben, mit der auch wieder kleinere Verwaltungen besonders beansprucht werden. Aber immerhin; man kann kleinere, hauptamt-

liche Kommunalverwaltungen damit beanspruchen, denn es gibt sie – und sie stehen qua lokaler Demokratie in einem ständigen Austausch mit ihrer kommunalen Legislative. Freilich helfen alle Formen der Vereinfachung der Förderprogramme. Jedoch benötigt es auch im allereinfachsten Förderprogramm gemeindespezifische Personalressourcen in der kommunalen Exekutive, die im alltäglichen Dialog mit der kommunalen Legislative steht. Ob sich der territoriale Wirkungskreis durch Eingemeindungen oder Ersatz von Verwaltungsgemeinschaften durch Gemeinden mittels Fusion stärker in der Fläche ausgedehnt hat und damit auch in den Weiten der ländlichen Räume Thüringens stärker als vor den Reformen zum Tragen kommt, wäre ein lohnenswerter, empirischer Untersuchungsgegenstand.

## Kleinstadt und ländlichen Raum förderpolitisch zusammendenken

Ländliche Förderung im StadtLand Thüringen ist ein kontroverses Thema. Sie wird aus ländlicher Perspektive eingefordert und in den politischen Zentren – in Erfurt, Berlin und Brüssel – ausgestaltet, um aus urbaner Perspektive einer ruralen Lebens- und Planungsrealität zu entsprechen. Sie agiert im Kontext von großen Narrativen und vielfältigen Veränderungsprozessen und wird als Instrument zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse verstanden. Die Festlegung einer ländlichen Gebietskulisse ist aber – unabhängig davon, wo die Grenze zwischen den Kategorien ‚urban‘ und ‚rural‘ gezogen wird – immer eine Vereinfachung. Aus den Erkenntnissen der 18-wöchigen Betrachtung des Förderapparats im Rahmen der Abschlussarbeit an der Universität Kassel und aus den zwölf Fallbringerstudien des ISDN-Projekts, ergeben sich Schlussfolgerungen mit handlungsempfehlendem Charakter.

Zwei Erkenntnisse sind zentral: Erstens ist es der kommunalen Ebene zu ermöglichen, dass sie die zentrale Steuerung bei der Anwendung von Fördermitteln für eine regionale und integrierte Siedlungsentwicklung übernehmen kann. Auf Ebene einer Kommune – gerade wenn und weil sie rurale und urbane Siedlungsbestandteile gleichermaßen beinhaltet – können die regulären kommunalpolitischen Instrumente genutzt werden, um einen – auch konflikthaft auszutragenden – Interessenausgleich zu ermöglichen. Gemeinderäte existieren als demokratisch legitimierte Gremien überall. Zweitens ist der ländliche Raum in seiner Differenziertheit einschließlich dessen urbaner Elemente zu betrachten. Die Kleinstadt ist nicht der Feind des Dorfs – und eine Förderpolitik, die bestimmte Gebietstypen aufgrund einer Zuschreibung als ‚städtisch‘ oder ‚ländlich‘ ausschließt, wird sich immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt sehen, nur lückenhaft in der Weite des Landes wirken zu können. Diese Vereinfachung wird der Vielschichtigkeit einzelner Räume nicht gerecht. Zudem wird das Zusammendenken des StadtLands verhindert. Neue Gemeindestrukturen verändern auch Verantwortungsverteilungen. Städtebauförderung und Dorferneuerung laufen in den Kommunen parallel mit unterschiedlichen strategischen Grundlagen, Maßnahmen und Zielen. Diese Programme brauchen Verknüpfungen. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit benötigt weiteren Antrieb. Strategiebezogene Zuweisungen ohne Bindung an ein Themenfeld können lokal wirksame Einzellösungen in interkommunaler Abstimmung ermöglichen.

Kommunen sind von Fördermitteln abhängig. Die Unterschiedlichkeit der Finanzausstattungen und die wachsende Bedeutung von zweckgebundenen Zuwendungen schränken die Handlungsspielräume ein, insbesondere für Gemeinden mit geringen Eigenmitteln. Investitionen ohne Zuschüsse und Einflussnahme höherer Ebenen werden zu Ausnahmen. Für Kommunen mit Haushaltssicherungskonzepten ist bereits die Aufbringung des Eigenanteils problematisch. Förderung konzentriert sich dadurch auf routinemäßige Vorhaben; innovative und neue Ansätze rücken in den Hintergrund. Die Finanzkompetenz muss an die Ebene heranrücken, auf der Probleme und Entwicklungspfade wahrgenommen werden. Eine Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs oder Sockelbeträge für Gemeinden in finanziellen Schwierigkeiten sind Ansätze für den Abbau von Verteilungsungerechtigkeiten. Mittel dürfen dabei nicht nur nach Einwohner:innenzahlen vergeben werden, auch die zu versorgende Fläche ist eine relevante Größe. Die Entkopplung von Alltagsaufgaben und den Auflagen, die mit einem Förderverfahren einhergehen, ermöglicht das Erbringen von Leistungen durch die Verwaltung oder den kommunalen Bauhof.

Förderprozesse folgen eingespielten Prinzipien. Für von fördermittelbezogener Seite eingeforderte Verfahrensinnovationen bestehen im laufenden Betrieb kaum Spielräume. Obwohl die Erschwernisse im System von allen Beteiligten anerkannt werden, bleibt es bei Symptombehandlungen. Dass Programme sich thematisch und räumlich überschneiden, ist Ergebnis von Partei- und Ressortlogiken und in der Haushaltsplanung verfestigt. Vor der Auflegung von ressortübergreifenden Maßnahmen sind die Ressortzuschnitte Ansatzpunkte, wenn Gleichwertigkeit und peripherisierte Regionen zum Politikziel werden sollen. Mit der geforderten Abkehr von Fördermitteln für Standardaufgaben, braucht es für die Evaluation von Programmen neue Kriterien. Der Mehrwert darf sich nicht ausschließlich an der umgesetzten Summe orientieren, es braucht von den Kontrollorganen anerkannte Indikatoren, die die Verbesserung der Lebenswirklichkeit abbilden.

Dass Modellvorhaben im Trend liegen, führt idealtypisch zu Innovationen, die sie hervorbringen sollen und die doppelt zu bewerten sind: Einerseits nach dem Mehrwert aus regionaler Perspektive und andererseits nach der Übertragbarkeit aus einer politischen Erwartungshaltung heraus. In der aktuellen Praxis sind allerdings Experimente kaum evaluierbar und die Vorbildwirkung von Modellprojekten durch die Praxis vor Ort als überschaubar eingeschätzt, da die Lösungen stark an regionalen Bezugspunkten anknüpfen. Sie symbolisieren aber eine Förderpraxis, die die Beschäftigung mit Fragen statt der Umsetzung schon bekannter Lösungen vorantreibt.

Experimentierräume braucht es deswegen nicht nur für eine spätere Übertragbarkeit, sondern um gemeinschaftlich entwickelte und getragene Ideen zu ermöglichen. Der Weg zur Antragsreife ist weit und braucht Zeit und Expertise für konzeptionelle und gutachterliche Schritte. Auch der Gesundheitsbahnhof – als Beispiel – benötigte mehrere Jahre bis überhaupt ein in einer Förderlogik machbares Projekt entstand; ein entscheidender Schritt war dabei auch die Übernahme von Aufgaben durch eine professionelle Verwaltung (hier die Gemeinde Schmöln). Bei der Ideenausformulierung und der Projektqualifizierung hat die Thüringer Förderlandschaft einen ‚blinden Fleck‘. Förderung muss verstärkt als Unterstützung abseits von finanzi-

eller Beteiligung verstanden werden. Die Mittelvergaben sind überwiegend an investive Maßnahmen gebunden. Wenn Programme zivilgesellschaftliche Agierende ansprechen wollen, braucht es Geld, um damit Netzwerke aufzubauen und Wissen einzukaufen.

Förderung ist nicht nur eine Frage des Geldes. Ansprechstrukturen in Bewilligungsbehörden werden bereits eingerichtet. Effektive Unterstützung muss mehr als die Programmrichtlinien kennen und sowohl öffentlichen als auch privaten und zivilgesellschaftlichen Interessierten zustehen. Es braucht aufsuchende Unterstützungsstrukturen für die Kommunen. Ansprechpartnerschaft für diese heißt die Vernetzung zu überörtlichem Knowhow, die Gestaltungswillige anspricht und von ihnen angesprochen werden kann. Im Maßstab des überschaubar großen Bundeslands Thüringens wäre dies die territoriale Ebene des Freistaats, die durch den einzigen Regierungsbezirk beziehungsweise dessen administrativer Entsprechung, das Landesverwaltungsamt, ausgefüllt werden kann. Alternativ sind auch landesweite Agenturen oder ähnliche Institutionen denkbar. Sinn dieser überörtlichen, beratenden Ebene wäre die Beinhaltung einer gemeinsamen Verpflichtung zur erfolgreichen Ideenentwicklung, in die beide Seiten ihre Stärken einbringen, erweitert um ein Regionalbudget für unbürokratische Kleinstvergaben, um erste Schritte der Projektentwicklung einzuleiten oder nicht-investive Aktionen zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls zu ermöglichen.

Festzustellen, dass zur Förderung für kommunale Projekte die Gewährleistung von Verwaltungskapazitäten für strategische Überlegungen sowie Begleitung und Abrechnung von Vorhaben gehört, ist keine Trivialität. Idealtypisch sind Gemeinden so mit hauptamtlicher Verwaltung ausgestattet, dass sie ein Projektmanagement im Personaltableau abbilden können; falls nicht, braucht es hier administrative, personelle Kapazitäten, die über das Einzelprojekt hinausreichen müssen. Zivilgesellschaftliche Ideen bleiben manchmal auch deswegen nur Ideen, weil Richtlinien eng gestrikt und wenig mit anderen Unterstützungsinstrumenten verknüpft sind. Für eine erfolgreiche Projektentwicklung muss sich die Strategie aus der Idee entwickeln und nicht umgekehrt.

Für ‚die ländlichen Förderweiten‘ braucht es Ansätze, die die Distanz und die Abgrenzung zwischen Zentrum und Weite überwinden und einen neuen Aufbruch wagen. Damit geht eine Definitionsfrage einher: Sollte Förderung als bloße finanzielle Beteiligung definiert werden, die für zumeist investive Maßnahmen auf Grundlage von pflichtigen Entwicklungsstrategien, Kriterienkatalogen und Bewertungsmatrizen geleistet wird? Oder ist Unterstützung über die Geldbereitstellung hinaus das richtige Synonym und die richtige Strategie, um den individuellen, lokalen und regionalen Entwicklungen und Bedürfnissen gerecht zu werden?

## Quellen

Ante, U./Breitenfelder, M./Lob, H./Kleinhenz, G./Maier, J./Mayer, M./Odewald, C./Ruppert, K./Weber, J. (2007): 10 Thesen zu Entwicklungen, Strukturen, Problemen und Lösungsstrategien peripherer, strukturschwacher Regionen in Bayern. [https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper\\_72.pdf](https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/pospaper_72.pdf) (2022-04-26).

Aring, J. (2013): Mehr Selbstverantwortung vor Ort. Lokale Gestaltungsmöglichkeiten zur Sicherung der Daseinsvorsorge. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Der demografische Wandel. Eine Gefahr für die Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen. Bonn, 156-159.

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) (Hrsg.) (2012): Raumordnungsbericht 2011. [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2012/DL\\_ROB2011.pdf;jsessionid=6F870E19572BBE26C63632BCFD343D41.live11292?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2012/DL_ROB2011.pdf;jsessionid=6F870E19572BBE26C63632BCFD343D41.live11292?__blob=publicationFile&v=1) (2022-04-26).

Beckmann, K. J. (2018): Über die Entleerung von Räumen – Tabu oder vernachlässigter, aber notwendiger Diskurs? In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen... – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird, 95-105. [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2018/bbsr-online-02-2018-dl.pdf;jsessionid=818311FCA6F1F364D4FEC298F2905FA.live21321?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2018/bbsr-online-02-2018-dl.pdf;jsessionid=818311FCA6F1F364D4FEC298F2905FA.live21321?__blob=publicationFile&v=1) (2022-04-26).

BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) (Hrsg.) (2019): Evaluationsbericht der Bundesregierung über die einzelnen Förderbereiche des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE). [https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/\\_laendliche-Regionen/Foerderung-des-laendlichen-Raumes/BULE/bule-evaluationsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/_laendliche-Regionen/Foerderung-des-laendlichen-Raumes/BULE/bule-evaluationsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (2022-04-26).

Christmann, G. B. (2020): Soziale Innovationen in ländlichen Räumen. In: Krajewski, C./Wiegandt, C.-C. (Hrsg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn, 228-240.

Deppisch, L. (2019): „Wo sich Menschen auf dem Land abgehängt fühlen, hat der Populismus freie Bahn“. Eine Analyse des populär-medialen Diskurses zu der Bedeutung von Infrastrukturverfall, Abstiegsangst und rechten (extremistischen) Werten für den Zuspruch zum Rechtspopulismus. [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn060825.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn060825.pdf) (2022-04-26).

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2016): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Harald Ebner, Nicole Maisch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Erweiterung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Drucksache 18/8327. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/085/1808510.pdf> (2022-04-26).

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2021): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Markus Tressel, Renate Künast, Harald Ebner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bilanz der Politik ländlicher Räume der Bundesregierung in der 19. Wahlperiode. Drucksache 19/30696. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/317/1931758.pdf> (2022-04-26).

Doehler-Behzadi, M. (2021): Alles ist Landschaft. In: Magazin der IBA Thüringen 7, 16-23.

Europäische Kommission (Hrsg.) (2016): Cork 2.0 Erklärung. „Für ein besseres Leben im ländlichen Raum“. [https://enrd.ec.europa.eu/sites/default/files/cork-declaration\\_de.pdf](https://enrd.ec.europa.eu/sites/default/files/cork-declaration_de.pdf) (2022-04-28).

Fina, S. / Osterhage, F. / Rönsch, J. / Rusche, K. / Siedentop, S. / Zimmer-Hegmann, R. / Danielzyk, R. (2019): Ungleiches Deutschland.

Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019. Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/pdf-files/fes/15406-20190528.pdf> (2022-04-26).

Förster, Agnes A. / Thissen, F. (2018): Kommunikative Praxis reflektieren. In: Raumplanung Heft 196 / 2-3-2018, 44-49.

FR 24-h-Dorfläden: Richtlinie zur Förderung der Etablierung von Tag- und Nacht- bzw. 24-Stunden-Dorfläden vom 7. April 2021, [https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Themen/Landentwicklung/ILE/24-h-Dorflaeden/FR\\_24-h-Dorflaeden\\_07.04.2021.pdf](https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Themen/Landentwicklung/ILE/24-h-Dorflaeden/FR_24-h-Dorflaeden_07.04.2021.pdf) (2022-04-26).

FR ILE/REVIT: Richtlinie zur Förderung der integrierten ländlichen Entwicklung und der Revitalisierung von Brachflächen vom 23. November 2020. In: Thüringer Staatsanzeiger 1/2021, 16-27.

FR Regionalentwicklung TH: Förderrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft zu Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels vom 9. November 2021. In: Thüringer Staatsanzeiger 49/2021, 1995-2002.

GAKG: GAK-Gesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2231) geändert worden ist.

Gießen, L. / Lukesch, R. / Böcher, M. / Elbe, S. (2008): Politikintegration für ländliche Räume? Die (Nicht-) Koordination der Förderung. In: Elbe, S. (Hrsg.): Land-Stadt Kooperation und Politikintegration für ländliche Räume. Zentrale Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Begleitforschung Regionen Aktiv 2007 bis 2008. Aachen, 57-120.

Grabski-Kieron, U. (2016): Politik im und für den ländlichen Raum. In: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 66, 46-47, 23-28.

GRW-Richtlinie Thüringen: Richtlinie des Freistaats Thüringen für die Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Teil II: Förderung von wirtschaftsnahen Infrastrukturvorhaben und sonstigen Maßnahmen zur Unterstützung der Regionalentwicklung, vom 17. Dezember 2020. [https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/fileadmin/TLVwA/Wirtschaft\\_und\\_Gesundheit/Infrastrukturfoerderung/GRW-Richtlinie\\_2021.pdf](https://landesverwaltungsamt.thueringen.de/fileadmin/TLVwA/Wirtschaft_und_Gesundheit/Infrastrukturfoerderung/GRW-Richtlinie_2021.pdf) (2022-04-26).

Hahne, U. (2005): Zur Neuinterpretation des Gleichwertigkeitsziels. In: Raumforschung und Raumordnung 63/4, 257-265. doi: 10.1007/BF03183812.

Henkel, G. (2020): Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. Stuttgart.

KfW Bankengruppe (Hrsg.) (2021): KfW-Kommunalpanel 2021. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2021.pdf> (2022-04-26).

Kinsky, Ines (2018): 5 Fragen zum Thema LEADER. In: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (Hrsg.): Gutes gedeihen lassen. Mit Fördermitteln demokratische Kultur und Engagement in ländlichen Räumen stärken. Berlin, 36-37.

Krüger, A. (2020): Ungenutzte Treiber des Wachstums? Kleinstädte als Kerne einer gesteuerten suburbanen Entwicklung? In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Das neue Wachstum der Städte. Ist Schrumpfung jetzt abgesagt? Bonn, 82-98.

Krüger, A. (2022): Die Problematik fragmentierter Verwaltungsstrukturen. (Un-)Überwindbare Hürden für Daseinsvorsorge und Stadtentwicklung im ländlichen Raum? In: Abt, J. / Blecken, L. / Bock, S. / Diringer, J. / Fahrenkrug, K. (Hrsg.): Kommunen innovativ – Lösungen für Städte und Regionen im demografischen Wandel. Ergebnisse der BMBF-Fördermaßnahme. Berlin, im Erscheinen.

Krüger, A. / Müller, M. (2018): Land ohne Landkreise – Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Thüringen. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden. Sicherung gleichwertiger Lebensbedingungen, Mindeststandards, Wüstungen... – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird. 106-115. [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2018/bbsr-online-02-2018-dl.pdf;jsessionid=8183111FCA6F1F364D4FEC298F2905FA.live21321?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2018/bbsr-online-02-2018-dl.pdf;jsessionid=8183111FCA6F1F364D4FEC298F2905FA.live21321?__blob=publicationFile&v=1) (2022-04-26).

Krüger, A. / Olesch, C. / Weiß, L. (2022): Grenzüberschreitungen. Chancen interkommunal gedachter Stadterneuerung in Thüringer Randlagen anhand der Beispiele Altenburg und Suhl/Zella-Mehlis. In: Altrock, U. / Kunze, R. / Kurth, D. / Schmidt, H. / Schmitt, G. (Hrsg.): Baukultur in der Stadterneuerung. Jahrbuch der Stadterneuerung 2021. Wiesbaden, 395-407. doi: 10.1007/978-3-658-35827-3\_18.

Kubsch, R. (2005): Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur durch lokale Kräfte. In: Altrock, U. / Güntner, S. / Huning, S. / Nuisl, H. / Peters, P. (Hrsg.): Landliebe - Landleben. Ländlicher Raum im Spiegel von Sozialwissenschaften und Planungstheorie. Cottbus, 131-140.

Kuhn, E. / Klingholz, R. (2013): Vielfalt statt Gleichwertigkeit. Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet. Berlin.

Küpper, P./Brensing, J./Bergholz, C./Mettenberger, T./Pollermann, K./Tuitjer, G. (2021): Ländliche Regionen entwickeln: Erkenntnisse der Begleitforschung zum Modellvorhaben Land(auf)Schwung für die Praxis. [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn063341.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn063341.pdf) (2022-04-26).

Langner, S./Frölich-Kulik, M. (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld.

Margarian, A. (2014): Zur Zusammenarbeit von Forschung und Politik: Reflektionen am Beispiel der Politik für Ländliche Räume. In: Zeitschrift für die Regionale Wissenschaft Volumen V, 1, 17-24.

Miosga, M. (2015): Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern – nicht nur Aufgabe der Kommunen!, <https://library.fes.de/pdf-files/akademie/bayern/11597.pdf> (2022-04-26).

MKRO (Ministerkonferenz für Raumordnung) (Hrsg.) (2006): Leitbilder und Handlungsstrategien für die Raumentwicklung in Deutschland, [https://www.gmkonline.de/\\_beschluesse/Protokoll\\_80-GMK\\_Top1301\\_Anlage\\_Leitbilddokument-Raumentwicklung.pdf](https://www.gmkonline.de/_beschluesse/Protokoll_80-GMK_Top1301_Anlage_Leitbilddokument-Raumentwicklung.pdf) (2022-04-26).

Neu, C. (2016): Neue Ländlichkeit. Eine kritische Betrachtung. In: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte) 66, 46-47, 4-9.

ORH Bayern (Bayerischer Oberster Rechnungshof) (Hrsg.): Jahresbericht 2011. [https://www.orh.bayern.de/media/com\\_form2content/documents/c6/a320/f36/JB2011.pdf](https://www.orh.bayern.de/media/com_form2content/documents/c6/a320/f36/JB2011.pdf) (2022-04-26).

Petrin, J. (2017): Die Verantwortung der Raumordnung. In: ARCH+ 50, 228, 137-141.

Porsche, L./Steinführer, A./Sondermann, M. (Hrsg.) (2019): Kleinstadtforschung in Deutschland. Stand, Perspektiven und Empfehlungen, [https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab\\_028/ab\\_028\\_gesamt.pdf](https://shop.arl-net.de/media/direct/pdf/ab/ab_028/ab_028_gesamt.pdf) (2022-04-26).

Reda, J. (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Kritische Perspektiven auf eine soziale Praxis. In: Mießner, M./Naumann, N. (Hrsg.): Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen. Münster, 252-265.

Redepenning, M. (2018): Versteckte Geographien des Ländlichen. Was passiert mit dem Land, wenn die Städte ländlicher werden? In: Langner, S./Frölich-Kulik, M. (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld, 85-100.

Schenk, T. A. (2014): Regionskonstruktionen für das LEADER-Programm – Empirische Befunde aus Deutschland und Schweden. In: Kühne, O./Weber, F. (Hrsg.): Bausteine der Regionalentwicklung. Wiesbaden, 179-193. doi: 10.1007/978-3-658-02881-7\_13.

Schneider, G. (2021): Zwiespalt Andersartigkeit – Ländlicher Raum: Un/gleich/eigen/wertig oder doch normal? In: PLANERIN, 3/21, 45.

Schöbel, S. (2018): Landschaftsvertrag. In: Langner, S. / Frölich-Kulik, M. (Hrsg.): Rurbane Landschaften. Perspektiven des Ruralen in einer urbanisierten Welt. Bielefeld, 289-302.

Simons, H./Weiden, L. (2015): Schwarmstädte in Deutschland. Ursachen und Nachhaltigkeit der neuen Wandlungsmuster, Endbericht. Berlin, [https://web.archive.org/web/20210828150618/http://www.bid.info/wp-content/uploads/2016/09/GdW\\_Schwarmstaedte\\_voll.pdf](https://web.archive.org/web/20210828150618/http://www.bid.info/wp-content/uploads/2016/09/GdW_Schwarmstaedte_voll.pdf) (2022-04-26).

ThStBauFR: Thüringer Städtebauförderungsrichtlinien – Richtlinien zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen vom 10. Mai 2021, [https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Bau/Staedtebau/Staedtebaufoerderung/Foerderrichtlinien\\_Formulare\\_TH/2021\\_01\\_01\\_ThStBauFR.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Bau/Staedtebau/Staedtebaufoerderung/Foerderrichtlinien_Formulare_TH/2021_01_01_ThStBauFR.pdf) (2022-04-26).

TLLLR (Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum) (Hrsg.) (2019): LEADER in Thüringen. Heimat gemeinsam gestalten, [https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Service/Publikationen/Schriftenreihe/2020\\_04\\_01\\_LEADER\\_in\\_Thueringen.pdf](https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Service/Publikationen/Schriftenreihe/2020_04_01_LEADER_in_Thueringen.pdf) (2022-04-26).

TLS (Thüringer Landesamt für Statistik) (Hrsg.) (2021): Statistisches Jahrbuch. Thüringen 2021, [https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2021/40101\\_2021\\_00.pdf](https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2021/40101_2021_00.pdf) (2022-04-26).

TMIL (Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft) (Hrsg.) (o. J.): Erklärungen für Gemeinden zur Antragstellung für die Aufnahme in das Dorferneuerungsprogramm, [https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Laendlicher\\_Raum/Dorferneuerung/Erklaerungen\\_fuer\\_Gemeinden\\_zur\\_Antragstellung\\_fuer\\_die\\_Aufnahme\\_in\\_das\\_Dorfer\\_1\\_.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Laendlicher_Raum/Dorferneuerung/Erklaerungen_fuer_Gemeinden_zur_Antragstellung_fuer_die_Aufnahme_in_das_Dorfer_1_.pdf) (2022-04-26).

TMIL (Hrsg.) (2021a): Auswahlkriterien in Thüringen für Maßnahmen aus dem Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum 2014 – 2020 (EPLR). Stand: 24.06.2021, [https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Landwirtschaft/01\\_Agrarpolitik/011\\_ELER/Kriterien/Katalog-Auswahlkriterien\\_Thueringen\\_24.06.21.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Landwirtschaft/01_Agrarpolitik/011_ELER/Kriterien/Katalog-Auswahlkriterien_Thueringen_24.06.21.pdf) (2022-04-26).

TMIL (Hrsg.) (2021b): Landesentwicklungsbericht Thüringen 2021, [https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Strategische\\_Landesentwicklung/Raumordnung\\_Landesplanung/Landesentwicklung\\_TH/Landesentwicklungsbericht\\_2021.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Strategische_Landesentwicklung/Raumordnung_Landesplanung/Landesentwicklung_TH/Landesentwicklungsbericht_2021.pdf) (2022-04-26).

TMIL (Hrsg.) (2021c): Standorte von Lebensmittelläden ab 400 m<sup>2</sup> in Thüringen, [https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Themen/Landentwicklung/ILE/24-h-Dorflaeden/FR\\_24-h-Dorflaeden\\_Anlage\\_Foerdergebietskulisse.pdf](https://tlllr.thueringen.de/fileadmin/TLLLR/Themen/Landentwicklung/ILE/24-h-Dorflaeden/FR_24-h-Dorflaeden_Anlage_Foerdergebietskulisse.pdf) (2022-04-26).

Volkman, A. (2018): Gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Daseinsvorsorge und räumlichen Verwirklichungschancen. Dortmund. doi: 10.17877/DE290R-20314.

Weidner, S. (2020): Provinzstädte als Anker im Raum. In: Krajewski, C. / Wiegandt, C.-C. (Hrsg.): Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn, 143-156.

Weingarten, P./ Fährmann, B. / Grajewski, R. (2015): Politik zur Entwicklung ländlicher Räume als 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik. In: Karl, H. (Hrsg.): Koordination raumwirksamer Politik. Mehr Effizienz und Wirksamkeit von Politik durch abgestimmte Arbeitsteilung. Hannover, 23-49.

Weingarten, P./ Steinführer, A. (2020): Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse und ländliche Räume im 21. Jahrhundert. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 30, 4, 653-665. doi: 10.1007/s41358-020-00246-z.

Weiß, L. (2022): Ländliche Räume. Unendliche Förderweiten? Ländliche Förderlogiken im StadtLand Thüringen. Masterarbeit an der Universität Kassel, unveröffentlicht.

#### Abbildungsnachweise

- 01 Grafik Leonard Weiß,  
Kartengrundlage: ©OpenStreetMap-Mitwirkende.
- 02 Grafik Leonard Weiß,  
Datengrundlage: TLS 2021, 47.  
Kartengrundlage: © GeoBasis-DE / BKG 2022.
- 03 Grafik Leonard Weiß nach TLLLR 2019, 7.
- 04 Grafik Leonard Weiß nach TMIL 2021c.
- 05 Fotografie Arvid Krüger, 2021.

# Bildessay: Schmölln heute

Fotos: Heimat- und Verschönerungsverein Schmölln,  
Stadtverwaltung Schmölln



Ø1 Marktplatz und Rathaus (rechts)

Ø2 Einfamilienhäuser am Stadtrand



Ø3 Amtsplatz und Markteingang



Ø4 Im Gewerbegebiet Crimmitschauer Straße



Ø5 Marktbrunnen



Ø6 Neubau in der  
Walter-Kluge-Straße



Ø7 Grundschule Finkenweg





Ø8 Kita Kastanienhof

Ø9 Knopfwegmarkierung



# Analyse von Planungsfällen in Schmölln und Gößnitz zur Organisation und Planung der Daseinsvorsorge

Lena Knacker, Arvid Krüger  
und Zoe Kuhfuß

Dieser Beitrag reflektiert die Forschungsarbeit in dem ersten von drei Förderjahren des Projekts „ISDN“, welches in der Programmschiene Kommunen Innovativ des BMBF im Kontext der Forschung für Nachhaltigkeit stattfindet. Durch die von vornherein angelegte gemeinsame Arbeit kommunaler Praxis und universitärer Forschung findet eine Produktion unterschiedlicher Outcomes statt, dabei wird der gemeinsame Outcome eine Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit (ISDN) sein wird. Für Schmölln samt Gößnitz und seinen Dörfern kann der kommunale Outcome in konkret umzusetzenden Stadtentwicklungsprojekten bestehen. Für die Wissenschaft ist Teil des Outcomes bereits die Darstellung der Methodik und Herleitung der ISDN. Dafür dient dieser Beitrag, denn er erläutert eine der Grundlagen, um die lokale Governance zu verstehen (Altrock/Haller 2010, Willinger 2022), die letztendlich die voraussetzungsvolle Arbeitsebene (Altrock 2014) derjenigen ist, die gemeinschaftliche eine kommunale Stadtentwicklungspolitik formulieren sollen. Daher wollen wir die in der Erforschung von Praxis gewonnenen Erkenntnisse zum Prozess der Erstellung einer ISDN planungstheoretisch einbetten. Instrumente kommunalen Handels an sich, verbunden mit einer methodischen Fortentwicklung und Erstellungsempfehlungen für das institutionell verfassten Instrumente ISEK sowie Empfehlungen an den Freistaat Thüringen zur Erfüllung von nachhaltigkeitsbezogenen bzw. daseinsvorsorgebezogenen Aufgaben im Rahmen weiterer Schritte der Verwaltungs- und Gebietsreform, sind unser Interesse. Die Fallbringerstudien dienen dazu, zu verstehen, wie die Institutionen vor Ort planerische Entscheidungen treffen (Altrock/Bertram 2012). Das betrifft besonders Entscheidungen, in denen es um die Integration von Nachhaltigkeitszielen (Finkenberger/Veil 2020) sowie des Politikfelds infrastrukturelle Daseinsvorsorge (Steinführer 2018) in lokalräumliches Handeln im Rahmen städtebaulicher und anderer raumbezogener Entwicklungskonzepte sowie um die Vernetzung von Stadtentwicklungsaufgaben und ländlicher Entwicklungsaufgaben in einer Gesamtgemeinde bzw. Gemeindeverbänden geht. Dabei wird darauf geachtet, dass unsere Beobachtungen sich auf das regelhafte Tun der kommunalen Familie beziehen, es also eben nicht die Sondertatbestände und Sonderinstitutionen gibt, mit denen sehr häufig projektförmige Stadt- und Regionalentwicklung (Bernt/Fritsche 2005) umgesetzt wird; dies auch mit Ziel, Modernisierungschancen im öffentlich-rechtlichen System in Bezug auf die Raumentwicklung zu eröffnen. Denn letzten Endes werden die meisten Gemeinden Deutschlands die anstehenden Transformationsherausforderungen (Schneidewind et al. 2020, Siedentop et al. 2020, Altrock et al. 2014) mit ihren üblichen Ressourcen bewältigen müssen.

Um weitere Erkenntnisse in Bezug auf die verschiedenen Arbeitspakete und die Entscheidungsprozesse der Verwaltung und zivilgesellschaftlicher Akteure zu gewinnen werden Fallbringerstudien eingesetzt. Die Fälle haben sich dabei aus den ersten Sitzungen der Arbeitspakete im Gespräch mit den Akteuren unterschiedliche Planungsfälle herauskristallisiert und wurden anhand der Fallbringermethode nach Förster et al. (2018) untersucht (siehe auch Fugmann 2018). Mit Gesprächspartner:innen, den sogenannten Fallbringern, werden die Planungsfälle im Hinblick auf die Entscheidungsfindung analysiert. Die Prozesse sollen durch diese Vorgehensweise reflektiert und deren Herausforderungen und Erfolge diskutiert werden, um Anregungen für den weiteren Umgang mit Planungsprozessen zu erarbeiten. Auf diese Art und Weise werden auch bisherige Hindernisse bezüglich der Nachhaltigkeitsziele aufgespürt und Potenziale freigelegt, wie und an welcher Stelle ein integriertes Handeln vielversprechend sein kann. Die einzelnen Planungen zur Verbesserung und Organisation der Daseinsvorsorge sollen in Verbindung zueinander gesetzt werden und in einen größeren Zusammenhang gestellt werden, sodass ein integriertes Vorgehen der Gemeinde zu einer nachhaltigeren und klimaangepassten Entwicklung abgeleitet werden kann.

Die Gespräche untergliedern sich in drei Abschnitte. Zunächst wird durch den Fallbringer eine Fallbeschreibung vorgenommen. Dieser schildert die Situation, den Inhalt und die Zielstellung des Planungsfalls, die Ausgangslage und den derzeitigen Umsetzungsstand. Im Anschluss folgt eine Rückfragerunde, die durch einen Leitfaden strukturiert wird. Dabei nimmt ein:e Wissenschaftler:in gezielt die Rolle des Rückfragenden ein, kennt also den Fall so gut aus der vorhergehenden Dokumentenanalyse, dass hier ein Dialog über die Entscheidungsprozesse und die Governance des Falls stattfindet, welcher von ein:e:r:m zweiten Wissenschaftler:in moderiert wird. Die Autor:innen dieses Beitrags übernehmen jeweils Fall für Fall diese Rollen in Zweierkonstellationen.

Anhand dessen wird sichergestellt, dass in allen Planungsfällen die gleichen Governance-Thematiken besprochen werden und im Anschluss ein Vergleich der Planungsfälle möglich ist. So wird die Beteiligungs- und Akteursstruktur genauer betrachtet. Im Grunde geht es eher um das Wie und Warum einer (potenziellen) Entscheidung über infrastrukturelle Themen der Daseinsvorsorge, weniger um das Was (z. B. Radverkehr, Kita, Gesundheit, Wohnen). Die Einbindung und Entscheidungsgewalt der Akteure sowie deren unterschiedlichen Interessen werden abgefragt. Auch die verwendeten Methoden werden durch spezifische Fragen ermittelt. Ein Fokus wird auf die Organisation der Zusammenarbeit der Akteure gelegt, die Entscheidungsfindung und die rechtlichen Grundlagen, die Einfluss auf den Planungs- und Entscheidungsprozess haben. Daneben wird auf die inhaltliche Ausgestaltung der Prozesse eingegangen. Einbezogene Ressourcen, Widerstände, die im Prozess überwunden werden mussten und Herausforderungen werden abgefragt und diskutiert (vgl. Altröck 2014). Zudem wird auf die Möglichkeit der Weiterentwicklung oder Ausweitung des Projektes eingegangen. Ein weiterer Aspekt, der im Rahmen der Fallbringerstudien in den Blick genommen wird, ist der zeitliche Ablauf der Planungsfälle. Wann die Be-

teilung der Akteure erfolgte, was Gründe für ein Stocken des Prozesses waren, aber auch der Wandel des Projektes im Laufe der Zeit und die Abweichung des Ergebnisses von der ursprünglichen Idee wurden hierbei untersucht. Zuletzt wird in den Fallstudien von den Interviewern ein Ausblick gegeben, wozu die Erkenntnisse aus den Interviews benötigt werden und welches die nächsten Schritte sind.

Die weiteren Schritte erfolgen dann ohne den Einbezug der Gesprächspartner:innen. Zur Auswertung der Fallbringergespräche werden diese wörtlich transkribiert. Die Aussagen der InterviewpartnerInnen werden in verschiedene Kategorien und Unterkategorien untergliedert und anhand der einzelnen Aspekte analysiert. Die Kodierung des empirischen Materials wird dabei von vornherein mit dem Blick auf die Konstellation des Forschungsprojekts – gemeinsame Leitung durch einen Wissenschaftler und einen Praktiker (den kommunalen Bürgermeister) – mit einer angepassten Zielsetzung vorgenommen. Es entstehen sogenannte Erkenntnisbausteine, die einzelfallübergreifend in drei verschiedene Form-Kategorien geteilt werden: 1) wissenschaftliches Textfragment, 2) praxisorientierte Handlungsempfehlung, 3) Aufgabenstellung für ein dezentrales Reallabor.

Wissenschaftliche Textfragmente sind die herkömmliche Form der Darstellung wissenschaftlicher empirischer Erkenntnisse und müssen hier daher nicht näher beschrieben werden. Fragmente sind sie deshalb, weil die Gewinnung von Erkenntnissen allein noch kein Produkt an sich darstellt; dieses entsteht i. d. R. erst durch die Zusammenführung solcher Fragmente als Veröffentlichung (Journal, Monografie, Beiträge etc.) – so auch der hier folgende Beitrag.

Praxisorientierte Handlungsempfehlungen sind Verschriftlichungen von Erkenntnissen, die für kommunale Politik und Verwaltung handhabbar gemacht werden können. Insbesondere geht es darum, aus vergangenen Entscheidungen zu lernen bzw. die Governance-Konstellationen gefallener Entscheidungen zu verstehen und dies für anstehende Entscheidungen nutzbar zu machen. Als kommunalpolitische Handlungsempfehlung sind die Erkenntnisse aus den Fallbringerstudien nicht nur hinsichtlich ihres materiellen Charakters interessant (z. B. die Allokation der Kitas im Gemeindegebiet als Ergebnis von Entscheidungen), sondern auch hinsichtlich ihres Zustandekommens in Akteurs-Konstellationen einer kommunalen Familie (z. B. die Konstellation von Kommune, Landkreis und kreiseigenem Busunternehmen bzgl. der Linienführung von Buslinien innerhalb des Gemeindegebiets). Letztendlich geht es auch um die Klärung der (Nicht-)Reproduzierbarkeit kommunaler Entscheidungen und die – wiederum für Wissenschaft relevante – Erkenntnis, was Ausnahme und was Regel ist, wenn über Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit vor Ort entschieden ist. Die dritte Form-Kategorie ist die Aufgabenstellung für das dezentrale Reallabor, welches im konkreten Kontext des konkreten Forschungsprojekts im zweiten Jahr der Forschung angelegt ist (die Reallaborphase Dezember 2022 – Juni 2023 liegt parallel zur der Arbeit an diesem Band).

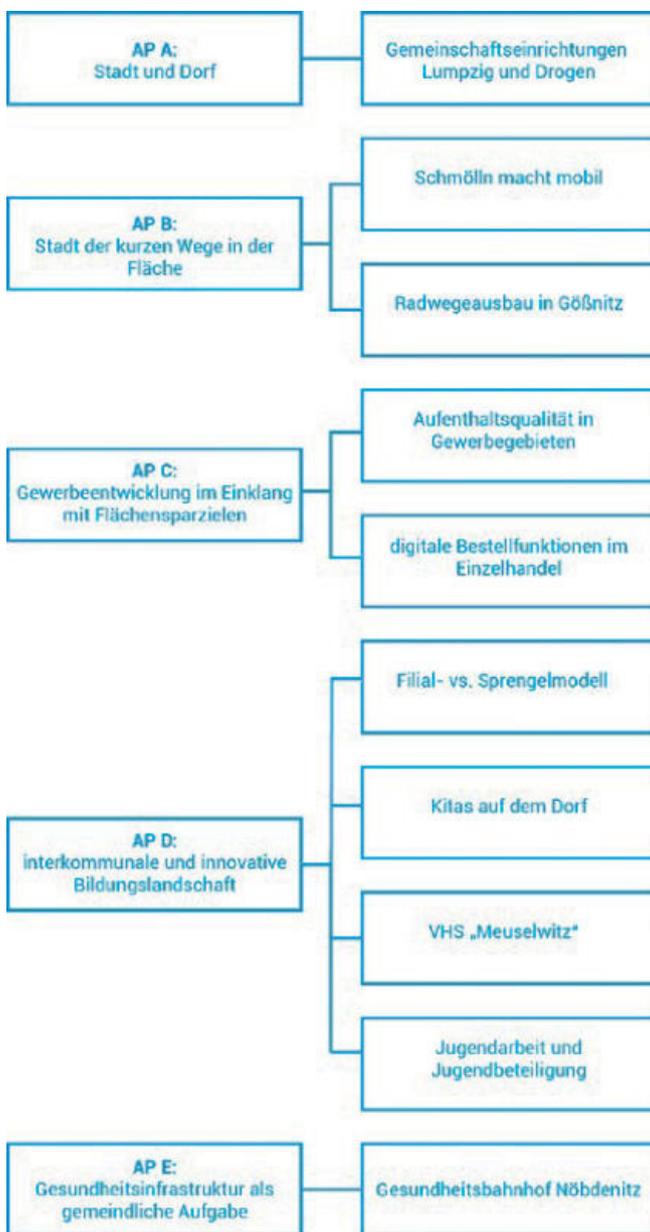
Die gleichzeitige Gewinnung von Erkenntnissen in diesen drei Kategorien kann vereinfacht so interpretiert werden, dass man zugleich „wissenschaftliche“ wie „praktische“ Erkenntnisse gewinnt (die Anführungszeichen sind

bewusst gesetzt, da die Abgrenzung zwischen den Sphären Wissenschaft und Praxis ohnehin nicht trennscharf gelingen kann). Auf diese Art und Weise wird vermieden, dass Erkenntnisse aus den Fallbringerstudien „verloren“ gehen. Das kann vorkommen, wenn sie entweder wenig mit der gestellten Forschungsfrage zusammenhängen, also zu „praktisch“ sind oder kaum Relevanz für zukünftige Entscheidungen der Kommune zu tun haben, aus „praktischer“ Sicht also erledigt sind (weil z. B. die räumliche Allokation der Kitas für die nächsten Jahrzehnte nicht mehr erwartbar verändert wird. Lediglich Kapazitäten an den Standorten selbst mögen vergrößert oder verkleinert werden.). Dennoch können sowohl zu „praktische“ wie „theoretische“ Erkenntnisse für den weiteren Verlauf des Forschungsprojekts von Bedeutung sein, eine gleichwertige Relevanz der verschiedenen Typen von Erkenntnisbausteinen liegt also vor. Ob man dies als Spezifik in der Transformationsforschung begreifen möchte oder ob dies eine handlungsleitende Überlegung in der Forschung insgesamt sein sollte, möge an anderer Stelle diskutiert werden – für ein planungswissenschaftliches Forschungsprojekt ist dies auf jeden Fall von Vorteil, da der zu erforschende gestaltete Raum, die gebaute Umwelt immer Realität ist und nie nur Labor.

## Die Auswahl der Themen und Fälle

Fallbringerstudien werden in allen fünf Arbeitspaketen des Forschungsprojekts angefertigt. Im Arbeitspaket A werden beispielhaft die Gemeinschaftseinrichtungen in Lumpzig und Drogen (zwei Schmöllner Ortsteilen) genauer betrachtet. In Lumpzig soll im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms ein Dorfgemeinschaftshaus etabliert werden. In Drogen ist hingegen die Sanierung oder ein Neubau eines Kulturortes angedacht. Diese Maßnahme wurde im Eingliederungsvertrag des Ortsteils festgelegt und soll im Rahmen der Möglichkeiten des Haushalts Schmöllns umgesetzt werden. Diese Projekte sind in einen Gesamtzusammenhang infrastruktureller Daseinsvorsorge einzubetten, so ist zum Beispiel auch der ehemalige Verwaltungssitz und die Lumpziger Kita in Betracht zu nehmen. Aufgrund fehlender GesprächspartnerInnen konnte dieser Fall nicht weiter betrachtet werden. Dafür wird Lumpzig zum Schauplatz einer Charette im zweiten Forschungsjahr im Rahmen der Reallaborphase, um zumindest zu einem späteren Zeitpunkt praxisorientierte Erkenntnisse zu diesem Ort zu erlangen – hinsichtlich der wissenschaftlichen Erkenntnisse stehen beide Orte ohnehin pars pro toto für die zwei Typen von dörflichen Ortsteilen – jene mit einer basalen Infrastrukturausstattung wie z. B. Kita (Lumpzig) und jene ohne (Drogen).

Im Arbeitspaket B wird zum einen der Konflikt des Radwegeausbaus in Gößnitz betrachtet, zum anderen das Projekt „Schmölln macht Mobil“. Die Erweiterung der Mobilitätsangebote im Umweltverbund hat für eine integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit in ländlichen Räumen eine große Bedeutung. So soll die Gleichwertigkeit des MIVs und des Radverkehrs sichergestellt werden. Das Radwegenetz in Gößnitz weist jedoch eklatante und verkehrssicherheitsrelevante Lücken auf. In diesem Fall soll untersucht werden, wie das Thema Radwegeausbau diskutiert wird und welche Alternativen zum klassischen Straßenbegleitradweg einbezogen oder verworfen werden sowie welche Zuständigkeiten vorliegen. Hier wer-



## 01 Arbeitspakete und Fallbringerstudien des Forschungsprojekts

den keine getroffenen Entscheidungen untersucht, sondern der Konflikt, den es um Entscheidungen zugunsten bzw. zulasten des Radwegeausbaus gibt. Denn zumeist stellen sich gerade übergeordnete Straßen als „unveränderbar“ heraus – und zwar unabhängig vom Stellenwert einer kommunalen Radverkehrspolitik, die in beiden Städten existiert. Die Fallbringerstudie geht den Gründen nach.

Zum anderen wird der öffentliche Personennahverkehr durch das Projekt „Schmölln macht mobil“ in den Blick genommen, wo es jüngst Entscheidungen zugunsten neuer Stadtbuslinien gab. Das Projekt „Schmölln macht mobil“ hat sich zum Ziel gesetzt einen vertakteten ÖPNV zu etablieren. So wurden zwei neue Stadtbuslinien eingeführt, die eine flächendeckende Bedienung anstreben und den Anschluss an den Regionalverkehr möglich machen. In diesem Planungsfall sollen die Umsetzungsschritte reflektiert werden und die zwei verschiedenen Dimensionen, zum einen der Verkehr im Kernstadtgebiet und zum anderen die Verbindung im Landkreis, untersucht werden.

Im Arbeitspaket C Gewerbeentwicklung im Einklang mit Flächensparzielen sind zwei Planungsfälle zu erforschen. zum einen die Erweiterung und Förderung digitaler Bestellfunktionen im Einzelhandel. Die Digitalisierung wirkt sich auch auf den stationären Einzelhandel aus. Der Onlinehandel bildet zunehmend eine Konkurrenz für EinzelhändlerInnen und führt zu Umsatzeinbußen. Ein Lösungsansatz bildet die Verknüpfung des stationären mit dem digitalen Handel. Aufgrund dessen soll untersucht werden, welche Erfahrungen die EinzelhändlerInnen in Schmölln und Gößnitz mit digitalen Bestellfunktionen bereits gemacht haben und welche Ansätze in diesem Bereich angestrebt werden.

Auch die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Gewerbegebiet soll reflektiert werden. Gewerbegebiete sind vor allem nach den Anforderungen der Unternehmen ausgerichtet und räumen aufgrund der weniger integrierten Lage dem Autoverkehr einen großen Platz ein. Jedoch verbringen die Beschäftigten einen großen Teil ihres Lebens dort. Aufgrund dessen wurden bereits Pausenflächen mit Sitzmöglichkeiten und einer entsprechenden Freiflächengestaltung eingerichtet. Dieser eher im Zuständigkeitsbereich privater Akteure liegende Fall räumlicher Gestaltung wird untersucht. Es soll – verallgemeinernd – der Frage nachgegangen werden, welche Potenziale die Gewerbegebiete bieten und wie die Aufenthaltsqualität und damit auch die Attraktivität der Arbeitsplätze gesteigert werden kann, aber auch, welche Rolle die Kommune als Akteur potenziell kooperativer Raumgestaltungsprozesse einnehmen kann.

Im Arbeitspaket D haben sich vier Planungsfälle herauskristallisiert, die die unterschiedlichen Daseinsvorsorgeeinrichtungen der Bildungslandschaft widerspiegeln. Der Planungsfall „Filial- vs. Sprengelmodell“ wird betrachtet, nachdem hier nach langen Diskussionen entschieden wurde, das Schulnetz so weiterzuentwickeln, dass kleinere Schulstandorte als Filialen größerer Standorte weiter betrieben werden konnten. In Einzelfallentscheidungen wurden so Schulschließungen abgewendet. Demgegenüber sieht die Nachhaltigkeitsstrategie Schmölln-Gößnitz die gemeinsame Entwicklung eines Fahrplans für ein Schulsprengelmodell der Grundschulen vor, wo durch eine Gesamtentscheidung – die Umwandlung des Schulbezirks in einen Sprengel mit ohnehin polylokaler Standortstruktur – ein Leitprojekt der nachhaltigen Entwicklung formuliert wurde. Doch zu diesem Sprengelmodell kam es nicht, ebenso auch nicht zu Standortschließungen. Aufgrund dessen soll untersucht werden, welche Potenziale und welche Herausforderungen das Filialmodell gegenüber dem Sprengelmodell bietet.

Neben den Schulen sollen auch die durch die Stadt Schmölln betriebenen Kitas auf dem Dorf betrachtet werden. Die verschiedenen Modelle und Erfolgsfaktoren von Kitas in dörflichen Lagen sollen dabei herausgearbeitet werden. In die Betrachtung werden Veränderungen wie der Ausbau, Schließungen, Verlagerungen sowie Sanierungen der Einrichtungen einbezogen. Dadurch soll aufgezeigt werden, wie ein dörfliches Kitanetz entsteht und als Netzwerk frühkindlicher Bildung weiterentwickelt wird. Anlass ist der erste Neubau einer dörflichen Kita seit Jahrzehnten in Altkirchen (mutmaßlich einer der ersten komplett neuen Standortentwicklungen kommunalen Kitabaus im nicht-suburbanen ländlichen Raum Ostdeutschlands seit langem). Alle anderen dörflichen Kitas stammen aus meist den Nachkriegsjahrzehn-

ten und werden mit einer Ausnahme (eine Kita des freien Trägers Johanner im Kernstadtgebiet) von der Kommune betrieben (einschließlich von Standorten in einer von Schmölln erfüllten<sup>1</sup> Nachbargemeinde).

Als weiterer bewusst fiktiver Planungsfall soll der Standort der Volkshochschule in Schmölln durch den konzipierten Planungsfall „VHS Meuselwitz?“ hinterfragt werden. Die Tatsache, dass die Kreisvolkshochschule des Altenburger Landes nicht nur einen Hauptstandort in der namensgebenden Kreisstadt betreibt, sondern auch eine Filiale in Schmölln, rührt noch aus dem Umstand, dass Schmölln auch mal Kreissitz war und der Standort im Rahmen einer Kreisgebietsreform schlicht beibehalten wurde. Als Fallbringerstudie dient daher die Frage als Ausgangspunkt, ob Filialen einer kreislichen VHS generell in Kleinstädten eingerichtet werden sollten – so eben in Meuselwitz (einer Kleinstadt im Norden des Landkreises). Dadurch soll überprüft werden, welche Rolle die Volkshochschule in einer Stadt wie Schmölln einnimmt. Ist es nur „Gewohnheit“ des ehemaligen Status als Kreisstadt oder ist der Standort ein Ansatz der Dezentralisierung der Volkshochschule des Altenburger Landes? Es soll betrachtet werden, ob eine weitere Dezentralisierung durch die Etablierung von Standorten angestrebt wird, welche Aufgaben dezentralisiert und welche weiterhin zentral in der Kreisstadt verortet werden. Auch die standortunabhängige Mobilisierung von Angeboten durch Mehrfachnutzung dezentraler sozioinfrastruktureller Standorte wird dabei thematisiert.

Auch die *Jugendbeteiligung* stellt ein Planungsfall im Arbeitspaket D dar. In der Nachhaltigkeitsstrategie Schmölln-Göbnitz wird die Kinder- und Jugendbeteiligung als Leitprojekt aufgezeigt. Ein aktuelles Projekt ist die Beteiligung von Jugendlichen bei der Umgestaltung des Skateparks in Schmölln. Die derzeitige Jugendarbeit und Jugendbeteiligung soll reflektiert werden, um Möglichkeiten der Beteiligung von Jugendlichen aufzuzeigen und Themenschwerpunkte in der Jugendarbeit zu erkennen. Diese Fallbringerstudie sollte auch in eine „echte“ Jugendbeteiligung münden; die Gespräche mit der Jugendarbeit ergaben die Empfehlung, hierfür den Geographieunterricht des örtlichen Gymnasiums als „Dialogplattform“ zu nutzen; dies wird in der Reallaborphase umgesetzt. Jugendliche werden also in ihrer Eigenschaft als Schüler:innen adressiert.

In Bezug auf das Arbeitspaket E Gesundheitsinfrastruktur wird lediglich ein Planungsfall, der *Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz*, beleuchtet. Im Ortsteil Nöbdenitz entsteht ein Ersatzneubau eines medizinischen Versorgungszentrums an Stelle des nicht mehr genutzten Bahnhofgebäudes. Das neue Ärztehaus fungiert also sowohl als Infrastrukturstandort als auch als Eingangssituation vom bestehenden Bahnhof der Linie RE 3 Erfurt – Schmölln – Altenburg in das Dorf. Es soll untersucht werden, welche Funktion der Gesundheitsbahnhof in der Gesundheitsinfrastruktur übernimmt und wie das Projekt zur Sicherung der Daseinsvorsorge beitragen kann. Zudem – ähnlich wie in Altkirchen – wird der Umstand untersucht, warum eine Umsetzungsentscheidung zeitlich mit der Eingemeindung zusammenfällt, also

1 Erfüllte Gemeinden mit meist wenigen 100 Einwohnern besitzen keine eigenständige Verwaltung, sondern werden von einer Nachbargemeinde mit hauptamtlichem Bürgermeisteramt und professioneller Verwaltung mitverwaltet, d. h. erfüllt.

die Kommunalverwaltung der Stadt Schmölln die Zuständigkeit für das Projekt von einer vorher VG-angehörigen<sup>2</sup> Gemeinde übernimmt, und welche Rolle hierfür das GEK (Gemeindeentwicklungskonzept), das Thüringer ISEK-Pendant für die Dorferneuerung spielt.

Zusätzlich wird zu dem Querschnittsthema Wohnen eine Fallbringerstudie durchgeführt. Zum Thema *genossenschaftlicher Geschosswohnungsbau* wird nachgeforscht, welche Funktion eine Immobilienverwaltung im Segment des Nachkriegs-Geschosswohnungsbaus einnimmt. So wurden von der VR-Bank vor einigen Jahren Genossenschaftsbestände aus einer Insolvenzmasse übernommen. Der Umgang mit den Beständen und die Entwicklungen sowie aktuellen Planungen werden betrachtet, um das Rollenverständnis und Aufgaben von nicht zwingend gewinnorientierten Immobilienverwaltungen herauszustellen.

## Akteure und Zuständigkeiten

Anhand der Fallbringerstudien lassen sich vergleichende Erkenntnisse zu der Organisation der Daseinsvorsorge in Schmölln und Gößnitz ableiten. Die Akteursstruktur, die eingesetzten Methoden, die inhaltliche Ausgestaltung und der zeitliche Ablauf in den verschiedenen Bereichen der Daseinsvorsorge sollen im Folgenden dargestellt und Gemeinsamkeiten sowie Unterschiede herausgestellt werden. Für eine Fall für Fall spezifische Darstellung fehlt hier der Platz. Die Fallbringerstudien haben verdeutlicht, dass – was allgemein bekannt ist – neben der kommunalen Verwaltung auch die *Landkreisebene* in vielen Bereichen der Daseinsvorsorge zur Weiterentwicklung und Organisation involviert ist, hier gibt es eine Mehrebenengovernance innerhalb kommunal verfasster Strukturen, die Sektor für Sektor unterschiedlich ausgeprägt ist. Bei den Mobilitätsthemen hat sich deutlich gezeigt, dass organisatorische Fragen projektförmig (und nur so) bearbeiten lassen – wie bei „Schmölln macht mobil.“ Bauliche Infrastrukturfragen wie der Radwegeausbau stehen dagegen vor scheinbar unüberwindbaren Hindernissen, die sich als Konflikte zwischen Stadtpolitik und -verwaltung abbilden lassen; dies vor allem, da letztgenannte oft nur als nachgeordnetes Glied de facto uneigenständig agiert.

Die Schulinfrastruktur wird ebenfalls durch Landkreis organisiert, Kommunen sind hier de facto nur „beratend“ tätig – bei Kita ist das umgekehrt. Während Schmölln ein Kitanetz betreibt, sind die drei Gößnitzer Kitas in freier Trägerschaft (AWO, Diakonie). Das erschwert den nicht nur allokativen, sondern stadtentwicklungspolitischen Umgang mit einem Standortnetz, von der Weiterentwicklung eines Netzes von Standorten hin zu einer Schul-, Kita-, Jugendressort bündelnden Bildungslandschaft ganz zu schweigen. Hier stellt sich langfristig die Frage, ob Aufsichtsaufgaben nicht bis auf die Landesebene hochgezoomt werden können, dagegen Standortnetzfragen

2 VG-angehörige Gemeinden mit meist wenigen 100 Einwohnern besitzen keine eigenständige Verwaltung, sondern bilden eine Verwaltungsgemeinschaft (VG). Aufgrund des Umstands, dass es eine Verwaltungseinheit im Gegenüber mehrerer ehrenamtlicher Bürgermeister:innen agiert, besitzen diese Verwaltungseinheiten i. d. R. kein spezialisiertes Verwaltungspersonal.

kommunalisiert werden könnten (vgl. Krüger/Müller 2018). Solange die Qualität des Kita- und Unterrichtsbetriebs gesichert ist, solange kann es einer überörtlichen Ebene „fast egal“ sein, in welchem Format das Spannungsverhältnis Dezentralisierung versus Zentralisierung ausgetragen wird. Klar ist in der aktuellen Gemeindestruktur von Schmölln und Gößnitz als per Raumordnungsvertrag verbundenen Kommunen, die zudem noch eine Handvoll Dörfer „erfüllen“ (und wie Schmölln dort auch eine kommunale Kita betreiben) der Schauplatz die kommunale Territorialebene ist. Denn unstrittig ist ebenso, dass es mehrere Standorte des Kita- und Grundschulbetriebs nötig sind wie die Tatsache, dass die baulichen Anlagen existent und langlebig sind (bei fast allen Kitas liegen die Neubaujahre in den Jahrzehnten nach dem Krieg).

Für Weiterbildung, Jugend und andere in den Fallbringerstudien nicht explizite sozioinfrastrukturelle Ressorts gilt eine Hauptzuständigkeit des Landkreises. Eine z. T. enge Zusammenarbeit mit der Kommune findet bezüglich der Nutzung von Räumlichkeiten in vorhandenen Infrastruktureinrichtungen der Gemeinden statt, um ein flächendeckendes Angebot räumlich verteilt im gesamten Landkreis anzubieten. Das betrifft den Jugendclub in Schmölln ebenso wie den VHS-Standort. Die Jugendarbeit kann hier prozessual exemplarisch stehen: Durch den Jugendförderplan wird die langfristige Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit vorgegeben. Es ist ein zentrales Steuerungselement, dass aus der Wahrnehmung sowohl kommunaler wie landkreislicher Akteure ein effektives, bedarfsgerechtes und aufeinander abgestimmtes Angebot ermöglicht. Somit bildet der Landkreis vor allem im Bereich der Bildungsinfrastruktur eine wichtige Stütze zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Einrichtungen.

Auch die *Landesebene* nimmt Einfluss auf die Entwicklungen der Daseinsvorsorge in der Kommune. Beim Radwegeausbau ist die Handlungsfähigkeit der Kommune durch die Entscheidungsgewalt der Landesebene eingeschränkt. Ausbauentscheidungen werden auf höherer Ebene getroffen. Das Thüringer Landesamt für Bau und Verkehr (TLBV) entscheidet als obere Straßenbaubehörde über den Ausbau von straßenbegleitenden Radwegen entlang der Landes- und Bundesstraßen. Zudem werden Fördermittel auf Landesebene zur Verfügung gestellt, die die Umsetzung von Projekten möglich machen. Diese Fördermittel sind oft sektorspezifisch eingesetzt und konfliktieren unter Umständen mit eigenständigen stadtentwicklungspolitischen Vorstellungen einer Kommune, die andere Prioritäten setzen möchte. Radverkehr ist politische Priorität in Schmölln und politische Forderung in Gößnitz, das ändert aber nichts an der Schnelligkeit des Radwegeausbaus in diesem Teil des Altenburger Landes im Vergleich zu anderen peripheren Räumen Thüringens.

Die *politische Entscheidungsebene* der Fallbringerstudien unterscheidet sich also. Während die Umsetzung von Projekten zur Verbesserung der Gesundheitsinfrastruktur, von Projekten zur Attraktivierung von Gewerbegebieten, von Projekten zur Innenstadtbelebung, von städtebaulich relevanten Projekten der Immobilienverwaltungen im Geschosswohnungsbau, Projekten zur Kitanetzentwicklung, konkrete Projekte der Jugendarbeit und Konzeptarbeiten zum Radverkehr im Stadtrat abgestimmt werden, werden Projekte zur Anpassung des Schulmodells, im Bereich der Volks-

hochschule, der Jugendförderplan, der öffentliche Personennahverkehr und der Ausbau von straßenbegleitende Radwege an Bundes- und Landesstraßen im Kreistag entschieden. In diesen Bereichen kann die kommunale Verwaltung nur wenig Einfluss auf die Umsetzung von Projekten nehmen.

## Kooperation mit Dritten

Die Einbeziehung der *Zivilgesellschaft* ist in allen kommunalen Projekten zum Ausbau oder zur Sicherung der Daseinsvorsorge unerlässlich (Willinger 2020, Altröck/Krüger 2022). So ist eine transparente Darstellung der Projekte durch öffentliche Veranstaltungen und Diskussionsrunden, wie bei dem Versuch der Anpassung des Schulmodells, wichtig, um die Akzeptanz zu steigern. In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge wird auch die Meinung der Zivilgesellschaft durch verschiedene Beteiligungsformate abgefragt oder durch Analysen die Bedarfe abgeleitet. Beispielsweise wurde für das Projekt „Schmölln macht mobil“ eine Fragebogenaktion durchgeführt. Der Ausbau der Kitas richtet sich nach den Bedarfen und der Bevölkerungsentwicklung, die Volkshochschule und der Einzelhandel passen das Angebot an die Bedarfe der Bevölkerung an. Auch in der Jugendarbeit entscheiden die Nutzer:innen über die konkreten Projekte, die durchgeführt werden. Daneben werden Vermittler:innen zwischen Zivilgesellschaft und der Verwaltung eingesetzt. Die Jugendarbeit vermittelt zwischen Jugendlichen und der Verwaltung und auch im Bereich des Radverkehrs fungieren Stadtratsmitglieder als Vermittler zwischen der Zivilgesellschaft und der Verwaltung.

Die *Beteiligung* der Zivilgesellschaft, weiterer Institutionen oder der Mitarbeiterschaft wird demzufolge in allen Fallbeispielen eingesetzt. So wird ein Netzwerk an Firmen bei der Umsetzung von Maßnahmen im Geschosswohnungsbau einbezogen. In den Planungsprozess des Gesundheitsbahnhofs sowie bei der Aufwertung der ungenutzten Gewerbefläche zu einer Pausenfläche wurden die späteren Nutzer:innen einbezogen, um die Planung auf deren Bedarfe auszurichten. Im Fallbeispiel zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im Gewerbegebiet wurden Gremien eingerichtet, um die Belegschaft zu beteiligen. Durch diese konnte der Beteiligtenkreis eingeschränkt werden und der Prozess vereinfacht werden. Bei der Kitanetzplanung werden alle Ressourcen der Stadtverwaltung genutzt. Zudem werden die Elternschaft, externe PlanerInnen und weitere Vereine, Schulen oder lokale Gewerbetreibende eingebunden. Der Planungsprozess wird durch Beteiligung der Zivilgesellschaft transparent gestaltet. Bei den Projekten „Schmölln macht mobil“ und dem Schulverbundmodell wurden hierzu öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Daneben spielt *ehrenamtliches Engagement* eine große Rolle bei der Umsetzung von Projekten. Dieses unterscheidet sich in der Intensität: von der Einbeziehung über die Mitbestimmung und Ideengebung, die Mitwirkung in der Umsetzung bis hin zu einer versorgungsrelevanten Funktion des ehrenamtlichen Engagements. So sind planerische Entscheidungen bezüglich der Weiterentwicklung des Einzelhandels mit digitalen Bestellfunktionen, der Etablierung einer Bildungslandschaft, der Steigerung der Aufenthaltsqualität in Gewerbegebieten und die Weiterentwicklung der Volkshoch-

schule nur unter Einbeziehung ehrenamtlichen Engagements und Strukturen Dritter möglich.

Projekte zur Sicherung und Digitalisierung des Einzelhandels können nur Engagement der Einzelhändler:innen umgesetzt werden. Im Kitabereich nimmt das ehrenamtliche Engagement der Elternschaft eine bedeutende Rolle ein. Gerade dort zeigt sich die Verbindung zwischen dem Sektor Kita und dem „benachbarten“ Sektor Sport, wenn Kitas neben benachbarten Angeboten des Sports liegen: die Altkirchener Kita wird neben dem Freibad gebaut, die Kita in Weißkirchen liegt außerhalb des bebauten Siedlungszusammenhangs landschaftlich eingebettet neben einer größeren Sportanlage. Durch das ehrenamtliche Engagement kann die pädagogische Arbeit vielfältig gestaltet werden.

In Gewerbegebieten gibt es einen Fall, wo durch das Tätigwerden des Unternehmens – und seines Betriebsrats als Beteiligungsstruktur(!) – eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität herbeigeführt werden. Da es in den Gewerbegebieten aus ihrer Entstehungsgeschichte der 1990er-Jahre heraus de facto keine kommunalen Flächen gibt, müssen Unternehmen Projekte umsetzen, um auf ihren (Frei-)Flächen für die Beschäftigten einen attraktiven semi-öffentlichen Raum zu ermöglichen. Daneben kann auch die Volkshochschule ihr Angebot nur durch ehrenamtliches Personal flächendeckend anbieten. Für einen wesentlichen Teil der Angebote, erst recht, wenn sie außerhalb der beiden VHS-Standorte stattfinden, sind ehrenamtliche Kräfte notwendig, die den persönlichen Kontakt vor Ort ermöglichen.

*Kooperationspartner:innen und Freie Träger* sind zudem von Vorteil und stützen die Arbeit der Kommune. Beispielsweise wird die Jugendarbeit durch ein Trägermodell, das sich aus der Stadtverwaltung und der kirchlichen Stiftung Magdalenenstift Altenburg zusammensetzt. Dadurch findet ein intensiver Austausch statt und die Fachkenntnisse und Kompetenzen beider Träger:innen werden in die Jugendarbeit einbezogen. Das ist eine bereits gute Voraussetzung für die Etablierung einer Bildungslandschaft, da der Jugendbereich bereits sozialraumorientiert aufgestellt ist (den Sozialraum bilden Schmölln, Gößnitz, die von beiden Städten erfüllten dörflichen Kommunen sowie ein Teil der aus vielen dörflichen Ortsteilen bestehenden Gemeinde Nobitz). Mit dem Gymnasium in Schmölln und der Regelschule in Gößnitz ist auch der Sekundarbereich des Schulwesens überschaubar, inwieweit aus dem Filialmodell im Primarsektor ein sozialraumorientiertes Denken gefördert wird, bleibt abzuwarten. Zur Umsetzung der Kita-Konzepte finden ebenfalls Kooperationen mit anderen Institutionen und Bildungseinrichtungen einzelfallweise statt. Kooperationen mit und zwischen Primar-Schulen sowie zwischen denen und Kitas tragen zu einer vernetzten Bildungslandschaft bei. Übergänge von Kindergarten zu Grundschulen und zur weiterführenden Schule werden dadurch einfacher gestaltet.

Das Projekt des Gesundheitsbahnhof Nöbdenitz wurde von der Stadtverwaltung in Kooperation mit ansässigen Ärzten umgesetzt. Dadurch konnten Fachkenntnisse und vorhandene Kontakte zur Kassenärztlichen Vereinigung und Kassenzahnärztliche Vereinigung genutzt werden. Deutlich wurde, dass die damals selbständige Gemeinde Nöbdenitz den politischen Willen zu dieser Kooperation artikulieren und umsetzen konnte, dass

aber die letztendliche Umsetzbarkeit des Projekts erforderte, aus einem Kooperationsmodell des Gebäudeeigentums auszusteigen und das gemeindliche Eigentum zu wählen – was wiederum erforderte, dass eine professionell aufgestellte Verwaltung hier agiert. Diesen Zustand, von einer amtsfreien (in Thüringen: VG-freien) professionell und spezialisiert aufgestellten Verwaltung administriert werden, erreichte man durch die Eingemeindung nach Schmölln, die somit indirekt zu einer Gelingensbedingung des Gesundheitsbahnhofs am Ende des Planungsprozesses wurde.

Durch die Fallstudien hat sich gezeigt, dass die Daseinsvorsorgeeinrichtungen in Schmölln eine regionale Versorgungsfunktion übernehmen, die unterschiedliche einrichtungsspezifische Einzugsbereiche umfasst. Dieser stimmt immer wieder scheinbar mit dem zentralörtlichen Mittelbereich Schmölln-Göbnitz' überein, wobei für dörfliche Gemeindeteile der östlich Göbnitz gelegenen Gemeinde Nobitz, die zum Mittelbereich zählen, hier keine Aussagen getroffen werden konnten – mit Ausnahme des Dorfs Taupadel am Weg zwischen Schmölln und Göbnitz gelegen, aber zu Nobitz gehörend, spielte kein Dorf von Nobitz oder die Gemeinde Nobitz verbal eine Rolle. Dagegen werden erfüllte Gemeinden wie Ponitz oder Dobitschen immer „mitgedacht,“ wenn über kommunale Daseinsvorsorge aus Schmölln-Göbntzer Perspektive gesprochen wird.

Letzten Endes bedeutet dies zweierlei: Eine Reihe von grund- und mittelzentralen Ausstattungsmerkmalen ist in Schmölln deckungsgleich mit dem Daseinsvorsorgeauftrag der Kommune für die eigene Gemeinde (und die erfüllten Gemeinden); es findet eine de facto Kommunalisierung der Daseinsvorsorge statt. Etwaige Ausgleichsmechanismen zwischen zentralörtlichen und nicht-zentralörtlichen Gemeinden könnten ebenfalls kommunalisiert werden, ebenso wie Entscheidungsmechanismen über Standorte. Auf der anderen Seite wird an die kommunale Verwaltung die Anforderung gestellt, in regionalen Logiken zu decken: Was in einer Großstadt ein sozialraumorientiertes Denken in Quartieren ist (um z. B. Allokationsmechanismen sozialer Infrastruktur herzuleiten), sind in ländlichen Raum die Netze soziale Infrastrukturstandorte in dörflichen und randstädtischen Ortsteilen (Dörfer wie Altkirchen oder Nöbdenitz gleichartig wie den Schmöllner Orts- teil Heimstätte kategorial behandelnd), wobei es immer wieder Clusterbildungen gesamtgemeindlicher Infrastruktur gibt – auch dies gilt kategorial gleichartig für Heimstätte (Grundschule, Jugendclub, Kita) wie Altkirchen (Kita, Freibad, Feuerwehr). Dabei verwischen die Grenzen zwischen lokaler, gesamtgemeindlicher und teilregionaler Ausstrahlung, was sich an den Sektoren Weiterbildung und Jugend zeigen lässt:

Der Volkshochschulstandort in Schmölln wird von Personen aus dem gesamten Landkreis besucht., hat aber dabei einen definitiven Lokalbezug in der Mehrheit der Besuchenden. Die Jugendarbeit umfasst einen festgelegten Planungsraum, zu dem letzten Endes 142 unselbständige Ortschaften zählen, die administrativ oder im Sinne der Erfüllung zu Schmölln, Göbnitz oder – in Teilen – Nobitz gehören, bzw. der temporär noch existierenden VG Sprottental mit sechs dörflichen Gemeinden (zwischen 180 und 950 EW), die nach den Thüringer Regularien sich demnächst entscheiden müssen, von einer der Nachbargemeinden Schmölln oder Göbnitz erfüllt zu werden. Die Jugendarbeit ist zugleich lokal aufgestellt (z. B. in einem Ko-

operationsprojekt mit der Kirchgemeinde Nöbdenitz) als auch durch mobile Angebote (Kleinbus) in der teilregionalen Fläche.

Der Einzelhandel im Zentrum von Schmölln wird auch von Kund:innen aus einer Entfernung von bis zu 60 Kilometer aufgesucht. Personen aus Leipzig, Gera, Altenburg und Ronneburg kommen nach Schmölln, umgekehrt wurde dem Forschungsteam kommuniziert, dass Meerane – hinter der Landesgrenze in Sachsen gelegen und 5‘ Bahnfahrt von Gößnitz bzw. 15‘ von Schmölln entfernt – eine wichtige Rolle für regionale Einkaufserlebnisse spielt.

## Umsetzungsschritte und Strategien

Die Fallbringerstudien zeigen auf, dass für die Umsetzung von Projekten bestimmten typische Schritte zum Einsatz kommen. Bevor Planungen umgesetzt werden, findet eine projektspezifische Bestandsaufnahme und Untersuchungen statt, die die Notwendigkeit dieses einen Projektes aufzeigen und die Maßnahmenplanung konkretisieren. So wurde vor der Planung des Gesundheitsbahnhofs eine historische Analyse und Bestandsaufnahme durchgeführt. Das Projekt „Schmölln macht mobil“ wurde durch Bedarfsanalysen, Berechnungen und Evaluationen, die Anpassungsbedarfe sowie Erfolge aufzeigen, gestützt. Best-Practice-Beispiele wurden analysiert, um die vorhandenen Erfahrungen zu nutzen und auf das Projekt zu übertragen. Auch bei der Planung des Schulverbundmodells wurde zunächst eine Untersuchung der Kapazitäten der Schulen vorgenommen, um auf bestehenden Strukturen aufzubauen. Die Arbeit der Immobilienverwaltung im Geschosswohnungsbau umfasst ebenfalls Bestandsaufnahmen und Kosten-Nutzen-Analysen, um den Umgang mit dem Bestand zu bestimmen und Entscheidungen für Sanierungen, Rückbau oder den Ausbau von Gebäuden zu treffen. Die Wirtschaftlichkeit ist somit ein Faktor, nach dem Planungen ausgerichtet werden. Sowohl im Bereich der Wohnungswirtschaft, der Kitazentzentwicklung und Schulnetzplanung findet diese Beachtung. Daneben werden auch Evaluationen und Jahresberichte zur Abschätzung von Tendenzen und zur Qualitätssicherung eingesetzt. In der Jugendarbeit werden diese dann im übergeordneten, langfristig ausgerichteten Jugendförderplan berücksichtigt. Die Wahl der Methoden der Bestandsanalyse ist dabei durch die jeweilige Disziplin bzw. das jeweilige Ressort geprägt.

Die *finanzielle Umsetzung* der Planungsfälle ist ebenfalls vergleichbar. So wird in fast allen Fallbeispielen auf Förderprogramme zurückgegriffen. Eine Fördermittelakquise ist notwendig, um entsprechende Programme zu finden, die auf das Projekt zutreffen. Das Projekt Schmölln macht mobil und der Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz wurde durch Fördermittel unterstützt. Des Weiteren werden Projekte der Kitas, der Jugendarbeit und des Radwegeausbaus finanziell gefördert.

Eine strukturelles Vorgehen ist die Organisation der Akteure in einer Arbeitsgruppe. Durch diese werden die Aufgaben verteilt und es findet ein regelmäßiger Austausch statt. Bedenken können diskutiert werden und Kompromisse gefunden werden. In dem Fallbeispiel der digitalen Bestellfunktionen im Einzelhandel ist dies die Interessensgemeinschaft Stadtmar-

keting, die gemeinsam Ideen entwickelt und umsetzt. Aber auch im Projekt „Schmölln macht mobil“, bei dem Gesundheitsbahnhof und dem Versuch eines Schulverbundmodells wurde eine Organisationsstruktur mit Arbeits- und Entscheidungsebene eingeführt.

Ein wichtiger Faktor für die Planung und Entwicklung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen ist Flexibilität. Es muss flexibel auf geänderte Rahmenbedingungen und Bedarfe reagiert werden können, sodass Vorkehrungen getroffen werden. Für die Kita-Planung werden dementsprechend gemeindeeigene Liegenschaften vorgehalten, die nach Bedarf reaktiviert werden können und zusätzliche Plätze in den Einrichtungen freigehalten. Durch die gemeindeeigene Trägerschaft besteht zudem die Möglichkeit das Personal flexibel an den Standorten einzusetzen. Die Volkshochschulplanung setzt ebenfalls auf den flexiblen Einsatz der Beschäftigten. Je nach Fähigkeiten und Kompetenzen werden diese an den unterschiedlichen Standorten eingesetzt. Die Immobilienverwaltungen können Anpassungen an Grundrissen vornehmen, um verschiedene Wohnformen für unterschiedliche Zielgruppen anzubieten und das Projekt „Schmölln macht mobil“ kann durch den modularen Aufbau flexibel, abhängig von den finanziellen Möglichkeiten, schrittweise umgesetzt werden. Zudem wird deutlich, dass die Kontinuität der Angebote wichtig ist, damit diese angenommen werden. Das Angebot der Jugendarbeit und der Volkshochschule muss kontinuierlich stattfinden und es müssen AnsprechpartnerInnen vor Ort sein.

Ein weiterer Aspekt, der in einigen Fallbeispielen angesprochen wurde, ist die Digitalisierung. Diese nimmt eine immer bedeutendere Rolle ein in der Sicherstellung und Entwicklung der Daseinsvorsorge. Neben der Nutzung der digitalen Möglichkeiten zu Marketingzwecken und zur Vereinfachung der Kommunikation, wird die Digitalisierung auch zur Steuerung der Daseinsvorsorgeeinrichtungen eingesetzt und zum Ausbau des Angebotes und der Versorgung. So wird durch den Versuch des Schulverbundmodells die Digitalisierung der Verwaltungen angestrebt, sodass eine bessere Kommunikation der Standorte untereinander stattfindet. Auch die Kitaverwaltung nutzt digitale Methoden, um kürzere Kommunikationswege zu haben. Bei der Steuerung und Organisation der Kitas wird zudem die IT-Abteilung der Stadt eingebunden. Bei dem Projekt „Schmölln macht mobil“ wird das Mobilitätsangebot durch eine App besser miteinander vernetzt. So können Kund:innen zur nächsten Haltestelle navigiert werden. Zudem werden durch die Möglichkeit digitale Tickets zu erwerben Zugangsbarrieren minimiert. Auch die Volkshochschule profitiert von den Möglichkeiten der Digitalisierung. Durch die digitale Vernetzung sind Außenstellen mit einem geringeren Aufwand zu betreiben und es ist ein standortunabhängiges Arbeiten möglich. Jedoch ist eine ausschließlich digitale Anmeldeoption nicht zielführend. Für nicht digital-affine Personen sind weiterhin Ansprechpartner:innen vor Ort notwendig. Daneben erweitern Online-Kurse den Teilnehmerkreis. So werden Kurse weltweit gebucht. Für den Einzelhandel stellt die Digitalisierung eine Möglichkeit zur Ergänzung des stationären Angebotes dar. Durch die Corona-Pandemie mussten die Einzelhändler:innen zwangsläufig digitale Angebote ergänzen. Neben online Marketingaktionen und Werbemaßnahmen wie Onlineauftritte, E-Mail-Newsletter und Gutscheine wurden auch Onlineberatungen durchgeführt und Online-Shops gegründet. Dadurch trägt die Digitalisierung zu einer Erweiterung des Angebotes bei.

Eine weitere strategische Überlegung, in der sich die Planungsfälle unterscheiden ist die Organisation des Angebotes. Zentralisierung und Dezentralisierung oder eine Kombination von beidem sind die verschiedenen Varianten, die zur Bereitstellung der Daseinsvorsorge genutzt werden. Faktoren, die sich auf die Ausgestaltung des Angebots auswirken, sind die Wirtschaftlichkeit, die Identifikation der Bevölkerung mit dem Angebot oder der Institution, eine flächendeckende Versorgung und die Erreichbarkeit. Die Jugendarbeit besteht aus einer Kombination von zentralem und dezentralem Angebot. Das offene Haus im kernstädtischen Ortsteil Heimstätte bildet ein ortsgebundenes Angebot, das auch auf die umliegenden Ortschaften ausstrahlt. Ergänzt wird dieses durch ein mobiles und aufsuchendes Angebot, das im gesamten Planungsraum stattfindet und somit auch den ländlichen Bereich abdeckt. Dadurch besteht kontinuierlicher Kontakt zu den Jugendlichen. Auch der öffentliche Personennahverkehr ist in dieser Logik aufgebaut. Zur Sicherstellung der Erreichbarkeit von den gewünschten Zielen sollen durch das Projekt „Schmölln macht mobil“ Haltestellen ergänzt werden und die Anbindung der Ortsteile sowie Schulstandorte erfolgen. Der Bahnhof in Schmölln bildet den zentralen Umsteigepunkt. Die Schulorganisation wurde zum Erhalt des wohnortnahen Bildungsangebotes aus Filialschulen mit zugeordneten kleineren Schulen in dörflicher Lage umgesetzt. Auch die Volkshochschule vereint eine Kombination aus zentraler Steuerung und dezentralen Angeboten. Während in Altenburg und Schmölln die zentralen Standorte sind, an denen feste Ansprechpartner:innen bestehen und es eine Standortpräsenz zu regelmäßigen Sprechzeiten gibt, werden in Ortsteilen Räumlichkeiten beispielsweise in Schulgebäuden und Turnhallen für die Durchführung von Kursangeboten genutzt. Das Angebot soll jedoch weiter dezentralisiert werden. Ergänzend zu den Standorten in Altenburg und Schmölln sollen zusätzliche Außenstellen geschaffen werden, an denen AnsprechpartnerInnen vor Ort sind. So soll in dem gesamten Landkreis ein flächendeckendes Angebot geschaffen werden.

Ein dezentral organisierter Bereich der Daseinsvorsorge sind die Kitas. Die Kitas sind auf möglichst viele Ortsteile verteilt, um kurze Wege sicherzustellen. Die Kitas auf dem Dorf werden als traditionelle Standorte anerkannt. Lediglich aus Wirtschaftlichkeitsgründen sind Zusammenlegungen von kleineren Kitas denkbar. Auch das Thema Ärzteversorgung ist dezentral geregelt. So ist die Nähe zu den PatientInnen vor allem aufgrund von Hausbesuchen und mobilitätseingeschränkter Personen wichtig. Daneben identifizieren sich die PatientInnen durch die dezentrale Struktur stärker mit der Praxis. Es kann eine Bindung aufgebaut werden und besserer Kontakt stattfinden. Jedoch ist eine entsprechende Patientenzahl notwendig, um die Wirtschaftlichkeit der Praxis sicherzustellen.

Eine Steuerungskompetenz der Kommune gibt es nicht. Standortbezogenes Engagement einzelner Personen hat – wenn überhaupt – Einfluss auf das Standortnetz der Arztpraxen. Das stadtentwicklungspolitische Bewusstsein ist in der Kommune nichtsdestoweniger vorhanden und mündete daher u. a. in das Projekt Gesundheitsbahnhof. Im Vergleich zum Ärztehaus am Bahnhof Schmölln zeigt sich aber auch, dass es zumeist anlassbezogen die Sicherung einer Nachfolge (Verbleib des kassenärztlichen Sitzes am gleichen Standort nach Verrentung der Person, die den Sitz innehat) ist, was das Engagement auslöst.

## Zeitliche und finanzielle Herausforderungen

Betrachtet man den Ablauf der unterschiedlichen Planungsfälle, so wird deutlich, dass der Impuls zur Umsetzung der Projekte zumeist aus der Zivilgesellschaft oder von Seiten des Landkreises kam. So wurde die Aufwertung der Gewerbefläche auf den Wunsch der Mitarbeiterschaft geplant, die Projektidee des Gesundheitsbahnhofs durch lokale Ärzte angestoßen und auch die Diskussion über den Radverkehrsusbau in Gößnitz durch Konzepte einer Bürgerinitiative angeregt. Vom Landkreis ausgehend wurden hingegen die Projektidee des Schulverbundmodells und die Organisation der Jugendarbeit in drei Bereichen erarbeitet. Auch das Projekt „Schmölln macht mobil“ wurde anhand der Ergebnisse eines vorläufigen Förderprogramms vom Landkreis angeregt und als weiterführendes Projekt umgesetzt.

Neben den Impulsen machten aber auch geänderte Rahmenbedingungen ein Handeln in unterschiedlichen Bereichen der Daseinsvorsorge notwendig. Die Organisation der Volkshochschule ergab sich aus dem Zusammenschluss der Landkreise Altenburg und Schmölln zum Altenburger Land und auch die Anpassung des Kitanetzes wurde durch geänderte Bedarfe durch höhere Geburtenzahlen angeregt. Auf Projekte zum Ausbau der digitalen Bestellfunktionen im Einzelhandel wirkte die Corona-Pandemie als Beschleuniger.

Zudem wurde deutlich, dass die Eingemeindungen beschleunigend auf Projekte wirkten. So war das Projekt des Gesundheitsbahnhofs und die Errichtung der Kita in Altkirchen zum Zeitpunkt der Eingemeindung der zwei vorhandenen Einrichtungen bereits seit längerem geplant oder diskutiert. Doch erst im Rahmen der Eingemeindung der Gemeinden Nöbdenitz und Altkirchen wurden diese Projekte jedoch erst in die Umsetzung durch ein Zusammenwirken von ehrenamtlicher Kommunalpolitik (auf beiden Seiten, Schmölln wie Altkirchen bzw. Nöbdenitz) und professioneller (Schmöllner) Kommunalverwaltung gebracht.

Häufig wurde die Finanzierung als Herausforderung angesehen. Aufgrund der hohen Kosten einer Sanierung ist die Kommune auf Fördermittel angewiesen. Vor allem zeigte sich dies in den Fallbringerstudien zum Radverkehr, öffentlichen Personennahverkehr und beim Geschosswohnungsbau. Hierzu muss jedoch zunächst ein geeignetes Förderprogramm gefunden werden. Es fehlen Ressourcen, das Wissen über die verschiedenen Fördermöglichkeiten und deren Beantragung auf kommunaler Ebene anwendungsorientiert zu systematisieren. Daneben ist die Teilnahme an Förderprogrammen für die Kommune mit einem hohen zeitlichen und personellen Aufwand verbunden. Bereits die Erstellung eines Entwicklungskonzeptes, das beispielsweise in der Dorferneuerung als Voraussetzung für die Aufnahme in das Förderprogramm notwendig ist, bereitet der Kommune Kosten, die von kleineren Gemeinden nicht getragen werden können, ebenso wie der Eigenanteil. Dies zeigte sich im Fallbeispiel des Gesundheitsbahnhofs. Die Umsetzung konnte erst erfolgen, nachdem die Gemeinde Nöbdenitz in Schmölln eingemeindet wurde. Eine weitere Herausforderung, die durch die Teilnahme an Förderprogrammen entsteht, ist der Zeitdruck. Durch den Fördermittelgeber ist die Kommune daran gebunden, bestimm-

te Fristen zur Planung und Umsetzung einzuhalten. Kommt es zu Komplikationen im Prozess, wie bei dem Gesundheitsbahnhof müssen Überplanung und Umsetzung parallel stattfinden. Auch die Jugendarbeit ist durch den Jugendförderplan an Umsetzungsschritte gebunden. Bei geänderten Rahmenbedingungen (Pandemie) kann nicht immer flexibel reagiert werden, sondern es muss mit den zuvor getroffenen konzeptionellen Überlegungen und vor allem Personalfestlegungen gearbeitet werden. Auch die Mitwirkung von Akteuren kann durch die Kosten abgeschreckt werden. So war es schwer EinzelhändlerInnen zu finden, die sich am von der Stadt geplanten Digital-Projekt zu beteiligen.

Neben den finanziellen Herausforderungen wurden vor allem personelle Herausforderungen aufgezeigt. In mehreren Fällen stellt Personalmangel ein Hemmnis bei der Umsetzung von Projekten dar und auch Mitarbeiterwechsel verzögerten den Prozess. So wurden beispielsweise im Projekt „Schmölln macht mobil“ durch Personalwechsel andere Prämissen gesetzt und das Konzept musste dementsprechend überarbeitet werden. Das Finden von Fachkräften und ehrenamtlichen Unterstützer:innen gestaltete sich zudem schwierig. So fehlen beispielsweise im Einzelhandel NachfolgerInnen und für die Erweiterung der Volkshochschule durch Außenstellen muss ehrenamtliches Personal gefunden werden. Auch die Kitas suchen ehrenamtliche UnterstützerInnen für die pädagogische Arbeit. Es ist Überzeugungskraft notwendig, um Veränderungen anzustoßen. In der Schulnetzplanung wurden deshalb auch die Schulleitungen in den Prozess eingebunden.

Daneben behinderte hin und wieder eine fehlende ex ante festgelegte Struktur eine klare Aufgabenverteilung für die Umsetzung von Projekten. Im Beispiel des Schulversuches verkomplizierten die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Schulamt und Landkreis die Umsetzung. Der Schulträger hat keinen Einfluss auf das Personal und pädagogische Fragestellungen, sodass das Projekt scheiterte. Auch im Fall des Radverkehrsbaus wirkten sich die unterschiedlichen Zuständigkeiten negativ aus.

## Überschneidungsthemen für eine kommunale Daseinsvorsorgeplanung

Durch die Betrachtung der Fallstudien haben sich Themen ergeben, die die Arbeitspakete miteinander verknüpfen. Ein Thema ist die *Anbindung bzw. Erreichbarkeit (per ÖPNV) von Daseinsvorsorgeeinrichtungen*, die ein wichtiger Standortfaktor bildet, da Pendelbeziehungen zunehmend in Kauf genommen werden. Durch diese kann der Nachfrageradius von Wohngebieten erhöht werden. Die Wahl der Kita wird auch maßgeblich durch die Anbindung bestimmt. Die Nähe zum Wohn- oder Arbeitsort sind häufig Entscheidungsgrundlage für die Auswahl der Kita. Daneben können Fachkräfte durch eine gute Anbindung gewonnen werden. Diese können aus dem ländlichen Raum in nahegelegene Städte pendeln oder von umliegenden Städten in den ländlichen Raum, um dort zu arbeiten. Ein Ausbau der Anbindung von Gewerbegebieten für den Fuß- und Radverkehr kann somit zur Attraktivierung des Arbeitsplatzes beitragen. Zudem können Pendelbeziehungen der Mitarbeiter:innen von Vorteil

sein. Dezentral organisierte Einrichtungen können dadurch Personal effizient nach den Kenntnissen und Fähigkeiten einsetzen. Sowohl in Schulen, Kindergärten, als auch bei der Volkshochschule wird dieses Prinzip angewendet. Durch eine gute Anbindung und Erreichbarkeit wird auch die Vernetzung zwischen Kernstadt und Ortsteilen gefördert. Dörfliche Bildungseinrichtungen können von Kindern aus der Kernstadt aufgesucht werden und andersherum.

Der Raumwiderstand ist ein weiterer Aspekt: Topografie, Verkehrssicherheit, der Ausbauzustand einer Straße oder eines Platzes, die Distanz oder Landes- und Gemeindegrenzen bildeten faktische oder rechtliche Barrieren. So bildet der Ausbauzustand im Gewerbegebiet ein Hemmnis bei der Errichtung von Aufenthaltsflächen. Die Gewerbegebiete sind ausgelastet, sodass keine Flächen für die Umgestaltung zur Verfügung stehen. Eine weitere Schwierigkeit bilden die Straßenbreiten. Diese schließen nach derzeitigen Regularien sinnvollerweise den Ausbau für den Radverkehr aus, obwohl man anerkennt, dass Mischverkehre von Schwerlast- und Radverkehr keinen Beitrag zur der Attraktivität des Radfahrens leisten – im Gegenteil! Zudem hat die Topografie Auswirkungen auf den Ausbau von Radverkehrsanlagen.

Es stellen sich aber auch *Erfolge* ein. So wurden die meisten Projekte umgesetzt (wo Fallbringerstudien konkrete Entscheidungen untersuchten) und wirkten sich auf die Nutzung aus. Die Aufenthaltsfläche im Gewerbegebiet wurde errichtet und wird von der Mitarbeiterschaft genutzt. Sie gibt die Möglichkeit, sich in den Pausen zu bewegen, fördert deren Austausch und die Entwicklung kreativer Ideen. Vom Projekt „Schmölln macht mobil“ wurden erste Maßnahmen umgesetzt. Dadurch zeigte sich bereits eine Zunahme der Abonnentenzahlen. Die Fahrgastzahlen haben sich durch die neuen Buslinien verdoppelt. Auch wurde der Neubau der Kita Altkirchen begonnen und Sanierungen, Aufwertungen und Rückbauten im Geschosswohnungsbau vorgenommen. Durch den Bau des Gesundheitsbahnhofs konnten Fachkräfte gewonnen werden, die die Gesundheitsversorgung in Nöbdenitz sicherstellen. Die Digitalisierung von Bestellfunktionen im Einzelhandel ermöglichte, auch während der Corona-Pandemie präsent zu sein und Kund:innen aus entfernteren Regionen zu gewinnen. Auch die Organisation der Volkshochschule mit zwei Standorten in Altenburg und Schmölln führte zu einer besseren Identifikation der Bevölkerung mit der Einrichtung und die Einteilung der Jugendarbeit in offene, mobile und aufsuchende Jugendarbeit trägt dazu bei, dass der Planungsraum von 142 kleinen und kleinsten Ortschaften gut betreut wird.

Durch die Arbeit an den Projekten entstanden aber auch weiterführende Ideen und Impulse. Die Umsetzung der Aufenthaltsfläche im Gewerbegebiet regt zu weiteren Überlegungen, wie die Pausen der Mitarbeiterschaft besser gestaltet werden können, an. Beispielsweise wird im Unternehmen über flexible Pausenzeiten nachgedacht. Daneben kann es zu möglichen Nachahmer-Effekten in anderen Gewerbegebieten anregen und macht die Stadt auf die vorliegenden Problemstellungen aufmerksam. Das Konzept der Bürgerinitiative zum Radverkehrsausbaue in Gößnitz wurde zwar nicht umgesetzt, hat jedoch eine Diskussion über den Ausbau von Radverkehrsanlagen angeregt und auch der Schulversuch des Sprengelmodells, der

abgelehnt wurde, hat weiterführende Konsequenzen. Durch die Konzept-erarbeitung wurde an allen Schulstandorten eine SekretärInnenstellen mit mindestens 20 Stunden in der Woche eingeführt, die Schulbezirke wurden angepasst und es fand eine Umstrukturierung der Schulen statt, sodass eine Standortsicherheit nun eher gegeben ist als es vorher war. Der Standort Ponitz wurde zur Filialschule der Grundschule Gößnitz. Somit trägt nicht nur die eigentliche Umsetzung der Projekte zu einer Aufwertung und Verbesserung der Situation bei. Projekte legen den Fokus auf Themen der Daseinsvorsorge, regen zu Diskussionen an und tragen zu weiterführenden Projekt-ideen und deren Umsetzung bei.

Ein weiteres Thema, das sich in allen Arbeitspaketen wiederfindet, ist die *Mehrfachnutzung vorhandener Standorte*. So werden von der Volkshochschule Räumlichkeiten der Gemeinwesen im gesamten Landkreis genutzt. Schulgebäude und Turnhallen werden für Veranstaltungen und Kurse eingesetzt und in dem Gebäude der Volkshochschule werden zusätzlich andere Aktivitäten der Stadtverwaltung umgesetzt. Auch die Kitas bieten zunehmend Freizeitangebote an, indem sie mit Vereinen und anderen Einrichtungen kooperieren. Zur Belebung der Innenstadt und Stärkung des Einzelhandels werden Veranstaltungen geplant, die Schulen und Kindergärten einbinden, um Synergieeffekte zu erreichen. Daneben werden auch in der Jugendarbeit die Schulen eingebunden. Diese Vernetzung der Angebote führt zu einer effektiven Nutzung und Auslastung der Gebäude und des Personals.

Zudem lässt sich das Thema *Aufenthaltsqualität* in allen Fallbringerstudien wiederfinden. So wird im Gewerbegebiet die Aufenthaltsqualität für die Mitarbeiterschaft angemerkt. Flächen zur Pausengestaltung und Fuß- und Radwegeverbindungen sind zur Anpassung der Gewerbegebiete an moderne Arbeitsverhältnisse notwendig. Im Bereich der Bildungsinfrastruktur werden fehlende Treffpunkte für Jugendliche angemerkt. Durch die Pandemie müssen neue Orte im öffentlichen Raum gefunden werden, an denen Jugendliche sich aufhalten und treffen können, ohne, dass sie Anwohner:innen stören. Im Bereich Mobilität ist die Aufenthaltsqualität für Radfahrer:innen und FußgängerInnen ein Problemfeld. Daneben müssen auch die Umstiegsunkte für den öffentlichen Nahverkehr attraktiv gestaltet werden. Bahnhöfen als Mobilitätsknoten kommt hierbei eine besondere Bedeutung bei.

Der *Fachkräftemangel* ist ein weiteres Thema, dass sowohl in den Gesprächen zur Gesundheitsinfrastruktur, im Zusammenhang mit der Bildungsinfrastruktur, dem Einzelhandel und der Entwicklung der Gewerbegebiete aufkam. Es fehlen Fachkräfte in allen Bereichen, um die Daseinsvorsorge zu sichern.

Insgesamt lassen sich die Planungsfälle in zwei unterschiedliche Kategorien einteilen. In konkrete Projekte, die zur Verbesserung der Daseinsvorsorge beitragen sollen und in langfristige Strukturen der Daseinsvorsorge, deren Organisation untersucht wird. „Schmölln macht mobil“, der Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz, der Versuch des Grundschulsprengelmodells und die Umgestaltung einer ungenutzten Fläche zur Steigerung der Aufenthaltsqualität im Gewerbegebiet waren konkrete Projekte. Die Fallbringer-

studien haben gezeigt, dass langwierige Prozesse hinter den Projekten stehen. Der zeitliche Ablauf der Projekte lässt sich in eine Ideenentwicklung, konzeptionelle Ausarbeitung und Umsetzung untergliedern. Der Schulversuch endete mit der konzeptionellen Ausarbeitung, da das Konzept vom Bildungsministerium abgelehnt wurde. Das Fallbeispiel des Gesundheitsbahnhofs zeigt hingegen auf, dass durch Förderprogramme Zeitdruck entstehen kann. Die Fristen des Fördermittelgebers führen dazu, dass Konzepterarbeitung und Umsetzung teilweise gleichzeitig umgesetzt werden müssen. Im Projekt der Aufwertung der Gewerbefläche wurde vorausschauend so geplant, dass keine Genehmigungsverfahren notwendig sind und die Akteursanzahl begrenzt wurde. Dadurch konnte eine zügige Umsetzung gewährleistet werden.

Neben diesen konkreten Projekten wurden noch Strukturen der Daseinsvorsorge und deren Organisation untersucht. Die Kitazentrumentwicklung, der Radwegeausbau, die Jugendarbeit, die Volkshochschule, die Digitalisierung des Einzelhandels und die Rolle von Immobilienverwaltungen. Es hat sich gezeigt, dass es einer stetigen Anpassung bedarf, um auf geänderte Bedarfe und Entwicklungen einzugehen. So werden die pädagogischen Konzepte der Kitas kontinuierlich fortgeschrieben und Anpassung der Einrichtungen an die Bedarfe vorgenommen. Auch die Volkshochschule hat den Standort innerhalb der Kernstadt Schmölln mehrere Male gewechselt und entwickelt sich fortlaufend weiter, um ein flächendeckendes Angebot anzubieten. Der aktuelle (und nach Ansicht der Akteure finale) Standort in einer ehemaligen Fabrik (aus dem Umfeld der identitätsstiftenden Knopf-industrie) dient auch der symbolischen Verankerung der VHS in der Kernstadt. Die Jugendarbeit wird konstant durch den Jugendförderplan evaluiert und weiterentwickelt. Im Jahr 2021 wurde der Planungsraum um mehrere Ortsteile erweitert. Auch der Radwegeausbau bildet aufgrund des Trends, dass zukünftig mehr Menschen mit dem Rad fahren eine anhaltende Aufgabe, obwohl in Gößnitz derzeit keine konzeptionelle Planung angestrebt wird. Im Bereich des Geschosswohnungsbaus ist die energetische Sanierung von Gebäuden eine Daueraufgabe, da diese aufgrund der finanziellen Mittel und Erfahrungssammlung schrittweise umgesetzt wird.

## Take-Aways zur Organisation der Daseinsvorsorge (in Schmölln)

Aus den Fallbringerstudien haben sich verschiedene **Thesen** zur kommunalen Entwicklung und zum Betrieb von Daseinsvorsorgeeinrichtungen ergeben. Die Thesen lassen sich in zwei Kategorien untergliedern: Zum einen wurden Thesen zur Methodik und Umsetzung von Projekten im Bereich der Daseinsvorsorge entwickelt und zum anderen haben sich auch Thesen zur Organisation der Daseinsvorsorge ergeben. Diese sollen im Folgenden aufgezeigt und genauer erläutert werden.

**Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs zum Ausbau des Radverkehrs werden bei Landstraßen nicht in Betracht gezogen.** Durch die Betrachtung der Fallstudie des Radwegeausbaus in Gößnitz wurde deutlich, dass der Ausbau des Radverkehrs an Landesstraßen lediglich

in Form von straßenbegleitenden Fahrradwegen vorgenommen und vom Landesamt geprüft wird. Weitere Möglichkeiten wie die Umwandlung in einspurigen Autoverkehr mit Gegenverkehrsampel, damit die Straßenbreite für einen Radfahrstreifen ausreichend ist, werden nicht in Betracht gezogen. Zur Förderung des Radverkehrs werden keine Einschränkungen des Autoverkehrs vorgenommen.

**Gewerbegebiete müssen sich an veränderte Bedürfnisse von Nutzer:innen hinsichtlich Mobilität und Pausengestaltung anpassen. Die Aufenthaltsqualität wirkt sich auf die Standortattraktivität von Städten und Arbeitsplätzen aus.** Die Fallstudie zur Gestaltung einer Pausenfläche im Gewerbegebiet an der Crimmitschauer Straße verdeutlicht, dass die Bedürfnisse der Beschäftigten durch die derzeitige infrastrukturelle Ausgestaltung der Gewerbegebiete nicht erfüllt werden. Eine Anpassung der Fuß- und Radwegeverbindungen müssen vorgenommen und die Möglichkeit zur Versorgung in den Pausen geschaffen werden. Die Aufwertung der Aufenthaltsqualität trägt dazu bei, die Standortattraktivität zu erhöhen und bildet einen Faktor, um Fachkräfte zu gewinnen.

**Die Digitalisierung bildet eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt des Einzelhandels in Kleinstädten. Die Pandemie beschleunigte den Digitalisierungsprozess des Einzelhandels Geschäftsschließungen machten ein ergänzendes digitales Angebot notwendig.** Der Einzelhandel in Kleinstädten hat zunehmend mit der Konkurrenz des Online-Handels zu kämpfen. Gerade während der Corona-Pandemie mussten aufgrund der Geschäftsschließungen neue Wege gefunden werden, um weiterhin Einnahmen zu generieren. Die Digitalisierung macht es möglich durch digitale Bestellfunktionen oder Marketing eine größere Zielgruppe zu erreichen und dadurch zu einem Erhalt des Einzelhandels in Kleinstädten beizutragen.

**Bildungseinrichtungen übernehmen in Kleinstädten / im ländlichen Raum einen wichtigen Teil der Freizeitgestaltung und sind somit wichtige / systemrelevante Bestandteile der sozialen Infrastruktur.** Anhand der Fallstudie zur Strukturierung der Volkshochschule Altenburger Land wurde deutlich, dass die Kurse nicht nur zu Weiterbildungszwecken, sondern auch zur Freizeitgestaltung genutzt werden. Aus der Kleinstadt Schmölln, wo nicht so viel Freizeitinfrastruktur vorhanden ist, kommen viele Kursteilnehmende, um sich zu beschäftigen. Bildungseinrichtungen übernehmen somit eine weitere Funktion und tragen zur Beschäftigung in der Freizeit bei.

**Kitas können durch Aktivitäten vor Ort das Dorfleben bereichern. Die Einbindung von einrichtungsfremden Personen und älteren Menschen fördert Kontakte und trägt zum gegenseitigen Lernen voneinander bei.** Kitaeinrichtungen können auch für die Dorfgemeinschaft eine Bereicherung darstellen. Durch die Einbindung von einrichtungsfremden Personen und lokalen Einrichtungen oder Betrieben im Dorf werden Kontakte gefördert und es finden Aktionen statt, die das Zusammenleben bereichern. Häufig sind Kitas auch eine der wenigen Einrichtungen in Dörfern, die durch Veranstaltungen aktiv das Dorfleben bereichern.

**Die Nähe zum Wohnort, kurze Wege und die Nähe zur späteren Grundschule beeinflussen die Kita-Wahl.** Die Kitas in Schmölln werden nicht

nach den vorherrschenden Konzepten ausgewählt, vielmehr bestimmt die Entfernung zum Wohn- oder Arbeitsort die Auswahl. Kurze Wege sind ein entscheidendes Kriterium, für die Wahl der Kita. Ein weiteres Kriterium ist die Nähe zur späteren Grundschule. Dadurch wird erhofft, dass bereits Kontakte in der Kita geknüpft werden, die dann auch in der Schulzeit bestehen bleiben.

**Um konkurrenzfähig zu bleiben und Fachkräfte zu sichern, müssen Kommunen entsprechende Bedingungen schaffen (Anbindung, Infrastruktur).**

In vielen Bereichen der Daseinsvorsorge herrscht ein Fachkräftemangel, so auch in der Gesundheitsinfrastruktur. Um diesen im ländlichen Raum zu überwinden, müssen Fachkräfte von der Qualität des Arbeitens und Wohnens in der Kleinstadt überzeugt werden. Infrastruktureinrichtungen und eine entsprechende Anbindung, die Pendelwege möglich machen, sind hierfür eine Voraussetzung.

**Durch dezentrale Angebote findet eine stärkere Identifikation der Bevölkerung mit den Daseinsvorsorge-Einrichtungen statt.** Vor allem im Bereich der Gesundheitsversorgung ist der Kontakt zwischen Nutzer:innen und Beschäftigten wichtig. Durch dezentrale Strukturen kann eine bessere Bindung entstehen. Die NutzerInnen identifizieren sich besser mit der Einrichtung.

**Fachkräftesicherung im ländlichen Raum heißt nicht mehr nur zu überzeugen, in den ländlichen Raum zu ziehen, sondern bedeutet auch Menschen davon zu überzeugen, in den ländlichen Raum zum Arbeiten zu pendeln.** Pendelwege werden zunehmend in Kauf genommen. Somit müssen Fachkräfte nicht zwangsläufig in den ländlichen Raum ziehen, um dort zu praktizieren. Kommunen haben somit den Auftrag Fachkräfte von der Arbeit im ländlichen Raum zu überzeugen. Praktika können einen Einblick geben und die Vorzüge der Arbeit im ländlichen Raum vermitteln. Dies wurde durch das Fallbeispiel des Gesundheitsbahnhof in Nöbdenitz ersichtlich.

**Pendlerwege in nahegelegene Städte werden immer häufiger in Kauf genommen. Durch eine gute Anbindung kann der Nachfrageradius von Wohnungen erhöht werden.** Auch im Geschosswohnungsbau entstehen durch die Pendlerwege Vorteile für die Immobilienverwaltungen. Die Wohnungen werden von Personen in einem größeren Radius um Schmölln nachgefragt, da die Akzeptanz für Pendelwege zur Arbeit gestiegen ist. Schmölln liegt zwischen den größeren Städten Zwickau und Leipzig, sodass die Lagegunst neu bewertet wird.

**Die Jugendarbeit definiert sich über die Freiwilligkeit der Jugendlichen. Diese entscheiden, welche Projekte vor Ort umgesetzt und welche Angebote angenommen werden.** In der Fallstudie zur Jugendarbeit und Jugendbeteiligung hat sich gezeigt, dass Projekte nur durch die Mitarbeit und Freiwilligkeit der Jugendlichen umgesetzt werden können. Aufgrund dessen ist es wichtig, die Jugendlichen bei der Ideenfindung und Planung einzubeziehen. Durch die Beteiligung wird die Akzeptanz gesteigert, die Jugendlichen identifizieren sich mit dem Projekt und die Angebote werden besser angenommen.

Die Jugendarbeit nimmt eine Vermittler-Rolle zwischen Jugendlichen, Kindern und der Verwaltung ein. Sie unterstützt bei der Verwirklichung von Ideen, der Kommunikation in Richtung Verwaltung und macht Verwaltungshandeln transparent. Durch die Fallstudie zur Jugendarbeit und Jugendbeteiligung wurde ersichtlich, dass die Jugendarbeit als Vermittler zwischen Jugendlichen und der Verwaltung agiert. Die Belange der Jugendlichen werden durch die Jugendarbeiter in der Verwaltung angesprochen und das Handeln der Verwaltung anschaulich für die Jugendlichen übermittelt. Projektanträge können so gemeinsam erarbeitet und in die Umsetzung gebracht werden.

Diese Thesen werden durch Reallabore an konkreten Planungsthemen in Schmölln oder Gößnitz genauer untersucht oder durch wissenschaftliche Ausarbeitungen genauer betrachtet.

## Ausblick

Durch die Betrachtung der elf Fallstudien konnten Erkenntnisse gewonnen werden, wie Projekte der Daseinsvorsorge umgesetzt und organisiert werden. Neben der kommunalen Verwaltung nimmt auch die übergeordnete Ebene, Land und Landkreis, Einfluss auf die Umsetzung von Projekten. Kooperatives Vorgehen und ehrenamtliches Engagement sind unabdingbar. Vor allem im Bereich der Betreuungsinfrastruktur, bei den Digitalisierungsbemühungen im Einzelhandel und der Aufwertung von Gewerbegebieten nimmt ehrenamtliches Engagement eine versorgungsrelevante Funktion ein. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft hilft, die vorhandenen Bedarfe zu erkennen und auf Anregungen einzugehen. Es findet jedoch nicht immer ein direkter Kontakt statt. Stadtratsmitglieder / Ortsteilbürgermeister oder Jugendsozialarbeiter fungieren als Intermediäre und geben die Belange der Zivilgesellschaft weiter.

Auch das methodische Vorgehen der Entscheidungsfindung konnte untersucht werden. Analysen helfen die Umsetzung von Projekten abzuwägen und Bedarfe zu erkennen. Hierzu werden Evaluationen und Kosten-Nutzen-Analysen eingesetzt. Durch Best-Practice-Beispiele werden Erfahrungen genutzt und Umsetzungsschritte übertragen. Es kommt jedoch nicht zu einer methodischen Stringenz: Vielfach werden Analysemethoden indirekt durch ein projektbezogenes Fördermittelkonstrukt vorgegeben – bzw. hindert die kommunalen Akteure daran, mit einem auf ihre stadtentwicklungspolitischen Bedürfnisse zugeschnittenen kohärenten Methodenset integriert ihre Daseinsvorsorge-Bedarfe (kontinuierlich) zu analysieren. Die Finanzierung stellt ein wichtiger Faktor für die Umsetzung von Projekten dar. Es müssen entsprechende Fördermittel akquiriert werden, um Maßnahmen zu ergreifen. Auch die Digitalisierung nimmt zunehmend Einfluss auf die Bereitstellung der Infrastruktur. In vielen Bereichen werden digitale Mittel genutzt, um Marketing zu betreiben und die Kommunikation untereinander zu vereinfachen oder zentral zu steuern. Das Angebot wird jedoch auch in einigen Bereichen, wie dem Einzelhandel, dem öffentlichen Personennahverkehr und der Volkshochschule, durch digitale Angebote ergänzt. Die finanzielle Ausgestaltung und die Regelungen der Förderprogrammatisierung wurden als Hemmnis angesehen. Daneben wurden personelle

Herausforderungen, wie Personalwechsel, Personalmangel und die Überzeugung von Akteuren zur Mitwirkung, aufgezeigt. Die Organisation der Akteure und unterschiedliche Zuständigkeiten sind weitere Schwierigkeiten. Daneben beeinflusst der Raumwiderstand die Umsetzung von Projekten. Die Topografie, der Ausbauzustand, die Verkehrssicherheit, Distanzen und Landes- und Gemeindegrenzen haben Auswirkungen auf Planungen der Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Die verschiedenen Vor- und Nachteile der dezentralen oder zentralen Organisation der Daseinsvorsorgeeinrichtung wurde in den Fallbeispielen auch aufgezeigt. Faktoren, die dies beeinflussen sind die Identifikation mit der Einrichtung, die Wirtschaftlichkeit, die Erreichbarkeit und die flächendeckende Versorgung. Es haben sich durch die Arbeit mit der Fallbringermethode Themen herausgestellt, die in allen Arbeitspaketen relevant sind: die Anbindung der Daseinsvorsorgeeinrichtungen, der Fachkräftemangel, die Aufenthaltsqualität und die Vernetzung der vorhandenen Strukturen untereinander. Durch die Reallaborphase sollen diese Themen aufgegriffen und genauer untersucht werden.

## Quellen

Altrock, Uwe (2014): Umsetzung integrierter Handlungskonzepte. Mehr als die Addition von Einzelmaßnahmen. In: *stadt:pilot* Heft 08, 8-9.

Altrock, Uwe / Bertram, Grischa (Hrsg.) (2012): *Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance*. Bielefeld: transcript.

Altrock, Uwe / Huning, Sandra / Kuder, Thomas / Nuissl, Henning (2014): Die Zukunftsfähigkeit von Städten. In: Dies. (Hrsg.): *Die Anpassungsfähigkeit von Städten. Zwischen Resilienz, Krisenbewältigung und Zukunftsorientierung*. Berlin, 7-23.

Altrock, Uwe; Haller, Christoph (2010): Neue Stagnations- und Schrumpfungskoalitionen im Stadtumbau. In: Michael Haus et al. (Hrsg.): *Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess*. Darmstadt: Schader-Stiftung, 158-179.

Altrock, Uwe; Krüger, Thomas (2022): Neue Aufgaben und Träger der städtebaulichen Transformation; in: *Raumplanung* 216 / 2-22, 8-13.

Bernt, Matthias; Fritsche, Miriam (2005): Von Programmen zu Projekten, Die ambivalenten Innovationen des Quartiersmanagements. In: Greiffenhagen, S. / Neller, K. (Hrsg.). *Praxis ohne Theorie*, VS, Wiesbaden, 202-219.

Finkenberger, Isabel / Veil, Katja (2020): Räumliche Transformation. In: *Raumplanung* 205 / 1-2020, 6-11.

Förster, Agnes / Thissen, Fee (2018): Kommunikative Praxis reflektieren. In: *Raumplanung* Heft 196 / 2-3-2018, 44-49.

Fugmann, Friederike et al. (2018): Praxis im Blick. In: *Raumplanung*, Heft 196 / 2-3-2018, 8-13.

Krüger, Arvid / Müller, Maximilian (2018): Land ohne Landkreise. Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Thüringen. In: BBSR (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden. BBSR: Bonn, 106-115.

Schneidewind, Uwe et al. (2020): Näher, öffentlicher agiler – Eckpfeiler einer resilienten Post-Corona-Stadt (Diskussionspapier). Wuppertal: Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Siedentop, Stefan et al. (2020): Covid-19 und die Zukunft der Städte. ILS-Impulse 1/20, Leibniz Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Dortmund.

Steinführer, Anett (2018): Wenn die kleine Stadt (zu) groß wird. In: Reimann, Bettina et al. (Hrsg.): Vielfalt gestalten: Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, 63-73.

## Abbildungsnachweise

01 Grafik Lena Knacker, Zoe Kuhfuß

# Bildessay: Infrastruktur

Fotos: Lena Knacker, Stadtverwaltung Schmöln



Ø1 Innerstädtischer Nahversorger  
(nördlich des Bahnhofs Schmöln)

Ø2 Verwaltungsgebäude am  
Amtsplatz mit Bürgersaal,  
Bürgeramt und Sparkassenfiliale



Ø3 Seniorenheim am  
Brückenplatz



Ø4 Wohngebiet Heimstätte,  
Schülerfreizeit-Centrum,  
jetzt The Base



Ø5 Feuerwehrhaus am  
Brauereiteich





Ø6 Knopfmuseum

Ø7 Kindertagesstätte Kastanienhof  
in der Kernstadt



Ø8 Ärztehaus am Bahnhof Schmölln



09 Wohnungsverwaltung mit kleinem Verwaltungssaal



10 Volkshochschule im ehemaligen Fabrikgebäude direkt neben Bahnhof und Altstadt



11 Kita-Neubau im Ortsteil Altkirchen



# Co-Working-Spaces als Entwicklungschance für den ländlichen Raum Thüringens

Paul Hadenfeldt

Co-Working-Spaces auf dem Land.

Was zunächst wie ein Oxymoron klingt, hat mehr Gemeinsamkeiten und Überschneidungen als oftmals gedacht, denn die gesellschaftlichen Veränderungen der Arbeitswelt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020: 6f.) fokussieren sich zwar auf die Metropole, finden aber selbstverständlich nicht exklusiv in ihr allein statt. Flexibilität, Mobilität und die Abkehr von einer starren 38- oder 40-Stunden-Woche im nine-to-five-System sind nur einige dieser Veränderungsthemen (vgl. Seifert 2018: 1). Dabei gilt es zu beachten, dass das nicht allein eine Folge der veränderten Arbeit ist, sondern sich die gesamte Lebensumwelt verändert hat (vgl. Botthof / Bovenschulte 2009: 73-75). Diese Entwicklung stellt ebenso neue Anforderungen an Unternehmen und verlangt die stärkere Zusammenarbeit verschiedenster Arbeitsbereiche (vgl. Seifert 2018: 2f.). Es verändern sich auch die Anforderungen für die Städte und Regionen, in denen sich der Wandel vollzieht. Co-Working-Spaces bieten in Metropolen eine attraktive Möglichkeit, die gewünschte Flexibilität und Mobilität zu gewährleisten und erfreuen sich bei digitalen Berufsgruppen großer Beliebtheit (vgl. ebd.: 6). Neben der notwendigen digitalen Infrastruktur bieten sie Möglichkeiten für Austausch, Vernetzung und Innovation. Konkret sind die Flexibilität, eine kreative Atmosphäre und eine Alternative zum Home-Office Hauptgründe für die Nutzung von Co-Working-Spaces (vgl. Gauger et. al. 2020: 13).

Mit den neuen Ansprüchen an Wohnen, Arbeiten und Leben in der digital-basierten Arbeitswelt müssen sich Länder, Bundesländer und Landkreise auseinandersetzen und sich entsprechend positionieren. Das gilt ebenso für den Freistaat Thüringen, der Co-Working-Spaces weder im Landesentwicklungsplan 2025 noch in der „Thüringer Strategie für die Digitale Gesellschaft“ erwähnt. Der Fakt, dass Thüringen Stand jetzt die wenigsten Co-Working-Spaces aller Bundesländer besitzt (vgl. Fiedler 2022), wirft die Frage auf, wie ernsthaft das Ziel des digitalen Arbeitens tatsächlich verfolgt wird. Insbesondere in der Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen besitzt die digitale Infrastruktur eine immer größere Relevanz.

Dass Co-Working-Spaces auf ganz unterschiedliche Weise das Leben im ländlichen Raum beleben können, zeigen einige Beispiele in ganz Deutschland. Das Potenzial liegt an der vielfältigen Nutzer:innenstruktur und den unterschiedlichen Nutzungsformen. Wie alle neuen Bundesländer verzeichnet der Freistaat rückläufige Bevölkerungszahlen und eine zunehmende Alterung der Gesellschaft (vgl. Schiffers 2017). Gerade die Frage der Siche-

rung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Daseinsvorsorge nehmen bei gleichzeitig rückläufiger Bevölkerungszahl zunehmend Platz ein. Dass sich der Freistaat der Bedeutung des Arbeitens 4.0 mittlerweile bewusst ist, zeigt unter anderem die Veröffentlichung der Broschüre zur Einrichtung von Co-Working-Spaces aus diesem Jahr (vgl. Digitalagentur Thüringen et. al. 2022: 4f.). Der ländliche Raum kann durch niedrige Mieten und viele leerstehende Gebäude interessant sein und durch Belebung und Zuzug profitieren (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020: 10). Dadurch scheint eine Lösung struktureller Probleme durch die Etablierung neuer Arbeitsorte eine realistische Chance (vgl. ebd.: 13). Vor dem Hintergrund der steigenden Wichtigkeit digitaler Infrastruktur soll geklärt werden, inwiefern dies raum- und regionalplanerisch in Thüringen bedacht wird.

Der Beitrag untersucht, welchen Einfluss Co-Working-Spaces auf die Entwicklung des ländlichen Raums Thüringens nehmen können und ermitteln, welche Faktoren stellen sich bei einer Einrichtung als förderlich und welche als hemmend darstellen. Dafür wird ausgehend von einer Analyse anwendungsbezogener Forschung zum ländlichen Raum einerseits und einer eigenen empirischen Erhebung der Praxis vorhandener Co-Working-Spaces andererseits angestrebt, Aussagen darüber zu erhalten, welche Art von Co-Working-Spaces sind im ländlichen Raum Thüringens nachgefragt sind, welche räumlichen Faktoren für eine Einrichtung eines Co-Working-Space im ländlichen Raum Thüringens gegeben sein sollten und welche Effekte Co-Working-Spaces auf Städte und Gemeinden im ländlichen Raum Thüringens haben können. Dabei wird ebenfalls untersucht, ob und wie das Zentrale-Orte-System als Mittel der Allokation solcher räumlichen Elemente hilfreich sein kann. Hierbei beschäftigt sich der Beitrag als Ausgangspunkt damit, wie Menschen in Zukunft leben und arbeiten werden. Die hier auch im ländlichen Raum stattfindenden Veränderungen führen dazu, dass beispielsweise Fragen der Mobilität, der Nachhaltigkeit oder der Daseinsvorsorge neu gedacht werden. Die Digitalisierung öffnet einerseits Möglichkeiten zum Erhalt der gleichwertigen Lebensverhältnisse und auf der anderen Seite sind ländliche Städte und Gemeinden gezwungen, den Wechsel in das digitale Arbeiten nicht zu verpassen.

Der Beitrag begreift daher Co-Working-Spaces als mögliche Elemente einer (digital-infrastrukturellen) Daseinsvorsorge bzw. betrachtet sie unter der Fragestellung, ob und, wenn ja, wie sie es sein könnten. Auffällig ist, dass die Einrichtung von Co-Working-Spaces im ländlichen Raum Thüringens bisher fast ausschließlich vom jeweiligen Privatengagement der Menschen aus der Region abhängt. Nichtsdestoweniger zeigt sich, dass sie insbesondere im ländlichen Raum für eine Attraktivitätssteigerung und Belebung der Region sorgen, also im Grunde genommen einen Beitrag für eine (Re-)Vitalisierung von Zentralörtlichkeit sorgen könnten. Der Beitrag basiert auf der Bachelorarbeit an der FH Erfurt im Studiengang Stadt- und Raumplanung im Sommer 2022 und basiert daher im Wesentlichen methodisch auf der Grundlage einer Literaturrecherche und Experteninterviews. Betreut wurde die Arbeit durch Arvid Krüger, den Herausgeber dieses Bandes. Die leitfadengestützte Experteninterviews wurden im Sommer 2022 zum einen mit Betreiber:innen von Co-Working-Spaces in Thüringen geführt. Dadurch gelang der Einblick in eine entstehende Praxis des Betriebs von Co-Working-Spaces in Thüringen, um zu eruieren, welche Nutzer:innen

die Co-Working-Spaces aufsuchen und welche Modelle sich als wirtschaftlich erweisen. Zum anderen fanden Interviews mit dem Regionalmanagement Nordthüringen und der Thüringer Landgesellschaft mit dem Ziel statt, den Eindruck aus der Literaturrecherche zu erweitern und darzulegen, inwiefern der ländliche Raum von den Co-Working-Spaces profitieren kann.

## Büroarbeit und Co-Working-Spaces

Um die Veränderung in den für Co-Working-Spaces relevanten Berufen zu verdeutlichen, lohnt es sich zu betrachten, wie klassische Büroarbeit bis in das Ende des letzten Jahrhunderts organisiert war. So ist festzuhalten, dass die Strukturen weitestgehend hierarchisch organisiert waren und ein „homogenes Ideal“ vorherrschte (vgl. Chlupsa et. al. 2018: 132). Dieses „homogene Ideal“ besaß die Merkmale eines weißen, heterosexuellen, nicht behinderten Mannes mittleren Alters mit deutscher Staatsangehörigkeit und christlicher Religion (vgl. ebd.). Dies führt zu einer ähnlichen Personalpolitik und einer damit einhergehenden Homogenisierung der Beschäftigten. Diese Personalpolitik führt weiterhin zu einer Dauerbeschäftigung in einem Unternehmen, zieht sehr starke Grenzen in der Personalpolitik und schließt weite Teile der Bevölkerung aus. Dadurch ergibt sich für die Unternehmensseite folgendes Problem: Durch die Gleichförmigkeit und Ähnlichkeit werden zunehmend weniger Impulse gegeben und des Weiteren durch die hierarchischen Strukturen unterdrückt. Personen außerhalb der Unternehmen suchen sich andere Formen, um sich auf dem Arbeitsmarkt zu etablieren. Sie besitzen Kompetenzen, welche den oben genannten Unternehmen fehlen.

Durch die Globalisierung der Arbeit ergeben sich veränderte Gegebenheiten. Dies lässt sich auf vier entscheidende Umstände herunterbrechen: Einerseits die Tertiarisierung von Beschäftigung. Damit ist die Entwicklung vom Produktions- zum Dienstleistungssektor gemeint, welche die Anforderungen an Arbeitskräfte verändert (vgl. Bernhardt 2021: 15). Dies führt zur zweiten entscheidenden Veränderung der Digitalisierung. Mit ihr und durch sie verändern sich Berufe und Berufsgruppen ähnlich der Tertiarisierung. Ehemals analoge Strukturen werden digitalisiert und eröffnen ebenso die Möglichkeit, dass sich neue Berufe daraus entwickeln. Der damit einhergehende Bedeutungsverlust der physischen Distanz und der Vernetzung in Echtzeit führt zu mehr Flexibilisierung und ebenso Deregulierung. Das bezieht sich konkret auf die Beschäftigungsverhältnisse der Arbeitnehmer:innen. Dazu zählt neben dem Abbau von Hierarchien ebenso die Etablierung atypischer Beschäftigungsformen. (vgl. Ruiner/Wilkesmann 2016: 105f.). Das ist auch notwendig, da diese neuen Beschäftigungsverhältnisse, fernab von unbefristeten Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen, die Arbeitgeber dazu zwingt, projektorientierter zu handeln. Dass dazu auch eine Veränderung des physischen Arbeitsumfeldes zählt, wird später noch weiter erläutert. Der vierte große Punkt ist die Ästhetisierung der Arbeitswelt. Dabei geht es einerseits um die Produktion ästhetischer Arbeit sowie die Ästhetisierung der Büro- und Arbeitsräume (vgl. Bernhardt 2021: 16). Insbesondere für Co-Working-Spaces ist dieses Thema relevant, weil sie sich an den Ansprüchen der Nutzer:innen orientieren. Die anderen Aspekte begünstigen ebenso die Verrichtung der Arbeit in Co-Working-Spaces.

Die Entstehung von Co-Working-Spaces geht auf die angesprochenen Veränderungen der Arbeitswelt zurück. Zu gleicher Zeit entstanden in Europa und den USA ähnliche Konzepte, wobei die Gründung der Siral Muse Co-Working Group 2005 in San Francisco als das erste offizielle Co-Working-Space zu verstehen ist (vgl. Reinhardt 2021: 11). Es gibt verschiedene Definitionen des Begriffes. Folgende Definition hilft, die räumliche Zusammenstellung nachvollziehen zu können:

»Als Reaktion auf Büroraumknappheit und astronomische Mieten haben sich seit einigen Jahren Sharing-Konzepte für Büroflächen entwickelt. An diesen orientieren sich die Initiativen meist junger und in kreativen Berufen tätiger Menschen, die in den letzten Jahren konzeptionell vergleichbare Co-Working-Spaces gegründet haben. Angebote wie das weltweit vertretene Projekt The Hub oder das Betahaus in Berlin, aber auch unzählige weitere Büros in nahezu allen größeren Städten Europas bestätigen das große Bedürfnis nach solchen günstigen und flexiblen Angeboten von Büroraum. Meist befinden sich die Flächen nicht in klassischen Büroimmobilien, sondern eher in loftartigen Gebäuden und durchaus auch in weniger prominenten Lagen. Die Büros sind oft sehr einfach ausgestattet und folgen nicht klassischen Planungsprinzipien und Layoutstrukturen. [...] Co-Working bietet den Nutzern die Möglichkeit, sich physisch zu vernetzen und so Kontakt zu und mit Gleichgesinnten oder in ähnlichen Branchen Tätigen zu knüpfen, sich auszutauschen und zusammenzuarbeiten. Gemeinsame Aktivitäten und Veranstaltungen fördern Gemeinschaft und Vernetzung.«

(Schittich 2011: 15).

Aus dieser Definition lassen sich folgende Schlüsse ziehen: Einerseits orientieren sich Co-Working-Spaces in der Gestaltung an klassischen Büroräumen. Des Weiteren greift sie den Sharing-Aspekt auf, sowie die Konzentration auf städtische Gebiete. Inwiefern diese Definition auf den ländlichen Raum Thüringens übertragbar ist, bleibt abzuwarten. Andererseits knüpft sie am Punkt des Austausches und der Vernetzung an.

Um dies mit Inhalt zu füllen, wird sich auf die fünf Kernwerte des Co-Workings bezogen. Diese bilden die Grundlage eines erfolgreichen Co-Working-Spaces und richten sich an die Nutzer:innen, aber auch an die Gestalter:innen des Arbeitsbereiches. Zunächst braucht es eine Community bzw. Gemeinschaft, die explizit oder implizit zusammenarbeitet. Ihr Vorhandensein sichert das Bestehen des Co-Working-Spaces und strukturiert ihn (vgl. Corradini 2018: 145). Die Erreichbarkeit bzw. Zugänglichkeit zielt insbesondere auf die physische Erreichbarkeit und Barrierefreiheit ab, aber ebenso auf die finanzielle Möglichkeit, den Co-Working-Space zu nutzen (vgl. ebd.). Ebenso zählt Nachhaltigkeit zu einem entscheidenden Kriterium, bei dem die schonende Nutzung von Ressourcen und die Umnutzung von Leerstand im Mittelpunkt stehen (vgl. ebd.). Zuletzt ist die Offenheit zu nennen, der der wichtigste Kernfaktor ist. Die Personen müssen offen gegenüber anderen Menschen und Ideen sein (vgl. Nicole Sennwald, Geschäftsführende Gesellschafterin, 27.06.2022: Z. 17-20). Der ständige Austausch und die Bereitschaft, Informationen und Ideen miteinander zu teilen, schafft Vertrauen und stärkt die Basis des Co-Working-Space (vgl. Corradini 2018: 145).

Dieser Vertrauensgemeinschaft kommt vor dem Hintergrund der Tertiärisierung und dem Wandel von einer Wissens- zu einer Netzwerkgesellschaft besondere Bedeutung zu (vgl. Beck 2015: 235). Dabei ist die zunehmende Ortlosigkeit der Arbeit, sowie die Individualisierung ohne hierarchische Strukturen ein wichtiger Baustein für das Gelingen der Arbeitstransformation. Was damit deutlich gemacht werden soll: Die Gesellschaft und Arbeitswelt tendieren heutzutage dazu, Entfaltungsmöglichkeiten für Personen zu schaffen, die nicht in klassische Strukturen passen und ein hohes geistiges, künstlerisches Potenzial mitbringen. Sie wird auch als sogenannte „Creative Class“ bezeichnet (vgl. Florida 2002: 3). Das Selbstverständnis von Leben und Arbeiten wird neu gedacht und im Rahmen der allgemeinen Individualisierung spezialisiert. Eine noch nie da gewesene Mobilität gepaart mit der Möglichkeit von „remote work“ eröffnen neue Optionen für eben solche „Digitalen Nomaden“.

## Gründe für Co-Working

Die Veränderungen in der Büroarbeit werden von Unternehmen und Co-Working Anbieter:innen erkannt und bedeuten folgendes: Einerseits nehmen zunehmend auch fest angestellte Personen Co-Working-Spaces als Ort zum Arbeiten wahr. Andererseits führt dies dazu, dass sich Co-Working-Spaces von Metropolen bereits in kleine Städte verbreitet haben, weil bei immer mehr Menschen in der Gesamtbevölkerung eine Nachfrage nach Arbeitsräumen besteht (vgl. Chlupsa et. al.: 133). Insbesondere die Bedeutung als „Third Place“ ist entscheidend.

Hier setzen Co-Working-Spaces an und geben Antworten auf die Herausforderungen entgrenzter Arbeit (vgl. Reinhardt 2021: 29). Dabei gibt es nach Merkel vier zentrale Argumente für Co-Working: In Anbetracht der mittlerweile nomadischen und projektförmigen Arbeitsweise ist für viele Arbeitende eine Mindestbüroinfrastruktur notwendig, ebenso wie niedrige Nutzungskosten. Dies führt zu einer gewissen Flexibilität in der Nutzung und dem gleichzeitigen Aufbau von vielfältigen Netzwerkkontakten durch die hohe Fluktuation an Personen (vgl. Merkel 2018: 36). In einem weiteren Aspekt führt es zu einer Selbststeuerung und Professionalisierung. So führt eine Arbeitsatmosphäre dazu, dass viele Nutzer:innen selbst produktiver sind. Weiterhin kann eine räumliche Trennung von Wohnen und Arbeiten erzielt werden, die oftmals die Produktivität steigert (vgl. Pohler 2012: 73). Im Übrigen helfen professionelle Strukturen insbesondere im Start-Up Konzept. Die milieuspezifische Vergemeinschaftung wird im Rahmen von Co-Working-Spaces erhöht, indem sie als „Third Places“ etabliert werden. Diese dritten Orte, als Ort zwischen Wohnen und Arbeiten, an dem Menschen informell zusammenkommen, erhalten lokale soziale Gemeinschaften und bieten Räume, um zufällige, informelle Begegnungen zu ermöglichen. Zu diesen dritten Orten zählen außerdem unter anderem Cafés, Bibliotheken und Bars (vgl. Merkel 2018: 37). Der vierte Grund für Co-Working-Spaces ist die kreative Praxis, die vielen Menschen in ihrem Beruf hilft. Hier kommt die Synergie zwischen der „Creative Class“ und den Vorteilen, die Co-Working-Spaces bieten, konkret zusammen. Kreative Menschen suchen nach anderen Kreativen und Orten, die sie anregen. In diesen Aspekt

spielt auch der Punkt der Ästhetisierung herein. Die Ästhetisierung des Arbeitsplatzes und das Versprechen von Netzwerken sind in der Umsetzung mitgedacht. Die räumliche Verdichtung und Überschneidung unterschiedlichster Branchen erzeugen Vorteile für die Beteiligten (vgl. Nicole Sennewald, Geschäftsführende Gesellschafterin, 27.06.2022: Z. 120-129).

Es lässt sich festhalten, dass Co-Working noch immer einige Aspekte der klassischen Büroarbeit aufgreift. Ohne bestimmte Voraussetzungen ist es nicht möglich, professionell und produktiv zu arbeiten. Dazu zählen die Infrastrukturen, ebenso wie die Atmosphäre. Co-Working-Spaces gehen aber über diesen Aspekt des klassischen Büroarbeitens hinaus: Durch die Zusammenstellung ihrer Nutzer:innenstruktur schaffen sie branchenübergreifende Netzwerke, die neue Möglichkeiten eröffnen. Für die Stadt- und Raumplanung sind insbesondere die Aspekte interessant, die über die Arbeit hinausgehen und verschiedenste Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen. Dabei ist es notwendig, den Kontext zu betrachten, aus und in dem die jeweiligen Co-Working-Spaces entstehen, um die tiefere Bedeutung nachvollziehen zu können. Als Anhaltspunkt dafür soll das Konzept der „Dritten Orte“ noch einmal aufgegriffen werden: Co-Working-Spaces erfüllen in ihrer grundsätzlichen Form die meisten der Funktionen nach Oldenburg. Allerdings, und das ist mit am entscheidendsten, findet sich ein gravierender Unterschied in der Hauptbeschäftigung. Steht bei Oldenburg das Gespräch im Vordergrund, liegt insbesondere bei urbanen Co-Working-Spaces der Fokus bei der Arbeit. So ist es keine Seltenheit in Metropolen, dass wenig bis gar kein Austausch besteht (vgl. Werther et al. 2021: 85). Es lässt sich also nur bedingt belegen, dass Co-Working-Spaces diese hohe soziale Funktion eines dritten Ortes besitzen. Ausnahme bilden jene Co-Working-Spaces, die speziell auf solche Effekte, wie beispielsweise die Förderung des öffentlichen Lebens zugeschnitten sind (vgl. ebd.: 86). Gerade die sind es aber, die für den ländlichen Raum interessant sein können.

Diese Bedeutungs- und Funktionsunterschiede zwingt es Co-Working-Spaces im Ländlichen anders zu denken als in der Großstadt. Zunächst ist Co-Working auf dem Land vielfältiger als in den Städten und man findet eine heterogenere Nutzer:innenstruktur. Das liegt darin begründet, dass nicht hauptsächlich Freelancer:innen, sondern auch Angestellte diese Co-Working-Spaces nutzen. Zudem führt die eingeschränkte Auswahl und die Nichtspezialisierung auf Branchen automatisch zu mehr Durchmischung (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020: 7).

Co-Working auf dem Land beruht auf anderen Geschäftsmodellen. Das ist insbesondere mit Blick auf die Finanzierung und Rolle von Kommunen und der lokalen Wirtschaft notwendig zu betrachten und diese miteinzubeziehen (vgl. ebd.). Als diesem Punkt zugehörig, sollte die besondere Rolle der Netzwerkfunktion betrachtet werden. Ohne Netzwerk ist Co-Working auf dem Land nahezu unmöglich umzusetzen. Insbesondere Co-Working auf dem Land, profitiert von der Entwicklung in Richtung mobiler Arbeitsstile, auch im Rahmen der Coronapandemie (vgl. Elena Garcia, Vorstandsvorsitzende, 28.06.2022: Z. 371-373). Außerdem, und das ist insbesondere mit Bezug auf die „dritten Orte“ entscheidend, hat Co-Working auf dem Land belebende Effekte auf Ortsgemeinschaften. Dazu zählt der Zuzug in den peripheren Raum, als auch die Verbesserung der Daseinsvorsorge

(vgl. Bertelsmann Stiftung 2020: 7). Was ein möglicher Grund ist, weshalb Co-Working auf dem Land sich noch nicht etablieren konnte: Es ist oftmals gesellschaftlich wünschenswert, allerdings nicht wirtschaftlich (vgl. ebd.). Das lag bis zuletzt unter anderem begründet in der kleineren Nutzer:innen-schaft, die auf dem Land erreicht werden konnte und zum wirtschaftlichen Erfolg eines Co-Working-Spaces hätten beitragen könnten.

## Arten von Co-Working im ländlichen Raum

Um die Möglichkeiten des ländlichen Co-Workings darzustellen, sollen hier die verschiedenen Varianten vorgestellt werden. Damit wird die Vielfältigkeit des Co-Workings aufgezeigt. Es wird sich an der „CoWorkLand“ und Bertelsmann Stiftung Studie orientiert, die übersichtlich die verschiedenen Formen darstellt. Das klassische Co-Working aus stabiler Internetverbindung, Open Spaces und Einzelbüros ergänzt durch mindestens eine (Tee-)Küche, welches seinen Ursprung in Großstädten hat, kann unkompliziert auf den ländlichen Raum übertragen werden. Ist die fehlende Ressource in der Stadt meist der Platz, so ist im ländlichen Kontext die Frage des sozialen Umfelds bestimmend (vgl. Bertelsmann Stiftung 2020: 44). Deshalb ist bereits hier zu nennen, und das gilt für alle Arten, dass die Community und insbesondere dem „Community-manager“ eine wichtige Rolle zum Erfolg eines Konzeptes zukommt.

Im „klassischen“ Co-Working-Space auf dem Land gilt es noch flexibler und anpassbarer auf die Nutzer:innen zu sein, weil es nicht unbedingt eine gesellschaftliche Funktion einnimmt. Entscheidend ist das Vorhandensein der „kritischen Masse“, die regelmäßig anwesend ist und das Fortbestehen des Co-Working-Space sichert. Dann kann es einen Mehrwert für die regionale Wirtschaft leisten und außerdem als Veranstaltungs- und Kulturort dienen (vgl. ebd.: 45). Im Folgenden wird auf die von der Bertelsmann-Stiftung erarbeiteten generellen Typen von Co-Working auf dem Land eingegangen; dies sind Pendlerhafen, Bottom Hub, Retreat, Workation und Neue Dorfmitte. Diese werden mit Blick auf die existierende Handvoll Co-Working-Spaces in Thüringen und Literatur zu Entwicklungsperspektiven des ländlichen Raums diskutiert.

Im Pendlerhafen wird die Zielgruppe bereits im Namen angesprochen. „Deutschland ist das Land der Pendler:innen.“ (vgl. ebd.: 46). Dies ist mit vielen Unannehmlichkeiten wie Zeitmangel, erhöhten Kosten und Umweltbelastungen verbunden. Im Rahmen der Coronapandemie konnte kurzfristig bereits im Home-Office auf das Pendeln verzichtet werden. Dass Home-Office nicht für jeden eine langfristige Option sein kann, sollte ebenso bewusst sein, wie der Fakt, dass man nicht für jede Arbeit in ein Büro in der nächstgelegenen Stadt fahren muss. Das Konzept des Pendlerhafens kann hierbei Abhilfe schaffen: Arbeitnehmer:innen können in kürzerer Distanz zum Wohnort ihre Arbeit verrichten, ohne auf den sozialen Kontakt im Büro zu verzichten. Arbeitgeber können davon profitieren, indem sie nicht überflüssige Bürofläche im Hauptsitz anmieten müssen. Insbesondere in leerstehenden Bahnhofsgebäuden entlang viel befahrener Bahnstrecken kann sich dieses Konzept etablieren (vgl. Steve Schubert, Geschäftsführer, 05.07.2022.: Z. 298-305).

Ähnlich vom Governance-Ansatz ist der Bottom Hub. Ein überschaubarer Kreis von wenigen und dafür regelmäßigen Co-Worker:innen bei wenig Fluktuation in meist kleineren Räumlichkeiten sind hierfür typisch (vgl. Bertelsmann Stiftung: 48). Die Betreiber:innen sind dabei meist eine in sich vertraute Gemeinschaft, die den Co-Working-Space zur Eigennutzung und aus ideellen Gründen betreiben, weil sie das Konzept aus anderen Kontexten kennen und an ihrem Lebensort etablieren wollen. Die Co-Working-Spaces sind nicht gewinnorientiert. In der Regel genügt es den Beteiligten, wenn die Kosten gedeckt sind. Für Kommunen kann das insbesondere interessant sein, weil kleinere Leerstände bespielt werden können. Durch das soziale Konzept bietet diese Nutzung auch Raum zum Experimentieren. Trotzdem ist eine Anschubfinanzierung in vielen Fällen hilfreich und notwendig (vgl. ebd.: 49).

Das Retreat-Konzept geht in seiner Art und Weise gezielt über den Aspekt des Arbeitens hinaus. Hier werden beispielsweise Co-Working, Übernachtungsmöglichkeit und Gemeinschaft auf dem Land miteinander verbunden. Der Ansatz ist eindeutig: Co-Working als einzige Funktion wäre nicht tragfähig, weshalb auf eine kombinierte Nutzung oftmals mit Übernachtung und Gastronomie gesetzt wird. Diese erwirtschaftet meist zwei Drittel des Umsatzes und ist damit die Grundlage für den Co-Working Betrieb (vgl. ebd.: 50). Insbesondere deshalb ist es für größere (Unternehmens-)gruppen ein interessantes Konzept, um beispielsweise intensiv an einem größeren Projekt zu arbeiten. Die Interessen von einzelnen Co-Worker:innen sollten trotzdem nicht vernachlässigt werden und das Ziel sollte sein, die verschiedenen Interessen miteinander zu vereinen. Entscheidend sind die authentische Umsetzung des Konzepts und die Bereitschaft, das gilt insbesondere für bestehende Gasthäuser, zur Veränderung und zum Kultur- und Imagewandel (vgl. ebd.: 51).

Nicht zu verwechseln mit Retreat ist die Workation. Wohingegen Retreat meist ein Gesamtgeschäftsmodell umfasst, nimmt Workation hauptsächlich den Arbeitsaspekt in touristischen Gebieten auf. Das liegt daran, dass die Übernachtungsausstattung in diesen Gebieten meist ausreichend vorhanden ist, jedoch die Möglichkeiten zum „mobilen Arbeiten“ meist begrenzt sind (vgl. ebd.: 52). Betrachtet man die Entwicklungen in der Arbeitswelt und der Verbreitung der Arbeit auch im Urlaub, nimmt dieses Konzept eine neu aufkommende Nachfrage auf. In ihrer Ausstattung orientiert sie sich an klassischen Co-Working-Spaces, um den grundsätzlichen Ansprüchen zu genügen. Im Übrigen ist eine hohe Fluktuation zu erwarten, weshalb Flexibilität gefordert ist. Dafür ist das Anwerben um einen Kundenstamm nur zweitrangig. Tourismusregionen können davon profitieren, indem sie die Nebensaison dadurch profitabler gestalten (vgl. ebd.: 53).

Das Konzept Neue Dorfmitte orientiert sich in eine gegensätzliche Richtung. Der Verlust des sozialen Umfelds und von Daseinsvorsorge ist oftmals in Dörfern zu beobachten. Es fehlt an Treffpunkten, die das Dorf beleben und Zugezogene mit Einheimischen verbinden. Da Räumlichkeiten meist vorhanden sind, bietet sich die Umsetzung als multifunktionaler Ort mit integriertem Co-Working-Space an. Die Räumlichkeiten können von verschiedenen dörflichen Gruppen genutzt werden und das Co-Working als rahmengebendes Element angesiedelt werden. Dabei ist insbesondere

eine gute Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Nutzer:innen-gruppen wichtig (vgl. ebd.: 54). Das Konzept bietet, sobald es läuft, durch die Mischnutzung hohe wirtschaftliche Resilienz, aber beruht oftmals auf ehrenamtlicher Arbeit, Engagement und Know-How der Bewohner:schaft. Sobald eine kritische Masse erreicht ist, können allerdings selbst kleinere Ortschaften von dieser Struktur profitieren (vgl. ebd.: 55).

Einerseits führte die Digitalisierung zu starken Urbanisierungswellen und dementsprechend zur Konzentration von Wissenschaft und Forschung in Metropolen. Eine Folge davon sind starke Mieterhöhungen in den urbanen Gebieten. Das führt andererseits zu immer mehr Menschen, die es auf das vermeintlich „Ländliche“ zieht – in suburbane Orte, weil diese preiswerter sind. Dadurch ergibt sich folgendes Problem: durch den niedrigen Home-Office Anteil in Deutschland ist die Folge davon viel Pendelverkehr. So stiegen die Zahlen der Berlin-Pendler:innen aus Brandenburg von 2013 bis 2019 auf 215.600 Menschen an, einem Zuwachs von 13,9% (vgl. Bockenheimer 2019). Nur 25% aller Arbeitnehmer:innen hatten Home-Office Regelungen und nur 10% arbeiteten mindestens einmal in vier Wochen von zuhause aus (vgl. Möbert/Schattenberg 2020). Dem kann durch die Einrichtung von neuen Arbeitsorten begegnet werden, insbesondere, weil die Digitalisierung das Werkzeug zum „ortlosen“ Arbeiten bereitstellt.

Der „urbane“ Hintergrund vieler so neu in den ländliche Raum zuziehenden Bewohner:innen bietet in Verbindung mit dem Wunsch nach einem „Leben auf dem Land“ interessante Konzepte für den ländlichen Raum. Hier ist es in Bezug auf Co-Workings notwendig, Verständnis und Akzeptanz in der angestammten dörflich-kleinstädtischen Bevölkerung zu erzielen. Ist das nicht vorhanden, kann es zu Konflikten und einer Abspaltung zwischen „Einheimischen“ und „Zugezogenen“ kommen (vgl. Bertelsmann-Stiftung 2020: 56).

Grundsätzlich ist zu erwähnen, dass es einer Anpassung unterschiedlicher Konzepte an die sozioräumlichen Voraussetzungen vor Ort bedarf. Das bedeutet, dass eine direkte Übertragung von einem ländlichen Raum auf einen anderen ländlichen Raum nicht möglich ist, wie die Übertragung von Stadt auf Land. Es ist explizit notwendig, sich an den Wünschen und Ansprüchen der jeweiligen Nutzer:innen zu orientieren, um daraufhin das richtige Konzept zu entwickeln (vgl. Keitel, Krasilnikova 2021: 10).

Je nach Ausrichtung können selbst in ländlichen Gebieten branchenspezifische Cluster entstehen (vgl. Corradini 2018: 150). Co-Working-Spaces können dabei helfen ein regionales Image aufzubauen und zu stärken, wenn man diese beispielsweise im Zusammenhang mit Retreat und Workation aufnimmt. Für einen positiven Effekt auf die regionale Entwicklung sind zwei weitere Faktoren entscheidend: Erstens muss das Co-Working Konzept in eine ganzheitliche Strategie eingegliedert werden. Dazu zählt die Einbeziehung aller Akteure, die sich dieser Rolle bewusst sein müssen (vgl. ebd.: 151). Zweitens braucht es die gesamte Bewohner:schaft, die sich dem Potenzial und der möglicherweise positiven Effekte durch Co-Working bewusst sein sollte.

Dabei ist festzuhalten, dass Co-Working-Spaces die Möglichkeit bieten, Zentren zu stärken und deren Funktionen zu sichern (vgl. ebd.: 9). Mithilfe

der Angebote soll der Lebensmittelpunkt weg von den Großstädten gelenkt werden, hin zu den Grund- und Mittelzentren, in denen die Menschen wohnen. Das ist durch eine vielfältige diverse Nutzungsmischung zu erreichen. Eine Verringerung des Pendelverkehrs ist eine weitere mögliche Folge von Co-Working im Ländlichen. Die kürzeren Wege können ebenso das Interesse an leerstehenden Gebäuden in Zentrumsnähe erhöhen. Es kommt zu einer gegenseitigen Verbesserung der Umstände und folgt der Prämisse „je vielfältiger die Nutzungsmischung, desto wahrscheinlicher eine Stärkung des ländlichen Raums und eine Verminderung des Verkehrs.“ (Keitel/ Krasilnikova 2021: 9).

Den lokalen Wertschöpfungsketten gilt besondere Beachtung, weil sie infrastrukturell wirksam sind und die Daseinsvorsorge sichern. Die Bedarfe nach Betreuungs- und Bildungseinrichtungen, gastronomischen Angeboten, kulturellen Einrichtungen und Sportstätten werden erhöht und können auch befriedigt werden, weil das Geld in der Region bleibt (vgl. Seifert 2018: 7). In dem Zusammenhang kann die gesamte Lebensqualität sowie die demographische Entwicklung der betroffenen Kreise und Kommunen verbessert werden (vgl. ebd.: 8).

Voraussetzung, um die angesprochenen Potenziale für ländliche Regionen nutzbar zu machen, ist das Vorhandensein einer funktionalen digitalen Infrastruktur. Insbesondere eine schnelle Internetverbindung ist notwendig, um die Prozesse voranzubringen und die modernen Arbeitsformen umsetzbar zu machen (BMEL 2021).

## Thüringer Praxisbeispiele

In diesem Kapitel sollen einige thüringische Best-Practice-Beispiele für Co-Working-Spaces vorgestellt werden. Die Co-Working-Spaces befinden sich in Erfurt, Gera, Heilbad Heiligenstadt und in Greußen. Sie sollen in ihrer unterschiedlichen Größe und Lage ein umfassendes Bild von Co-Working Möglichkeiten in Thüringen darlegen. Ebenso sollen sie durch ihre verschiedenen Schwerpunkte verdeutlichen, dass vielfältige Ansätze in der Praxis auch in Thüringen umgesetzt werden.

Begonnen wird im KrämerLoft in Erfurt. Beheimatet in der Bahnhofstraße 15, liegt der Co-Working-Space unmittelbar am Erfurter Hauptbahnhof. Der Co-Working-Space ist mit 1400 m<sup>2</sup> und 120 Arbeitsplätzen vergleichsweise groß (vgl. Nicole Sennewald, Geschäftsführende Gesellschafterin, 27.06.2022: Z. 84f.). Dazu gibt es Arbeitsmöglichkeiten im Open Space mit Tages- und Monatstarifen, die flexibel gebucht werden können. Es können dort Meetings und Veranstaltungen abgehalten werden. Außerdem werden unterschiedliche Beratungsleistungen angeboten. Eine Grundausstattung für klassisches Co-Working mit WLAN und Lan-Verbindungen, Druckern, Telefonzimmern, Loungezimmern und Tee-/Kaffeezimmer ist vorhanden. Das Angebot geht mit Kinderspielzimmer und App-Zugang über die Grundausstattung hinaus, ohne dabei seine Flexibilität zu verlieren (vgl. KrämerLoft Co-Working o.J.). Das braucht es, um sich von vergleichbaren Anbietern abzuheben.

Das KrämerLoft existiert seit Februar 2017 und erhielt durch eine Crowdfunding-Kampagne eine Anschubfinanzierung. Da es keine Förderungen vom Freistaat gab, wurde es komplett ohne Hilfe von Stadt und Land initiiert und finanziert sich seit nunmehr fünf Jahren aus seinen Einnahmen. Diese werden auf verschiedene Weisen generiert und auf der Website gibt es eine große Bandbreite an unterschiedlichen Angeboten, darunter auch ein Virtual Office. Dabei wird die Adresse für Post geliehen und vergünstigte Tarife zum potenziellen Arbeiten angeboten. Ein Tagesticket kostet 24€, ein Monatsticket 179€ bzw. 259€ und Teambüros kosten ab 460€ pro Monat (vgl. ebd.).

Insgesamt ist eine vielfältige Nutzer:innenstruktur wiederzufinden. D.h., man findet Freelancer:innen, kleine Gründerteams dazu Angestelltenteams und einzelne Angestellte, dessen Arbeitgeber:innen ihren Hauptsitz in einer anderen Stadt haben. Dabei finden sich insbesondere Softwareentwickler:innen, Programmierer:innen, Ingenieur:innen, Landschaftsarchitekt:innen und Berater:innen, aber auch Personen aus der Kreativwirtschaft (vgl. Nicole Sennewald, Geschäftsführende Gesellschafterin, 27.06.2022: Z. 101-112).

Eine Problematik bei einem Co-Working-Space in der größten Stadt Thüringens ist die viel höhere Miete, die sich wiederum auf die Preise für die Nutzer:innen auswirkt. Insbesondere mit Blick auf die steigenden Nebenkosten ist dort in den kommenden Jahren keine signifikante Entspannung zu erwarten. Dort sind ein kulanteres Mietverhältnis und Durchhaltevermögen hilfreich (vgl. ebd.: Z. 163-174).

Auf der anderen Seite besteht für die Nutzer:innen ein großer Vorteil darin, dass man durch den ICE-Knoten eine gute Anbindung besitzt und man sich in der größten Stadt Thüringens befindet. Die professionelle Arbeitsatmosphäre und der Vernetzungsaspekt, auf dem sich in dem Co-Working-Space fokussiert wird, schließen sich an. Erfolgsfaktor sind regelmäßige Vernetzungsveranstaltungen und eine aktive Community, die sich für den Co-Working-Space einsetzt. Diese Community zu finden, gestaltet sich in der 200.000 Einwohnerstadt wahrscheinlich am einfachsten in ganz Thüringen. Dazu besitzt ein lokaler intermediärer Akteur eine zweitrangige Bedeutung, der Community-Management betreibt und zum Thema Co-Working informiert. Trotzdem ist es bei der Größe von Erfurt ratsam, sich breit aufzustellen, um so viele Personen wie möglich anzusprechen.

Der Co-Working-Space nimmt keine gesellschaftliche Funktion im Rahmen der Stadt- oder Landesentwicklung der Stadt Erfurt ein. Die Arbeit steht im Fokus, wobei innerhalb dessen der Gemeinschaftsaspekt entscheidend ist. Als Stadt sollte man sich trotzdem für den Erhalt eines solchen Co-Working-Space einsetzen, weil dafür gesorgt wird, dass sich Menschen innerhalb und nach Erfurt vernetzen.

Das zweite Beispiel ist das Berliner14 Co-Working in Gera. Die Berliner Straße 14 befindet sich in unmittelbarer Nähe vom Hauptbahnhof. Es ist ein Altbau, mit einer denkmalgeschützten Fassade und mehreren Etagen, der direkt an einer Straßenbahnhaltestelle gelegen ist. Die Gesamtfläche beträgt 900 m<sup>2</sup>, von denen 650 genutzt werden. Die Ausstattung beinhaltet WLAN und LAN-Anschlüsse einen kleinen und mittleren Meetingraum, eine Tee-

küche und Einzelarbeitsplätze. Die Grundausstattung ist vergleichbar mit der vom KrämerLoft (vgl. Berliner14 Co-Working o.J.).

Das Berliner14 wurde im Jahr 2019 von Steve Schubert gegründet. Ihm gehört die Immobilie und der Co-Working-Space wird von ihm privatwirtschaftlich geführt. Er finanziert sich vollständig durch seine Einnahmen. Förderungen vom Land gab es nur marginal und anteilmäßig beispielsweise bei der Anschaffung von Büromöbeln. Die Tagesmiete für einen Schreibtisch liegt bei 12,50€ und bei 175€ pro Monat. Das virtuelle Büro wird für 50€ monatlich angeboten. Die Meetingräume (klein, mittel) kosten 12/15€ pro Stunde bzw. 75/105€ pro Tag (vgl. ebd.). Der Eigentümer besitzt neben dem Gebäude außerdem zwei Unternehmen, deren Arbeitsplätze in dem Co-Working-Space untergebracht sind. Dadurch werden Kosten in der Anmietung der Büroflächen, sowie bei den Mitarbeiter:innen gespart. Es ist regelmäßig eine Person aus dem Unternehmen vor Ort ist, um Aufgaben im Community-Management zu übernehmen (vgl. Steve Schubert, Geschäftsführer, 05.07.2022: Z. 150-155).

Ähnlich wie in Erfurt ist die Nutzer:innenschaft vom Alter her durchmischt. Es gibt Personen, die kurz vor der Rente stehen und den Co-Working-Space nutzen. Das ist allerdings eine Ausnahme und das Durchschnittsalter liegt tendenziell bei 35 Jahren. Das ergibt sich auch daraus, dass vor allem nachhaltige Unternehmen und Start-Ups die Büroarbeitsräume nutzen. Das ist durch den Eigentümer erwünscht, allerdings keine Bedingung für die Nutzung. Des Weiteren nutzen Firmen den Co-Working-Space, um einen Standort in der Region Gera zu besitzen (vgl. ebd.: Z. 135-145).

Als problematisch stellt sich bereits hier in der Region die Verbreitung und das Bewusstsein für Co-Working dar. Viele Menschen kennen das Konzept nicht und müssten sensibilisiert werden (vgl. ebd.: Z. 189-204). Dadurch ergibt sich möglicherweise die niedrigere Nachfrage im Bereich der Einzelarbeitsplätze. Auf der anderen Seite ergeben sich wirtschaftlich vorteilhafte Synergien für den Gründer durch die Ansiedlung der eigenen Unternehmen im Co-Working-Space. Das ist ein Konzept, welches sich auch auf andere Co-Working-Spaces übertragen lässt und eine Möglichkeit darstellt, ein finanzielles Grundgerüst zu legen. Das zum Großteil klassische Co-Working-Space bietet ebenso eine vielfältige Nutzung für Privatpersonen und Teams an. Die Weiterentwicklung erfolgt schrittweise und entsprechend der Nachfrage. Der Fokus auf nachhaltige Unternehmen kann im weiteren Verlauf als Marke etabliert werden und für bestimmte Werte stehen, die der Co-Working-Space verkörpern soll. Dazu ergibt sich, ähnlich wie in Erfurt, ein Vorteil durch die bahnhofsnahe Lage in der drittgrößten thüringischen Stadt.

Im Nordwesten Thüringens liegt in Heilbad Heiligenstadt das Co-Working Eichsfeld. Die Stadt hat etwa 16.000 EW und über die Autobahnbindung einen guten Anschluss an die benachbarten Bundesländer Niedersachsen und Hessen. Das Co-Working-Space befindet sich in der Innenstadt in der Nähe der Stadtverwaltung, etwa 10 Minuten zu Fuß vom Bahnhof entfernt. Das Gebäude ist eine ehemalige Druckerei, welche ihr industrielles Erscheinungsbild auch nach der Sanierung nicht verloren hat. Der Co-Working-Space besitzt die grundlegende Infrastruktur an Einzelarbeitsplätzen mit WLAN (250 Mbit/s), Drucker, Telefonbox und Gemeinschaftsküche. Da-

zu sind Fahrradständer, eine Loungeterasse, Schaukel, Dusche und Laufband vorhanden, außerdem setzt der Co-Working-Space auf Ökostrom und ist über einen Fahrstuhl barrierefrei erreichbar. Im Übrigen gibt es zwei Meetingräume für 4 bzw. 10 Personen (vgl. Co-Working Eichsfeld o. J.).

Der Co-Working-Space entstand aus einer Bottom-Hub-Initiative und ist als eingetragener Verein organisiert. Aus einer Bürgerinitiative war die Grundlage einer kleinen Interessengemeinschaft gelegt und über das thüringische FastForward-Programm konnten die Immobilienbesitzer und Gründer:innen vernetzt werden und ein Ort für die Einrichtung eines Co-Working-Space gefunden werden. Dazu wurden 8.000€ Eigenkapital verwendet, um die grundlegenden Büromöbel anzuschaffen. Der Verein besteht mittlerweile aus etwa 20 Mitglieder, die persönliches ehrenamtliches Interesse an der Existenz des Co-Working-Spaces besitzen (vgl. Elena Garcia, Vorstandsvorsitzende, 28.06.2022: Z. 104f., 139-142). Er finanziert sich unter anderem über (Förder)Mitgliedschaften, die mindestens 60€ pro Jahr bzw. 5€ pro Monat kosten. Ein Arbeitsplatz kostet monatlich 150 bzw. 210€ und die Tageskarte liegt bei 13€. Dazu gibt es weitere flexible Angebote und Vergünstigungen für Studierende. Ein Meetingraum kostet 15€ stündlich und Zusammenarbeiten mit regionaler Gastronomie für Workation gehören zum Service (vgl. Co-Working Eichsfeld o. J.).

Wie in Erfurt und Gera ist das Alter der Nutzer:innen ähnlich und liegt zwischen 28 und 45 Jahren. Die Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich allerdings zu Erfurt. Es gibt auffällig mehr Angestellte als in der Landeshauptstadt und das Verhältnis zwischen Angestellten und Selbstständigen liegt bei etwa 50:50 (vgl. Elena Garcia, Vorstandsvorsitzende, 28.06.2022: Z. 100-107). Deshalb sollten insbesondere etablierte Unternehmen im Eichsfeld Entwicklungen im Co-Working Bereich aufmerksam verfolgen. Problematisch gestaltet sich die Finanzierung des Co-Working-Space. Da es keine Förderungen gab, musste das Geld für die Gründung aus anderen Quellen kommen. Dadurch sind momentan noch keine Finanzmittel für eine Stelle im Community-Management vorhanden, sodass die Vereinsmitglieder dies momentan ehrenamtlich übernehmen. Dazu ist das Verständnis und Bewusstsein von Co-Working noch nicht in der Breite vorhanden, sodass man momentan noch eine Nische anspricht. Allein der „englische“ Begriff Co-Working-Space sorgt bereits für Misstrauen in der Auseinandersetzung mit dem Konzept (vgl. ebd.: Z. 115-123).

Auffallend positiv ist das Engagement der Vereinsmitglieder und die professionelle Aufmachung des Co-Working-Spaces in einer Region, die vorher noch keine Erfahrungen damit hatte. Die Vernetzung mit lokaler Gastronomie ist ein weiterer Schritt zu einer gesamtheitlichen Entwicklung und zur Etablierung in der Region. Es gilt, sich die Stärken der Region bewusst zu machen, und branchenübergreifende Angebote zu schaffen. Hervorzuheben sind die bereits frühzeitige Interaktion mit politischen Akteuren und der Presse schon etwa ein bis zwei Jahre vor der Eröffnung (vgl. ebd.: Z. 70-82). Dazu existiert auf verschiedenen Social-Media-Plattformen eine aktive Präsenz und es werden regelmäßig Veranstaltungen, insbesondere in Verbindung mit der Start-Up-Branche durchgeführt. Die Transparenz auf der Internetseite und die Vereinsverpflichtung zur Entwicklung der Region, ist ebenso positiv für die Regionalentwicklung zu erachten.

Insgesamt wartet das Co-Working Eichsfeld mit einem vielversprechenden Konzept auf, welches an die Größe und Eigenheit der Region angepasst ist und mit Mitgliedern aus dem Eichsfeld den Bezug und das Netzwerk zur Verbreitung besitzt. Ob rentable Wirtschaftlichkeit gegeben ist, wird sich jedoch erst in einigen Jahren herausstellen und für die erfolgreiche Umsetzung ist eine langfristige Planung erforderlich.

Das letzte Co-Working-Beispiel liegt im Kyffhäuserkreis, genauer in der Gemeinde Greußen. Der Ort besitzt fast 6.000 EW und ist damit eine Kleinstadt (vgl. CoWorkLand 2021: 21). Die Region gilt als sehr ländlich und der Ort besitzt einen negativen Pendlersaldo (vgl. ebd.). Die verkehrliche Anbindung ist über die B4 und den Bahnhof, der an der Bahnstrecke Nordhausen-Erfurt liegt, gegeben. Die Kreisstadt Sondershausen ist etwa 18 km und Erfurt 30 km entfernt. Das Gebäude des Pop-Up Co-Working-Spaces ist die „Alte Grundschule“ in Greußen.

Der Co-Working-Space in Greußen entstand im Rahmen einer Initiative des Regionalmanagements Nordthüringen zwischen dem 01.06.2021 und 30.07.2021. Im Rahmen der Initiative entstanden weitere temporäre Co-Working-Spaces in Nordhausen und Bad Tennstedt. In diesem Rahmen wird sich allerdings auf das Beispiel in Greußen beschränkt, weil es sich von allen vorherigen am meisten unterscheidet. Die Initiative zeigt, dass auch kommunal organisierte Bestrebungen zum Ausbau der Co-Working Infrastruktur existieren. Dadurch war ebenso ein Budget vorhanden, sodass für den Zeitraum ein:e Community-Manager:in angestellt werden konnte und das Angebot komplett kostenlos für die Nutzer:innen war. Es standen acht Arbeitsplätze, zwei Einzelbüros und ein Meetingraum für maximal vier Personen zu Verfügung. Das Ziel der Pop-Up-Initiative war es, das Thema Co-Working im ländlichen Raum stärker in den Fokus zu rücken, sowie die Nachfrage in der Region zu analysieren (vgl. CoWorkLand 2021: 4).

Dadurch, dass das Experiment durch CoWorkLand und dazugehörige Interviews gut dokumentiert wurde, liegen einige Daten zur Nutzer:innenstruktur vor. Hier ist festzuhalten, dass das Kernalter der Nutzer:innen im Spektrum von 30 bis 50 Jahren liegt (vgl. ebd.: 39). Ebenso gab es eine Durchmischung in den Arbeitsbranchen und zwischen Angestellten und Selbstständigen mit einem leichten Übergewicht Richtung Angestellte (vgl. ebd.: 40). Der Großteil der Personen kam aus dem Umkreis von maximal fünf Kilometern mit dem Fahrrad zur Arbeit (vgl. ebd.: 41ff.). Es ist bei der Interpretation der Daten zu beachten, dass nur 16 Personen befragt wurden (vgl. ebd.: 39). Diese könnten sich allerdings fast alle vorstellen, den Co-Working-Space im Rahmen einer langfristigen Lösung regelmäßig zu nutzen (vgl. ebd.: 44).

Problematisch gestaltet sich das Verständnis und das Bewusstsein für Co-Working in der Region, was auch Mitgrund für die Initiative war. Weiterhin ist die Umnutzung von Leerstand mit Komplikationen verbunden und je nachdem, wie lange eine Immobilie ungenutzt ist, gestaltet sich das als finanziell schwierig. Dazu entstehen bei der Überführung vom Kurzfristigen ins Langfristige Probleme, weil es dann wirtschaftlich rentabel sein muss (vgl. Dörte Suberg, Projektkoordinatorin, 11.07.2022: Z. 171-188). Das ist ein Punkt, welcher bei der Initiative vernachlässigt werden konnte. Bei einer

langfristigen Überführung muss dies jedoch beachtet werden. Die positiven Aspekte der Kampagne sind jedoch nicht zu übersehen: In Greußen bestand bereits vor der Aktion eine Interessensgemeinschaft für die „Alte Grundschule“, also eine Community für eine Umnutzung. Des Weiteren ist es immer als positiv zu erachten, wenn Leerstand bespielt wird. Dazu ist eine Nachfrage vorhanden und die Erreichbarkeit im Ländlichen mit dem Fahrrad gegeben. Das Konzept verspricht insbesondere mit Blick auf die Belebung von dörflichen Regionen zu funktionieren. In dem Interview wird auf sogenannte Korallenriffeffekte eingegangen, die sich entwickeln und ihren Teil zum Erhalt der Daseinsvorsorge beitragen können. Unter Korallenriffeffekten versteht man Ausstrahlungseffekte, Belebung und Ansiedlung in unmittelbarer Nähe eines Projektes. Es bedarf dabei ausgefeilter Finanzierungskonzepte und einer progressiven Kommunal- und Regionalverwaltung.

## Eine Co-Working-Space-Typologie für Thüringen

Im Folgenden werden drei Typologien vorgestellt, die sich für eine Umsetzung im ländlichen Raum Thüringens anbieten. Diese entstanden aus einer Gegenüberstellung der aus Empirie und Literatur gewonnenen Erkenntnisse zu Co-Working-Spaces allgemein und einer entstehenden Thüringer Praxis zur Diskussion der demografischen und regional- wie stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen, vor denen der Freistaat steht. Dabei spielten die Themen Demographie, Erreichbarkeit und Verkehrsinfrastruktur, Immobilien- und Wohnungswirtschaft, und Digitalisierung als Politikfeld eine Rolle. Außerdem wurde das Zentrale-Orte-System Thüringens kritisch diskutiert (sowohl in der Bachelorarbeit als auch im entsprechenden Begleitseminar). Aus Platzgründen wird hier auf eine Darstellung dieser Diskussion verzichtet.

**Typ 1:** Klassisches Co-Working: Der erste Typ, der sich für Co-Working in Thüringen anbietet, ist vom Ansatz her der etablierteste, seitdem es Co-Working gibt. Das „klassische“ Co-Working bietet als Konzept eine Grundlage für einen sicheren und professionellen Einstieg. Dabei wird, wie im ersten Teil bereits beschrieben, eine Grundausstattung zur Verfügung gestellt, die zum Arbeiten erforderlich ist. Für das klassische Co-Working spricht die Einfachheit der Umsetzung und die flexible Anwendungsweise. Insbesondere in Mittelzentren mit (formeller oder faktischer) Teilfunktion eines Oberzentrums mit guter Verkehrsanbindung, wie Nordhausen, Gotha, Altenburg, Meiningen oder Eisenach ist diese Art des Co-Workings denkbar. Dieser Typ legt seinen Fokus auf die Arbeit. Soziale Aspekte kommen innerhalb des Arbeitsbereiches zum Tragen. Die Umsetzung bietet sich durch die zumeist gute verkehrliche Anbindung und den vorhandenen Breitbandausbau an. Durch die Größe und höhergestellte Funktion des Mittelzentrums ist zu erwarten, dass eine kritische Masse zu finden ist.

Organisiert kann diese Art des Co-Working insbesondere privatwirtschaftlich. Dabei kann man sich an den Best-Practice-Beispielen in Erfurt und Gera orientieren. Dort konnten ohne Förderung wirtschaftlich funktionale Co-Working-Spaces eingerichtet werden. Dabei ist man im Vorhinein nicht auf eine feste Community angewiesen oder muss tief mit dem Ort verwur-

zelt sein, sondern kann sich im Verlauf auch über regionale Netzwerke eine Reputation aufbauen. In dem Zusammenhang sind Prinzipien, die sich in größeren Städten bewährt haben, auch zu übernehmen.

Die Stadt kann davon profitieren, indem über Pop-Up- oder langfristige Konzepte Leerstand in der Innenstadt behoben werden kann, welcher in vielen thüringischen Städten verbreitet ist. Dafür besitzen die Städte noch immer wichtige Funktionen, die insbesondere für jüngere Menschen interessant sind, welche sich hauptsächlich in Co-Working-Spaces aufhalten. Dadurch besteht ebenso die Hoffnung auf positive Ausstrahlungseffekte für das Umland. Mit dem Wandel der Arbeitswelt wird langfristig die Nachfrage nach dieser Art des Co-Working nicht abnehmen und tendenziell steigen.

**Typ 2:** Urbanisierung der Kleinstadt: Eine zweite Möglichkeit besteht in der Anlehnung an Bottom-Hub-Konzepten. Die Bottom-Hub-Konzepte ergeben sich aus einer Community und sind meist von mehreren Personen geführt, die in der Region verwurzelt sind. Diese besitzen trotzdem oftmals Know-How aus anderen Co-Working-Spaces und können damit bei dem Aufbau professioneller Strukturen helfen.

Für die Gründung eines solchen Co-Working-Spaces spricht die organische Entwicklung eines solchen Konzeptes. Dazu kann es sich in einer Region ohne große Nachfrage langsam etablieren und die Bedarfe von engagierten Personen der Region decken. Gerade in Klein- und Mittelstädten, die zumeist als Mittelzentren ausgewiesene Ankerpunkte in der Landesentwicklung sein sollen, ist diese Art von Co-Working denkbar. Dazu zählen neben dem vorgestellten Beispiel in Heilbad Heiligenstadt auch bspw. Ilmenau, Bad Langensalza, Sondershausen oder Greiz, welche umstiegsfreie Zugverbindungen nach Erfurt (und mindestens einen Bundesstraßenanschluss) besitzen. Gerade die Nähe zum Bahnhof „nach Erfurt zum ICE-Knoten“ ist dabei von großem Vorteil hinsichtlich der Lagegunst innerhalb der Kleinstadt. Die Breitbandversorgung ist mittlerweile soweit, dass in den angesprochenen Mittelzentren etwa 60 Prozent der Fläche mit 200 Mbit/s oder mehr versorgt sind (vgl. Breitbandatlas 2022).

Die ideale Organisationsform für einen solchen Co-Working-Space ist ein Verein. Die Ziele und Werte der Community können in der Vereinssatzung festgelegt werden und die zumeist untereinander vertraute Gruppe legt den Grundstein und besitzt die Sicherheit, ein Mitspracherecht in der Entwicklung zu haben. Das Interesse der Beteiligten an Co-Working ist in der Regel nicht privatwirtschaftlich, weshalb die Kostendeckung die Ansprüche erfüllt und die Vereinsstruktur unter anderem diesem Zweck dient.

Ähnlich wie beim „klassischen“ Konzept kann hier auch Leerstand bespielt werden. Jedoch nimmt die Perspektive der Stadtentwicklung eine größere Rolle ein. So kann über das Netzwerk der Vereinsmitglieder ein Verständnis und Sensibilisierung für Co-Working in der Region geschaffen werden. Dazu kann über Kooperationen mit der lokalen Gastronomie und Wirtschaft (Start-Ups) eine Wertschöpfungskette erstellt werden und möglicherweise auch Retreat- und Workationangebote geschaffen werden. Zur grundsätzlichen Kostendeckung ist dabei politische und kommunale Unterstützung wünschenswert.

**Typ 3:** Belebung des Dorfs: Die Neue Dorfmitte, wie sie auch so in der Bertelsmannstudie genannt wird (siehe oben), kann für Thüringen einen weiteren Typ darstellen, ist aber die experimentellste Konzeption im Zusammenhang mit Co-Working, die hier vorgestellt wird. Die Funktion als Treffpunkt ist entscheidender im Vergleich zur Arbeitsfunktion und kann dementsprechend weiter gefasst und von der Co-Working Norm abweichen. Dabei ist eine Umsetzung als Maker-Space auch denkbar. Die konkrete Bezeichnung ist zweitrangig, sondern die angestrebte Funktion zur Dorfentwicklung steht im Fokus.

Eine „Neue Dorfmitte“ zu schaffen kann überall dort, wo eine Eigeninitiative und kritische Masse vorhanden ist, geschehen. Das können, aber müssen nicht zwingend (ehemalige) Grundzentren, sehr kleine Städte und Dörfer mit einer bereits vorhandenen basalen Infrastrukturausstattung (z. B. Kita) sein. Dementsprechend ist es schwierig, konkrete Beispiellorte vorzuschlagen, doch in der Größe kann sich an Greußen orientiert werden. Entscheidend ist ein guter Breitbandausbau am Standort, was in einigen Teilen Thüringens nicht unbedingt gewährleistet ist. Eine Autobahnanbindung und Bahnhof können hilfreich für die Einrichtung sein. Hier nimmt jedoch eine gute Fahrradinfrastruktur in die Nachbardörfer einen größeren Stellenwert ein.

Die Organisation kann unterschiedlich erfolgen. Hierbei nehmen intermediäre Akteure entscheidende Rollen ein. Da in Dorfgemeinschaften und Kleinstädten Entscheidungstragende häufig mehrere Funktionen einnehmen, ist es notwendig, diese von dem Konzept zu überzeugen und sie bei der Umsetzung miteinzubeziehen. Im besten Fall besitzen sie selbst die Initiative zur Gründung einer neuen Dorfmitte. Dabei reicht eine geringe Zahl an Arbeitsplätzen meist schon aus.

Über Vereinsstrukturen, die Kommunalverwaltung oder einen Zusammenschluss privater Menschen kann die Verwirklichung gesichert werden. Entscheidend ist die Nachfrage. Deshalb sind Beteiligungsprozesse zu empfehlen, um herauszuarbeiten in welche Art von Treffpunkt sich die Dorfmitte entwickeln soll. Die multifunktionale Nutzung ist ebenso erwünscht, um das Konzept wirtschaftlich tragbar zu gestalten. Dazu zählt in einem möglicherweise weiteren Schritt die Integration von Tourismus in das Konzept, um aus einer weiteren Finanzierungsquelle schöpfen zu können. Das ist insbesondere im Thüringer Wald denkbar.

Neben dem Entgegenwirken von Leerstand im Ortskern kann ein Treffpunkt in der Dorfmitte dem Zusammenhalt im Dorf guttun. Das kann zum Erhalt der Daseinsvorsorge beitragen. Gerade ältere Menschen sollen sich von dem Konzept angesprochen fühlen. Der demographische Wandel trifft die ländlichen Regionen Thüringens am stärksten und um den Austausch mit jungen Menschen und untereinander zu sichern, bietet sich diese Art von Treffpunkt an. Dazu hilft es, einen Ort in unmittelbarer Nähe zum Treffen und Arbeiten zu besitzen, um den motorisierten Individualverkehr einzuschränken. Zuletzt bringt die Umsetzung in Workation und Retreat in Verbindung mit Tourismus Devisen in die Kommune, welche wiederum zur Daseinsvorsorge reinvestiert werden können. Über das Image als vernetztes Dorf bzw. im zweiten Fall Urlaubsort kann ebenso profitiert werden.

Der vorliegende Beitrag zeigt auf, dass Co-Working-Spaces kleinteilige Effekte auf die Entwicklung des ländlichen Raumes auch in Thüringen haben können. Wie bereits dargestellt, sind die Veränderungen in der Arbeitswelt global und machen nicht an Thüringens Grenzen halt. Sich diesen Veränderungen zu stellen und sie nutzbar zu machen, ist die entscheidende Aufgabe. Dass Co-Working-Spaces die Brücke dahin sein können und dabei helfen, Ausstrahlungseffekte auf weitere Bereiche des alltäglichen Lebens nehmen können, wurde im Verlauf des Beitrags deutlich. Es ist klargeworden, dass sich die Arten von Co-Working untereinander unterscheiden und infolge der Veränderung von Büroarbeit, Individualisierung des Lebensstils und Eigenheiten der jeweiligen ländlichen Regionen eine speziell angepasste Form gefunden werden sollte. Am Ende des Hauptteils wurde trotzdem in drei Typologien dargelegt, welche Art von Co-Working sich, aufgrund der gegebenen Standortfaktoren, für welche Art von Region anbieten. Trotz der verschiedenen Gegebenheiten können zwei Grundvoraussetzungen festgehalten werden: eine stabile Internetverbindung und ein Schreibtisch. Von da an lässt sich relativ frei entscheiden, in welche Richtung der Co-Working-Space sich entwickelt. Es ist jedoch auffällig, dass sich selbst eher metropolgeprägte Modelle auch in kleineren Großstädten durchsetzen können. Das zeigt den Wandel in der Arbeitswelt, welcher durch die Corona-Pandemie mitunter beschleunigt wurde.

Im Beitrag wurde deutlich, dass keine trennscharfen räumlichen Faktoren existieren, die den Erfolg eines Co-Working-Spaces garantieren. Einzig eine leistungsstarke Internetverbindung, wie sie in großen Teilen Thüringens vorhanden ist, muss gegeben sein. Selbst eine Standleitung würde sich als Alternative anbieten. Es gibt bestimmte siedlungs- und verkehrsinfrastrukturelle Vorteile, wie z. B. eine Bahn- oder Autobahnanbindung, die den Erfolg begünstigen, weil eine bessere Erreichbarkeit besteht. Trotzdem sind die räumlichen Faktoren oftmals zweitrangig, vielmehr ist es so, dass privates Engagement der wichtigere Faktor ist. Je ländlicher es wird, desto mehr sind intermediäre Akteure und eine Community gefordert, um einen Co-Working-Space erfolgreich zu betreiben. Die Co-Working-Spaces sind nicht die, die den ländlichen Raum beleben und in der Attraktivität steigern, sondern die Menschen, die sich engagieren. Dabei ist es nicht relevant, ob es speziell ein Co-Working-Space ist, sondern dass das Potenzial in einem Projekt gebündelt wird.

Die Effekte auf Städte und Gemeinden können dabei sehr unterschiedlich sein. Begegnet man in Greußen dem Leerstand eines historischen Gebäudes, schafft man in Heiligenstadt einen Arbeitsort in der Innenstadt, wodurch die lokale Ökonomie profitiert. Darüber hinaus sind je nach intra- und interkommunaler Vernetzung Effekte auf die Mobilität, Governance, Wirtschaft und Daseinsvorsorge denkbar. Je mehr dieser Korallenriffeffekte auftreten, desto weniger steht der ursprüngliche Aspekt des Arbeitens im Vordergrund. Diese Folge ist jedoch keineswegs als negativ zu betrachten.

Co-Working-Spaces sind (noch) nicht als Teil der Daseinsvorsorge anzusehen. Die digitale Infrastruktur hingegen und der Breitbandausbau sind dies.

Co-Working-Spaces brauchen diese infrastrukturelle Voraussetzung und sind momentan aber eher als „Zusatz“ in der Daseinsvorsorge anzusehen. Es ist trotzdem festzuhalten, dass Städte und Gemeinden von ihnen profitieren können und auf langfristige Sicht ein positiver Effekt von ihnen zu versprechen ist. Das Zentrale-Orte-System besitzt als solches keine Relevanz für die Einrichtung von Co-Working-Spaces. Dementsprechend ist eine Orientierung sinnvoll allein im Hinblick auf den Einzugsbereich und die zu erwartende Nachfrage. Zentrale Orte und Ankerpunkte mit zentralörtlichen Teilfunktionen werden von mehr Menschen frequentiert, weshalb ein Co-Working-Space an diesen Orten grundsätzlich erfolgsversprechender ist. Trotzdem ist es nicht notwendig, dies als trennscharfe Abgrenzung zu verstehen.

Abschließend lässt sich sagen, dass multiple Faktoren sich bei der Einrichtung als förderlich und hemmend darstellen. Thüringen als Bundesland sticht dabei nicht heraus, jedoch sind die grundsätzlichen Gegebenheiten vorhanden, um erfolgreiche Co-Working-Spaces zu betreiben. Die Faktoren, die entscheidend für einen Co-Working-Space auf dem Land sind, sind ganz ähnlich derer in der Stadt. Die Co-Working Faktoren sind hier ebenso notwendig, damit langfristiger Erfolg gesichert ist. Insbesondere die Community steht im Fokus, denn sie ist der Initiator und kann die Entwicklung im ländlichen Raum Thüringens voranbringen.

Co-Working-Spaces und die Attraktivität von Sharing Economy nehmen zu. Und das wird nicht nur für Städte, sondern insbesondere für ländliche Städte und Gemeinden gelten, die davon profitieren können. Auf der Suche nach Treffpunkten und der Vermeidung des Aussterbens und der Anonymisierung im ländlichen Raum können Co-Working-Spaces zum Vernetzen und Austauschen da sein. Darüber hinaus könnte der seit der Coronapandemie entwickelnde Zuzug auf das Land aufrechterhalten werden. Dabei wird neben der Attraktivitätssteigerung im Ländlichen ebenso der städtische Wohnungsmarkt entlastet. Der Mobilitätswandel kann durch die neuen Arbeitsmodelle unterstützt werden. Dafür braucht es umsetzbare Konzepte und im Moment insbesondere engagierte Akteure. Im Verlauf der Zeit ist zu erwarten, dass Co-Working-Spaces als moderne Arbeitsform immer mehr in den Fokus der Landesentwicklung rücken werden. Bis dahin bleibt es an den Kommunen, Unternehmen und Privatpersonen selbst, sich den Werkzeugen der Digitalisierung zu bedienen und sich und den ländlichen Raum Thüringens zukunftsorientiert aufzustellen.

## Quellen

Beck, Sebastian (2015): Stadtentwicklung mit der Netzwerkgesellschaft. Zur Renaissance intermediärer Akteurslandschaften. In: vhw FSW, H. 5, 231-235.

Bernhardt, Alexandra (2021): Coworking-Atmosphären. Zum Zusammenspiel von kuratierten Räumen und der Sicht der Coworkenden als raumhandelnde Subjekte. Springer, Wiesbaden.

Bertelsmann Stiftung (Hgrs.) (2020): Coworking im ländlichen Raum - Menschen, Modelle, Trends. Gütersloh.

BMEL – Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft / Co-WorkLand eG (Hrsg.) (2021): Coworking auf dem Land – Wie es gelingt und was es dafür braucht. Berlin.

Botthof, Alfons / Bovenschulte, Marc (2009): Das "Internet der Dinge": Die Informatisierung der Arbeitswelt und des Alltags. Erläuterungen einer neuen Basistechnologie. In: Arbeitspapiere 176, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.

Chlupsa, Christian / Pillmayer, Markus / Scherle, Nicolai (2018): Arbeits- und Lebenskonzept Coworking – Ausgewählte Reflexionen aus diversitäts-, destinations- und marketingspezifischer Perspektive. In: Pechlaner, Harald; Innerhofer, Elisa (Hrsg.): Temporäre Konzepte. Coworking und Coliving als Perspektive für die Regionalentwicklung, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 130-141.

Corradini, Philipp (2018): Coworking Spaces on ländlich geprägten Räumen – Ein Instrument der Regionalentwicklung? In: Pechlaner, Harald / Innerhofer, Elisa (Hrsg.): Temporäre Konzepte. Coworking und Coliving als Perspektive für die Regionalentwicklung, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 142-153.

CoWorkLand (2021): Auswertung: CoWorkLand Pop-Up Tour 2021 Nordthüringen, Kiel.

Digitalagentur Thüringen GmbH / TMIL – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft / Thüringer Landgesellschaft mbH (Hrsg.) (2022): Co-Working & Co. – modernes Arbeiten in Thüringen. Handlungsbedarfe, Erfolgsfaktoren und Modellbeispiele zur Wiederbelebung verlassener Orte im ländlichen Raum. Erfurt.

Florida, Richard (2002): The Rise of the Creative Class. In: Washington Monthly: Vol. 034 Issue 005, Bd. 5, Washington.

Gauger, Felix / Pfnür, Andreas / Skarabi, Jan (Hrsg.) (2020): Arbeitswelten im Wandel: Coworking Spaces – Eine empirische Befragung der Eigenschaften und Nutzerpräferenzen von Coworking Spaces. In: Pfnür, Andreas: Arbeitspapiere zur immobilienwirtschaftlichen Forschung und Praxis, Bd. 39, Technische Universität Darmstadt, Darmstadt.

Growe, Anna / Henn, Sebastian / Scheffer, Christine (2020): Co-Working-Spaces als Treffpunkte – Impulse für die Quartiersentwicklung? Das Beispiel Heidelberg. In: Standort, H. 2, 73-79.

Hölzel, Marco / Vries, Walter Timo de (2021): Digitization as a Driver for Rural Development – An Indicative Description of German Coworking Space Users. In: Land, H. 3, 1-21.

Krasilnikova, Nadezda / Levin-Keitel, Meike (2021): Mobile Arbeit aus sozioräumlicher Perspektive: Co-Working Spaces als Chance für suburbane und ländliche Räume? In: Raumforschung und Raumordnung | Spatial Research and Planning, München, 1-13.

Kontos, Georgios (2010): Zum Bedeutungsverlust des Zentrale-Orte-Konzepts. In: Münschke, Frank: SYNThesen, Bd. 1, Klartext Medienwerkstatt, Offenbach, 31-43.

Mariotti, Ilaria / Pacchi, Carolina / di Vita, Stefano 2017: Co-working Spaces in Milan: Location Patterns and Urban Effects. In: Journal of Urban Technology 24, Bd. 3, 47-66.

Merkel, Janet (2018): Coworking: das Arbeitsmodell der Zukunft? In: Pechlaner, Harald / Innerhofer, Elisa (Hrsg.): Temporäre Konzepte. Coworking und Coliving als Perspektive für die Regionalentwicklung, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, 33-44.

Orel, Marko / Dvouletý, Ondrej / Ratten, Vanessa et al. (2021): The Flexible Workplace. Coworking and Other Modern Workplace Transformations.

Prognos (2012): Bedeutung der künftigen Verkehrsinfrastruktur für die Landesentwicklung Thüringens. Kurzfassung – Endbericht, Berlin.

Pohler, Nina (2012): Neue Arbeitsräume für neue Arbeitsformen: Coworking Spaces. In: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, H. 1, 65-78.

Ruiner, Caroline / Wilkesmann, Maximiliane (2016): Arbeits- und Industrie-soziologie. Wilhelm Fink, Paderborn.

Schiffers, Bertram (2017): Stadtland Thüringen – Modellentwicklung für die Landstadt von Übermorgen. In: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, H. 18, 166-171.

Schittich, Christian (Hrsg.) (2011): Arbeitswelten: Raumkonzepte, Mobilität, Kommunikation. Detail, München.

Seifert, Robert 2018: Coworking Spaces und Startups: Die Möglichkeiten der neuen Arbeitswelt für die Entwicklung ländlicher Räume nutzen.

TMBLV – Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr (Hrsg.) (2014): Landesentwicklungsplan Thüringen 2025: Thüringen im Wandel: Herausforderungen annehmen – Vielfalt bewahren – Veränderungen gestalten, Erfurt.

TMIL – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft / Serviceagentur Demografischer Wandel (Hrsg.) (2020): Demografiebericht 2020. Teil 1: Bevölkerungsentwicklung des Freistaats Thüringen und seiner Regionen, Erfurt.

TMWWDG – Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (Hrsg.) (2017): Glasfaserstrategie für den Freistaat Thüringen, Erfurt.

vtw – Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V. (Hrsg.) (2022): Daten und Fakten 2022 der Wohnungswirtschaft in Thüringen, Erfurt.

Werther, Simon/Heinzel, Viktoria/Engstler, Martin/Bernhardt, Alexandra/Reh, Sebastian/Schmied, Alexandra/Haunschild, Axel/Sperk, Florian/Bernstedt, Thomas (2021): Einführung zu Coworking. In: Werther, Simon et. al: Coworking als Revolution der Arbeitswelt. Springer, Berlin, Heidelberg.

## Materialien

Berliner 14 Coworking (o. J.): Berliner14 Coworking, <https://berliner14.business.site/> (2022-07-03).

Bockenheimer, Johannes (2019): Jeder Fünfte pendelt nach Berlin. Der Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/arbeitsweg-jeder-fuenfte-pendelt-nach-berlin/23952720.html> (2022-07-03).

Coworking Eichsfeld (o. J.): Preise und Leistungen. <https://www.coworking-eic.de/preise> (2022-07-03).

Fiedler, Carmen 2022: Co-Working im Eichsfeld: Eine neue Arbeitsform auf dem Land, <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/nord-thueringen/eichsfeld/coworking-space-heiligenstadt-100.html> (2022-06-06).

KrämerLoft Coworking (o. J.): Unsere Angebote. <https://kraemerloft-coworking.de/preise/> (2022-07-03).

## Fachgespräche und Interviews

Garcia, Elena; Vorstandsvorsitzende Coworking Eichsfeld e. V., Heilbad Heiligenstadt, 28.06.2022

Schubert, Steve; Geschäftsführer Berliner14 Coworking, Gera, 05.07.2022

Sennewald, Nicole; Geschäftsführende Gesellschafterin KrämerLoft, Erfurt, 27.06.2022

Suberg, Dörte; Projektkoordinatorin Regionalmanagement Nordthüringen, Sondershausen, 11.07.2022

Will, Marie-Luise; Regionalmanagerin Thüringer Landgesellschaft, Erfurt, 30.06.2022

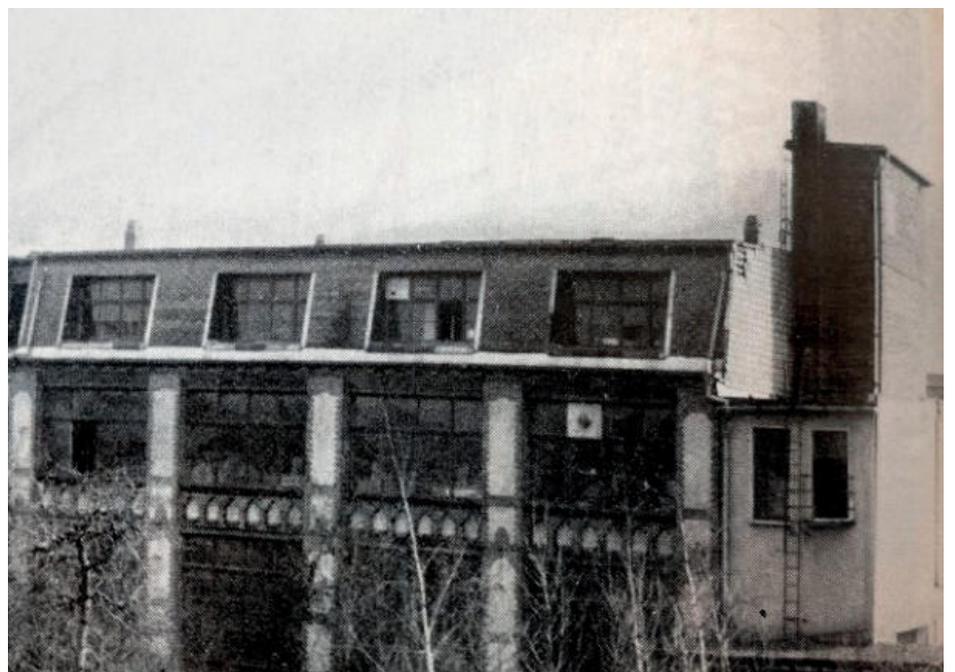
# Bildessay: Co-Working im ländlichen Raum

Historische Fotos: Archiv Christian Simon  
Fotos des Co-Working: Elena Garcia

Ø1 Eingang Co-Working Eichsfeld,  
Heilbad Heiligenstadt, 2021



Ø2 Historische Ansicht,  
Heilbad Heiligenstadt, 1982





Ø3 Veranstaltung im Co-Working,  
Heilbad Heiligenstadt, 2023

Ø4 Historischer Drucksaal,  
Heilbad Heiligenstadt, 1956





Ø5 Meetingraum für 10 Personen,  
Heilbad Heiligenstadt, 2023

Ø6 Historischer Drucksaal,  
Heilbad Heiligenstadt, 1956



Ø7 Modernisierter Drucksaal,  
Heilbad Heiligenstadt, 1982





08 Co-Workerin am Einzelarbeitsplatz, Heilbad Heiligenstadt, 2023



09 Setup am Einzelarbeitsplatz, Heilbad Heiligenstadt, 2023

10 Netzwerktreffen, Heilbad Heiligenstadt, 2023





11 Blick in das Co-Working Eichsfeld,  
Heilbad Heiligenstadt, 2023

12 Historischer Drucksaal,  
Heilbad Heiligenstadt, 1970



# Immer weniger Auszubildende – Immer mehr Landflucht. Welchen Beitrag können Campusareale für Auszubildende im ländlichen Raum zur Attraktivität von Ausbildung und Kleinstädten leisten?

Luc Retsch

In den letzten Jahrzehnten fangen immer mehr Menschen an zu studieren. Dies geschieht vor allem in den Großstädten und Metropolen. Darunter leidet meistens der ländliche Raum. Viele junge Menschen verlassen am Übergang zu ihrem Erwachsenwerden die Dörfer, Klein- oder Mittelstädte, aus denen sie kommen. Im Jahr 2018 weisen kreisfreie Großstädte einen Bevölkerungszuwachs von 3,7% in der Altersgruppe der 18-24-Jährigen auf. In dünn besiedelten ländlichen Kreisen ist ein Verlust von 2,3% zu messen (vgl. Rosenbaum-Feldbrügge, Sander, Stawarz 2021). Die Ballungszentren werden zunehmend größer und die Mieten teurer (vgl. Heinrich Böll Stiftung 2022: 26). Dadurch werden diese großen Städte jedoch auch jünger und lebhafter. Auf dem Land befördert der Wegzug junger Menschen dagegen den demografischen Wandel und das Schrumpfen der Bevölkerung. Die Innenstädte der kleineren Orte verwaisen zunehmend (vgl. BBSR 2016: 105). Eine Folge davon ist Leerstand, weniger Infrastruktur und ein schlechteres Image (vgl. BBSR 2018: 12).

Die Binnenwanderung steht häufig in Zusammenhang mit dem Übergang vom Schulabschluss zum Studium (vgl. BBSR 2016: 137). Eine Auswirkung der steigenden Studierendenzahl sind sinkende Zahlen der Personen, die eine Ausbildung starten. So werden 2007 noch 625.000 neue Ausbildungsverträge geschlossen, während es 2021 nur noch 470.000 sind (vgl. BfB 2021: 6). Hingegen steigt die Anzahl der Studierenden in den letzten 20 Jahren um 63% (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022). Handwerkliche Betriebe und auch andere Unternehmen haben freie Plätze und suchen nach neuen Lehrlingen (vgl. Udo Philippus, TMASGFF, 11.07.2022). Diese werden allerdings immer rarer. Die Arbeit in den Betrieben wird an vielen Stellen dringend gebraucht, jedoch entscheiden sich immer mehr Jugendliche und junge Erwachsene gegen eine Ausbildung (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2020: 153). Die Frage, die sich stellt, ist, ob man diesen beiden Problematiken eine Lösung entgegenstellen kann. Kann man zu mindestens Maßnahmen und Handlungsempfehlungen finden, die die genannten Phänomene in ihrer Ausprägung eindämmen können? Lassen sich damit sowohl Ausbildungsplätze attraktiver gestalten als auch der ländliche Raum wieder zu einem lebhafteren Umfeld für junge Menschen umformen? Möglicherweise könnten beide Aspekte zusammengefasst und gemeinschaftlich betrachtet und bearbeitet werden.

In dem vorliegenden Beitrag soll sich mit einem Konzept beschäftigt werden, das sich diesen beiden Aspekten annimmt. Dabei handelt es sich um einen Campus für Auszubildende, der sich in Klein- und Mittelstädten befinden soll. In ähnlicher Weise, wie auch Studierende von meist vielen verschiedenen Fachrichtungen zusammen auf einem Campus ihrem Lehrbetrieb nachgehen, könnte dies auch für Auszubildende möglich sein (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Ein solcher Campus wäre vermutlich wesentlich kleiner als die meisten Hochschul-Campus, aber dennoch an einigen Stellen mit denen vergleichbar. Daraus ergibt sich folgende Fragestellung für diesen Beitrag: „Was können Campusareale für Auszubildende im ländlichen Raum zur Attraktivität von Ausbildung und Kleinstädten leisten?“

Bei der Ausarbeitung dieses Konzeptes soll es in den Bezug zur Bildungssituation und zum ländlichen Raum beziehungsweise zu Kleinstädten gesetzt werden und in seiner Machbarkeit untersucht werden. Dem gehen die Analyse und Diskussion von wissenschaftlichen Erkenntnissen und die Beschreibung von und der Vergleich mit bestehenden Vorhaben und Projekten voraus. Danach steht der Prozess zum Umbau des Campus im Fokus. Dazu zählen die Aussichten auf Fördergelder und das Planungsverfahren. Die Chancen für eine Ansiedlung von verschiedenen Nutzungen im Bildungszusammenhang werden beleuchtet. Abschließend formuliert dieser Beitrag mögliche Handlungsempfehlungen für die Planung und stellt ein flexibles Nutzungskonzept vor: Sollte es solchen Campusarealen für Auszubildende gelingen die Attraktivität unter jungen Menschen für eine Ausbildung zu steigern und Klein- und Mittelstädte zu fördern, können sie einen wichtigen Beitrag zur Stadtentwicklung und Bildungssituation leisten (vgl. ebd.).

Die übergreifende Leitfrage beschäftigt sich mit der Machbarkeit und der Realisierung der Idee. Des Weiteren geht es um den Einfluss, den ein solches Campuskonzept auf die Bildungslandschaft beziehungsweise konkret die Ausbildung haben kann. Lässt sich die Attraktivität dadurch steigern und schafft ein zentraler Ort mehr Raum für interdisziplinäre Zusammenarbeit, Kommunikation und Austausch? Lassen sich dadurch frühzeitig wirtschaftliche Beziehungen unter den Auszubildenden und den Betrieben knüpfen? Neben Veränderungen in der Ausbildungslandschaft ergeben sich auch Leitfragen in Bezug zum ländlichen Raum. Lassen sich durch das Konzept mehr junge Menschen auf Kleinstädte ein und kann das den demografischen Wandel verlangsamen? Führt ein Campus zu weiteren folgenden Infrastruktureinrichtungen und fördert er die Wirtschaft und Lebhaftigkeit in Kleinstädten?

Der Beitrag basiert auf einer Abschlussarbeit im Bachelorstudiengang Stadt- und Raumplanung (und wurde durch den Herausgeber dieses Bandes betreut). Im Rahmen der Bachelorarbeit fand eine eigenständige Forschung statt, zu der auch Expert:inneninterviews gehören, die auch in diesem Beitrag als Quellen genutzt werden; zudem fand eine intensive ortsanalytische Auseinandersetzung mit dem designierten Campusareal in Bad Langensalza statt, die hier nicht dokumentiert ist, aber in die Handlungsempfehlungen eingeflossen ist. Der Beitrag fokussiert auf die verallgemeinerbare Frage nach der Bildungssituation im ländlichen Raum jenseits des Themas Studium und Hochschule sowie auf den anschwellenden Fachkräftemangel. Aus diesen Erwägungen sowie einer Darstellung guter Praxis an-



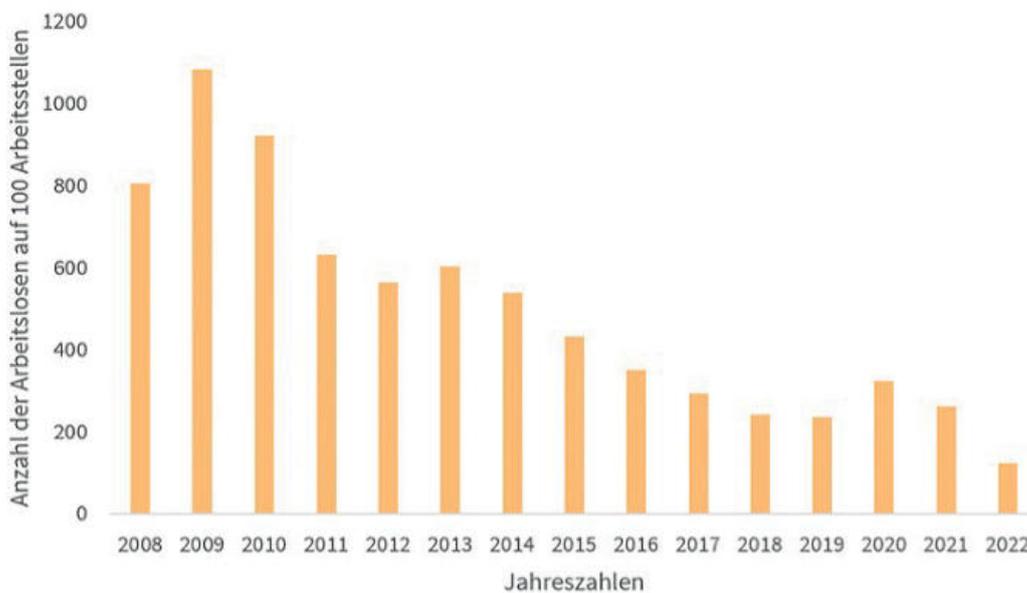
01 Lobby, Veranstaltungs- und Frühstücksraum  
des Berufsschulcampus Fulda

dernorts heraus werden Schlussfolgerungen für einen Ausbildungscampus in der Kleinstadt Bad Langensalza getroffen; die Stadt im Unstrut-Hainich-Kreis liegt nordwestlich von Erfurt und kann hinsichtlich ihrer Lagegunst als „knapp außerhalb“ des Regiopolraums Jena-Weimar-Erfurt liegend gekennzeichnet werden.

## Ausbildung und Studium in den letzten Jahrzehnten

Doch zunächst zur Bildungssituation. Erste Vorkommen eines Berufsausbildungswesens lassen sich bis ins 12. Jahrhundert zurückführen, in dem in vielen deutschen Handelsstädten Handwerkszünfte gegründet werden. Lehrling, Geselle und Meister sind dabei die wichtigen Qualifikationsstufen. Während bis ins 19. Jahrhundert die Berufsausbildung weitestgehend praktisch ist und nahezu keine theoretische Grundlage besitzt, verändert sich dies ab den 1870er Jahren. In dieser Zeit entstehen die ersten technischen Abendschulen, auch Fortbildungsschulen genannt. Somit kristallisiert sich das duale System, welches heute zum Standard geworden ist, heraus. (vgl. Bjørk 2017). Um 1900 wird durchgesetzt, dass der Schulbesuch neben der Handwerksausbildung zur Pflicht wird (vgl. Greinert 2006: 501). In den darauffolgenden Jahrzehnten geht es um die Konsolidierung der dualen Ausbildung und die klarere Organisation und Struktur zwischen Schule und Betrieb. Ab den 1920er Jahren ist bereits die Rede von Berufsschulen (vgl. ebd.: 503).

Danach folgen die Veränderungen der Bildungslandschaft ab den 1970er Jahren. Dies bezieht sich vor allem auf den Strukturwandel in der Arbeitswelt in Deutschland und die darauffolgende Bildungsoffensive (vgl. Schildt 2002). Mitte des 20. Jahrhunderts beginnt die Ausbauphase des dualen Systems. Häufig wird dabei das Berufsbildungsgesetz von 1969 in Westdeutschland als Wendepunkt angesehen. Teil davon ist unter anderem die aufkommende leichte Einflussnahme des Staates in das Ausbildungswesen. Von nun an sind Bund, Länder, Gewerkschaften und teils auch Leh-



## 02 Anzahl der Arbeitslosen auf 100 Arbeitsstellen

rer:innen verantwortlich für die Ausgestaltung der Ausbildung. Zuvor obliegt dies weitestgehend den Unternehmen. Es finden eine Rationalisierung des Ausbildungswesens, die Aufklärung rechtlicher Unklarheiten und die Zusammenfassung des vorher fragmentierten Ausbildungsrecht in diesem Zusammenhang statt. Eine weitere Neuerung ist der seitdem jährlich erscheinende Berufsbildungsbericht, welcher Informationen über Angebot und Nachfrage der Ausbildungsplätze gibt (vgl. Greinert 2006: 506). Spätestens seitdem hat das deutsche duale Ausbildungssystem einen hohen Stellenwert im Ausland und wird mitunter kontrovers als „Exportschlager“ bezeichnet (vgl. Euler 2018: 315ff.). Parallel dazu folgt dem Strukturwandel ein neuer Fokus auf die universitäre Bildung und den Ausbau des Hochschulsystems (vgl. Schildt 2002).

Seit Anfang der 2000er Jahre sind die Entwicklungen mitunter geprägt von internationalen Schulleistungsstudien und deren Erkenntnissen sowie Folgen (vgl. Raidt 2009: 46). Deutschland schneidet dabei mehrfach schlecht ab (vgl. ebd.: 61f.). Daraufhin wird beschlossen, intensive Veränderungen im Bildungssystem vorzunehmen. Das bezieht sich hauptsächlich auf die Schulausbildung. Jedoch gibt es auch Veränderungen im weiterführenden Bildungssystem. Mit der Bologna-Reform wird das Studium internationalisiert. Bachelor- und Masterabschlüsse lassen sich nun im europäischen Kontext vergleichen (vgl. Winter 2015). Dazu gehört eine allgemeine Öffnung der beruflichen Bildung gegenüber dem Ausland (vgl. Raidt 2009: 151).

Bei einer Vielzahl von Berufen, die auf einer Ausbildung beruhen, herrscht aktuell und auch schon seit längerer Zeit ein großer Mangel an Fachkräften (vgl. BLS 2020: 23). Beispielsweise stellt die Bau- und Handwerksbranche einen Bereich mit besonders großer Diskrepanz dar. PflasterInnen, Berufe im Tiefbau, der Leitungsinstitution oder bei der Sanitäts- und Heizungstechnik sind nur die Beispiele mit den größten Engpässen. Weitere Berufsfelder liegen bei der Fleischverarbeitung beziehungsweise dem Fleischverkauf oder dem Bäckerhandwerk, sowie auch allgemein im Pflegewesen

(vgl. BfA Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung 2022a: 10). Im Jahr 2021 gibt es insgesamt 148 Berufsgattungen mit Engpässen. Während sich die Zahl mit 131 zum Vorjahr leicht erhöht, liegt sie trotzdem noch unter dem Wert des Vor-Corona-Jahres 2019 mit 185 Gattungen (vgl. ebd.: 13). Es wird jedoch davon ausgegangen, dass die Werte wieder steigen und momentan aufgrund der Pandemie etwas zurückliegen. Sowohl die Produktionskapazitäten als auch der Bedarf an Fachkräften wird in den nächsten Jahren voraussichtlich wieder steigen.

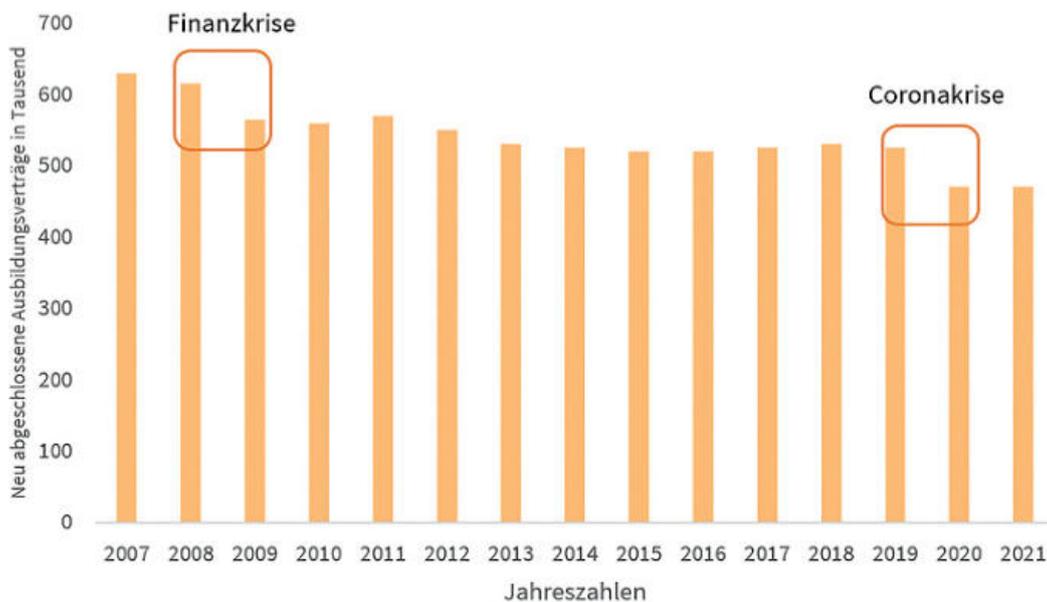
Die Diskrepanz zwischen Bewerber:innen und Stellen verändert innerhalb der letzten Jahre stets größer. Sind es im Mai 2012 noch 103 Bewerber:innen auf 100 Plätze, sind es im Mai 2022 nur noch 74 Bewerber:innen (vgl. Abb. 01 und Anhang B). Parallel dazu sinkt die Zahl der unversorgten Bewerber:innen je unbesetzter Ausbildungsstelle im Jahr 2012 von 100 auf 61 im Jahr 2022. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl unbesetzter Ausbildungsstellen im Jahr 2022 um 18% auf 275.480 Stellen gestiegen. Thüringen liegt mit 16% nahe des gesamtdeutschen Werts (vgl. BfA 2022). Arbeitgeber:innen erweitern ihren Radius für die Suche nach Arbeitskräften häufig ins Ausland, um überhaupt fündig zu werden.

Letztlich zeigt auch die Entwicklung des mittleren Entgeltes bei einer Steigerung derselben, dass ein Fachkräftemangel vorherrscht und die Arbeitnehmer:innen in einer guten Verhandlungsposition bezüglich des Lohnes stehen.

Der Fachkräftemangel weist auch regionale Unterschiede auf (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). So hat Thüringen nicht immer Werte, die mit dem Rest der Bundesrepublik übereinstimmen. Beispielsweise sind im September 2021 8,2% mehr Ausbildungsstellen noch unbesetzt im Vergleich zum Vorjahr. Deutschlandweit liegt der Wert bei einem Plus von 5,4%. In den meisten Fällen gliedert sich Thüringen jedoch in die gesamtdeutsche Situation ein und schlägt nicht auffällig aus (vgl. BfB 2021: 45).

Während es in den Ausbildungsberufen einen immer größeren Mangel an Fachkräften gibt, steigt die Anzahl an Studierenden kontinuierlich (vgl. Udo Philippus, TMASGFF, 11.07.2022). „Im Jahr 2017 hätten sich hierzulande sechs von zehn Menschen des jeweiligen Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium oder ein anderes Bildungsprogramm im tertiären Bereich entschieden“ (Eckert 2019). Von knapp 2.381.000 Studierenden im Wintersemester 2011/12 gibt es bis zum Wintersemester 2020/21 mit über 2.944.000 einen großen Sprung. Ein ähnlicher Trend lässt sich auch in Thüringen beobachten. Sind es im Wintersemester 2016/17 noch 50.520 Studierende, so sind es im Wintersemester 2020/21 schon 96.604 (vgl. DESTATIS 2021: 8).

Bei steigenden Studierendenzahlen ist also eine deutliche Abnahme unter den Ausbildungsanfänger:innen zu beobachten. Trotzdem besteht das aktuelle Beschäftigungssystem in Thüringen zu 80% aus Personen, die im Berufsbildungssystem ausgebildet werden und nur ein geringer Teil aus Akademikern (vgl. Udo Philippus, TMASGFF, 11.07.2022.). Dies ist in der starken Ausprägung der mittelständischen Industriewirtschaft und des Handwerks begründet (vgl. ebd.).



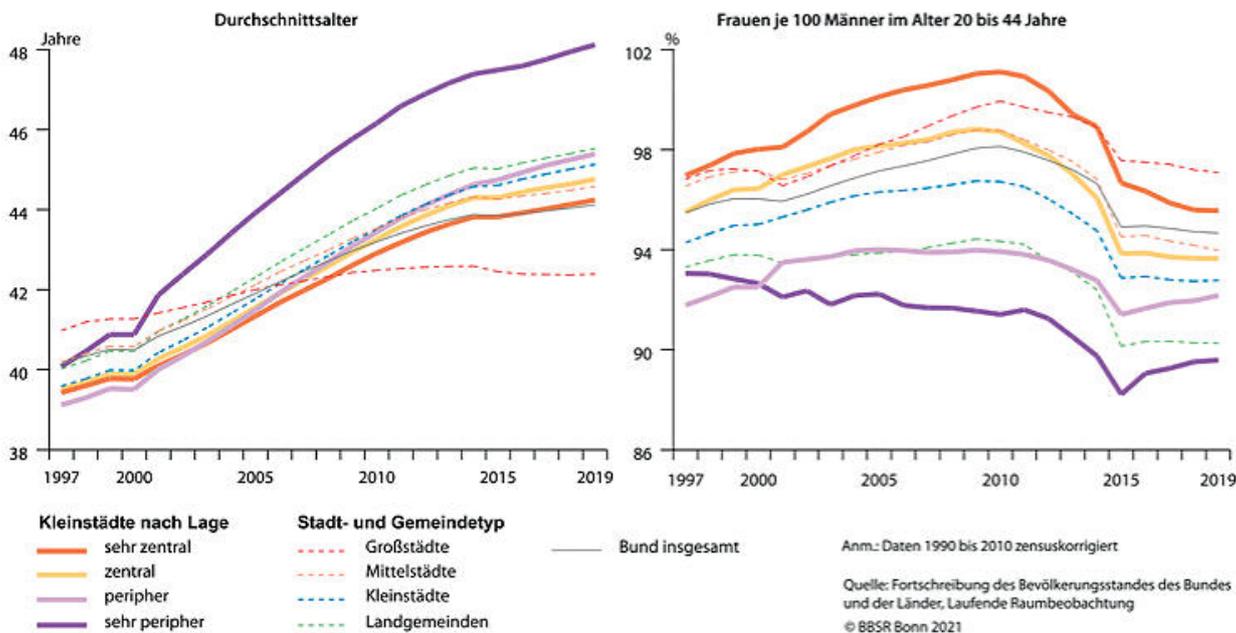
### 03 Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und Krisenauswirkungen

Die „(...) berufliche Bildung ist unverzichtbare Grundlage für die Sicherung des Fachkräftenachwuchses“ (BBF 2022: 7). Die Bedeutung von Ausbildungen ist von großer Wichtigkeit im gesellschaftlichen und arbeitspolitischen Kontext. Die Corona-Pandemie sorgt für eine deutliche Abnahme bei Bewerber:innen für Ausbildungsplätze. Auch wenn es seit dem letzten Jahr wieder ein leichtes Plus bei den neu beschlossenen Ausbildungsverträgen gibt, so ist der Vorkrisenstand noch lange nicht erreicht. Die Unsicherheiten, die im Verlauf der Pandemie entstehen, sind vor allem im Bereich der Gastronomie und Hotellerie, aber auch in anderen Branchen zu vermerken. Ähnliche Folgen gibt es bereits 2008/09 nach der Finanzkrise, welche dem Ausbildungsmarkt stark zugesetzt hat. (vgl. DESTATIS 2022)

Mit den Stellenbesetzungsschwierigkeiten geht eine Verringerung der Anzahl an auszubildenden Betrieben einher, besonders der von Kleinbetrieben (vgl. BBF 2022: 6f.). Insgesamt wird bei 85% der Betriebe von negativen Folgen des Fachkräftemangels ausgegangen. Es müssen Belegschaften einspringen und die Arbeitskosten können sich erhöhen. Dies kann neben Folgen für die Volkswirtschaft auch Einfluss auf das Wirtschaftswachstum und die Wohlfahrt haben (vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2021: 20).

## Demografischer Wandel im ländlichen Raum

Im ländlichen Raum hat die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten immer stärker abgenommen. Besonders die jüngeren Menschen verlassen häufig ihre Heimat in ländlichen Gegenden nach dem Schulabschluss. Die besseren Bildungsmöglichkeiten und Berufschancen in den städtischen Oberzentren beziehungsweise den Metropolregionen auf der einen Seite aber auch die kulturelle Vielfalt und das gesicherte Angebot an Nahversorgung machen den Umzug in die große Stadt attraktiv. (vgl. Milbert/Porsche 2021: 28). Damit wird gerade in diesen Regionen der demografische Wandel gefördert. Die älteren Menschen

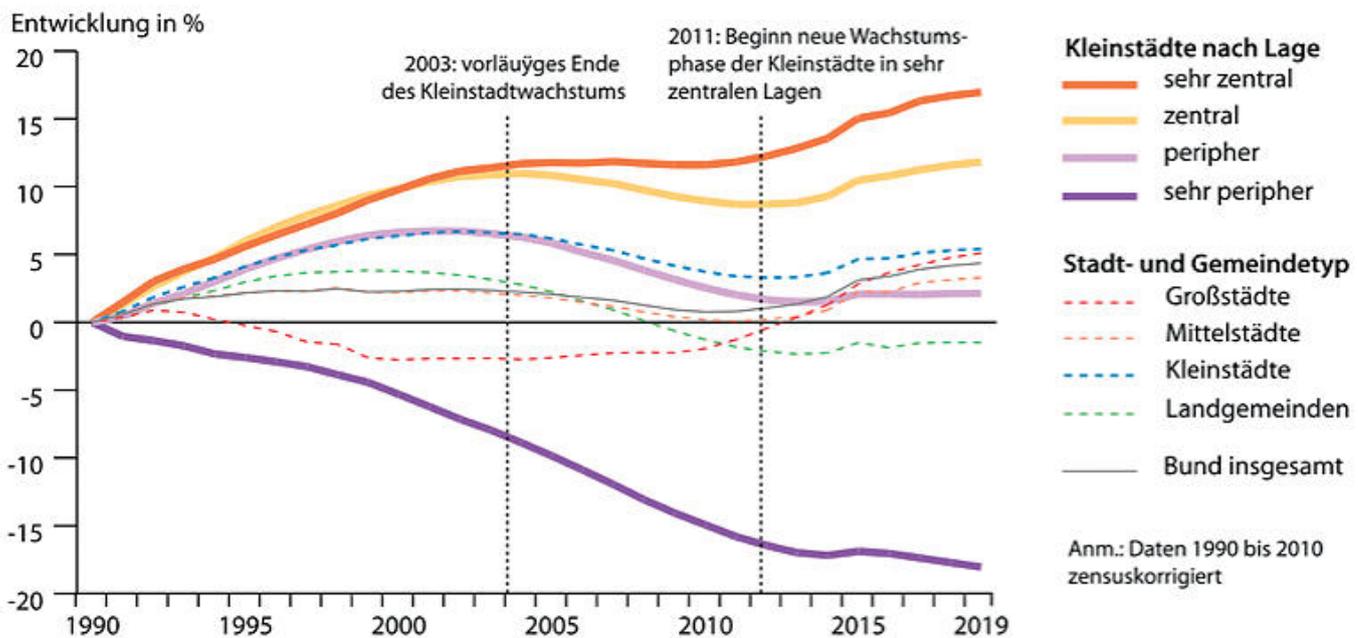


#### Ø4 Entwicklung von Durchschnittsalter in Kleinstädten nach Lage

bleiben in ihren Wohnorten und ziehen damit den Altersdurchschnitt stark nach oben. Der Ausgleich durch jüngere Menschen bleibt aus (vgl. BBSR 2021: 84). Allgemein ist dieses Phänomen in Deutschland und großen Teilen Europas nicht nur in peripheren Regionen zu beobachten: „Der Gewinn an Lebenszeit verändert die Demografie: 2020 waren rund 21 Prozent der EU-Bevölkerung 65 Jahre oder älter“ (Heinrich Böll Stiftung 2022: 39). Durch eine bessere medizinische Versorgung älterer Menschen und einen gleichzeitigen Geburtenrückgang nimmt der demografische Wandel in der Gesamtbevölkerung zu (vgl. DESTATIS 2016: 44).

Für das Bundesland Thüringen wird laut Bevölkerungsprognose bis in das Jahr 2040 eine Bevölkerungsabnahme von bis zu 15,4% in kreisangehörigen Gemeinden erwartet (vgl. TLS 2020). Im selben Zeitraum wird der Verlust von einem Viertel des Erwerbspotentials (Personen im Alter zwischen 15 und 65 Jahren) in Thüringen erwartet (vgl. Udo Philippus, TMSGFF, 11.07.2022). Allgemein leidet Ostdeutschland unter einem größeren Rückgang der Bevölkerung. Besonders ein Großteil der jetzigen Generation von jungen Erwachsenen/Jugendlichen fehlt, da deren Elterngeneration in den 1990er/2000er Jahren in die alten Bundesländer ziehen. Dadurch entsteht wiederum ein starker Altersüberhang (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022).

Unterschiede gibt es jedoch nicht nur zwischen Großstadt und Land. Auch der ländliche Raum selbst ist nicht an allen Stellen gleich (vgl. ebd.). So sind die Grundversorgung und Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht überall in Deutschland gleichmäßig verteilt. Es gibt sowohl zentralere beziehungsweise metropolnähere und großstadtnähere Gebiete als auch sehr peripher gelegene Räume. Diese wiederum sind in sozialökonomisch weniger gut oder besser situierte Gebiete eingeteilt (vgl. Küpper 2016: 23). Für Süddeutschland zeigen sich an dieser Stelle zwar viele ländliche Gegenden, die aber eine gute sozioökonomisch Lage haben, während Teile Norddeutschlands bei einer ländlichen Umgebung eher sozioökonomisch



## 05 Bevölkerungsentwicklung von Kleinstädten nach Lage

schwach aufgestellt sind. In Ostdeutschland gibt es sowohl sehr ländlich als auch etwas ländlich geprägte Gegenden, die sich aber alle in einer weitestgehend weniger guten sozioökonomischen Lage befinden. In dieses Spektrum fallen auch Thüringen und der Unstrut-Hainich-Kreis, zu dem Bad Langensalza zählt. Abgesehen von vier Landkreisen, die sich nahe der Thüringer Städtekette befinden, oder selbst Teil davon sind, sind die anderen Landkreise, darunter auch der Unstrut-Hainich-Kreis sehr ländlich geprägt. Sozioökonomisch fallen alle Landkreise Thüringens in die schwächer aufgestellte Kategorie (vgl. Küpper 2016: 26).

Besonders in solchen Regionen sind Investitionen schwieriger und mit mehr Aufwand verbunden als in wirtschaftlich stärkeren Regionen Süddeutschlands (vgl. Küpper / Mettenberger 2021: 171). Eine gute Infrastruktur, wozu auch der Auszubildenden-Campus zählen könnte, und Investitionen in diese sind trotzdem auch in strukturschwächeren Regionen wichtig.

## Die Rolle von Mittelzentren

Um die regionalen Unterschiede zu kontrollieren, soll das Zentrale-Orte-System für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung von Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland sorgen. Damit sollen überall, sowohl im peripheren ländlich geprägten Raum als auch in Großstädten und deren Umgebung gleichwertige Lebensverhältnisse ermöglicht werden. Das System weist bestimmten Orten eine konkrete Funktion beziehungsweise eine bestimmte Stellung in der Hierarchie der Zentralen-Orte zu.

Dieser Stellung entsprechend muss dieser Ort für seine nähere Umgebung gewisse Infrastruktur- und Versorgungseinrichtung haben. Die zentralen Orte werden entsprechend des Raumordnungsgesetzes von den Landes- und Regionalplänen bestimmt (vgl. Milbert / Porsche 2021: 46).

In Thüringen bestehen neben der Kategorie Oberzentrum mit den Städten Erfurt, Jena und Gera noch die Kategorien Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums und Mittelzentrum. Bad Langensalza gehört mit über 17.000 Einwohner:innen zu den Mittelzentren (vgl. Czuderna o. J.). Die Stadt wird mit Erfurt von einem Oberzentrum und mit Mühlhausen und Gotha von zwei Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums umgeben (vgl. Thüringer Finanzministerium 2014: 8).

»In den Mittelzentren sollen die gehobenen Funktionen der Daseinsvorsorge mit mindestens regionaler Bedeutung für den jeweiligen Funktionsraum konzentriert und zukunftsfähig weiterentwickelt werden. Dazu zählen auch Bildungseinrichtungen. Zu denen gehören neben den Schulen der Sekundarstufe II auch Berufsschulen. Somit lässt das System der zentralen Orte Berufsschulen in Mittelzentren, wie Bad Langensalza zu. Damit würde es auch in die raumordnerischen Planungsansätze des Landes Thüringen passen. Dennoch sind mit den nahegelegenen Orten Gotha und Mühlhausen zwei Orte mit einer höheren hierarchischen Stellung in dem System vorhanden. Dabei verfügt Gotha über zentrale Bildungseinrichtungen mit einem landesweiten Einzugsbereich und ebenso hat Mühlhausen unter anderem im Bereich der Bildung Teilfunktionen eines Oberzentrums.«

(Thüringer Finanzministerium 2014: 8)

Trotz der nahen Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums und Erfurt als Oberzentrum steht Bad Langensalza sowie auch den anderen „normalen“ Mittelzentren in Thüringen eine besondere Rolle zu. Aufgrund der historischen Entwicklung des Landes, welches in den letzten Jahrhunderten ein Flickenteppich aus kleinen Fürstentümern mit ihren eigenen Residenzstädten ist, besitzt Thüringen in einer gleichmäßigen Verteilung äußerst viele Klein- und Mittelstädte, denen die Aufgaben als Versorgungs- und Infrastrukturzentrum zugestanden werden sollten. Durch diese Dezentralisierung haben sich vergleichsweise nur mittelgroße Oberzentren herausgebildet, welche keine metropolähnlichen Strukturen aufweisen (vgl. Klingholz/Slupina 2013: 2f.). Die drei Oberzentren Thüringens haben eine Einwohnerzahl zwischen 90.000 (Gera) und 210.000 (Erfurt) (vgl. TLS 2021).

Eine Stabilisierung der Mittelzentren ist daher für die oben genannte Zielsetzung des Zentrale-Orte-Systems von großer Bedeutung. Dies entspricht jedoch nicht immer der Realität: „Der anhaltende Bevölkerungsschwund wird dabei Anpassungen des Zentrale-Orte-Netzes unausweichlich machen. Denn sinkt die Zahl der Menschen im Einzugsgebiet eines Mittelzentrums unter einen kritischen Wert, verschwinden viele Angebote mangels wirtschaftlicher Tragfähigkeit.“ (Klingholz/Slupina 2013: 3.). Während die größeren Thüringer Städte wie Erfurt, Jena und Weimar in den letzten Jahren wieder an Bevölkerung dazu gewinnen, was auch an deren guter Erschließung durch Schienenfernverkehr und Autobahnen liegt, sinken die Einwohnerzahlen in den meisten Klein- und Mittelstädten Thüringens weiter (vgl. ebd.: 6). Durch den Einwohnerschwind wird die Nachfrage nach bestimmten Dienstleistungen, Versorgungseinrichtungen und Infrastrukturen geringer und damit das Angebot teurer oder es verschwindet gänzlich (vgl. BVBS 2010: 20).

Letztlich besitzt Thüringen durch die große Anzahl an Mittelzentren in der Theorie ein gutes Netz an Versorgungseinrichtungen (siehe auch den Beitrag von Weiß und Krüger in diesem Band). Für die meisten Ortschaften ist das nächste Mittelzentrum in weniger als 15 Minuten zu erreichen. Dies ist in anderen ostdeutschen Regionen, besonders im Norden, nicht der Fall (vgl. Klingholz, Slupina 2013: 6ff.). Somit ist eine weitere Stärkung dieser Strukturen von besonderer Bedeutung. Allerdings wird in den Landesentwicklungsprogrammen nicht festgeschrieben, welche Versorgungseinrichtungen ein Mittelzentrum zwangsläufig haben muss. Daraus folgt häufig, dass eine Anzahl an Mindestnutzern nötig ist oder sich die Einrichtung wirtschaftlich auch rentieren muss, damit sie existiert. (vgl. BVBS 2010: 22)

## Verknüpfung von Bildungssituation und ländlichem Raum

Nach einer genaueren Betrachtung und Analyse des ländlichen Raums mit Bezug zu Bad Langensalza werden nun Verknüpfungen mit der Bildungssituation vollzogen. Es soll für mehr Gleichheit und gute Lebensverhältnisse zwischen urbanen Gebieten beziehungsweise Metropolregionen und dem ländlichen Raum beziehungsweise peripheren Lagen gesorgt werden (vgl. BLS 2020: 54). Wichtig sind ein ausgeglichenes Verhältnis und eine stabile Lage im Bereich der Wirtschaft. Regionale Wertschöpfung und öffentliche Daseinsvorsorge sollen gesichert sein und gefördert werden (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2021: 14ff.).

Kommunen werden ermutigt miteinander zu kooperieren und strukturschwache Regionen werden durch weiterentwickelte Förderprogramme gestärkt: „Kommunen sollen zur Inanspruchnahme von Förderprogrammen besser beraten werden. Hürden beim Mittelabruf werden wir abbauen, für finanzschwache Kommunen z. B. durch die Reduzierung oder den Ersatz von Eigenanteilen. Nicht abgerufene Fördermittel stellen wir zweckgebunden weiterhin (überjährig) für Förderungen der Kommunen zur Verfügung.“ (BFS 2021: 101).

Der Sonderrahmenplan „Ländliche Entwicklung“ wird erweitert und auch der Bürgerbeteiligung soll eine höhere Gewichtung zukommen: „Wir werden Bürgerbeteiligung in Verantwortung der kommunalen Selbstverwaltung unterstützen, z. B. bei regionalen Entwicklungskonzepten, Regionalmanagements und Regionalbudgets.“ (ebd.: 101).

Letztlich steht auch eine Unterstützung von Bildungseinrichtungen im ländlichen Raum im Fokus: „Wir unterstützen Initiativen zur Schaffung von Orten im ländlichen Raum, die Angebote bspw. der Nahversorgung, der Kultur, Bildung und Gesundheitsdienstleistungen bündeln (Dienstleistungszentren, Gemeinschaftshäuser, Dorfbüros).“ (ebd.: 102). Darunter könnte auch der Auszubildenden-Campus fallen, welcher neben seiner Funktion als Ausbildungsort auch eine Kooperation und räumliche Verbindung mit weiteren Einrichtungen wie Instituten, Hochschulen oder Co-Working-Spaces eingehen kann (vgl. Kapitel „Weitere Dienstleistungen auf dem Areal“).

Nachdem die politischen Bezüge zu den Problematiken hergestellt wurden, soll nun eine Darstellung der vorhandenen Bildungseinrichtungen im Umkreis Bad Langensalzas gegeben werden. In dem Bundesland Thüringen bestehen bereits eine Vielzahl von berufsbildenden Schulen, die für Auszubildende den theoretischen Rahmen ihrer Lehre schaffen. Organisiert werden die Berufsschulen durch die Berufsschulnetzplanung des Landes Thüringen (vgl. Udo Philippus, TMASGFF, 11.07.2022).

Damit in der Stadt Bad Langensalza neue Bildungsmöglichkeiten für Auszubildende entstehen, daher auch Berufsschulen, ist es wichtig, dass sich das dortige Angebot nicht mit anderen Orten in Thüringen überschneidet, beziehungsweise dass die Stadt Alleinstellungsmerkmale im Berufsbildungssektor aufbaut. Dabei geht es neben den Ortschaften der bereits bestehenden berufsbildenden Schulen auch um die Fachbereiche, die dort abgedeckt werden.

## **Aktuelle Konzepte in Zusammenhang mit Ausbildung und Campusareal**

Neben den üblichen Berufsschulen existieren in der aktuellen Bildungslandschaft bereits vergleichbare Konzepte, bei welchen Campusareale oder ähnliche Initiativen in Zusammenhang mit der Ausbildung oder Auszubildenden stehen. Häufig steht dabei das Wohnen an einem zentralen Ort im Vordergrund. Den Lehrlingen soll eine gemeinsame Wohnstätte mit einer guten Qualität angeboten werden. Solche und Ähnliche, bereits bestehende Projekte können eine Vorbildfunktion haben und als Pilotprojekte dienen (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Auch für die Idee des Campus in Bad Langensalza ist eine vorherige Untersuchung von vergleichbaren Vorhaben elementar. Sie kann bereits einige Fragestellungen klären, Orientierung bieten und einen Rahmen setzen.

In der ostthessischen Stadt Fulda befindet sich der „Azubi-Kampus pings“, betrieben vom Kolpingwerk. Der „Azubi-Kampus“ existiert seit 2019 und bietet jungen Leuten, die eine Ausbildung machen, eine Unterkunft in innenstadt- und bahnhofsnahe Lage (vgl. ebd.). Die bauliche Anlage besteht aus einem ehemaligen Seniorenwohnheim, welches renoviert und erweitert wurde. Im Außenbereich befindet sich eine möblierte Terrasse und ein Beachvolleyballfeld. Dieses Feld und eine angrenzende Rasenfläche kann ebenso von dem Gymnasium „Winfriedschule“ benutzt werden, dessen Gebäude sich direkt an das Areal anschließt (vgl. ebd.). Den Auszubildenden stehen möblierte Einzel- oder Doppelzimmer zur Verfügung. Die Küchen sind gemeinschaftlich organisiert. Des Weiteren gibt es mehrere thematisierte Aufenthaltsräume, darunter auch ein Musikzimmer und eine Lobby mit Sitzgelegenheiten, Fernseher und der Rezeption. In diesem Bereich befindet sich auch das Frühstücksbuffet für die Auszubildenden (vgl. ebd.). Neben den Zimmern gibt es auch Veranstaltungsräume, die vermietet werden. Dort können beispielsweise die Abschlussprüfungen der Lehrlinge von der Industrie- und Handelskammer stattfinden (vgl. ebd.). In Zukunft sollen zwei benachbarte Altbauten renoviert und dem Areal als weitere Unterkünfte angeschlossen werden. Ebenso ist dort eine Auszubildenden-Bä-



Ø6 Möblierte Terrasse auf dem Campus in Fulda



Ø7 Grünfläche und Volleyballfeld auf dem Campus in Fulda

ckerei geplant (vgl. ebd.). Mehrere Sozialpädagogen im Haus kümmern sich um die BewohnerInnen und es werden verschiedene Veranstaltungen und Feste organisiert. Diese stehen nicht nur den BewohnerInnen, sondern allen Auszubildenden der Region offen (vgl. ebd.). Um als junger Mensch die Möglichkeit zu haben auf dem Campus zu wohnen und die Angebote zu nutzen, muss man eine Ausbildung machen und eine monatliche Miete von ungefähr 350 Euro bezahlen (vgl. ebd.).

Das Kolpingwerk steht in enger Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer und dem Landkreis Fulda, dem der Baugrund gehört. Der Landkreis ermöglicht geringere Mietkosten als es auf dem Immobilienmarkt der Fall wäre und er ist nicht auf eine schnelle Rendite angewiesen (vgl. ebd.). Außerdem hat er bei Darlehen für das Kolpingwerk gebürgt (vgl. ebd.). Zusätzlich wird das Projekt von der BfA gefördert. Kommunale Investitionsprogramme wurden beim Bau als Fördermittel genutzt (vgl. ebd.).

Zusammenfassend stellt der „Azubi-Kampus“ ein sehr interessantes Projekt dar und kann als Pilotprojekt und Vorbild dienen. Allerdings hat die Institution bisher nur wenig Erfahrungen, da kurz nach der Gründung 2019 die Coronapandemie ausbricht, die für starke Veränderungen sowohl in der Ausbildungslandschaft allgemein als auch bei dem Betrieb des Campus gesorgt hat (vgl. BBF 2022: 7). Die soziale und gruppenorientierte Komponente des Projekts muss in den zwei Jahren nach dem Ausbruch aufgrund der Hygienevorschriften stark zurückgefahren werden (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022).

Auch wenn dieser Campus für die Bildungsfragen dieser Beitrag Antworten und Ideen geben kann, so ist er in Bezug auf die räumliche Situation, mit der bei dem Campus in Bad Langensalza gearbeitet werden muss, eher unpassend. Fulda ist eine prosperierende Mittelstadt mit knapp 70.000 Einwohner:innen, einem großen Angebot an Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben und einer großen Bandbreite an kulturellen Einrichtungen (vgl. Der Magistrat der Stadt Fulda o. J.). Es sind also wichtige Voraussetzungen im städtischen Umfeld für ein solches Projekt gegeben, die auf Bad Langensalza in dieser Form nicht zutreffen. Allerdings führt das Kolpingwerk auch für andere Städte Machbarkeitsstudien durch, wozu auch das mittelhessische Neustadt zählt, welches von der Ortsgröße und den Eigenschaften in der Umgebung mit Bad Langensalza vergleichbar ist (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Eine Zusammenarbeit mit dem Kolpingwerk oder die Durchführung einer Machbarkeitsstudie wären also denkbar. Wahrscheinlicher ist eine Mischnutzung zusammen mit anderen Einrichtungen, indem beispielsweise Schlafräumlichkeiten, wie bei einem Hostel oder einer Jugendherberge an fremde Personen oder Seminargruppen vermietet werden. (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022)

Weitere vergleichbare Konzepte mit ihren eigenen Schwerpunkten gibt es auch an anderen Orten. So befindet sich im Teutschenthaler Ortsteil Holleben in der Nähe von Halle an der Saale das „Ausbildungszentrum Bau Holleben.“ Die Einrichtung entsteht in den 1990er Jahren durch Finanzierungen des Bundes, des Landes und aus Eigenmitteln. Sie fokussiert sich auf die Bauwirtschaft (vgl. König 2020). Das Zentrum bietet neben den Berufsschulzweigen für die entsprechenden Lehrgänge ebenfalls ein Internat zur Unterbringung der Auszubildenden mit einer pädagogischen Betreuung und verschiedenen angeschlossenen Aufenthalts- und Sporträumen und Freizeiteinrichtungen (vgl. Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V. 2019: 2).

Dieser Standort ist dem ländlichen Raum zuzuordnen, hat jedoch den Vorteil in der nahen Umgebung zu einer Großstadt zu liegen (12 km entfernt von Halle Zentrum) und hat dadurch einen näheren Zugang zu Unterhaltung, Kultur und einem größeren Arbeitsmarktangebot (vgl. Stadt Halle (Saale) 2022). Die Ausdehnung des Areals ist wesentlich größer, als es die Maße beim Barfüßerkloster in Bad Langensalza zulassen, was jedoch auch daran liegt, dass dort zahlreiche Werkstätten Platz finden. Die Idee und Konzeption von Holleben, das Zusammenleben der Auszubildenden mit der campusähnlichen Gestalt und die Zusammenarbeit mit Bund und vor allem dem Land Sachsen-Anhalt können trotzdem gute Anhaltspunkte für Bad Langensalza sein. Nichtsdestotrotz müsste sich der berufliche Fokus in eine andere Richtung bewegen und die Ausmaße wesentlich kleiner ausfallen (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022).

## Räumliche Zentrierung von Berufsschulen als Campus

Im Folgenden soll ein kurzer Überblick über die Ausgestaltung des Konzepts gegeben werden. Der theoretische Ausbildungsteil, welcher bereits in Berufsschulen stattfindet, könnte an einem Ort konzentriert sein. Das bedeutet, dass verschiedene Lehrgänge räumlich auf einem Areal vereint wären. In einem weiteren Schritt geht

es um eine mögliche Angliederung von Ausbildungsbetrieben. Das bedeutet, dass für einige Lehrgänge sogar der praktische Ausbildungsteil vor Ort oder in der nahen Umgebung stattfinden könnte. Es stellt sich ergänzend also die Frage, ob eine zentrale Ansiedlung beziehungsweise Zusammenlegung von Berufsschulen und wirtschaftlichen Betrieben möglich ist.

Im Rahmen der Untersuchung soll an geeigneten Stellen die thüringische Kleinstadt Bad Langensalza im Unstrut-Hainich-Kreis als Praxisbeispiel dienen, um das Campuskonzept exemplarische zu veranschaulichen. Das dortige ehemalige Barfüßerkloster am westlichen Rand der Altstadt wird momentan gesichert und saniert und könnte als potenzielles Campusareal dienen. Mit dem Konzept eines Bildungs- beziehungsweise Ausbildungscampus ließe sich für einige Auszubildende ihr gesamter Lehrbetrieb, vom schulischen bis hin zum betrieblichen Teil, an einem Ort zusammenführen. Das Zusammenlegen verschiedener Ausbildungslehrgänge auf dem Areal kann die Kommunikation unter den Auszubildenden, aber auch unter den Lehrenden und MeisterInnen fördern. Damit wird das soziale Gefüge gestärkt. Ebenso lassen sich interdisziplinäre Ideen und Projekte realisieren. Ein solcher Ort kann für Jugendliche, die noch vor der Entscheidung stehen, ob sie studieren oder eine Ausbildung machen möchten, für Letzteres sprechen. An dem Ausbildungs-Campus können sie viele weitere junge Leute antreffen (vgl. ebd.). Sie wären also nicht, wie sonst häufig in den Ausbildungen, allein oder nur unter wenigen in ihrer Altersklasse.

Neben diesen Veränderungen in der Bildungslandschaft könnten sich auch für viele Klein- und Mittelstädte neue Potentiale ergeben. Dem häufigen Schwund an jungen Leuten wird entgegengewirkt. Damit kann sogar ein starkes Schrumpfen der Bevölkerung im ländlichen Raum gedämpft werden. Viele junge Leute bleiben in ihrer Heimatstadt oder in der Nähe von dieser und müssen nicht in eine weiter entfernte Großstadt umziehen. Ausgelernte Arbeitskräfte bleiben im weiteren Berufsleben möglicherweise am Ausbildungsort beziehungsweise in ihrem Betrieb. Außerdem werden bei der Zentralisierung der Ausbildung zeitaufwendige Anfahrtswege gespart und kurze Wege zwischen den Ausbildungsorten gefördert (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022).

Des Weiteren fordern die Bedürfnisse der Auszubildenden neue Infrastrukturen und Versorgungseinrichtungen, denen man in den Innenstädten gerecht werden kann. Sollten sich auf dem Ausbildungs-Campus beziehungsweise in deren Nähe Betriebe ansiedeln, ist das nicht nur von Vorteil für die Lehrtätigkeit. Diese Unternehmen sind gleichzeitig wirtschaftliche Akteur:innen und Gewerbetreibende, die ihrem Metier nachgehen und damit für Kunden und Handel in diesem Gebiet sorgen. Es entsteht eine lebendigere Stadtlandschaft und es werden Alternativen gegen die Leerstände in den Innenstädten geboten.

Im Folgenden geht es nicht um eine genaue bauliche Beschreibung der potenziellen zukünftigen Anlage und deren architektonische und räumliche Gestaltung, sondern um einen groben Aufbau und mögliche Nutzungen. Zu Beginn sollen die verschiedenen Einrichtungen und Nutzungen auf einem solchen Campus wiedergegeben werden. Dabei soll differenziert beurteilt werden, welche Teile einer Ausbildung dort stattfinden können und bei wel-

chen eine Umsetzung der ursprünglichen Vorstellung unwahrscheinlich ist und welche Alternativen sich an dieser Stelle anbieten. Darauf aufbauend handelt das Kapitel von den Fördermöglichkeiten. Zuletzt soll wiedergegeben werden, auf welche Instrumente beim Planungsverfahren geachtet werden sollte. Somit soll ein besserer räumlicher und inhaltlicher Eindruck von der Projektidee entstehen. Realisierungsmöglichkeiten sollen erkennbar gemacht werden.

Bei dem Campusgedanken war die ursprüngliche Intention einen Ort zu schaffen, an dem sich mindestens ein, nach Möglichkeit mehrere Berufsschulen zentrieren. In ähnlicher Form gibt es solche Berufsschulzentren auch bereits an vielen Orten; so zum Beispiel in Mühlhausen (19 km entfernt) (vgl. Berufsschulcampus Unstrut-Hainich 2022). Eine komplett neue Ansiedlung von Berufsschulen in Bad Langensalza gestaltet sich daher auf Anhieb schwierig. Nicht nur in Mühlhausen, auch in anderen Orten der Umgebung befinden sich größere Einrichtungen mit Berufsschulen. Dazu zählen ebenfalls Gotha (20 Kilometer entfernt) und Erfurt (36 km entfernt) (vgl. Kapitel „Bestehendes Bildungsangebot“).

Eine Wegnahme dortiger Einrichtungen könnte auf erheblichen Widerstand treffen und wäre auch nicht die Intention des Projekts (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Die Entscheidung über die Standorte der Berufsschulen liegt im entsprechenden Thüringer Ministerium. Für die Ansiedlung oder das Bestehen einer Berufsschule sind unter anderem die Klassenstärken ausschlaggebend (vgl. Udo Philippus, TMASGFF, 11.07.2022).

Eine andere Möglichkeit wäre die Ansiedlung von neuen Ausbildungszweigen beziehungsweise Lehrgängen, welche in den aktuellen Bildungseinrichtungen noch nicht vertreten sind. Diese Option kann allerdings noch nicht genauer behandelt werden, da dafür erst neue Lehrgänge entwickelt werden und sich in der Bildungslandschaft beziehungsweise auf dem Arbeitsmarkt durchsetzen müssten.

Ebenso wäre eine kleinere Aufteilung der Bildungseinrichtungen eine Alternative. Dies würde nicht nur die duale Ausbildung, sondern auch das Studium betreffen (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). An einigen Universitäten existieren bereits kleine Fachbereiche, welche sich nicht an dem zentralen Standort der Universität, also meistens in einer größeren Stadt, befinden. So führt die Universität Kassel für den Fachbereich „Ökologische Agrarwissenschaften“ in der nordhessischen Kleinstadt Witzenhausen eine Dependence. Neben der starken Förderung des Mittelzentrums Witzenhausen, spricht auch der thematische Inhalt des Fachbereichs für einen Standort in einer ländlich geprägten Gegend (vgl. Mittelstraß/Schüler 2000: 4f.).

Nach demselben Muster könnte auch bei der dualen Ausbildung vorgegangen werden (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022.). Aber auch eine solche Entwicklung ist nur auf Landes- oder Bundesebene umsetzbar oder im Einzelfall durch einen privaten Investor. In allen Fällen würde der Prozess jedoch wahrscheinlich einen langen Zeitraum in Anspruch nehmen (vgl. Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft 2018: 9). Dennoch wäre eine ähnliche Konzeption auch für Berufsschulen

realisierbar. Lehrgänge, wie zum Beispiel die agrarisch orientierten Lehrgänge in Witzenhausen oder auch forstlich orientierte Bereiche, haben an dezentralen Orten einen Standortvorteil und könnten ausgelagert werden. (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022)

So hat die Stadt Bad Langensalza ebenfalls Wirtschaftsbereiche, die sich für eine Zusammenarbeit eignen würden. Als Kurstadt sind mehrere Kliniken und Kureinrichtungen dort ansässig (vgl. Kur und Tourismus Bad Langensalza GmbH o.J.: 11f.). Diese benötigen medizinisches Fachpersonal und Pflegekräfte. Ein weiterer größerer Arbeitgeber sind die „Traco Deutsche Travertin Werke“ (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). An ihrem Standort könnte eine Ausbildung im Natursteinhandwerk oder in wirtschaftlichen Bereichen stattfinden (vgl. Deutsche Travertin Werke GmbH o.J.). Der größte Arbeitgeber der Stadt ist der Hersteller von Leichtmetallrädern Borbet (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). Er bietet eine Reihe von Ausbildungsplätzen, angefangen mit Berufen im Informatik- und Elektronikbereich über verschiedene MechanikerInnen bis hin zu ProduktdesignerInnen und dem kaufmännischen Bereich, an. Auch WerksstudentInnen und die Möglichkeit des dualen Studiums fallen in die Bandbreite der Firma (vgl. Borbet GmbH o.J.). Zudem gibt es den Nationalpark Hainich (vgl. Nationalpark-Verwaltung Hainich 2019: 10). Die Verwaltung hat ihren Sitz in der Stadt. Im Zusammenhang mit dem Hainich würden sich Ausbildungen in dem forstwirtschaftlichen Bereich eignen (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). Somit eignen sich mehrere Betriebe beziehungsweise Fachbereiche für eine Lehre in der Stadt.

## Zentrale Ansiedlung von Praxisbetrieben

Neben der Konzentration von Berufsschulen war ein weiterer Grundgedanke des Konzepts die Ansiedlung von Ausbildungsbetrieben oder kleiner Standorte derer auf dem Campus beziehungsweise in deren naher Umgebung. Auch dieses Vorhaben stellt sich als schwer umsetzbar dar. Diese Möglichkeit würde nur bei Betrieben bestehen, die keine großen Platzansprüche haben und sich an einem Campus einrichten können. Die Betriebe müssten dafür außerdem eine gute finanzielle Grundlage besitzen und die Motivation für ein solches Projekt haben. Letztendlich spielt auch die Lage des Campus eine Rolle. Für den Betrieb müsste sich eine Neu- oder Teilansiedlung vor Ort aus wirtschaftlicher Sicht lohnen.

Aber auch wenn die genannten Kriterien eintreffen, stellt sich eine solche Umsetzung problematisch dar. Sollte sich beispielsweise ein Betrieb für einen Ausbildungslehrgang dort ansiedeln, würde das bedeuten, dass er den praktischen Ausbildungsteil für alle Lehrlinge übernimmt. Somit müssten die Auszubildenden desselben Lehrgangs, die ihren Ausbildungsvertrag aber in einem anderen Unternehmen haben, trotzdem dort ihrer Lehre nachgehen. Dadurch würde eine Konkurrenzsituation zwischen den Betrieben einer gleichen Branche bestehen. Auszubildende müssten somit den Betrieb, der sie ausgebildet hat, nach der Ausbildung wechseln. Finanzschwächere Betriebe, für die sich eine solche Umsiedlung nicht rentiert, würden vermutlich weniger oder gar keine Auszubildenden mehr gewinnen.

Eine Ansiedlung von Betrieben direkt auf dem Klosterareal lässt sich auch aus Platzgründen schlecht realisieren.

Eine Alternative könnte ein vergleichbares Vorhaben wie bei dem Azubi-Kampus in Fulda sein. Dort soll demnächst eine Azubi-Bäckerei auf dem Campusareal entstehen (vgl. Kapitel „Aktuelle Konzepte in Zusammenhang mit Ausbildung und Campusareal“) (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Eine solche oder vergleichbare Einrichtung wäre auch auf dem Klosterareal oder in der Umgebung möglich. Die Lage zwischen Bahnhof und Innenstadt ist aus wirtschaftlicher Sicht lohnend. Ebenso wären praxisnahe Werkstätten als Lehr- und Tätigkeitsräume für Auszubildende eine mögliche Ergänzung (vgl. ebd.).

Wichtig ist jedoch, dass das Prinzip der dualen Ausbildung nicht ausgehebelt wird. Das entscheidende und auszeichnende Element dieses Systems ist neben der schulischen Theorieausbildung die Arbeit in dem Betrieb (vgl. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland o. J.). Sie bereitet auf das spätere Berufsleben vor und ermöglicht unter Umständen den direkten Einstieg in das Unternehmen (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Daher soll der überwiegende Aufenthalt im Betrieb bestehen bleiben. Eine Ausnahme wäre lediglich bei einer vergleichbaren Situation wie der Azubi-Bäckerei, da sie selbst eine Art Betrieb darstellt, der gleichzeitig praxisnaher Lernort, aber auch tatsächliche Versorgungseinrichtung für die umliegende Bevölkerung ist.

## Weitere Dienstleistungen auf dem Areal

Zu den weiteren Einrichtungen auf dem Campusareal könnte ein Wohnheim für die Auszubildenden zählen. Die Unterkunft kann entweder als dauerhafter Wohnort dienen oder nur für die Tage beziehungsweise Wochen, in denen Auszubildende Blockseminare haben, wo sie also im Jahr nur einige Wochen dort sind (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). In letztem Fall könnte das Wohnhaus zu anderen Zeiten als eine Herberge dienen (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022).

Auch, wenn weder Schule noch Betriebe aus den genannten Gründen an dem Standort realisiert werden können, wäre ein Wohnheim trotzdem ein Vorhaben für eine Revitalisierung des Areals. Somit könnte man Auszubildenden, deren Betrieb sich in Bad Langensalza oder der näheren Umgebung befindet, eine attraktive Unterkunft bieten, auch wenn ihre Berufsschule beispielsweise in Mühlhausen oder an einem anderen Ort ist (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022 Z.). Es könnte ein abwechslungsreicher Wohnort mit Aufenthaltsräumen, sozialpädagogischer Betreuung, eventuellem Frühstücksangebot und weiteren Nutzungsmöglichkeiten und Veranstaltungen für die Lehrlinge entstehen (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022).

Ergänzt werden kann eine solche Einrichtung durch Werkräume, in denen sich die Auszubildenden nach ihrem Berufs- und Schulalltag in ihrem Metier oder auch anderen Bereichen weiterentwickeln und ausprobieren könnten. Für die Vernetzung untereinander, auch berufssparten- beziehungsweise lehrgangsübergreifend sind solche Räumlichkeiten interessant. Dies könn-

te zu gegenseitiger Akzeptanz, zum kreativen Austausch und zu gemeinsamen Ideen führen. Solche Vernetzungen können im späteren Berufsleben von Vorteil sein. Außerdem ließen sich diese Räumlichkeiten morgens und vormittags von Schulen zu Vorführzwecken und zum Ausprobieren und Kennenlernen von Berufen nutzen.

Damit wäre jungen Leuten, welche aus ihrem Elternhaus ausziehen und von näheren Wegen zu ihrem Arbeitsplatz profitieren wollen, eine gute Alternative geboten (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Die kürzeren Anfahrtswege zum Betrieb sind auch aus ökologischer Sicht in den Fokus zu stellen (vgl. Umweltbundesamt 2017: 17). Der Individualverkehr ließe sich reduzieren und es würden weniger Treibhausgase ausgestoßen werden (vgl. ebd.: 17f.). Momentan sind für viele Auszubildende noch lange Fahrzeiten zu den Berufsschulen zurückzulegen, was durch die hohe Anzahl an Thüringer Verkehrsbetrieben und durch dessen fehlende Zusammenarbeit noch verstärkt wird (vgl. Udo Philippus, TMSGFF, 11.07.2022). Bei einigen Ausbildungen stehen außerbetriebliche Lehrgänge in Bildungszentren auf dem Schulplan, die von den Betrieben und den europäischen Sozialfonds finanziert und gefördert werden. Für sie könnte es ebenso Seminar- oder Werkräume vor Ort geben. (vgl. Udo Philippus, TMSGFF, 11.07.2022)

Neben der Nutzung in Zusammenhang mit Auszubildenden kommen noch andere Verwendungsmöglichkeiten in Frage. So ließen sich dort Seminarräume für Studierende oder Unternehmen einrichten, die gemietet werden können oder ein Ort für Co-Working-Space schaffen. (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Eine Kooperation mit Hochschulen ist an dieser Stelle denkbar (Fachhochschule Erfurt, Universität Erfurt, Duale Hochschule Gera-Eisenach, Hochschule Nordhausen) (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Gewisse Seminare, Projekte oder Vorlesungen, deren Durchführung sich an einem anderen Ort beziehungsweise im ländlichen Raum anbietet, können dorthin ausgelagert werden. So würde sich mit der Fakultät Landschaftsarchitektur, Garten und Forst der Fachhochschule Erfurt eine Zusammenarbeit in Zusammenhang mit dem Nationalpark Hainich und den Park- und Gartenanlagen der Stadt anbieten. Zwischen der Fachrichtung Architektur und dem Unternehmen „Traco Deutsche Travertin Werke“ ließen sich im Umgang mit Travertin als Baumaterial Seminare verwirklichen. Die in Bad Langensalza ansässige Firma Borbet bietet sich für einen Austausch mit der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaften an. Über Borbet können sich auch Verknüpfungen zu der Dualen Hochschule Gera-Eisenach und deren Bereichen Wirtschaft und Technik herstellen lassen.

## Fördermöglichkeiten

Damit es möglich ist, ein solches Campusareal zu schaffen und auch den Betrieb aufrecht zu erhalten, sind finanzielle Förderungen ein Hauptbestandteil des Realisierungsprozesses. Die Stadt Bad Langensalza wäre wahrscheinlich allein nicht dazu in der Lage, einen solchen Komplex zu finanzieren. Bei einem Konzept wie diesem, ist die Finanzierung weniger eine Frage der Stadt als des Landes, beziehungsweise des entsprechenden Ministeriums als verantwortliche Institution für Bildungsfragen. Alternativ könnte es auch noch einen dritten privaten Part-

ner als Investor geben. Die Akquisition eines solchen ist allerdings meistens schwierig und mit vielen Konditionen und wenig Einflussnahme verbunden. Die Aufgabe der Stadt liegt vielmehr darin, ihren Standort attraktiv erscheinen zu lassen und für eine Ansiedlung zu werben.

Eine mögliche Förderung aus der ministeriellen Abteilung für Regionalentwicklung wäre in den Fokus zu nehmen. So gibt es eine „Förderung von Maßnahmen und Projekten der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels“ aus dem TMIL. Darin geht es um die Förderung von modellhaften Projekten, insbesondere auch im ländlichen Raum, welche eine Vorbildfunktion für andere Orte haben können. Die Förderung teilt sich in drei mögliche Bereiche, unter die das Projekt fallen kann. So soll es entweder ein Projekt der Regionalentwicklung sein, ein Demografieprojekt oder ein Modellprojekt (vgl. TMIL 2021:1995ff.).

Eine weitere Alternative für den Auszubildenden-Campus wären Mittel aus der Berufsausbildungsbeihilfe der Agentur für Arbeit (vgl. BfA 2020). Durch diese Unterstützung für Auszubildende kann beispielsweise ein Wohnangebot vor Ort attraktiver und kostengünstiger gestaltet werden (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Wenn Betreiber und Investor dieselbe Institution sind, kann es von der BfA auch weitere Förderungen geben (vgl. ebd.). Auch Sponsorings von Wirtschaftsunternehmen der Region sind eine Finanzierungshilfe. Um solche Unterstützer jedoch zu finden, ist die Ausstrahlung des Projekts wichtig.

Das Gebiet des Bad Langensalzaer Klosterareals befindet sich momentan bereits in mehreren Förderkulissen. So wird das Förderprogramm „Stadtumbau Ost-Sicherung“ genutzt. Dies ist eine 100%-Förderung, bei der 50% der Gelder vom Bund kommen und 50% vom Land (vgl. Max Horrmann, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, 25.07.2022). Da dieses Programm 2020 mit der Städtebaureform ausgelaufen ist, werden für die Sicherung und Renovierung einzelner Bauten (vgl. Abb. 18) über das Folgeprogramm „Wachstum und nachhaltige Erneuerung-Sicherung“ Fördermittel beantragt. (vgl. Bundesministerium des Innern; für Bau und Heimat 2021: 28f.). Außerdem befindet sich das Gebiet des Klosterareals im Sanierungsgebiet der Stadt. Dieses ist ebenfalls Stadtumbaugebiet und Gebiet der „Sozialen Stadt“. Damit können bei zukünftigen Anträgen alle drei Städtebauförderprogramme bedient werden (vgl. Max Horrmann, DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, 25.07.2022). Für das Areal und die Sicherung und Sanierung der Bauten ist also eine solide finanzielle Grundlage gegeben.

## Planungsverfahren

Für die Umsetzung des Auszubildenden-Campus spielt zu Beginn das Planungsverfahren eine wichtige Rolle. Bei der Planung eines solchen Projektes stehen zu Beginn des Planungsprozesses indirekte Planungsverfahren im Fokus. Dabei sind persuasive Instrumente am wichtigsten. Es geht an erster Stelle um die Kommunikation und Überzeugung. Da es ein solches oder ähnliches Vorhaben bisher nur selten in dieser Art gibt, muss zu Beginn des Planungsverfahrens durch in-



Ø8 Steinbruch zwischen Malzwerk links und Kloster rechts

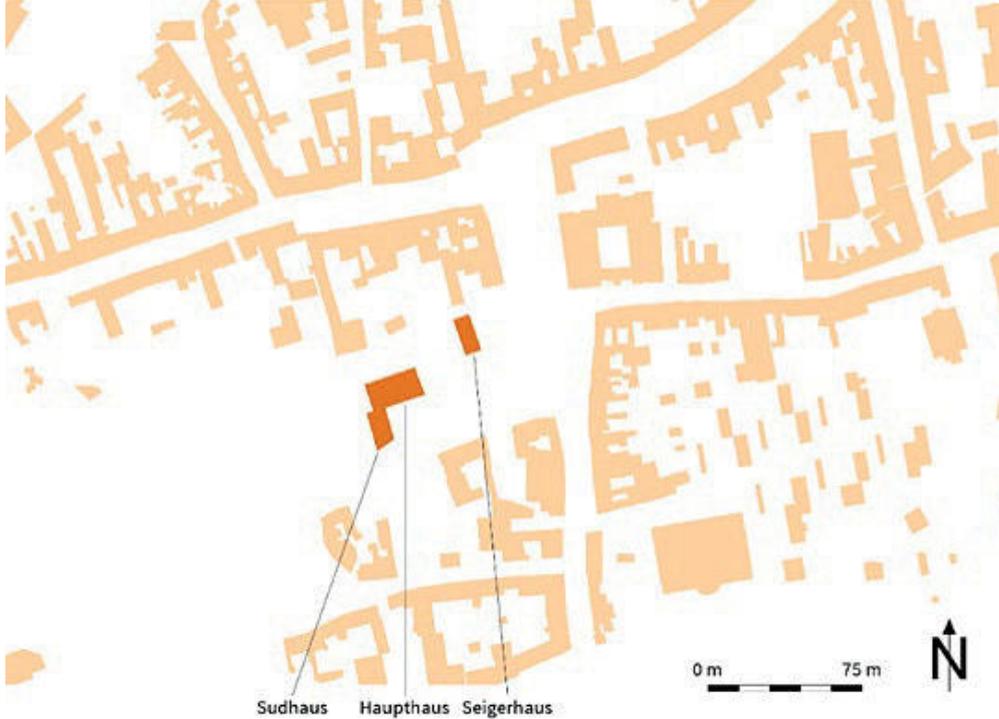
tensive Kommunikation sowohl mit den Bewohner:innen als auch mit wichtigen Akteuren eine informative Grundlage für das Konzept geschaffen werden. Bei den beteiligten Akteur:innen sollten Akzeptanz und Anreize zur Beteiligung und Unterstützung des Vorhabens geschaffen werden. In diesem Zusammenhang eignet sich ein Workshop oder Planspiel mit den Bewohner:innen und den Akteur:innen beziehungsweise Expert:innen.

Im weiter fortschreitenden Planungsprozess kommen andere indirekte Verfahren ins Spiel, wie die finanzielle Förderung (vgl. Kapitel „Fördermöglichkeiten“). Eine abgesicherte Finanzierung kann aber auch ein Argument sein, um Beteiligte zu überzeugen. Daher sollte sich damit ebenfalls rechtzeitig auseinandergesetzt werden. Schließlich folgt unter den indirekten Verfahren noch das regulative Instrument zur Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Bebauung. Dieses Instrument wird jedoch im Rahmen dieser Beitrag nicht intensiver bearbeitet, da dieser Schritt bei einer potenziellen Verwirklichung des Projekts noch nicht auf der kurzfristigen Agenda steht. (vgl. Meinhardt 2016: 2f.)

Neben den indirekten Verfahren spielen auch die direkten Planungsverfahren eine entscheidende Rolle. Bei denen sind standortorientierte Instrumente beziehungsweise öffentliche Mittel von Bedeutung. Die Veränderung soll an einem konkreten Ort, dem ehemaligen Barfüßerkloster in Bad Langensalza stattfinden. (vgl. ebd.: 4) Die genannten Verfahrensschritte sollen eine erste Orientierung in dem möglichen Planungsprozess für das ehemalige Klosterareal geben.

## Klosterareal Bad Langensalza

Um das Konzept und die Planung des Auszubildenden-Campus konkret auf das Barfüßerkloster anzuwenden, ist ein Überblick über die Bestandssituation des ehemaligen Klosters nötig. Es soll ein Eindruck über die Lage der Anlage entstehen und es werden die aktuellen Eigentumsverhältnisse erläutert. Nach dieser Beschreibung mit der Ist-Situation soll eine Standortanalyse die Vorteile, Nachteile, Chancen und



## 09 Verortung der Klosterbauten in Quartiersumgebung

Grenzen des Arels kurz zusammenfassen. Dazu wird eine SWOT-Analyse angewandt (vgl. MobilBericht 2022). Um die genannten Punkte herauszuarbeiten.

Das Klosterareal befindet sich am westlichen Rand der historischen Altstadt von Bad Langensalza. In 500 Metern südlicher Entfernung liegt der Bahnhof der Stadt und 450 Meter östlich liegt mit dem Marktplatz der Stadtkern und die Einkaufsstraße. Am Süd-Ost-Rand des Gebiets tut sich ein großer Steinbruch des Unternehmens „Traco Deutsche Travertinwerke“ auf (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). Unmittelbar vor dem Kloster sorgt ein kleiner Wassergraben und damit eine Vertiefung zwischen den Fahrspuren für eine Akzentuierung des Straßenraums. Dieser Graben zieht sich durch weite Teile der Altstadt und bewirkt somit eine Kontinuität zwischen Kloster und anderen Stadtgebieten (vgl. Bauhaus-Universität Weimar 2010: 35).

Das Barfüßerkloster befindet sich im Eigentum der Stadt Bad Langensalza. Ebenso gehört das sich in der „Lange Straße“ befindliche Malzwerk der Stadt. Daher ist es der Kommune möglich, auf die Bauten zuzugreifen und aus ihnen Projekte zu entwickeln (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). Dies bedeutet aber ebenfalls, dass sie für das Areal verantwortlich ist und es sichern und instand halten muss. So wird momentan das Sudhaus durch Renovierungsarbeiten gesichert. Zusätzlich gehört die Hofanlage „Lange Straße 27“ der Stadt. Sie bildet einen Übergang zwischen der sich nördlich befindlichen „Langen Straße“ und dem Klosterareal. Optional könnte die Hofanlage als eine Wirtschaftszufahrt für den Auszubildenden-Campus dienen.

Das Areal wird an der kompletten Westseite von dem Steinbruch der „Traco Deutsche Travertinwerke“ begrenzt. Diese Firma hat das Bergrecht an dem Abbaugbiet (vgl. ebd.). Mithilfe einer SWOT-Analyse ließen sich die Stär-

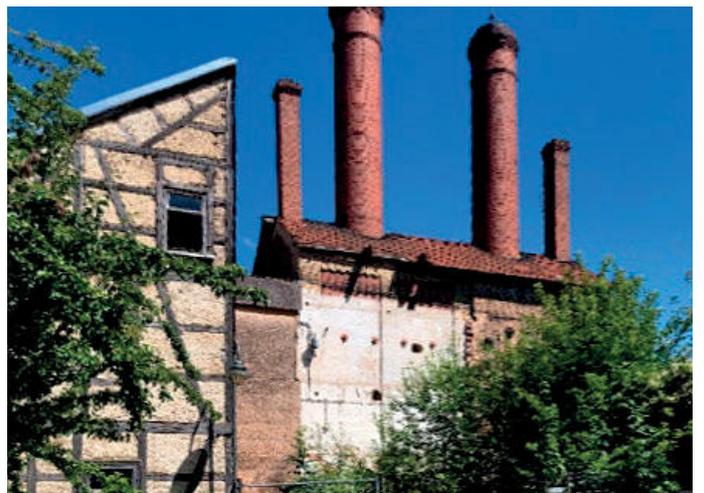


10 Sudhaus in der Sanierung

11 Seigerhaus

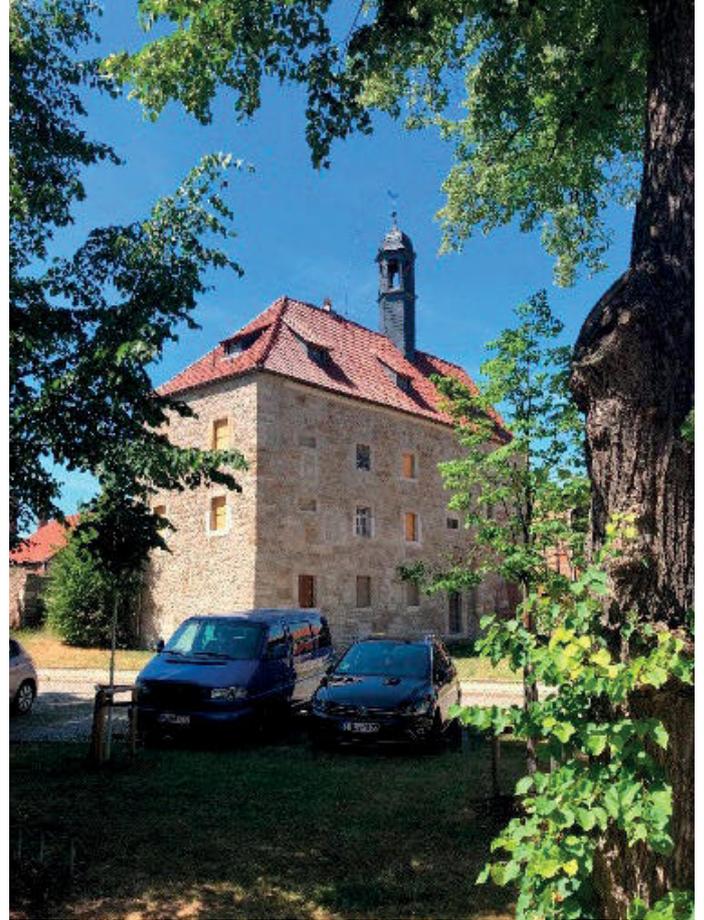


12 Malzwerk





13 Hauptgebäude



14 Nördlicher Hof mit Seigerhaus im Hintergrund

ken, Schwächen, Chancen und Risiken des Areals ausfindig gemacht werden, worauf hier aus Platzgründen nicht näher eingegangen werden kann. Zusammenfassend weist das Areal noch einige Herausforderungen auf. Für einen Umbau ist ein großer Arbeitsaufwand erforderlich. Trotzdem bildet das Klosterareal eine gute Basis für eine Verwirklichung soll vorher das Areal abgegangen und erkundet werden. Durch dieses Kapitel wird dem Leser eine solide Vorstellung des Gebiets, der Bausubstanz und des derzeitigen Zustandes vermittelt.

## Fazit

Abschließend soll dieser Beitrag um ein Fazit ergänzt werden. In diesem Teil werden die Ergebnisse und Erkenntnisse aus der Recherche und den Experteninterviews zusammenfassend dargestellt. Die Handlungsempfehlungen für das Konzept sollen kompakt wiedergegeben werden.

In der momentanen Betrachtung der Bildungslandschaft ist das Studium noch immer höherbewertet und attraktiver als die Ausbildung (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Dies liegt häufig an der Eltern- und Großeltern-generation, für die eine schlechtere Bezahlung, anstrengendere Arbeit und weniger Berufschancen, gerade im ländlichen Raum, mit der Ausbildung verbunden sind (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Der Fachkräftemangel stellt aber sowohl Thüringen als auch die gesamte Bundesrepublik vor große Herausforderungen und führt zu mehr Abhängigkeit von Arbeits-

kräften aus dem Ausland (vgl. Udo Philippus, TMASGFF Abteilung 3 Referat 31, 11.07.2022). Es braucht die duale Ausbildung und die Fachkräfte, um Wohlstand, die wirtschaftliche Stabilität und Fortschritt sicherzustellen (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Unternehmen entscheiden sich teilweise, trotz bestehender Nachfrage, gegen einen Standort in Thüringen, weil die Akquisition von Fachkräften schwierig ist (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Das Zusammenführen von Angebot und Nachfrage bleibt also ein zentrales berufsbildungspolitisches Handlungsfeld (vgl. BBF 2022: 6f.).

Dabei ist die Vergütung für Fachkräfte in Thüringen gut, es gibt wenig Konkurrenz auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und Karrierechancen sind gegeben (vgl. Udo Philippus, TMASGFF Abteilung 3 Referat 31, 11.07.2022). Thüringen hat eine vorteilhafte Lage in Deutschland mit weitreichender öffentlicher und individueller Verkehrsinfrastruktur, die trotz der fehlenden Fachkräfte Potenzial für die Ansiedlung von Unternehmen und damit Ausbildungsplätzen hat (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Wichtig ist eine gesetzliche Gleichstellung von Ausbildung und Studium (vgl. Udo Philippus, TMASGFF Abteilung 3 Referat 31, 11.07.2022). Schon in Schulen sollte die Berufsausbildung beworben werden mit bezahlten Praktika, Informationsveranstaltungen von Berufsvertretern und anderen Mitteln (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Desweiteren muss ein Versorgungsnetz mit schnell erreichbaren Ausbildungsort geschaffen werden (vgl. Udo Philippus, TMASGFF Abteilung 3 Referat 31, 11.07.2022).

Auch Bildung ist eine Ressource, die man vergleichbar zu den regionalen Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft, in einem regionalen Umfang aufbauen, verteilen, lehren und weitergeben kann. Damit lässt sich eine nachhaltige Regionalentwicklung erschaffen. Eine regional vernetzte Bildungsförderung kann darauf aufbauend die Grundlage für die Schaffung regionaler Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten sein (vgl. Hahne 2008: 38). Durch das Vorhandensein von Bildungseinrichtungen in Mittelzentren oder vergleichbaren Ortschaften werden potenzielle Arbeitskräfte ausgebildet und nach Möglichkeit dort gehalten (vgl. Lahner 2015: 82). Davon profitieren die ortsansässigen Betriebe und somit auch die regionale Ökonomie (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Um den Ansprüchen eines Mittelzentrums gerecht zu werden und für die Versorgung der Stadt und der näheren ländlichen Umgebung zu sorgen, ist eine gezielte Förderung auch im Bildungsbereich wichtig. Ebenso sollte die Zusammenarbeit zwischen Kommunen gefördert und gestärkt werden.

Um das zu ermöglichen, stellt der Auszubildenden-Campus eine gute Alternative dar, auch wenn er allein nicht für einen großen Umschwung im Bildungssystem und beim Stellenwert von Berufsausbildungen sorgen kann. Letztendlich bildet er einen Baustein unter vielen weiteren Maßnahmen. Dennoch fördert ein Campus das Matching von Ausbildung, Betrieb und Schule (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Es wird ein soziales Wohnraumangebot geschaffen (vgl. ebd.). Durch ergänzende Aktivitäten über das reine Wohnen hinaus wird der Campus und damit die Berufsausbildung attraktiver (vgl. ebd.). Die Rundum-Betreuung bringt sowohl Sicherheiten und Entlastungen für den Betrieb als auch für die Eltern der Auszubildenden und die Auszubildenden selbst (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Der

Campus fördert den Austausch, die Kommunikation und gegenseitige Akzeptanz. In der Umgebung wird das Straßenleben aufgewertet (vgl. Gerrit Haase, SBL, 12.07.2022). Die Stadt wird durch Spillover-Effekte, wie eine größere Diversität, höhere Kaufkraft und ein vielseitigeres Vereinsleben gestärkt (vgl. Sabine Freye, MARPFV, 14.07.2022). Aber auch hierbei kann der Campus nicht allein die demografische Situation und das Image des ländlichen Raums verändern. Er kann einen kleinen Schritt in Richtung Aufwertung der Innenstädte darstellen und die Attraktivität für junge Menschen steigern. Dennoch bedarf es weiterer Förderung und Maßnahmen im ländlichen Raum.

Außerdem ist ein Campus im ländlichen Raum nicht risikofrei (vgl. Steffen Kempa, KJF, 14.07.2022). Obwohl es viele Fördermöglichkeiten- und programme gibt, muss dennoch die gesamte Finanzierung gesichert werden. Partner und Betreiber müssen gefunden werden. Es hängt viel von der Raum- und Regionalplanung des Landes und von privaten oder institutionellen Investitionen ab. Für das Fallbeispiel in Bad Langensalza lässt sich eine Realisierung mit neuer Berufsschule nur schwer durchsetzen, zumal es bereits ein breites Spektrum an Berufsschule in der Umgebung gibt. Kleine Lehr- beziehungsweise Seminareinheiten oder Blockwochen vor Ort wären jedoch vorstellbar. Wichtig ist dabei die Bezugnahme zu den örtlichen Berufsfeldern und ansässigen Unternehmen. Die direkte Unterbringung von Betrieben könnte allerdings für eine verstärkte Konkurrenzen zwischen den Unternehmen sorgen bietet sich daher in einem größeren Umfang nicht an. Ein Wohnheim inklusive sozialpädagogischer Betreuung, weiterführenden Angeboten, Aktivitäten und attraktiv gestalteten Aufenthaltsräumen und -flächen wäre jedoch ein machbares Vorhaben.

Das ehemalige Barfüßerkloster kann den städtebaulichen Rahmen für einen kleinen Campus bilden. Die Bauten sind ein Grundstock für das Areal. Dennoch müssen noch intensive Sanierungs- und Umgestaltungsmaßnahmen stattfinden. Eine Erweiterung des Geländes in Richtung Westen ist wünschenswert, jedoch in nächster Zeit nicht absehbar.

Letztlich geht es darum, die Öffentlichkeit, Ausbildungsbetriebe, Bewohner:innen und Bildungsträger:innen von dem sozioökonomischen und ökologischen Mehrwert des Vorhabens für die Region und gegebenenfalls die Strahlkraft über die Region hinaus zu überzeugen. Für die damit einhergehende Veränderung in der Bildungslandschaft und Neuorientierung in der Regionalentwicklung, die es in dieser Form nicht beziehungsweise nur selten gibt, soll Akzeptanz geschaffen werden.

## Quellen

Arnold, Rolf / Lipsmeier, Antonius (Hrsg.) (2006): Handbuch der Berufsbildung. 2., überarb. und aktualisierte Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2020): Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. W. Bertelsmann Verlag, Bielefeld.

Breuing, Kathrin / Pilz, Matthias / Schumann, Stephan (Hrsg.) (2018): Berufsbildung zwischen Tradition und Moderne. Festschrift für Thomas Deissinger zum 60. Geburtstag. 1. Aufl. 2019 edition. Springer, Wiesbaden.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2018): Zehn Jahre aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Vierter Statusbericht zum Zentrenprogramm der Städtebauförderung. 1. Auflage, Oktober 2018. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2021): Raumordnungsbericht 2021. Wettbewerbsfähigkeit stärken. Stand März 2021. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2016): Landflucht? Gesellschaft in Bewegung, [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/izr/2016/2/Inhalt/izr-2-2016-komplett-dl.pdf;jsessionid=25AFFCC280FFD92B3B8F2B6DD8CECD5C.live21323?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/izr/2016/2/Inhalt/izr-2-2016-komplett-dl.pdf;jsessionid=25AFFCC280FFD92B3B8F2B6DD8CECD5C.live21323?__blob=publicationFile&v=1) (2022-08-02).

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2010): Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzepte, Berlin, [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/moro-info/9/moro9\\_1.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/moro-info/9/moro9_1.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (2022-07-25).

Godemann, Jasmin / Michelsen, Gerd (Hrsg.) (2007): Handbuch Nachhaltigkeitskommunikation. Grundlagen und Praxis. 2., aktualisierte und überarb. Aufl. ökom Verlag, München, [http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/handbuch-nachhaltigkeitskommunikation\(09152376-3781-42da-bf25-92aebb469c9c\).html](http://fox.leuphana.de/portal/de/publications/handbuch-nachhaltigkeitskommunikation(09152376-3781-42da-bf25-92aebb469c9c).html) (2022-08-04).

Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2022): Sozialatlas. Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält. 1. Auflage. Heinrich Böll Stiftung, Berlin, [https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas\\_2022.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/2022-03/Sozialatlas_2022.pdf) (2022-08-02).

Küpper, Patrick; Mettenberger, Tobias, 2021: Innovative Versorgungslösungen in ländlichen Regionen: Ergebnisse der Begleitforschung zum Modellvorhaben Land(auf)Schwung im Handlungsfeld "Daseinsvorsorge". Bd. 1 der Begleitforschung Land(auf)Schwung. Johann-Heinrich-von-Thünen-Institut, Braunschweig, <https://d-nb.info/1244928941/> (2022-08-05).

Milbert, Antonia / Porsche, Lars (2021): Kleinstädte in Deutschland. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:101:1-2021122210324631200366> (2022-07-25).

Nationalpark-Verwaltung Hainich (Hrsg.) (2019): Bedeutung des Nationalparks für die touristische Entwicklung der Welterbergregion Wartburg Hainich. Ergebnisse des sozialökonomischen Monitorings. Redaktionsschluss Mai 2019. Druckmedienzentrum Gotha, Gotha.

Umweltbundesamt (Hrsg.) (2017): Die Stadt für Morgen. Umweltschonend mobil – lärmarm – grün – kompakt – durchmischt, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/20170505\\_stadt\\_von\\_morgen\\_2\\_auflage\\_web.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/421/publikationen/20170505_stadt_von_morgen_2_auflage_web.pdf) (2022-08-01).

Rüegg, Walter (2004): Die Geschichte der Universität in Europa. C. H. Beck, München.

## Materialien

Bad Langensalza (Hrsg.) (2020): Fachbereiche & Ansprechpartner – Bad Langensalza, <https://badlangensalza.de/die-stadt/stadtverwaltung/fachbereiche-ansprechpartner/> (2022-07-06).

Bad Langensalza (Hrsg.) (2022): Kleinstadtmanufaktur – Bad Langensalza, <https://badlangensalza.de/kleinstadtmanufaktur/> (2022-07-06).

Bau Bildung Sachsen-Anhalt e. V. (Hrsg.) (2019): Internat Holleben, <https://www.bauausbildung-holleben.de/bbdata/website/locations/holleben/internat-hl.pdf> (2022-07-21).

Baubiologie Bäumler (Hrsg.) (o. J.): Raumklima. <https://www.gesundbauen.com/raumklima.html> (2022-08-10).

Bauhaus-Universität Weimar (Hrsg.) (2010): Umnutzung des Ensembles "Am Barfüßerkloster".

Berufsschulcampus Unstrut-Hainich (Hrsg.) (2022): Willkommen auf dem Berufsschulcampus Unstrut-Hainich, <https://bsc-uh.de/> (2022-08-02).

Borbet GmbH (Hrsg.) (o. J.): Ausbildung bei Borbet, <https://www.borbet.de/ausbildung> (2022-07-28).

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2020): Berufsausbildungsbeihilfe - Informationen für Jugendliche, [https://www.arbeitsagentur.de/datei/merkblatt-bab\\_ba013469.pdf](https://www.arbeitsagentur.de/datei/merkblatt-bab_ba013469.pdf) (2022-07-23).

Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2022): Ausbildungsmarkt, [https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Ausbildungsmarkt/Ausbildungsmarkt-Nav.html#bb\\_vi\\_anchor](https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Ausbildungsmarkt/Ausbildungsmarkt-Nav.html#bb_vi_anchor) (2022-08-10).

Bundesagentur für Arbeit Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (Hrsg.) (2022a): Fachkräfteengpassanalyse 2021, Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (Hrsg.), (2022b): Gemeldete Arbeitsstellen nach Berufen (Engpassanalyse) (Monatszahlen), Berichte: Analyse Arbeitsmarkt, Nürnberg.

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2021): Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2021. Analysen auf Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Analysen auf

Basis der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September, [https://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab11\\_beitrag\\_ausbildungsmarkt-2021.pdf](https://www.bibb.de/dokumente/pdf/ab11_beitrag_ausbildungsmarkt-2021.pdf) (2022-08-02).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2021): Städtebauförderung 2021. [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/staedtebaufoerderung-2021.pdf;jsessionid=3C1CE232AA64663A0EC4BE05B97F2729.2\\_cid287?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/staedtebaufoerderung-2021.pdf;jsessionid=3C1CE232AA64663A0EC4BE05B97F2729.2_cid287?__blob=publicationFile&v=5) (2022-07-25).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft; Bundesministerium (Hrsg.) (2021): Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse. Zwischenbilanz der 19. Legislaturperiode, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/178222/7d7b9f258c195b5731d90b726bac7883/politik-fuer-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-zwischenbilanz-data.pdf> (2022-08-03).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2019): Lernen wie ein Azubi, leben wie ein Student, <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/lernen-wie-ein-azubi-leben-wie-ein-student.html> (2022-08-02).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2022): Berufsbildungsbericht 2022, [https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/berufsbildungsbericht-2022.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](https://www.bmbf.de/SharedDocs/Downloads/de/2022/berufsbildungsbericht-2022.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (2022-06-28).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2021): Fachkräfte im Inland gewinnen – Erwerbspotenziale aus dem Familiennachzug, Monitor Familienforschung Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, 42, [https://www.demografie-portal.de/DE/Service/Publikationen/2021/fachkraefte-im-inland-gewinnen-erwerbspotenziale-aus-dem-familiennachzug.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.demografie-portal.de/DE/Service/Publikationen/2021/fachkraefte-im-inland-gewinnen-erwerbspotenziale-aus-dem-familiennachzug.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (2022-07-01).

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2022): Studierende, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61669/studierende/> (2022-08-02).

Bündnis 90 / Die Grünen / Die Linke / SPD (Hrsg.) (2020): Gemeinsam neue Wege gehen. Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch gestalten. Koalitionsvertrag zwischen den Thüringer Landesverbänden der Parteien DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, <https://www.spd-thueringen.de/wp-content/uploads/Koalitionsvertrag-r2g.pdf> (2022-08-03).

Bündnis 90 / Die Grünen / SPD / FDP (Hrsg.) 2021: Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021 – 2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP), [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag\\_2021-2025.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf) (2022-07-10).

Czauderna, Henry (Hrsg.) (o. J.): Bad Langensalza in Thüringen, <https://www.thueringen.info/bad-langensalza.html> (2022-07-25).

Der Magistrat der Stadt Fulda (Hrsg.) (o. J.): Stadt Fulda – Über uns, <https://www.fulda.de/unsere-stadt/ueber-uns> (2022-08-07).

Deutsche Travertin Werke GmbH (Hrsg.) (o. J.): Deutsche Naturstein-klassiker für Hochbau, GaLabau, Innenausbau, Restaurierung Ausbildung bei Traco, <https://traco.de/offene-stellen/> (2022-07-28).

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hrsg.) (2021): Fachkräfte- engpässe schon über Vorkrisenniveau. DIHK-Report Fachkräfte 2021.

Eckert, Daniel (2019): Studium: Ganz Deutschland drängt an die Uni. In: WELT 11.09.2019, <https://www.welt.de/wirtschaft/karriere/bildung/article200124928/Studium-Ganz-Deutschland-draengt-an-die-Uni.html> (2022-06-28).

Euler, Dieter (2018): Duale Berufsausbildung – ein Exportschlager ohne Absatz? In: Breuing, Kathrin / Pilz, Matthias / Schumann, Stephan (Hrsg.): Berufsbildung zwischen Tradition und Moderne. Festschrift für Thomas Deissinger zum 60. Geburtstag. 1. Aufl. 2019 edition. Springer, Wiesbaden, 315-329.

Greinert, Wolf-Dietrich (2006): Geschichte der Berufsausbildung in Deutschland. In: Arnold, Rolf; Lipsmeier, Antonius (Hrsg.): Handbuch der Berufsbildung. 2., überarb. und aktualisierte Aufl. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 499-508.

Hahne, Ulf (2008): Die Bedeutung regionaler Wertschöpfungsketten für eine nachhaltige Regionalentwicklung, MLUV Brandenburg: Erfahrungen und Herausforderungen, 2008.

Hilde Bjørk (2017): Historische Entwicklung des dualen Ausbildungs-systems. In: AHK Norwegen/Norsk-Tysk Handelskammer 19.12.2017, <https://handelskammer.blog/historische-entwicklung-des-dualen-ausbildungssystem/> (2022-06-28).

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie (Hrsg.) (2013): Mittelzentren Thüringens. Wenn weniger mehr bedeutet., Thüringer Memos, 04, Erfurt.

König, Kerstin (2020): Ausbildungszentren Teil 4: Überbetriebliches Ausbildungszentrum Holleben, <https://www.tech-isolierung.de/ausbildungszentren-teil-4-ueberbetriebliches-ausbildungszentrum-holleben-15092021> (2022-07-21).

Kur und Tourismus Bad Langensalza GmbH (Hrsg.) (o. J.): Die Kur in Bad Langensalza, [https://badlangensalza.de/storage/sites/2/Broschuere\\_Kur\\_in\\_Bad\\_Langensalza\\_11-19\\_web.pdf](https://badlangensalza.de/storage/sites/2/Broschuere_Kur_in_Bad_Langensalza_11-19_web.pdf) (2022-08-07).

Lahner, Jörg (2015): Entwicklung und Regionalökonomik, Bundesprojekt „Offene Hochschule Harz“.

Meinhardt, Britta (2016): Instrumente der Stadtplanung. Ein Überblick über die Möglichkeiten kommunaler Akteure, an der Stadtentwicklung mitzuwirken, Lehrbausteine Stadt | Landschaft | Planung.

Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (Hrsg.) (2021): Förderrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft zu Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels, Thüringer Staatsanzeiger, 49, [https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Strategische\\_Landesentwicklung/Regionalentwicklung/2021-richtlinie-foerderung-regionalentwicklung.pdf](https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/fileadmin/Strategische_Landesentwicklung/Regionalentwicklung/2021-richtlinie-foerderung-regionalentwicklung.pdf) (2022-07-23).

Agrarbündnis (Hrsg.) (2000): Ökologischer Landbau als eigenständiges Studium. Witzhausen hat seine wissenschaftliche Ausbildung reformiert, Landwirtschaft 2000 - Der kritische Agrarbericht,, Rheda-Wiedenbrück, <https://orgprints.org/id/eprint/1092/1/mittelstass-2000-studiengang-oekolog-landwirtschaft.pdf> (2022-07-28).

MobilBericht (Hrsg.) (2022): SWOT-Analyse. In: Mobilbericht 2022, <https://mobilbericht.mobilitaet.tu-berlin.de/swot-analyse-2/> (2022-08-08).

Thünen-Institut für Ländliche Räume (Hrsg.) (2016): Abgrenzung und Typisierung ländlicher Räume, Thünen Working Paper, 68.

plp Architekten Generalplaner (Hrsg.) (o. J.): AUSBILDUNGSZENTRUM BAU HOLLEBEN, <https://plp-architekten.de/portfolioreader/ausbildungszentrum-bau-holleben.html> (2022-08-11).

Raidt, Tabea (2009): Bildungsreformen nach PISA. Paradigmenwechsel und Wertewandel, Stuttgart, <https://d-nb.info/1001346890/34> (2022-08-04).

Regionalen Planungsgemeinschaft Mittelthüringen (Hrsg.) (2020): Beschluss-Nr. PLV 15/10/20 vom 05.11.2020. Stellungnahme zum Antrag des Ilm-Kreises auf Zuwendung nach der „Thüringer Richtlinie zur Förderung von Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels“ für das Projekt „Bildungscampus Großbreitenbach“, [https://www.google.com/search?q=bildungscampus+gro%C3%9Fbreitenbach&source=lmns&bih=577&biw=1280&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiY2tid1s\\_4AhUMWxoKHVi9AToQ\\_AUoAHoECAEQAA](https://www.google.com/search?q=bildungscampus+gro%C3%9Fbreitenbach&source=lmns&bih=577&biw=1280&hl=de&sa=X&ved=2ahUKEwiY2tid1s_4AhUMWxoKHVi9AToQ_AUoAHoECAEQAA) (2022-06-28).

Rosenbaum-Feldbrügge, Matthias / Sander, Nikola / Stawarz, Nico (2021): Stadt-Land-Wanderungen. In: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/datenreport-2021/bevoelkerung-und-demografie/329539/stadt-land-wanderungen/> (2022-08-02).

Schildt, Axel (2002): Gesellschaft, Alltag und Kultur in der Bundesrepublik, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/9762/gesellschaft-alltag-und-kultur-in-der-bundesrepublik/> (2022-08-04).

Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.) (o. J.): Berufliche Ausbildung im Dualen System – ein international beachtetes Modell, <https://www.kmk.org/themen/berufliche-schulen/duale-berufsausbildung.html> (2022-07-28).

Stadt Halle / Saale (Hrsg.) (2022): Willkommen in der Händelstadt Halle!, <https://www.halle.de/de/Kultur/Willkommen-in-Halle/> (2022-08-07).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2016): Ältere Menschen in Deutschland und der EU.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2021): Studierende an Hochschulen - Fachserie 11 Reihe 4.1 - Wintersemester 2020/2021. In: Fachserie 11 Reihe 4.1., [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-endg-2110410217004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/studierende-hochschulen-endg-2110410217004.pdf?__blob=publicationFile) (2022-06-27).

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2022): Pressemitteilung Nr. N 001 vom 14. Januar 2022. Corona-Krise: Zahl der Beschäftigten in der Gastronomie geht deutlich zurück. Pressemitteilung vom 14.01.2022, [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22\\_N001\\_45.html;jsessionid=06DDD5B32FC450DFC5DAD87E9F69D692.live731](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/01/PD22_N001_45.html;jsessionid=06DDD5B32FC450DFC5DAD87E9F69D692.live731) (2022-06-28).

Thüringer Finanzministerium (Hrsg.) (2014): Zentrale Orte und überörtlich bedeutsame Gemeindefunktionen, [https://landesrecht.thueringen.de/jportal/recherche3doc/2\\_2\\_LEntwPrgV\\_TH\\_2014\\_jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13.pdf?json=%7B%22format%22%3A%22pdf%22%2C%22docId%22%3A%22jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13%22%2C%22portalId%22%3A%22bsth%22%7D&\\_=%2F2\\_2\\_LEntwPrgV\\_TH\\_2014\\_jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13.pdf](https://landesrecht.thueringen.de/jportal/recherche3doc/2_2_LEntwPrgV_TH_2014_jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13.pdf?json=%7B%22format%22%3A%22pdf%22%2C%22docId%22%3A%22jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13%22%2C%22portalId%22%3A%22bsth%22%7D&_=%2F2_2_LEntwPrgV_TH_2014_jlr-LEntwPrgVTH2014pAnlage-G13.pdf) (2022-07-25).

Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation (Hrsg.) 2022: Download Offene Geodaten, <https://www.geoportal-th.de/de-de/Downloadbereiche/Download-Offene-Geodaten-Th%C3%BCrington> (2020-07-23).

Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2020): Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung der kreisangehörigen Gemeinden, erfüllenden Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften in Thüringen 2020 bis 2040, <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=gg001131%7C%7C> (2022-07-01).

Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2021): Bevölkerung, darunter Ausländer, nach Geschlecht und Kreisen in Thüringen, <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kr000102%7C%7C> (2022-08-07).

Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.) (o. J.): Berufsbildende Schule, <https://bildung.thueringen.de/schule/schularten/berufsbildendeschulen#c53490> (2022-08-11).

Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft (Hrsg.) (2018): Thüringer Hochschulgesetz mit Thüringer Hochschulgebühren- und -entgeltgesetz in der Fassung der Bekanntmachung von 2018, Stand: 2018, [https://www.tlpk.de/fileadmin/Downloads/Allgemeines/hochschulgesetz\\_mobil\\_optimiert\\_2018.pdf](https://www.tlpk.de/fileadmin/Downloads/Allgemeines/hochschulgesetz_mobil_optimiert_2018.pdf) (2022-08-07).

Winter, Martin (2015): Bologna – die ungeliebte Reform und ihre Folgen, <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/204075/bologna-die-ungeliebte-reform-und-ihre-folgen/> (2022-08-04).

## Fachgespräche

Freye, Sabine; Diplom in der Volkswirtschaftslehre, Master of Arts in der Regionalentwicklung und Promotion in Finanzwissenschaften der Volkswirtschaftslehre, am 14.07.2022.

Haase, Gerrit; Stadtverwaltung Bad Langensalza Stabsstelle Wirtschaftsförderung, am 12.07.2022.

Hormann, Max; DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH, am 25.07.2022.

Kempa, Steffen; Geschäftsführung „pings Azubi-Kampus“ Kolping Jugendwohnen Fulda gGmbH, am 14.07.2022.

Philippus, Udo; Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie; Vertretender Abteilungsleiter Abteilung 3, Arbeit und Qualifizierung, Referatsleiter Referat 31 Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, Fachkräftesicherung, Arbeits- und Tarifrecht, am 11.07.2022.

## Abbildungsnachweise

- 01 Fotografie Luc Retsch
- 02 Grafik Luc Retsch nach BfA / Arbeitsmarktberichterstattung 2022
- 03 Grafik Luc Retsch nach BfB 2021
- 04 Grafik Milbert / Porsche 2021
- 05 Grafik Milbert / Porsche 2021
- 06 Fotografie Luc Retsch
- 07 Fotografie Luc Retsch
- 08 Fotografie Luc Retsch

- 09 Grafik Luc Retsch nach der Basiskarte vom Thüringer Landesamt für Bodenmanagement und Geoinformation 2022
- 10 Fotografie Luc Retsch
- 11 Fotografie Luc Retsch
- 12 Fotografie Luc Retsch
- 13 Fotografie Luc Retsch
- 14 Fotografie Luc Retsch

# Bildessay: Öffentlicher Raum

Fotos: Lena Knacker und Arvid Krüger

Ø1 Stadtkante im Wohngebiet Heimstätte



Ø2 Brückenplatz, Brunnendetail





Ø3 Straßensituation im äußeren Bereich der Kernstadt

Ø4 Franz-Bartsch-Brücke über die Sprotte



Ø5 Sanierete Wohngebäude im Wohngebiet Heimstätte



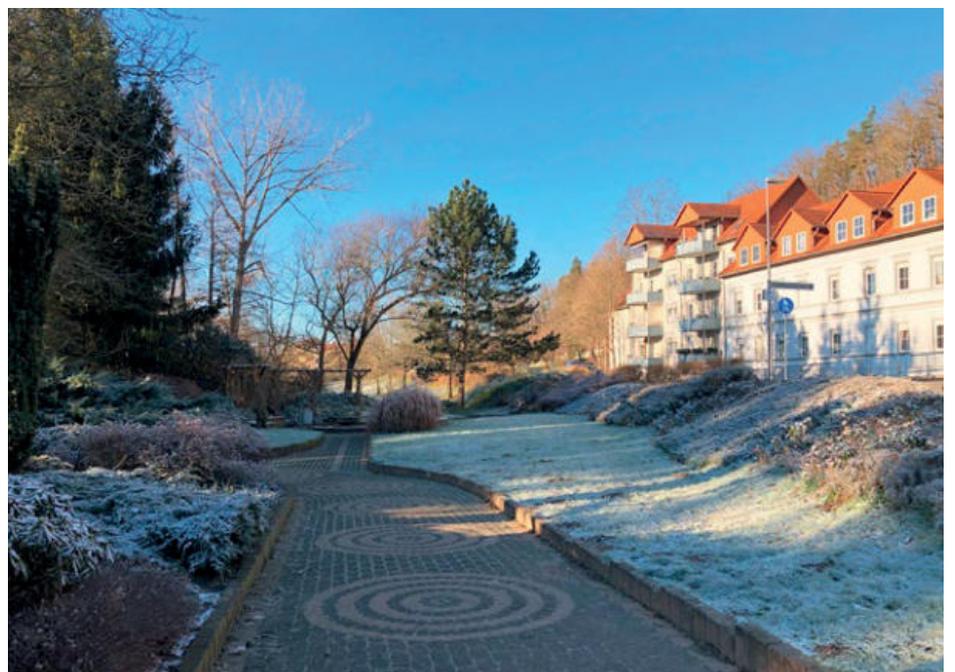
Ø6 Wohnhof im Zeilenbau



Ø7 Flussuferweg entlang der Sprotte



Ø8 Fußweg im Stadtpark  
zwischen Kernstadt und Quartier  
Am Kapsgraben





09 Brauereiteich am Rand der Altstadt

10 Marktplatz



11 Straßensituation im äußeren Bereich der Kernstadt



12 Straßensituation mit Neubau nördlich des Bahnhofs



13 Garagenhöfe als Ergänzung der Straßenkante



# Die Problematik fragmentierter Verwaltungsstrukturen. (Un-)Überwindbare Hürden für Daseinsvorsorge und Stadtentwicklung im ländlichen Raum?

Arvid Krüger

Was ist kommunale Planung im ländlichen Raum? Ist es das Geschehen in einer dörflichen Gemeinde mit ein paar Hundert Einwohner:innen (EW), ist es das Geschehen in einer Kleinstadt mit ein paar Tausend EW oder ist es das Geschehen in einer Kleinstadt auf 130 km<sup>2</sup> mit knapp 20.000 EW? Und wenn es nicht nur eins, sondern sechs der zuerst genannten Dörfer sind, ist es dann dasselbe wie wenn sechs dörfliche Ortsteile der zuletzt genannten Kleinstadt gemeinsam etwas planen? Hier verwischen die Unterschiede zwischen Regional- und Stadtplanung. Der Artikel nutzt im Sinne einer Grounded Theory die Möglichkeit, sich aus einer wissenschaftlichen Perspektive von konkreten Praxen überraschen zu lassen und wirft dabei weniger Fragen an diese Praxis auf, sondern benennt Herausforderungen für den wissenschaftlichen Diskurs. Zugleich bleibt dieser Artikel auf einer deskriptiven Ebene und versteht sich somit als Beitrag eines Wissenschaftlers, der aus der Praxis berichtet. Er beruht auf mehreren Grundlagen, die nicht vollständig im Sinne einer wissenschaftlich-empirischen Quelle klassifiziert werden können. Alle in diesem Artikel dargestellten Erkenntnisse müssen daher als vorläufig gelten und sind auch als Einladung zu einer Debatte zu verstehen.

Zur Grundlage dieses Artikels wurden erstens um eine Vielzahl von Gesprächen mit Vertretern der hier vor allem als Fallbeispiel dienenden Stadt Schmöln, die zu unterschiedlichen beruflichen Anlässen des Autors in den letzten fünf Jahren geführt wurden, die aber keine zitierfähigen Aussagen im Sinne eines sozialwissenschaftlich geführten Interviews erzeugt haben. Zweitens besitzt der Autor eine umfangreiche Kenntnis vergleichbarer Kommunen desselben Bundeslands, die zumeist aus der forschenden Lehre stammt (vgl. BUW 2018, 2016, 2015, Krüger 2020, Krüger / Müller 2018, Krüger et al. 2021). Zum dritten erlebt der Autor in unterschiedlichen Fachdiskursen immer wieder unterschiedliche raumkategoriale Setzungen der Begriffe Kommune / Gemeinde und der Zuschreibung „interkommunal“, ohne dass bei der Verwendung dieser Begriffe auf die Unterschiedlichkeit der raumkategorialen Setzungen in diesen Momenten eingegangen werden kann. Das muss nicht, aber kann Missverständnisse darüber erzeugen, in welcher territorialen Logik welcher Prozess eigentlich in der Praxis stattfindet, wenn in der Beschreibung oder Analyse eines Planungsprozesses beispielsweise von kommunaler oder interkommunaler Planung die Rede

ist. Dieser Umstand kann negative Folgen für raumplanerische Fachdiskurse mit sich bringen – bis hin zur Unkenntlichkeit der Grenze zwischen örtlichen und überörtlichen Verfahren und Instrumenten der Planung. Doch diese Abschätzung der Folgen soll und kann in diesem Artikel nur im Sinne eines Aufrisses geschehen.

## Zwischen regionaler Daseinsvorsorge und kommunaler Stadtentwicklungspolitik

Es kommt vor, dass ein interkommunal durchgeführtes Modellprojekt der Raumentwicklung allein deswegen nicht an einen anderen Ort übertragbar ist, weil im Modellprojekt sechs Gemeinden à 350 EW zusammengearbeitet haben – und es andernorts sich hierbei um Ortsteile einer 20.000-EW-Gemeinde handelt. Doch das wiederum muss nicht heißen, dass diese 20.000-EW-Gemeinde diese Art der Raumentwicklung in ihren dörflichen Ortsteilen nicht durchführen kann. Es kann aber heißen, dass diese Raumentwicklung in einer fragmentierten Fachwelt gar nicht wahrgenommen wird, weil es sich um eine innergemeindliche Angelegenheit handelt, also per se gar keinen Anspruch der Regionalentwicklung geltend machen kann. Ganz praktisch kann es einen Unterschied machen, ob man – wie gesagt, bei gleichen Raumkonstellationen – dann je nach räumlicher Verwaltungskonstellation Fördermittel der Regionalentwicklung (z.B. Leader) oder der gemeindlichen Entwicklung (z.B. Städtebauförderung) in Anspruch nehmen kann.

Aus der Perspektive der Wissenschaft sind das Detailfragen, von denen nahezu klar ist, dass es hierfür individuelle Lösungen geben wird, denn wenn der politische Wille besteht, an einem bestimmten Ort raumbezogene Fördermittel einzusetzen – egal ob LEADER oder Städtebauförderung – dann findet sich ein praktischer Weg. Doch was passiert, wenn der inhaltliche Kern des jeweiligen Förderprojekts vergleichbar wäre (z.B. die Schaffung eines Netzwerks soziokultureller Treffpunkte in verschiedenen Ortsteilen der Gemeinde)? Es ergeben sich zwei extreme Betrachtungsweisen, zwischen denen sich orientiert werden kann. Das eine Extrem: Es ist völlig egal, was aus der Wissenschaft an Instrumenten und Verfahren der Planung auf den verschiedenen Ebenen – lokal/quartiersbezogen, gesamtgemeindlich, interkommunal – kommt, am Ende geht es doch nur darum, Fördergeld an den entsprechenden Stellen „auf den Boden“ zu bringen. Das andere Extrem: Die unterschiedliche territoriale Verfasstheit der Gemeinden verhindert per se, dass die jeweils für das Projekt bestgeeigneten Instrumente und Verfahren der Planung zu Einsatz kommen, weil die territoriale Verfasstheit der Gemeinden möglicherweise die dafür besten Instrumente und Verfahren ausschließt.

Doch es kann auch noch anders kommen. Eine Gruppe dörflicher Gemeinden schafft durch ein Netz soziokultureller Treffpunkte neue Zentralitäten. Wenige Jahre zuvor haben sich diese Gemeinden erfolgreich gegen eine Eingemeindung in den weniger Kilometer entfernten Zentralen Ort gewehrt. Mit dem erfolgreichen interkommunalen Projekt der ländlichen Entwicklung wurde es ermöglicht, dass bestimmte soziokulturelle Aktivitäten in den Gemeinden gemeinschaftlich stattfinden können und man hierfür nicht mehr

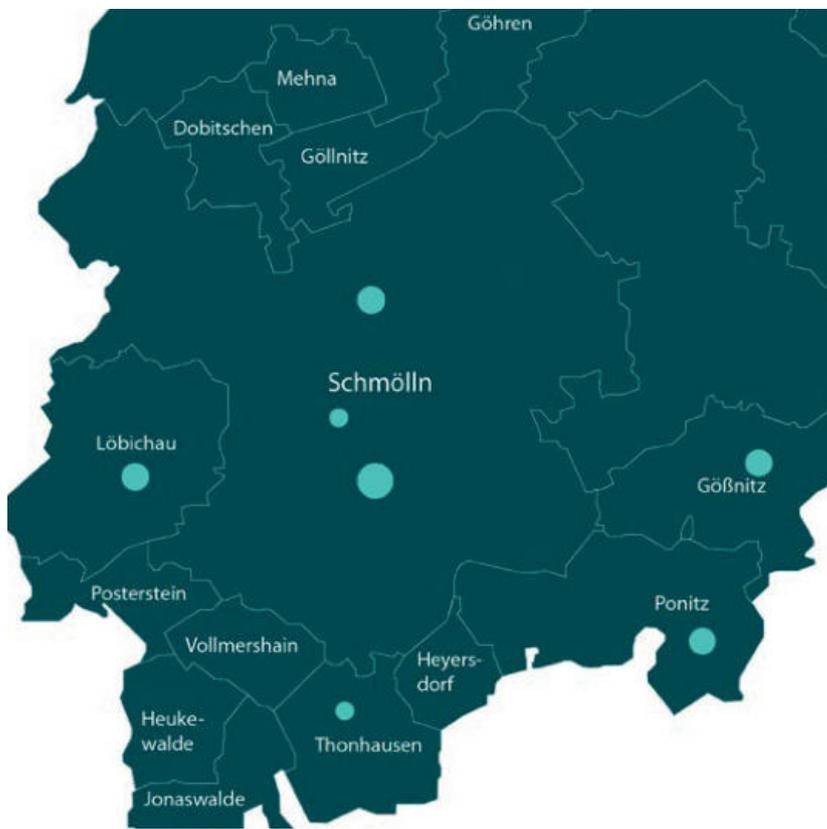
in die benachbarte Kleinstadt fahren musste. Diese jedoch hat qua ihrer zentralörtlichen Aufgabe, genau für diese Gemeinden ebenso eine sozio-kulturelle Infrastruktur anzubieten wie für die gemeindeeigene Bevölkerung.

Wenn man unter der soziokulturellen Infrastruktur Kita- und Schulplätze versteht, dann können sich (inter-)kommunales Agieren auf dorf-gemeindlicher Ebene und zentralörtliche Ausweisung die Regionalentwicklung in unterschiedliche Richtungen bewegen. Freilich ist selbiges auch möglich, wenn die dörflichen Gemeinden nun Ortsteile einer größeren Gemeinde geworden sind und sich der Gemeinderat nun dafür entscheidet, im Sinne eines „Soziokulturhauses“ alles in der Kernstadt zu konzentrieren (Anlass könnte sein, die Innenstadt dort zu stärken) – oder eben als dezentrales Netzwerk. Ein solches Agieren könnte Ergebnis von Eingemeindungsverhandlungen sein. Dies wäre eine Richtungsentscheidung eines Gemeinderats. Eine kreisfreie Thüringer Gemeinde hat ihre Radwegplanungen so angepasst, dass parallel zum touristischen Radweg (unbeleuchtet) ein straßenbegleiteter Radweg (beleuchtet) gebaut wird, damit die Kinder des dörflichen Ortsteils auch zu winterlichen Schulbeginnzeiten im Dunkeln sicher fahren können. Diese Investition hat freilich anderen Radwegebau hintangestellt.

Es gibt also nicht nur ein Nebeneinander des Zentrale-Orte-Systems der Raumordnung, interkommunaler Regionalentwicklungsansätze und inner-gemeindlicher Methoden der Stadterneuerung, sondern gleiche Raumentwicklungsstrategien werden unterschiedlich systematisiert – je nachdem, in welcher kommunalen Verfasstheit die jeweils betrachtete territoriale Entität ist: Gemeinde, Gemeindeverbund oder hybride Formen wie in der „erfüllenden Gemeinde“ in Thüringen. Das gleiche Projekt in der gleichen Raumkonstellation kann an dem einen Ort interkommunale Regionalentwicklung sein, anderswo innergemeindliche Quartiers- und Ortsteilentwicklung. Das ist insbesondere in jenen Politikfeldern der Raumentwicklung von Bedeutung, die sehr stark durch Modellprojekte leben und wo im Sinne des (perspektivischen) Inkrementalismus Raumentwicklungsstrategien mithilfe einer Guten Praxis andernorts entwickelt werden. Das ist per se noch nicht problematisch. Problematisch wird es, wenn unklar bleibt, wo die modellhafte Stadt- oder Regionalentwicklungsstrategie an den bestehenden gemeindebezogenen Verwaltungsverfasstheiten andockt. Das soll an zwei exemplarisch zu verstehenden infrastrukturellen Handlungsfeldern der Raumentwicklung dargestellt werden: Bildung und (kollektive) Mobilität.

## **Handlungsfelder der Raumentwicklung – Infrastruktursektoren Bildung und Mobilität**

Hierzu dient das Beispiel Schmölln (13.000 EW), dessen territoriale Entität aus der eigentlichen Gemeinde samt ihrer (im Laufe der letzten 100 Jahre eingemeindeten) Dörfer, der sehr kleinen Stadt Gößnitz (3.000 EW) und drei durch Schmölln oder Gößnitz „erfüllten“ dörflichen Gemeinden mit jeweils wenigen Hundert EW sowie das durch Gößnitz „erfüllte“ Dorf Ponitz (1.500 EW) besteht. Südlich Leipzigs zwischen den Oberzentren Altenburg und Gera gelegen, teilt sich Schmölln die mittelzentrale Funktion mit Gößnitz (hierzu existiert ein Raumordnungs-



## 01 Schmölln und Schulstandorte

vertrag), wobei sowohl hinsichtlich der Stadtgröße als auch der Verfasstheit der Kernstadt eindeutig Schmölln den eigentlichen Kern dieser Entität darstellt.

Beginnen wir mit dem Bildungsbereich, Hier gibt es die geteilte Zuständigkeit von inneren und äußeren Schulangelegenheiten (Libbe et al 2010, 160ff.), wie es sie auch in Großstädten gibt. Jedoch kommt es oft vor, dass sich für Kleinstädte diese Zuständigkeiten auf drei verschiedene Ebenen aufteilen: dem Land, Regierungsbezirk oder Landkreis (hier: Auftragsverwaltung) mit der inneren Zuständigkeit, dem Landkreis (hier als Teil der kommunalen Familie) oder der Region mit der Zuständigkeit für die Schulnetzplanung und der Kommune mit der äußeren Zuständigkeit – also die für die Gebäudehülle.

Eine Vorgabe an den Landkreis zur Schulnetzplanung besteht in mindestens 80 Personen für eine Grundschule (ThürSchulG), was für drei der sechs Grundschulen in der Entität Schmölln das Aus bedeuten würde, denn die circa 750 Schüler:innen verteilen sich auf Schmölln, Gößnitz, Altkirchen (Ortsteil von Schmölln) und die umliegenden Dörfer Thonhausen, Großstechau/Löbichau und Ponitz. Ziel war es, einen Schulverbund mit Sprengeln zu errichten (Kreistag 2019), um alle Standorte zu erhalten; den Schulbetrieb jedoch formal als einen Betrieb mit einer Leitung zu gestalten. Das war nicht durchsetzbar, allerdings konnten nach zwei Jahren intensiver und ebenenübergreifender Diskussion die Standorte in Ponitz (als Filiale von Gößnitz) und Großstechau (als Filiale von Thonhausen) erhalten werden (Altkirchen und Schmölln sind jeweils für sich oberhalb der Mindestgröße). Um wie viel komplizierter müsste man sich vorstellen, wie man eine auf

Sprengel verteilte Schule in eine lokale Bildungslandschaft einbindet, wie man die berufliche Bildung an eine solche Raumstruktur anbindet und wie man die räumlichen Bedingungen einer auf Sprengel verteilten Schule in den Ressorts Erwachsenen- und kulturelle Bildung nutzbar machen kann. Als Stadtentwicklung denkt man schnell in der baulichen Perspektive, dass nicht nur schultypische Raumgrößen (Klassenräume), sondern auch größere Veranstaltungsräume (Säle, Aulen etc.) benötigt werden. Als regionale Daseinsvorsorge befürchtet man, dass die Dezentralisierung auf so viele Standorte eine deutlich weniger effiziente Gebäudebewirtschaftung ermöglicht als die Vollausslastung eines zentralen Standorts (Libbe et al., 378ff.). Je nun, Gebäude und Herausforderungen sind real existent, ebenso wie die Nachvollziehbarkeit der kommunalen Sicht, dass nur Kommunen mit eigenem Bildungsangebot attraktiv sein können.

Auffällig im Rahmen der Schulreform nach 2014 und Einführung der Gemeinschaftsschule war, dass sich recht schnell in unterschiedlichen Raumkonstellationen Gemeinschaftsschulen bildeten (vgl. BUW 2015). So hat sich die damalige Gemeinde Oldisleben (2.200 EW) durch die Umwandlung des eigenen Schulstandorts in eine Gemeinschaftsschule in die Position versetzt, gegenüber dem benachbarten Heldringen (2.200 EW) besser dazustehen. Die Schule in Oldisleben wird – wegen der Umwandlung – saniert und erweitert, Heldringen wird Mühe haben, langfristig den Grundschulstandort in der Kernstadt zu sichern (der Vollständigkeit halber: Im eigenständigen Ortsteil Bahnhof Heldringen, mittig zwischen Kernstadt Heldringen und Oldisleben gelegen, befindet sich eine Freie Schule). Beide Orte gehören seit 2019 zur Gemeinde An der Schmücke (6.000 EW), weitere Schulstandortanpassungen sind also nicht mehr eine regionale, sondern eine innergemeindliche Angelegenheit.

Ein anderes Beispiel findet sich in Bad Langensalza (17.000 EW), aber nicht in der eigentlichen Stadt, sondern im 1994 eingemeindeten Dorf Aschra (440 EW). Die Schülerschaft der örtlichen Brückenschule rekrutiert sich nicht nur aus dem Dorf, sondern aus vielen anderen dörflichen Ortsteilen der Gemeinde, z. T. auch am geographisch entgegengesetzten Ende des Gemeindegebiets gelegen. Rein formal ist das aber irrelevant, denn die Schulwege spielen sich weitestgehend im Inneren der Gemeinde ab, werden also durch regionalplanerische Blickwinkel gar nicht erfasst.

Diese Beispiele zeigen schlaglichtartig, dass die Art und Weise, wie Schule organisiert wird, natürlich raumbezogene Konsequenzen hat – und zwar auch dann, wenn die regionalplanerische Dimension der Daseinsvorsorge nicht berührt wird. Denn die Versorgung mit Schulplätzen war weder in Schmölln, Heldringen/Oldisleben oder Bad Langensalza gefährdet. Doch es handelt sich um drei völlig unterschiedliche Bezugnahmen zur Rolle der Gemeinde. Es stellt sich die Frage, ob das lokal individualisierte Problemlösungsmechanismen sind, die auf örtliche Spezifika eingehen oder ob es generell ein Problem sein könnte, dass für gleichartige territoriale und demographische Gegebenheiten unterschiedliche Verwaltungszuständigkeiten gelten, die zudem auf mehrere Instanzen verteilt sind. Und dabei geht es noch nicht mal um die Entscheidung zwischen den grundsätzlichen planerischen Handlungsoptionen Dezentralisierung oder eine Zentralisierung des Schulstandorts (vgl. Libbe et al. 2010: 379ff.).



Ø2 Ausschnitt aus dem MDV-Liniennetz

Aus der Perspektive der Stadterneuerung ist der Umgang mit Schulstandorten aber nahezu zwingend eine Angelegenheit der Quartiersentwicklung, nicht nur, aber auch weil hier sehr häufig Städtebauförderung ermöglicht wird, die sich nun mal an Gemeinden und nicht an eine regionale Entität richtet. Gerade die Schaffung von Bildungslandschaften bzw. von Campus-situationen in der Vernetzung von Schule und Jugendhilfe findet deswegen zumeist in Großstädten statt (vgl. Million et al. 2015); dabei findet Bildungsbenachteiligung als Herausforderung für die Stadtentwicklung sehr wohl ebenso in Kleinstädten und Dörfern statt.

Kollektive Mobilität ist inzwischen viel mehr als nur der durch den Landkreis organisierte Überlandbus. Schmölln soll hier wieder als exemplarisches Beispiel dienen. Es gibt in der Entität mehrere Bahnhöfe. Schmöllns Bahnhof ist Haltepunkt eines Stundentakts per Regionalexpress (RE) zur Landeshauptstadt Erfurt. Gößnitz ist S-Bahnhof des mitteldeutschen S-Bahn-Netzes mit mindestens stündlichen Verbindungen nach Leipzig (und Halle). Ein weiterer S-Bahnhof ist Ponitz, wo aber nur alle 2h ein Teil der S-Bahnen hält. Ebenfalls alle 2h halten die genannten RE am Bahnhof in Nöbdenitz. Zwischen Schmölln und der Kreisstadt Altenburg gibt es RE- und Plusbus-Verbindungen, die zusammen mindestens einen Stundentakt ergeben.

Die auf den ersten Blick detailreiche Schilderung soll folgendes verdeutlichen: Das Grundangebot des ÖPNV dient sowohl lokalen Verkehrsbedarfen als auch der Einbindung der Region in ein deutschlandweites Bahnnetz und es wird von der Landesebene bzw. durch einen Verkehrsverbund geplant (hier: MDV). Die Fahrzeiten dieser Linien sind an einem Stundentakt ausgerichtet, der – idealtypisch – Teil eines Deutschlandtakts (Deutschlandtakt 2021) ist und über Anschlussbeziehungen (via ICE-Knoten) eine gesicherte durchgängige Verbindung quer durch Deutschland ermöglicht. Diesbezüglich findet in der Sache kein lokaler Planungsvorgang statt, Taktungen und Fahrzeiten richten sich nach den bundesweiten Gegebenheiten. Das Busunternehmen des Landkreises fährt die Plusbuslinie nach den

zumeist vertraglich vereinbarten Vorgaben im Verkehrsverbund – so wie ein Bahnunternehmen die Züge entsprechend der Vorgaben des Bundeslands oder des Verkehrsverbunds fahren lässt.

Demgegenüber stehen lokale Verkehrsbedarfe. Im Falle Schmölln handelt es sich im Rahmen des Modellprojekts „Schmölln macht mobil“ (SMM 2021) seit Ende 2018 um zwei neue Buslinien im Stundentakt (die aber wiederum keine Plusbuslinien im MDV sind, da sie keinen regionalen Linienverlauf besitzen). Diese Linien verbinden Bahnhof (mit Anschluss an RE und Plusbus), Marktplatz, etwas außerhalb gelegene, aber noch zum Stadtkern gehörende Geschosswohnungsbauten (mit älterer Bewohnerschaft), Friedhof und Schulen. Eingerichtet werden konnten diese Linien, weil Stadt Schmölln und landkreiseigenes Busunternehmen in Verhandlungen miteinander Fahrzeugkilometer umschichten und so die regelhaft in dieser Einheit quantifizierten Ressourcen des Busfahrens in diesen beiden neuen Linien bündeln konnten. Hier war also die gemeindliche Ebene essenziell für das Anstoßen und Umsetzung einer Planung, auch wenn sie nicht Aufgabenträger ist, sondern die Planung bei diesem angeregt hat.

Nun erscheint das Umschichten von Fahrzeugkilometern eher wenig relevant für raumplanerische Fragestellungen. Doch wie stünden die Planungsinstrumente und -ebenen bereit, wenn es nicht um das Umschichten innerhalb eines Sektors kollektiver Verkehre, sondern zwischen diesen gehen würde – wenn also Sharing-Angebote, Rufsysteme oder ähnliches integriert werden sollen; Fachterminus ist Intermodalität (Deffner et al. 2014, 207). Denn die Integration dieser Angebote ergibt nur Sinn, wenn sie entsprechend tarifiert werden können. Nur wenn es auch tariflich funktioniert, mit dem alternativen Verkehrsmittel zum Bahnhof oder Mobility Hub zu fahren, um von dort aus in das getaktete System des ÖPNV zu kommen, dann ist dies eine Alternative, um – exemplarisch – von Nitzschka (Dorf, das zu Schmölln gehört) nach Leipzig mit dem alternativen Angebot und der S-Bahn zu fahren (ebenda, 226). Separate Systeme vermindern aufgrund ihrer höheren Transaktionskosten die Bereitschaft, das eigene Auto stehenzulassen (welches die Person ebenfalls unkompliziert von Nitzschka nach Leipzig bringt). Zugleich ist es ziemlich wahrscheinlich, dass sich in peripheren Lagen marktgängige Sharing-Systeme als Ergänzung nicht oder nur mit starker staatlicher Unterstützung durchsetzen.

Auch im Mobilitätssektor zeigt sich, wenn auch auf ganz andere Art als im Bildungsbereich, dass sich die Planungsaufgaben auf eine lokale und eine übergeordnete Ebene verteilen. Die übergeordnete Ebene überblickt das Grundangebot von Regionalbahn und (über-)regionalem Plusbus, die lokale Ebene die letzte Meile. Ob das wie in Schmölln ein Stadtbus für die kleinteilig peripheren Lagen in der Kernstadt, ob das ein Rufsystem für Dörfer wie Nitzschka, ob das Sharing-Angebote an den Bahnhöfen als Mobility Hubs sind, es muss auf der gemeindlichen Ebene planerisch verantwortet werden können. Die übergeordnete Ebene entspricht hier Flächengrößen eines Verkehrsverbunds, eines Bundeslands bzw. eines Regierungsbezirks. Die klassische regionale Ebene (Landkreis, Region) spielt nur noch eine untergeordnete Rolle, interkommunale Logiken nur dort, wo mehrere Gemeinden eine Verwaltungsgemeinschaft (in welcher formalen Struktur auch immer bilden).

Es wäre nun ein leichtes, nun zu fordern, dass die zu kleinen Verwaltungseinheiten aufzulösen sind und in größere Verwaltungseinheiten aufzugehen hätten – ein Grundprinzip bisheriger Gebietsreformen. Doch es geht um mehr: es geht darum, bei der Analyse lokaler Planungsfähigkeiten zu ermitteln, wo Zuständigkeiten fehlen – Zuständigkeiten, die aus was für Gründen auch immer, einst auf eine (nächst-)höhere Ebene verschoben wurden. Gründe, die durchaus Sinn ergeben könnten, beispielweise wenn es darum geht, dynamisch wachsende Stadt-Umland-Regionen so zu ordnen, dass der Flächenverbrauch beim Wachsen minimiert und möglichst nachhaltige Raumkonfigurationen der Suburbanisierung erreicht werden (wie z. B. das Wachsen entlang von Schienenverkehrsachsen). Doch an anderen Stellen erzeugen diese „nach oben“ verschobenen Zuständigkeiten ein Fehlen der Anwendbarkeit von Instrumenten und Verfahren der Bestandsentwicklung, wie man sie z. B. aus der großstädtischen Stadterneuerung kennt. Hin und wieder wird dieses Fehlen mit oder ohne Modellprojekte durch interkommunale Planungsansätze kompensiert: mehrere Dörfer machen Dinge gemeinsam, mehrere Gemeinden gründen einen Zweckverband etc. Doch dieses interkommunale Planen verliert seine formale Berechtigung, wenn es – geografisch unverändert – nun innerhalb einer Gemeinde stattfindet. Dabei wird diese neue Gemeinde aber nicht regelhaft in die Lage versetzt, dieselben Planungsaufgaben intrakommunal zu bewältigen, die vorher aufgrund eines interkommunalen Planungsprojekts bewältigt werden konnten. Übrigens berührt es die Verwaltung eines Landkreises in der Regel nicht, wenn in seinem Territorium Gemeinden zusammengelegt werden.

Die Beispiele Bildung und Mobilität zeigen, dass die raumlogischen Zuständigkeiten zumindest in Thüringen eigentlich nicht mehr auf einer dem Landkreis vergleichbaren regionalen Ebene liegen. Für die inneren Schulanlagen ist ohnehin das Land zuständig, für die regionale Mobilität – idealtypisch – der jeweilige Verkehrsverbund, der zumeist auf Regierungsbezirksebene, auf Landesebene oder wie im Fall des MDV auch länderübergreifend verortet ist (siehe auch VBB und HVV). Demgegenüber steht ein kommunaler Gestaltungsanspruch, der sich im Falle Schmöllns als Filialmodell im Bildungssektor und als Stadtbushlinie im Mobilitätssektor manifestiert. Hier konnte die Gemeinde sich Zuständigkeiten „erkämpfen“ und so Fragmentierungen überwinden.

Doch woher kommen die oben aufgezählten unterschiedlichen Konstellationen der Verteilung von Verwaltungszuständigkeiten in der kommunalen Familie? Warum liegt dies bei der Gemeinde, jenes bei der Verwaltungsgemeinschaft oder der erfüllenden Gemeinde und wieder anderes beim Landkreis? Geht es wirklich um eine regionale Steuerung der Raumentwicklung oder handelt es sich schlicht um eine betriebswirtschaftlich effiziente Zuordnung von Verwaltungspersonal zu Landkreisebene, Amtsebene und (Kleinst-)Gemeindeebene? Dieses Infragestellen soll nicht insinuiert, dass nun die regional umfassendste territoriale Entität, hier der Landkreis, alles Verwalten übernehmen soll. Doch wenn ein Landkreis mit 100.000 EW aus 5-6 flächengroßen, jeweils Stadt und Dörfer beinhaltende Gemeinden à 15-20.000 EW besteht, dann mag eine Aufgabenkritik durchaus dazu füh-

ren, dass manche Dinge gemeinsam gemacht werden und manche Dinge sich auch gut in der gemeindlichen Ebene bewältigen lassen – vor allem, wenn es in dem Sektor ohnehin tradierte geteilte Zuständigkeiten gibt, also eine Landes- oder Regierungsbezirksebene und eine kommunale Ebene.

Das ist mit der Frage nach der Fragmentierung gemeint. Es ist ein Plädoyer an die Raumplanung, sich stärker mit der Verwaltungsstruktur des Gegenübers auseinanderzusetzen, mit dem man im Sinne des Fallbeispiels zu tun hat – sei es in der Praxis in Modellprojekten der Regionalentwicklung etc., sei es in der Forschung mit dem Fallbeispiel als empirischer Grundlage. Und es ist ein Plädoyer, aus der regionalplanerischen Sicht öfter auf die Instrumente und Verfahren der Stadtentwicklung und umgekehrt zu schauen, wenn man es mit einem solches aus Stadt- und Dorflagen bestehende Entität zu tun hat.

Viele regionale Projekte im Kontext von Daseinsvorsorge adressieren eigentlich gemeindliche Herausforderungen: wie wird die Schule betrieben, wie wird lokale Mobilität gesichert und weiterentwickelt, wie bleibt der öffentliche Raum an zentralen Orten dieser Entität belebt, was wird aus dem örtlichen Einzelhandel usw.? Es ist also daher umso wichtiger, von vornherein präzise den Gemeindebegriff im Sinne der Verortung und Anbindung der kommunalen Verwaltung in diesen Projekten zu nutzen. Wo auch immer die fallkonkrete Zuständigkeit der kommunalen Verwaltung in Bezug auf Raumentwicklung liegt: Es ist sicher einfacher, wenn diese Zuständigkeit zum einen nicht auf mehrere Ebenen kommunaler Verwaltung verteilt ist und wenn sie zum anderen ein unmittelbar zuständiges demokratisches Gremium (z. B. Gemeinderat) betrifft – und nicht mehrere. Dass das nicht regelmäßig so ist, das ist mit dem Problem der Fragmentierung gemeint.

*Der Beitrag wurde 2022 erstveröffentlicht auf der Internetseite der Fördermaßnahme Kommunen Innovativ (BMBF, FONA – Forschung für Nachhaltigkeit) im Rahmen des in jener Fördermaßnahme geförderten Forschungsprojekts „Integrierte Strategie für Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit.“ Die Internetseite wird vom DIFU – Deutsches Institut für Urbanistik betrieben; die URL des Beitrags ist: <https://kommunen-innovativ.de/die-problematik-fragmentierter-verwaltungsstrukturen>*

## Quellen

BUW (Bauhaus-Universität Weimar) (2018): Grenzüberschreitungen – Thüringer Randlagen nach (k)einer Gebietsreform; unveröffentlichter Projektbericht des Bachelorstudiengangs Urbanistik (Lehrender: Krüger, Arvid), Weimar.

BUW (Bauhaus-Universität Weimar) (2016): Von Kahla bis Camburg; unveröffentlichter Projektbericht des Bachelorstudiengangs Urbanistik (Lehrender: Krüger, Arvid), Weimar.

BUW (Bauhaus-Universität Weimar) (2015): StadtLandSchule – Bildungslandschaften in Thüringen; unveröffentlichter Projektbericht des Bachelorstudiengangs Urbanistik (Lehrende: Krüger, Arvid; Schöning, Barbara), Weimar.

Deffner, Jutta / Hefter, Tomas / Götz, Konrad (2014): Multioptionalität auf dem Vormarsch? Veränderte Mobilitätswünsche und technische Innovationen als neue Potenziale für einen multimodalen Öffentlichen Verkehr. In: Schwedes, Oliver (Hrsg.): Öffentliche Mobilität. Perspektiven für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung. Wiesbaden: Springer, 201-228.

Deutschlandtakt (2021): Website des Projekts Deutschlandtakt: [www.deutschlandtakt.de](http://www.deutschlandtakt.de) (2021-03-12).

Krüger, Arvid (2020): Ungenutzte Treiber des Wachstums? Möglichkeiten und Grenzen einer stadt-regionalen Entwicklung der Region Jena-Weimar-Erfurt: Kleinstädte als Kerne einer gesteuerten suburbanen Entwicklung? In: BBSR/DGD (Hrsg.): Das neue Wachstum der Städte. Ist Schrumpfung jetzt abgesagt? Bonn, 82-98.

Krüger, Arvid / Müller, Maximilian (2018): Land ohne Landkreise – Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Thüringen. In: BBSR/DGD (Hrsg.): Mal über Tabuthemen reden – worüber nur hinter vorgehaltener Hand diskutiert wird. Bonn, 106-115.

Krüger, Arvid / Olesch, Clemens / Weiß, Leonard (2021): Grenzüberschreitungen – Chancen interkommunal gedachter Stadterneuerung in Thüringer Randlagen anhand der Beispiele Altenburg und Suhl / Zella-Mehlis. In: Altröck, Uwe et al. (Hrsg.): Jahrbuch Stadterneuerung 2021. Wiesbaden, Springer [im Erscheinen].

Kreistag (2019): Drucksache KT-DS/0048/2019 des Kreistags Altenburger Land „Inklusiver Grundschulverbund Schmöllner Land“, 30.10.2019.

Libbe, Jens / Köhler, Hadia / Beckmann, Klaus (2010): Infrastruktur und Stadtentwicklung, Technische und soziale Infrastrukturen – Herausforderungen und Handlungsoptionen für Infrastruktur- und Stadtplanung. Berlin, Deutsches Institut für Urbanistik.

Million, Angela / Heinrich, Anna Juliane / Coelen, Thomas (2015): Schnittfelder zwischen Stadtentwicklung und Bildungswesen. In: Coelen, Thomas / Heinrich, Anna Juliane / Million, Angela (Hrsg.): Stadtbaustein Bildung. Wiesbaden: Springer, 1-19.

SMM (Schmöln macht mobil) (2021): Projektdarstellung auf den Webseiten des MDV: <https://www.mdv.de/mdv/projekte/schmoelln-macht-mobil/> (2021-03-12)

ThürSchulG: Thüringer Schulgesetz in der Fassung vom 02.07.2019

## Abbildungsnachweise

01 Grafik Stadt Schmölln

02 Grafik MDV

# Bildessay: Dörfer

Fotos: Arvid Krüger

Ø1 Dörflicher öffentlicher Raum  
nahe der B7 (Festplatz Schloßig)



Ø2 Dörflicher öffentlicher Raum  
direkt am Naturraum am Rande  
von Schloßig





Ø3 Dörfliches Wohnen mit  
Reserveflächen in Schloßig

Ø4 Kindergarten in Ponitz (die  
Gemeinde Ponitz wird von Gößnitz  
„erfüllt“, Gößnitz und Schmölln  
sind per Raumordnungsvertrag  
verbunden)





Ø5 Infrastrukturcluster in Ponitz:  
Blick von der Kita auf Schulstandort  
(rechts) und Jugendclub (links)

Ø6 Spiel- und Sportplatz in Wildenbörten  
neben der Sporthalle (vom zentralen  
Dorfplatz aus gesehen) – Kombination von  
sozialer Infrastruktur und Dorfplatz



Ø7 Nöbdenitzer Pfarrhof als dörfliches  
Pendant zum großstädtischen  
soziokulturellen Zentrum



Ø8 Leerstand im ländlichen Raum



Ø9 Dörflicher Schulstandort in Nöbdenitz



1Ø Mühle Lumpzig – Teil des ländlichen Kulturerbes im Altenburger Land



# Ein überregionales Kompetenzzentrum für Thüringen in Hinblick auf Klimaanpassung und Kleinstadtentwicklung?

Clara Heine und Vivien Köhler

Thüringer Kommunen werden aufgrund tiefgreifender Transformationen vor komplexe Aufgaben gestellt und diese erfordern unserer Ansicht nach eine dauerhafte Anpassung der Planungspraxis. Mit der damit einhergehenden Änderung der Städtebauförderprogrammatik im Jahr 2020, haben unter anderem Themen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung eine größere Bedeutung in den kommunalen Handlungsfeldern bekommen. Zudem erfuhren in letzter Zeit einige Gemeindegebiete in Thüringen durch Gebietsreformen einen enormen Zuwachs von Ortsteilen und Fläche, „um Kommunalverwaltungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge an gesellschaftliche Veränderungen anzupassen und ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen.“ (Steinführer 2020). Ebendies ist ein wichtiger Anlass, um sich als Stadt(gebiet) inkl. des ländlich geprägten Umlandes neu zu finden.

Erfolgversprechend scheint es dabei, eine langfristige Perspektive auf die städtischen Teilräume unter Beachtung der Gesamtentwicklung zu haben, um daraufhin eine strategische Priorisierung zu Handlungsbedarfen abzuleiten. Dies geht, bei Änderungen im Stadtgebiet, mit einer Überarbeitung oder Neuaufstellung von integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEK) einher. Das ISEK, als konzeptionelle Grundlage für ein gemeinsames Handeln diverser Stadtentwicklungsakteuren untereinander sowie mit der Bürgerschaft, ist Fördervoraussetzung in der Städtebauförderung. Ein abgestimmtes Vorgehen ist Grundlage, um alle Transformationsprozesse der Stadtentwicklung gemeinsam meistern zu können. Inzwischen steht fest, dass der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wandel die Zukunftsfähigkeit von Dörfern sowie Klein- und Mittelstädten in ländlich geprägten Räumen vor stets wachsende Herausforderungen stellt und Veränderungen in ihren Strukturen verlangt. Dabei handelt es sich um eine weitreichende und folgenreiche Entwicklung, wobei vor allem die Konsequenzen des demografischen und strukturellen Wandels in der ländlichen Peripherie getragen werden müssen (vgl. Zens / Springer 2012: 7). Der ländliche Raum sieht „sich zunehmender selektiver Abwanderung vor allem junger, hochqualifizierter Bevölkerungsschichten und Siedlungskernperforationen ausgesetzt...“ (ebd.). Die gravierenden Neuerungen haben dabei nicht nur Auswirkungen

auf die verschiedenen kommunalen Arbeitsbereiche der Stadtentwicklung, vor allem in Hinblick auf die Themenschwerpunkte von ISEK und den Bezug von Fördermitteln, sondern zugleich auf die Handlungsfähigkeit von Thüringer Kommunen.

Ziel dieses Beitrags ist es, Lösungsansätze zu bestehenden Transformationsprozessen und den daraus resultierenden Handlungsanforderungen für kommunale Akteure zu finden, um sie bei einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden zu unterstützen. Er entstand im Rahmen des Seminars „Kleinstadtfragen: Klimaanpassung, Daseinsvorsorge und die Folgen der Thüringer Gebietsreform“ im Sommer 2022 an der FH Erfurt im Masterstudiengang Stadt- und Raumplanung (im Modul „Expertisen“), Lehrender war Arvid Krüger (zugleich Herausgeber dieses Bandes).

Dabei sollen insbesondere Kleinstädte in strukturschwachen ländlich geprägten Räumen Unterstützung finden. Dies ist unter anderem relevant, da Kleinstädte „neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung als Markt- und Versorgungszentrum sowie ihrer politischen Steuerungsfunktion ... immer auch Orte des kulturellen Austauschs und des Innovationstransfers in ländliche Räume“ sind (Steinführer 2020).

Im ersten Teil werden die prägnantesten Transformationsanforderungen für Thüringer Städte und Gemeinden, in ländlichen Regionen, mithilfe einer intensiven Quellensichtung beschrieben. Zusätzlich werden ISEK-Qualitäten, vor allem in Hinblick auf die inhaltliche Tiefe zur Klimaanpassung und dem Aktualisierungsgrad von 42 Programmgemeinden betrachtet. Dabei wird auf die Begleitforschung Stadtumbau des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL) zurückgegriffen (siehe unten). Hierdurch kann ein grober Überblick zur Qualität einer nachhaltigen Entwicklung in Thüringen geschaffen werden. Parallel kristallisieren sich weitere Herausforderungen bzw. Defizite, bspw. bei der Umsetzung des integrierten Vorgehens als Schnittstellenaufgabe der Kommunalverwaltung, heraus. Darauf aufbauend wird im nächsten Absatz die derzeitige Planungsleistung in Thüringen komprimiert aufgezeigt und als Unterstützung für kommunale Akteure, in Anbetracht von personellen Engpässen, kritisch beleuchtet. Im nachfolgenden Abschnitt des Ideenpapiers wird ein Kompetenzzentrum mit zugehörigen Kernkompetenzen vorgestellt, welches als hypothetischer Lösungsansatz für die kurz- und langfristig bestehenden Herausforderungen, vor allem in klimatischer Hinsicht, fungieren soll. Abschließend rundet eine kritische Reflexion zur praktischen Umsetzung diesen Beitrag ab, der sich insgesamt als Ideenpapier versteht. Dabei wird zum einen hinterfragt, ob das Kompetenzzentrum eine erfolgsversprechende Lösung für die diversen Herausforderungen sein kann und zum anderen, ob sich dieses auf Thüringen übertragen lässt. Zudem wird diskutiert, was ein Kompetenzzentrum leisten kann und an welcher Stelle Defizite zu erwarten sind. Daraufhin werden alle erarbeiteten Erkenntnisse in einem Fazit zusammengefasst. All die genannten Vorgehensweisen und entwickelten Lösungsansätze dieser wissenschaftlichen Ausarbeitung wurden stets unter Betrachtung der folgenden Frage abgeleitet: Wie kann die Qualität einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung in Thüringer Kleinstädten, im Zuge tiefgreifender Transformationsprozesse, sichergestellt werden?

## Transformationsprozesse und Herausforderungen bei der Erstellung von ISEKs in Thüringen

Im Rahmen dieses Beitrags ist es nur im begrenzten Umfang möglich, auf alle derzeit bestehenden Herausforderungen und daraus resultierenden Anpassungsmaßnahmen einzugehen, welche einen Einfluss auf die kommunalen Handlungsfelder der Stadtplanung in Thüringen haben. Thüringer Städte und Gemeinden haben alte und neue Herausforderungen der Stadtentwicklung zu meistern. Dabei steht weiterhin der demografische Wandel allen voran, denn die Vorausberechnungen des Thüringer Landesamtes für Statistik (vgl. TLS 2021) weisen in den nächsten Jahren nahezu flächendeckend weniger werdende Bewohner:innen und eine zunehmend ältere Bevölkerung auf. Minus 17% Bevölkerungsrückgang erwartet Thüringen bis 2050 (vgl. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2022). Dabei ist zu betonen, dass „insbesondere dort, wo Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft sinken, [sind] die finanzielle Ausstattung und damit der Handlungsspielraum der Kommunen zunehmend eingeschränkt“ (BBSR 2018: 14) sind.

Strategien zu den Folgen des demografischen Wandels sind unter anderem für die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zu entwickeln. Auch neue Trends des Einzelhandels, wie das veränderte Angebots- und Nachfrageverhalten, bekommen hier eine größere Bedeutung zugeschrieben (vgl. BMUB 2016: 10). Dabei steht eine größtmögliche Nutzungsflexibilität für eine bedarfsgerechte Anpassung von Infrastrukturen sowie das Thema Barrierefreiheit im Vordergrund. Zudem wirken die daraus resultierenden sozialen und wirtschaftlichen Änderungen, wie Geburtenrückgänge, Fachkräftemangel und der Attraktivitätsverlust von ländlich geprägten Räumen auf die Zukunftsfähigkeit Thüringens ein (vgl. ebd.: 9f.).

Zusätzlich stellen der Klimawandel und die damit verbundene Energiewende Thüringer Kommunen vor permanent wachsende Herausforderungen (vgl. ebd.: 10/MIL 2012: 6). Dabei steht die fortschreitende globale Erderwärmung in enger Verbindung mit dem immer gravierender werdenden Ressourcenmangel. Des Weiteren bekommen Themen, wie bspw. das Regenwassermanagement und der Hochwasserschutz sowie die Gestaltung der Mobilitätswende, eine größere Bedeutung zugeschrieben. Letzteres ist eine große Herausforderung für ländlich geprägte Räume, da derzeit in Deutschland ca. 70 Prozent der Wegstrecke in ländlichen Regionen mit dem Auto zurückgelegt werden (vgl. Siedentop/Stroms 2021: 11). Dabei ist der Ausbau von Fuß- und Radwegen sowie des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum essenziell, um eine nachhaltige Mobilität zu erzielen. Des Weiteren ist hier die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse zwischen Kernstädten sowie Ortsteilen und umliegenden Dörfern ein wichtiger Bestandteil für eine nachhaltige und gemeinwohlorientierte Gesamtentwicklung im Freistaat Thüringen.

Die Qualität von ISEKs kann als Indikator verstanden werden, um zu beurteilen, wie Herausforderungen der Kommunalverwaltung sowie allgemeine Defizite in der Stadtplanungspraxis im Zuge dynamischer Transformationsprozesse bearbeitet werden. Als nützliche Quelle eignen sich hier die Monitoringberichte vom TMIL. Im Rahmen des Landesmonitorings hat das TMIL

gemeinsam mit der Begleitforschung 42 Thüringer Programmgemeinden im Zeitraum von 2016-2021 besucht und insgesamt 204 Monitoringgebiete, darunter Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Gemeinden, begutachtet und dabei wertvolle Hinweise aufgenommen (vgl. Groß et al. 2021: 2).

Die meisten Thüringer Kommunen haben ihr ISEK mittlerweile aktualisiert oder fortgeschrieben. Im Ergebnis ist ein breites Spektrum von ‚ISEK-Qualitäten‘ entstanden. Die Qualitäten unterscheiden sich dabei vor allem in Hinblick auf die Aktualität. Unter anderem haben drei Gemeinden ihr ISEK seit 2002/2003 nicht aktualisiert (vgl. ebd.: 49). Zudem reicht der ISEK-Planungshorizont bei einigen Kommunen nur bis 2020. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass neun Programmgemeinden, deren ISEK älter als neun Jahre ist, eine Aktualisierung anstreben. Das Durchschnittsalter aller ISEKs liegt bei 8 Jahren (vgl. ebd.). Zehn Gemeinden können derzeit kein Leitbild vorweisen, was bereits vom Landesrechnungshof angemahnt wurde (vgl. ebd.). Wie bereits erwähnt, erfuhren jedoch in den letzten Jahren einige Stadtgebiete durch die Thüringer Gebietsreform eine Veränderung ihrer Struktur, wodurch eine Aktualisierung von ISEKs als wichtige Planungsprämisse zu sehen ist.

Neben der Aktualität variiert ebenso die inhaltliche Schwerpunktsetzung bei den ISEKs der 42 Thüringer Programmgemeinden. Primär fallen mangelnde Themen in Hinblick auf Klimaanpassungsmaßnahmen auf. Hierzu wurde eine Abfrage der Kommunen in 2020 gestartet, inwieweit Klimaanpassung im kommunalen Handeln betrachtet wird (vgl. ebd.: 53). Elf Programmgemeinden geben an, dass sie Klimaanpassungsmaßnahmen kaum und 21 Programmgemeinden nur in einigen Bereichen beachten (vgl. ebd.). Bereiche sind hier vor allem die Freiraumplanung, der Ausbau von Grünanlagen und Baumbepflanzungen sowie Hochwasserschutzmaßnahmen (vgl. ebd.). Ein Mangel an anzustrebenden Klimaanpassungsmaßnahmen ist zumeist auf die damals noch nicht gesetzten Förderschwerpunkte zurückzuführen. Positiv lässt sich hier anmerken, dass zehn Programmgemeinden Klimaanpassung bereits als festen Bestandteil der Stadtentwicklungsstrategie behandeln. Ebendies ist nun flächendeckend zu verstetigen (vgl. ebd.: 53).

»In Bezug auf den Umgang mit den genannten Herausforderungen ergeben sich für kleinere und/oder finanzschwache Kommunen einige spezifische Problemlagen. Zwar müssen sich diese Kommunen wie alle Kommunen stets auf sich ändernde umweltbezogene und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen einstellen. Deren Finanzausstattung und Sozialausgaben legen einem wirksamen Handeln jedoch besonders enge Schranken auf.«

(Schanze et al. 2021: 6)

Eine ISEK-Erstellung mit zugehörigen Handlungsschwerpunkten gehört zu den freiwilligen Aufgaben und nicht zu den kommunalen Pflichtaufgaben. Folgerichtig fließen die finanziellen Mittel der Kommune zuerst in kommunale Pflichtaufgaben. Nicht zuletzt ist es für viele Thüringer Kommunen elementar, ihre kommunalen Haushalte zu konsolidieren, um für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung überhaupt wieder handlungsfähig zu werden bzw. entsprechende Miteleistungsanteile für Förderungen aufbringen zu können. Somit ist für die Erarbeitung und Umsetzung von unter anderem Klima-

anpassungsmaßnahmen erneut das Fördersystem sowie das kommunale Haushaltsrecht an sich kritisch zu hinterfragen.

Es ist vor dem Hintergrund dieser Praxis fraglich, ob bspw. die Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen zur Pflichtaufgabe für Kommunen, Land und Bund werden sollte. Des Weiteren wird bei der Erarbeitung von ISEK ‚an Geld gespart‘, indem genau abgewogen wird, wie ein möglichst arbeits-sparender Prozess der Erstellung oder Aktualisierung erfolgen kann, da über Ausschreibungen an Dienstleister ein Wettbewerb besteht. Wenn die Finanzierung von ISEKs eine Hürde darstellt, wird zuerst der Umfang und Inhalt der Konzepte hinterfragt und auf die Ressourcenverfügbarkeit angepasst (vgl. BMUB 2016: 16). Dabei wird zum Beispiel an partizipativen Prozessen gespart und vorhandenes Engagement der Zivilgesellschaft, wie Patenschaften als großes Potenzial, übersehen. Das gleiche gilt für personelle Problemlagen, Stichwort Fachkräftemangel.

Zusätzlich verstärken bürokratische Hürden (vgl. Bodenschatz et al. 2011: 26) in Kombination mit dem Mangel an Fachpersonal dieses Problem, da die Vielzahl an Herausforderungen mit wenig Personal und einem zunehmenden ‚Papierkrieg‘ bei der Antragstellung für geeignete Förderprogramme kaum zu bewältigen sind. Um diese Problematiken zu vermeiden bzw. abzuschwächen, ist eine hohe Effektivität, Effizienz und Multifunktionalität in kleineren und / oder finanzschwachen Kommunen zu erzielen, indem fachübergreifend abgestimmte Strategien, Instrumente und Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen sind (vgl. Schanze et al. 2021: 6). „Geeignete Verfahren, Methoden und in geeigneter Weise aufbereitete inhaltliche Erkenntnisse hierfür liegen bisher allerdings teilweise noch nicht vor“ (ebd.) und so werden auch künftig die personellen und finanziellen Kapazitäten einer Kommune Einfluss auf die Planung nehmen.

## Herausforderungen für die ländliche und kleinstädtische Kommunalverwaltung

Bedenkt man alle Konsequenzen dieser Entwicklung, ergeben sich bspw. Funktionsverluste von urbanen Räumen sowie belastete städtebauliche Strukturen mit Gestaltungsdefiziten im öffentlichen Raum (vgl. BMUB 2016: 10), wobei es – im Kontrast zu den Befunden – eigentlich eine Resilienz aufzubauen gilt (vgl. Schneidewind et al. 2020: 3). Diesbezüglich sind vor allem die bestehenden Strukturen in Dörfern sowie Klein- und Mittelstädten in Thüringen an den wirtschaftlichen, sozialen, klimatischen und kulturellen Wandel anzupassen (vgl. Steinführer 2020). Hierfür ist die Zusammenarbeit von Akteuren aus Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft, Wissenschaft und Bürgerschaft essenziell, um die Resilienz der Städte und Gemeinden zu stärken (vgl. Kurth et al. 2021: 2). Beim integrierten Handeln dieser diversen Akteure, in Kombination mit sich häufenden Aufgaben gegen negative Veränderungen durch die dynamischen Transformationsprozesse, entsteht ein großer Arbeitsaufwand für kommunale Akteure.

Unter anderem erfordern die neuen Rahmenbedingungen nicht nur eine schnelle Reaktion, sondern zeigen zeitgleich Systemgrenzen auf, indem

bauliche sowie personelle Reserven herausgefordert werden (vgl. ebd.). Dabei kann eine interkommunale Zusammenarbeit hilfreich sein, welche programmübergreifend verstärkt gefördert wird (vgl. Groß et al. 2021: 45). Abstimmung, Koordinierung und inhaltliche Bearbeitung binden jedoch über einen längeren Zeitraum Fachpersonal, weswegen vor der Erarbeitung von integrierten Konzepten realistisch beurteilt werden sollte, ob die verwaltungsinternen sowie kommunal übergreifenden Ressourcen für diesen Umfang genügen. Sind personelle Engpässe eine Hürde, ist der bisher übliche Weg die Beauftragung eines externen Dienstleistenden, um die Kommunalverwaltung zu entlasten (vgl. BMUB 2016: 14). Derzeit existieren rein statistisch 46 Stadtplanungsbüros in Thüringen, darunter 43 freischaffende Stadtplaner:innen (vgl. Architektenkammer Thüringen 2021). Laut SRL sind die überwiegende Zahl davon aber Soloselbständige. Eine Clusterbildung von Planungsbüros ist an Hochschulstandorten, in Erfurt und Weimar, zu erkennen (vgl. Architektenkammer Thüringen 2021).

Neben der unterstützenden Stadtplanungsexpertise an sich, existieren bspw. Beratungs- und Informationsstellen zum Thema Klimawandel, um der Kommunalverwaltung bei der Bewältigung von klimatischen Herausforderungen zu helfen. Unter anderem beraten ‚das Zentrum KlimaAnpassung‘ oder ‚das Kompetenzzentrum Klima‘ als Fachreferat des Thüringer Landesamtes für Umwelt, Bergbau und Naturschutz Thüringer Kommunen. Die Vielzahl an Transformationsanforderungen werden jedoch künftig enge Kapazitätsgrenzen in der Planungspraxis aufzeigen. Denn auch der Arbeitsmarkt wird vom demografischen Wandel betroffen sein, wodurch die Erwerbersonnenzahl immer mehr abnehmen wird. Bereits heutzutage ist in einigen Bereichen ein Fachkräftemangel zu verzeichnen (vgl. Güngör 2022: 1). „Die Fachkräftesicherung wird in den kommenden Jahren zu einer der herausforderndsten Schlüsselaufgabe für den Freistaat Thüringen werden.“ (ebd.: 1). Ebendies stellt vor allem Klein- und Mittelstädte in strukturschwachen ländlich geprägten Räumen vor große Anforderungen, da hier Schrumpfungsprozesse und knappe finanzielle Ressourcen weitere bestehende Faktoren sind (vgl. BBSR 2018: 9).

Neben den oben genannten Herausforderungen stellen sich ebenso Schwierigkeiten bei der Schnittstellenkommunikation aller Ressorts heraus. „Die enorm gestiegenen Anforderungen an ein integriertes Handeln in Planung und Politik“ (vgl. Wolfram 2010: 42), um eine abgestimmte und langfristig wirksame Stadtplanung zu erzielen, stellen die Stadtentwicklungsakteure erneut vor große Herausforderungen. Dem Anspruch der ressort- und programmübergreifenden sowie alters-, akteurs- und erfahrungsübergreifenden Zusammenarbeit gerecht zu werden, ist nicht nur schwierig, sondern auch sehr aufwendig und erfordert bestimmte Kompetenzen beim betroffenen Personal. Bei strategischen Aufgaben, wie dem Entwickeln eines ISEK, geht das integrierte Handeln zudem mit einer Vielzahl an Datenauswertungen einher. GIS-basierte Daten, welche einen Raumbezug erfordern und für eine nachhaltige sowie gemeinwohlorientierte Entwicklung bedeutend sind, müssen erarbeitet und ausgewertet werden (vgl. ebd.). Die Datengrundlagen und Interpretationshilfen bilden dabei einen weiteren Aufgabenbereich, wodurch erneut personelle Ressourcen herausgefordert werden (vgl. ebd.). Des Weiteren kommt es zu einer Informationsüberflutung, da bei der Datenrecherche eine Vielzahl an Informationen durchgese-

hen und bearbeitet werden müssen. Eine Bündelung von Wissen im jeweiligen Fachbereich ist diesbezüglich anstrebenwert.

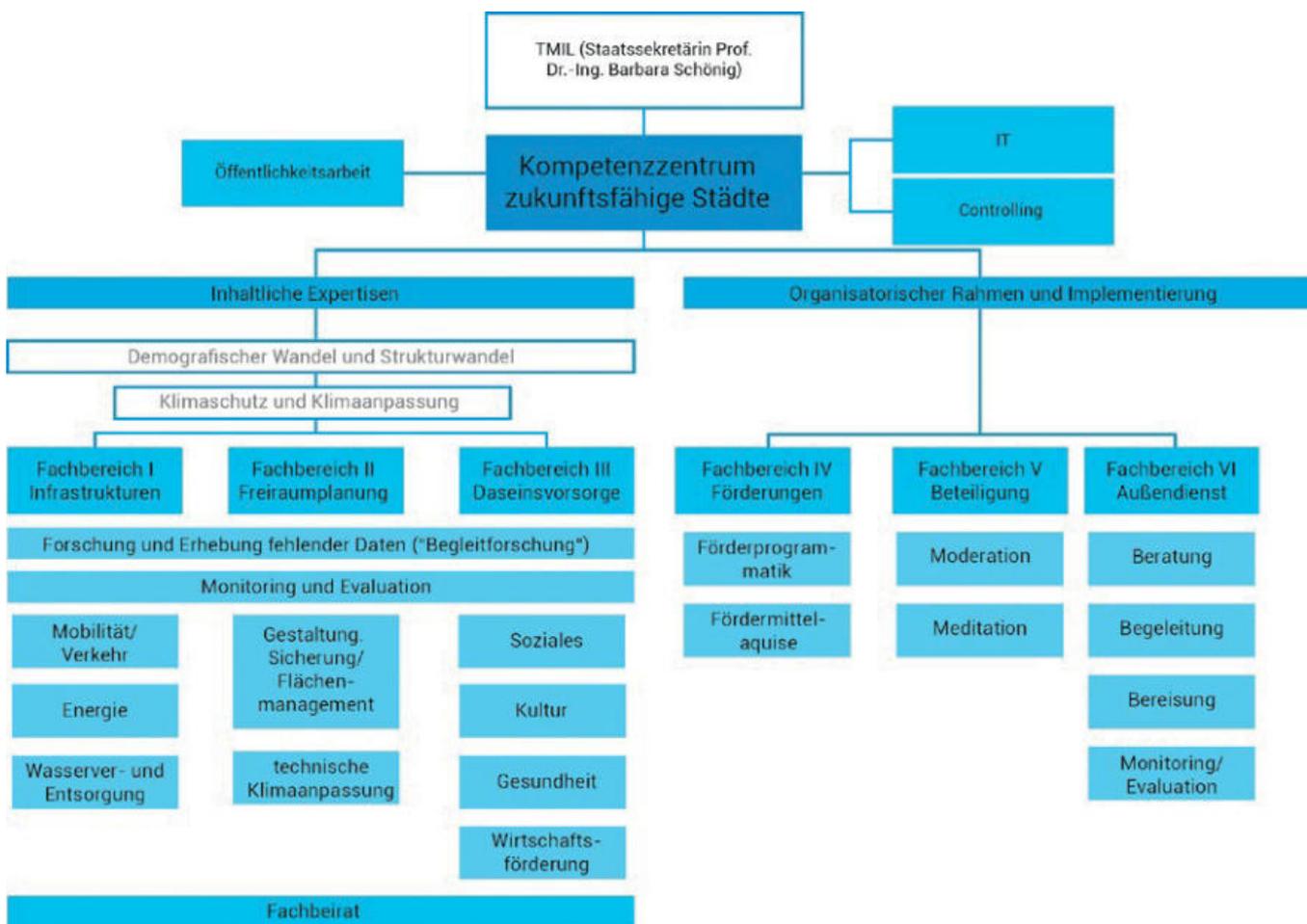
Um Thüringer Kommunen bei allen genannten Herausforderungen sowie dem inhaltlichen und methodischen Umfang von ISEKs bestmöglich zu unterstützen, ländliche Regionen lebenswert zu erhalten und die wertvollen Resultate der ISEK-Erarbeitung und Umsetzung zu verstetigen, sind eine Bündelung an Fachwissen und Kompetenzen unterschiedlicher Fachbereiche ‚an einem Ort‘ anzustreben und die Kommunikation ressortübergreifend als Daueraufgabe anzusehen. Zudem kann die Qualität von Stadtentwicklungsprozessen unter Einfluss aller bzw. der lokal erforderlichen Transformationsanforderungen durch Monitoring und Evaluierung sichergestellt werden, indem Vor- und Nachteile sowie Stör- und Erfolgsfaktoren herausgearbeitet werden und sich Ergebnisse somit stets verbessern. Die neuen Bedingungen stellen entsprechend nicht nur eine Herausforderung für die öffentliche Hand und private Akteure dar, sondern sind zugleich eine Chance für neue Wege in der Stadtentwicklung (vgl. Libbe et al. 2020: 1).

## Ein Kompetenzzentrum: Zweck, Aufbau und Umsetzung

Die Bewältigung der Transformationsprozesse im Rahmen der ISEK-Entwicklung, in Verbindung mit erschwerten Rahmenbedingungen, wie Personalmangel und fehlenden finanziellen Mitteln in Thüringer Kommunen, durch ein Kompetenzzentrum zu unterstützen, stellt einen Vorschlag der Autor:innen für einen Lösungsansatz dar. Mit der Bündelung der Interdisziplinären Kompetenz, die der Stadtplanung innewohnt, können Kommunen im Prozess der ISEK-Entwicklung bzw. -Fort-schreibung von Anfang bis Ende begleitet und unterstützt werden. Ziel ist es, durch eine dauerhafte Beratung und Begleitung der Prozesse vor Ort, auf den Personalmangel zu reagieren und die notwendigen Rahmenbedingungen für die Implementierung der ISEKs bzw. deren Überarbeitung zu schaffen, um die Qualitätssicherung zu fördern. Dazu soll, neben der Unterstützung bei der Fördermittelakquise und des Monitorings sowie der Evaluation, Mithilfe bei der Moderation oder Mediation von konfliktbehafteten Vorhaben erfolgen. Fachliche Kompetenzen, die es innerhalb des Kompetenzzentrums zu vernetzen gilt, leiten sich aus den klassischen Handlungsfeldern der Stadtentwicklung ab (vgl. Beckmann 2018: 1065). Dabei handelt es sich im Wesentlichen um:

- Freiraumplanung
- Technische Infrastruktur (Energie, Wasser)
- Mobilität und Verkehr
- Daseinsvorsorge und soziale Infrastruktur

Die Sicherung der Klimaanpassung, der Umgang mit dem demografischen Wandel sowie mit dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturwandel und ihre Wechselbeziehungen zueinander sind als übergeordnete Problemlagen in allen Fachbereichen zu berücksichtigen. Eine weitere elementare Aufgabe des Kompetenzzentrums stellt die Kontaktvermittlung zu Expert:innen der jeweiligen Fachbereiche, wie beispielsweise Landschaftsarchitekt:innen oder Verkehrsplaner:innen dar.



## 01 Übersicht Kompetenzzentrum zukunftsfähige Städte

Die Herleitung eines optimalen Standortes auf räumlicher Ebene ist nicht einwandfrei möglich. Dennoch wird die Anordnung in der geografischen Mitte Thüringens mit hervorragender Anbindung an die Bahn als geeignet erachtet. Nicht zuletzt aus Erreichbarkeitsgründen (für mobile Tätigkeit innerhalb Thüringens), aber auch vor dem Hintergrund der Hochschulstandorte, aus denen Absolvent:innen der Studiengänge Urbanistik der Bauhausuniversität Weimar bzw. der Stadt- und Raumplanung der Fachhochschule Erfurt als potenzielle Mitarbeiter:innen für das Kompetenzzentrum hervorgehen.

Die Idee für die Organisation der Arbeit, innerhalb des Kompetenzzentrums, orientiert sich an der Stadtumbau-Bereisung im Rahmen der Begleitforschung und des Monitoringberichtes zum Stadtumbau des TMIL in Thüringen (vgl. Produkt 1). Dabei wird die quantitativ angelegte Datenerfassung des Monitorings mit der qualitativen Ergänzung durch Arbeitsgespräche mit dem TMIL, der Begleitforschung und den städtischen Akteuren vor Ort, verknüpft. Von Mitte 2016 bis Ende 2021 erfolgten die Bereisungen von 42 Programmgemeinden, mit einer Frequenz von zehn bis zwölf Gemeinden pro Jahr. Der gesamte Prozess verzögerte sich durch erschwerte Bedingungen auf Grund der Coronapandemie (vgl. TMIL 2022: 1, 95 f.)

Der Vorschlag für den Aufbau des Kompetenzzentrums bezieht die ressortübergreifende Kompetenz der Stadtplanung als Querschnittsdisziplin mit ein, in dem die Stellen in den Fachbereichen mit Stadtplaner:innen besetzt

sind. Neben inhaltlicher Expertise gehört dazu der Fachbereich ‚Förderung‘, welcher speziell für die Überwachung der sich regelmäßig ändernden Förderkulissen und Unterstützung der Kommunen bei der Fördermittelakquise zuständig ist. Dadurch können die Kommunen beim Beantragen von Fördermitteln und der Fördermittelplanung, zum Beispiel durch das Überprüfen und Bearbeiten von Antragsunterlagen sowie der Koordination von Antragsverfahren, entlastet werden. Auch der Fachbereich ‚Beteiligung‘ ist zur Entlastung der Kommunen vorgesehen. Mitarbeiter:innen in diesem Bereich haben die Aufgabe die Kommunen bei der Planung, Koordination, Durchführung und Dokumentation der Beteiligungsprozesse im Rahmen der ISEK-Entwicklung zu unterstützen und bei konfliktbehafteten Vorhaben zwischen den Akteuren zu vermitteln.

Die Mitarbeiterschaft muss die Bereitschaft zur mobilen Arbeit vor Ort besitzen, denn sie übernimmt die Bereisungsleistung und begleitet die Kommunen vor Ort bei der Konzeptentwicklung. Dabei steht sie beratend in Arbeitsgesprächen mit den städtischen Mitarbeiter:innen und Akteuren der lokalen Zivilgesellschaft zur Verfügung. Als kommunikative Schnittstelle sichert sie die dauerhafte Kommunikation zu den anderen Fachbereichen. Sie übermittelt Kontakte, über die Mitarbeiter:innen innerhalb ihrer Fachbereiche verfügen, an die Kommunen und leistet die nötige Zuarbeit für das Monitoring und die Evaluation an die Fachbereiche der inhaltlichen Expertisen.

‚Inhaltliche Expertisen‘ umfassen Aufgaben, wie die Erhebung fehlender quantitativer Daten, für die in einer Kommune relevanten fachlichen Schwerpunkte, bezüglich ihres Fachbereiches und tragen Verantwortung für die Qualitätssicherung bei der ISEK-Entwicklung. Es erfolgt die fachbereichsinterne Beurteilung der Lage- und Bestandserfassung in den Kommunen, welche vor Ort in Zusammenarbeit mit den städtischen Akteuren vorgenommen wird. Darüber hinaus findet die fachliche Überprüfung von Konzeptideen sowie die Erarbeitung von Vorschlägen und Stellungnahmen zu den ISEKs statt. Die Fachbereiche unterstützen bei der Bewältigung komplexer Aufgaben, durch Auskunft bei planerischen Grundsatzfragen, technischen Fragen und Beratung zu gesetzlichen Vorgaben innerhalb der Fachbereiche bzw. übermitteln auch Kontakte zu entsprechenden spezifisch ausgebildeten Wissensträger:innen und Fachleuten.

Die Bereisungsleistung des Kompetenzzentrums wird während des gesamten Entwicklungsprozesses der ISEKs zur Verfügung gestellt. In der Regel handelt es sich dabei um sechs bis 18 Monate (vgl. BMVBS 2013: 13). Vorgeschlagen wird jede betreute Kommune mindestens einmal monatlich für einen Tag zu bereisen, um bei der ISEK-Entwicklung kontinuierlich unterstützen zu können.

Um die Qualität der inhaltlichen Arbeit des Kompetenzzentrums zu untermauern, wird die Berufung eines Fachbeirates vorgeschlagen. Vertreten sein können beispielsweise Landschaftsarchitekt:innen, Energie- und Wasser-Ingenieur:innen, Verkehrsplaner:innen, Soziolog:innen, Geograf:innen und Klimaforscher:innen sowie Wirtschaftswissenschaftler:innen. Mit national und international vertiefter Expertise in den jeweiligen Bereichen, kann der Fachbeirat die inhaltliche Arbeit des Kompetenzzentrums unterstützen.

Die Kontaktvermittlung durch das Kompetenzzentrum kann durch den Aufbau eines Partnernetzwerkes organisiert werden. Als Partner werden u. a. die ansässigen Hochschulen (z. B. FH Erfurt, Bauhausuniversität Weimar), Verbände (z. B. SRL, BdA), Architektenkammer, IHK, Wohnungsbaugesellschaften und Stiftungen (z. B. Stiftung Baukultur Thüringen) vorgeschlagen.

## Ein zentrales Kompetenzzentrum als Lösung?

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Transformationsprozesse sowie der Änderung der Städtebauförderprogrammatik, stellt sich die Frage, ob und wie die Etablierung eines Kompetenzzentrums tatsächlich zur Qualitätssicherung einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Stadtentwicklung in Thüringer Kleinstädten beitragen kann. Vor allem für Kleinstädte ergeben sich Hürden aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen. Da die ISEK-Entwicklung eine freiwillige Leistung der Kommunen darstellt, fließen finanzielle Mittel zunächst in die Erfüllung von Pflichtaufgaben, wie Sozialleistungen oder Haushaltskonsolidierung. In diesem Lösungsvorschlag soll die ISEK-Entwicklung als konzeptionelle Grundlage für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und Voraussetzung für den Erhalt von Fördermitteln der Städtebauförderung bei der Aktualisierung und Fortschreibung von ISEKs, in den Fokus rücken. Angesichts der veränderten Förderprogrammatik sowie der zunehmenden Dringlichkeit, soll ein besonderes Augenmerk auf Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung liegen. Diese finden in den meisten bestehenden ISEKs bisher keine bis wenig Berücksichtigung. Die Auswirkungen des Klimawandels sollen dabei in Verbindung mit dem demografischen und strukturellen Wandel sowie deren Wechselwirkungen untereinander gedacht werden.

Mit dem Kompetenzzentrum können Kleinstädte in strukturschwachen ländlich geprägten Regionen bei der integrierten und nachhaltigen Entwicklung unterstützt werden. Neben einer dauerhaft zur Verfügung stehenden Beratung kann insbesondere die Begleitung der Kommunen vor Ort, in Form einer regelmäßigen Bereisungsleistung, in Anspruch genommen werden. Durch die Begleitung über den gesamten ISEK-Entwicklungsprozess hinweg, können die Kommunen bei der Bewältigung ihrer individuellen Problemlagen unterstützt werden. Die Begleitung der Stadtentwicklungsakteure vor Ort, von Anfang bis Ende der ISEK-Erstellung, wird als ein wesentliches Potential gesehen und bildet einen essenziellen Teil des Lösungsansatzes. Die intensive Auseinandersetzung mit den örtlichen Begebenheiten, kann zur Identifizierung fallspezifischer Besonderheiten beitragen, deren Betrachtung für eine qualitative Stadtentwicklung unabdingbar ist. Dank der Übersicht, die das Kompetenzzentrum über die spezifischen Situationen der Kleinstädte gewinnt, kann es darüber hinaus interkommunale Zusammenarbeiten anregen, wenn sich diese als vielversprechend aufzeigen.

Möglicherweise werden in einzelnen Fachbereichen des Kompetenzzentrums mehr oder weniger Arbeitszeitäquivalente benötigt als in anderen, bzw. ändert sich die Anzahl der Kommunen die gleichzeitig betreut werden können. Dies hängt mit der Komplexität der Aufgaben zusammen. Die An-

zahl der Arbeitszeitäquivalente wird überdies durch die zu Verfügung stehenden Mittel (Steuergelder) beeinflusst, aus denen sich das Kompetenzzentrum finanziert. Da sich diese Variablen zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschätzen lassen, kann dahingehend keine eindeutige Aussage getroffen werden. Um den Aufbau des Kompetenzzentrums hinsichtlich seiner Effektivität und Effizienz zu optimieren, kann der Vorschlag innerhalb eines Reallabors erprobt werden um notwendige Anpassungen festzustellen und vorzunehmen.

Weiterhin stellt sich die Frage, welche Auswirkung die Gründung des Kompetenzzentrums auf die 46 derzeit bestehenden Planungsbüros in Thüringen haben kann. Durch die Gründung wird auf Bedarfe reagiert, die aktuell existieren und sich durch die zunehmenden Herausforderungen durch die Transformationsprozesse erhöhen. Es ist nicht die Aufgabe des Kompetenzzentrums Leistungen zu übernehmen, die aktuell bereits durch Planungsbüros u. ä. erfüllt werden, sondern solche, die bisher und auch zukünftig nicht erfüllt werden können. Das Schreiben der ISEKs obliegt weiterhin den Planungsbüros, die durch die Kommunen beauftragt werden. Das Kompetenzzentrum stellt dabei vor allem sicher, dass Klimaschutz und Klimaanpassung, der demografischen Wandel und der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Strukturwandel sowie ihre Wechselbeziehungen zueinander, die notwendige Berücksichtigung finden. Es bezieht Kommunikation als Daueraufgabe in das eigene Selbstverständnis der Stadtplanung ein und erweitert die bestehende Planungsexpertise in Thüringen. Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen, wodurch sich das Stellenangebot für Absolvent:innen der Studiengänge im Bereich Stadt- und Raumplanung ausweitet. Diese können dadurch in der Region gebunden werden.

Die Kommunen selbst werden weiterhin ihren Eigenanteil zur Stadtentwicklung beitragen müssen. Dazu zählt die Erfüllung von Aufgaben, die der eigenen Planungshoheit immanent innewohnen. Das betrifft u. a. die Bauleitplanung sowie die Festlegung von Entwicklungszielen. Auch in das kommunale Finanzmanagement kann das Kompetenzzentrum nicht eingreifen. Herausforderungen, wie die Haushaltskonsolidierung, sind für Kommunen nach wie vor eine Hürde bei der Finanzierung von ISEKs sowie bei der Erbringung notwendiger Mitleistungsanteilen für Förderungen. Besonders an dieser Stelle zeigen sich Grenzen auf. Ebenso zählen Belange der Digitalisierung nicht zu den Aufgaben. Mit dem Kompetenzzentrum kann auch der Fachkräftemangel in der Verwaltung nicht behoben werden. Es dient in erster Linie dazu die Kommunen dabei zu unterstützen, trotz fehlender personeller Ressourcen, eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung voranzutreiben.

## Fazit

Das vorliegende Ideenpapier misst der interdisziplinären Kompetenz der Stadt- und Raumplanung als Querschnittsdisziplin bei der Bewältigung der gravierenden Transformationsprozesse in Thüringer Kleinstädten eine wichtige Bedeutung bei. Die Kommunen in den ländlichen, strukturschwachen Räumen stehen vor komplexen Aufgaben, die sich aus dem Klimawandel, dem demografischen Wandel sowie dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Strukturwandel erge-

ben. Die Einbindung der Stadt- und Raumplanung in einen Lösungsansatz bietet sich an, um die Wechselwirkungen dieser Herausforderungen zueinander zu fokussieren. Die übergreifende Betrachtungsweise unterschiedlicher Anforderungen und Teilbereiche der Stadtentwicklung, stellt eine Kernkompetenz der Stadt- und Raumplaner:innen dar.

Mit dem Vorschlag des Kompetenzzentrums soll ein Beitrag zur Sicherung der Qualität einer nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Entwicklung in kleinen Kommunen geleistet werden. Diese stehen durch knappe finanzielle und personelle Ressourcen vor besonderen Anforderungen im Zuge der Transformationen. ISEK können dabei eine Grundlage für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung sein und gehen dem Erhalt von Städtebaufördermitteln voraus. Dies ist jedoch von bestimmten Rahmenbedingungen abhängig, wie zum Beispiel dem Vorhandensein eines politischen Willens. Als Grenze erweist sich die finanzielle Situation, in der sich viele Kleinstädte befinden. Als Hauptaufgabe wird daher die aktive Unterstützung der Kommunen bei der ISEK-Erstellung oder -Überarbeitung gesehen. Vor dem Hintergrund der veränderten Förderprogrammatisierung nimmt der Klimaschutz und die Klimaanpassung in ISEKs einen besonderen Stellenwert ein. Kommunikation spielt als Daueraufgabe der Planung eine zentrale Rolle bei der Unterstützung der Kommunen, in der Bearbeitung ihrer individuellen Problemlagen. Zu beachten gilt, dass es sich nicht um eine umsetzungsfertige Ausarbeitung, sondern lediglich um einen ersten Entwurf als Grundlage für eine Diskussion und Weiterentwicklung der Idee handelt. Für die Etablierung eines solchen Kompetenzzentrums in Thüringen liefert das Ideenpapier einen ersten Ansatz.

## Quellen

Architektenkammer Thüringen (2021): Architekturführer Thüringen. Thüringer Büros und ihre Projekte – ein Service der Architektenkammer Thüringen, <https://architekten-thueringen.de/aft/bueros/?fltFach=9> (2022-07-13).

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im BBR/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2018): Interkommunale Kooperation in der Städtebauförderung. Studie, Bonn.

Beckmann, Klaus J. (2018): Integrierte Stadtentwicklung. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Selbstverlag, Hannover, 1063-1068.

BMUB – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (Hrsg.) (2016): Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen. Arbeitshilfe, Berlin.

BMVBS – Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2013): Integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte in der Städtebauförderung. Eine Arbeitshilfe für Kommunen. [https://lbv.brandenburg.de/dateien/staedtebaufoerd/BMVBS\\_Arbeitshilfe\\_ISEK\\_Aug-2013.pdf](https://lbv.brandenburg.de/dateien/staedtebaufoerd/BMVBS_Arbeitshilfe_ISEK_Aug-2013.pdf) (2022-09-20).

Bodenschatz, Harald / Bremer, Stefanie / Calbet i Elias, Laura / Hofmann, Aljoscha / Kegler, Harald / Lütke Daldrup, Engelbert / Polinna, Cordelia / Schlaack, Johanna / Oppen, Christian von (2011): Think Berl!n plus. Berlin hat mehr verdient! Ist Stadtentwicklung nach der Wahl egal? Broschüre, Berlin.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2022): Demografiepolitik in Thüringen, <https://www.demografie-portal.de/DE/Politik/Thueringen/Thueringen.html> (2022-09-14).

Groß, Steffen / Maul, Lisa / Marsch, Stephanie / Radtke, Nadine / Winter, Teresa / Beckmann, Michael / Pohl, Martin / TMIL (Hrsg.) (2021): Monitoringbericht 2021. Begleitforschung Stadtumbau in Thüringen. Bericht, Dresden, <https://www.begleitforschung-stadtumbau-thueringen.de/> (2022-07-14).

Güngör, Lena Saniye / Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag (2022): Fachkräftemangel in Thüringen entgegensteuern! Positionspapier der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Positionspapier, Thüringen, <https://www.die-linke-thl.de/politik/linksfraktion-kompakt/news/positionspapier-fachkraeftemangel-in-thueringen-entgegensteuern/> (2022-09-14).

Kurth, Detlef / Heinig, Stefan / Jackstadt, Magdalena / Köksalan, Nina / Messer, Astrid / Rettich, Stefan / Schnur, Olaf / Weigel, Oliver / BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2021): Memorandum Urbane Resilienz Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt. Memorandum verabschiedet auf dem 14. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, Berlin.

Libbe, Jens / Bendlin, Lena / Riechel, Robert / Bartke, Stephan / Eckert, Karl / Fahrenkrug, Katrin / Melzer, Michael / Blecken, Lutke / Reiss, Julia / Ferber, Uwe / Bock, Stephanie / Abt, Jan / Diringer, Julia / Wendler, Katja / Koller, Michaela / Gräbe, Gudrun (2020): MEMORANDUM POST-CORONA-STADT. Für eine suffiziente und resiliente Entwicklung von Städten und Regionen. In: Difu Veröffentlichungen, Berlin.

MIL – Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg (Hrsg.) (2012): Arbeitshilfe zur Erstellung und Fortschreibung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (INSEK) im Land Brandenburg. Arbeitshilfe, Potsdam.

Schanze, Jochen / Korzhenevych, Artem / Bartel, Sebastian / Kind, Christian / Sartison, Katharina / Umweltbundesamt (Hrsg.) (2021): Handlungsansätze kleinerer und / oder finanzschwacher Kommunen zur Anpassung an den Klimawandel und den gesellschaftlichen Wandel. Handlungsempfehlungen für die Praxis. Handlungsempfehlung, Dessau-Roßlau.

Schneidewind, Uwe / Baedeker, Carolin / Bierwirth, Anja / Caplan, Anne / Haake, Hans / Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH (Hrsg.) (2020): „Näher“ – „Öffentlicher“ – „Agiler“. Eckpfeiler einer resilienten „Post-Corona-Stadt. Diskussionspapier, Wuppertal.

Siedentop, Stefan/Stroms, Peter / ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius (Hrsg.) (2021): Stadt und Land: gleichwertig, polarisiert, vielfältig. Eine Metastudie zu Stadt-Land-Beziehung im Auftrag der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Metastudie, Hamburg.

TMIL – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (o. J.): Staatssekretärin Pro. Dr. Barbara Schönig, <https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/ueber-uns/staatssekretaerin-prof-dr-barbara-schoenig> (2022-09-20).

TMIL – Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (2022): Begleitforschung Stadtumbau in Thüringen. Monitoringbericht 2021, [https://www.begleitforschung-stadtumbau-thueringen.de/docs/Monitoringbericht\\_2021/Stadtumbau\\_Monitoringbericht\\_Thueringen\\_2021.pdf](https://www.begleitforschung-stadtumbau-thueringen.de/docs/Monitoringbericht_2021/Stadtumbau_Monitoringbericht_Thueringen_2021.pdf) (2022-09-20).

Steinführer, Annett / Bundeszentrale für politische Bildung (2020): Ländliche Räume. Dörfer und Kleinstädte im Wandel, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/laendliche-raeume-343/312690/doerfer-und-kleinstaedte-im-wandel/> (2022-12-09).

TLS – Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2021): Bevölkerung und Einwohner je km<sup>2</sup> am 31.12. in Thüringen, <https://www.statistik.thueringen.de/datenbank/portrait-zeitreihe.asp?tabelle=zr000101> (2022-09-02).

Wolfram, Marc (2010): Was tun mit den Daten? Kommunale Strategien zur Nutzung von Geoinformationen in der Stadtplanung. In: Meinel, Gotthard / Schumacher, Ulrich (Hrsg.): Flächennutzungsmonitoring II. Konzepte – Indikatoren – Statistik. Berlin: Rhombos, IÖR Schriften 52, 37-53.

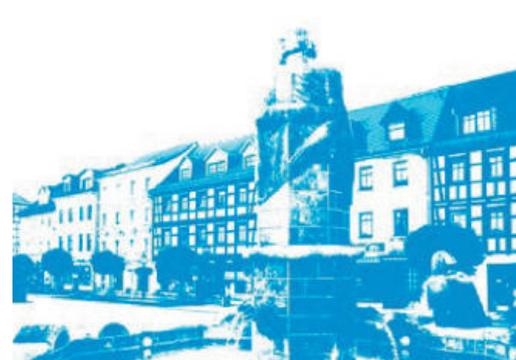
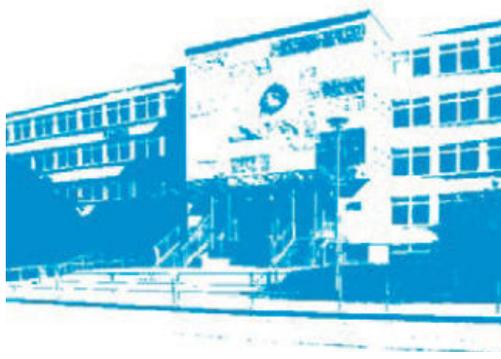
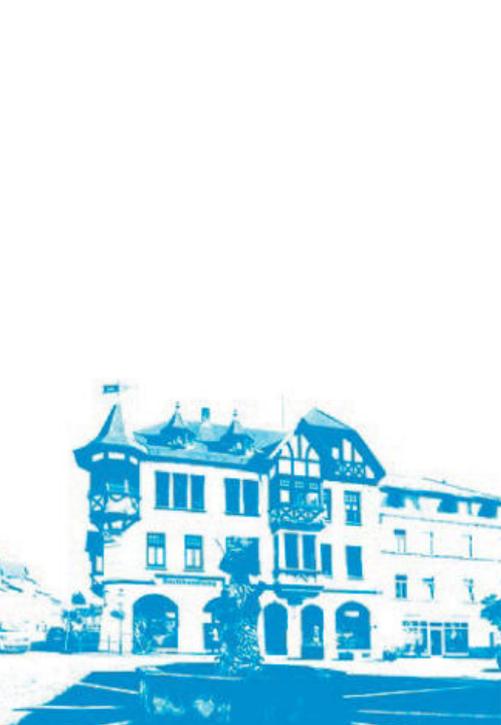
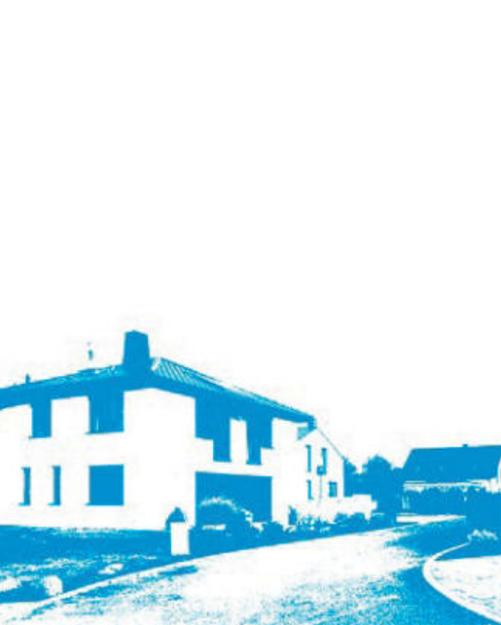
Zens, Maria / Springer, Jörn / GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (Hrsg.) (2012): Aktuelle Forschungen zum ländlichen Raum. Recherche Spezial, 2 / 2012, Köln.

**Abbildungsnachweis**

Grafik Clara Heine und Vivien Köhler

# ISDN

Integrierte Strategie für  
Daseinsvorsorge und Nachhaltigkeit  
in ländlichen Räumen



Thüringen Reader –  
Beiträge aus Forschung und Lehre  
über und mit Thüringen